

4725-9607

Beilage zu Nr. 18 der Braunschweigischen Anzeigen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig

im Jahre 1885.

180 1885

Register.

A. Nach der Zeitfolge.

Januar 8.

Deffentlich:	Seite
1. Wahl der Vorstehenden und der Commissionen	1.
2. Selbstständiger Antrag des Herrn v. Seckendorff, die Erleichterung des Verkehrs bei der hiesigen Sparkasse betreffend	3.
Vertraulich:	
3. Wahl des Protokollführers	3.
4. Commissionswahlen	3.

Januar 29.

Deffentlich:	
5. Selbstständiger Antrag des Herrn v. Seckendorff wegen der Leihhaussparkasse und desgl. der Herren Nieß und Sievers auf Errichtung einer städtischen Sparkasse	6.
6. Erstattung einer Ausgabe des Wasserwerks aus dem Reservefonds des Letzteren	7.
7. Verlegung der Treppe unter der Laube des Gewandhauses in das Innere des Gebäudes	8.
8. Bericht des Kreisbranddirectors über die Straßenbesprengung	8.
9. Erweiterung der städtischen Bürgerschulen um 7 Klassen	9.
10. Erstattung von Kosten der in der Gaus- und Jerusalemstraße gelegten Gas- und Wasserröhren und Uebernahme dieser Straßen seitens der Stadt	9.
11. Verwilligung einer Nachforderung für den Stadtpark	10.
12. Einrichtung eines Büreaus für den städtischen Wegebaumeister	11.

Vertraulich:

13. Anstellung eines Maschinentechnikers	11.
14. Wahl eines Beisitzers für eine Einschätzungscommission	11.

Februar 26.

Öffentlich:

15. Aufnahme eines Processes	14.
16. Verwilligung eines Zuschusses an den Verein gegen Bettelerei	15.
17. Anlage einer neuen Bedürfnisanstalt an der Martinikirche	16.
18. Verwilligung von Kosten für die Parallelklasse V der städtischen Mädchenschule	17.
19. Abänderung des Ortsbauplans vor dem Hohenthore	18.
20. Vermietung einer Wohnung im alten Stadtkassengebäude	18.
21. Nachverwilligung von Kosten für die städtische Bauverwaltung	18.
22. Etat für die Lüttge-Harder'sche Schule bis 1885	18.
23. Petition, betreffend die Canalisirung des südlichen Theils der Schöpfen- stedterstraße	19.
24. Petition, betreffend den Ankauf von Schützereien für das städtische Museum	20.
25. Antrag des Herrn Günther, das Schützenwesen betreffend	20.
26. Desgl. des Herrn Kieke, den Bau einer Brücke u. hinter dem Hof- theater betreffend	23.
27. Anfrage des Herrn Kieke an den Stadtmagistrat wegen der im Wirtschaftsgebäude des Stadtparks vorhandenen Uebelstände	23.

Vertraulich:

28. Wahl eines Armenpflegers	23.
29. Besuch eines städtischen Beamten wegen Uebernahme von Privatarbeiten	23.
30. Steuerreklamationen	23.

März 26.

Öffentlich:

31. Selbstständiger Antrag des Stadtverordneten Kieß, die Aufhebung der unteren Klassen der Töchterschulen betreffend	26.
32. Desgl. desselben, den Bau eines neuen Stadthauses betreffend	35.
33. Desgl. desselben, einen Straßendurchbruch von der Gördelingerstraße zum Petritthor betreffend	35.
34. Desgl. des Stadtverordneten Kieke, den Bau einer Brücke am Herzoglichen Küchengarten betreffend	37.
35. Erweiterungsbauten auf dem städtischen Gaswerke	38.
36. Verwilligung von Kosten für Büreaumobiliar	43.
37. Anlage von Vligableitern auf die städtischen Schulgebäude	43.
38. Feststellung einer Baulinie an der Cellerstraße	43.
39. Einrichtung einer dritten Hilfsklasse für schwach befähigte Kinder	43.

	Seite
40. Benutzung von Böschungsterrain an der Ottmerbrücke	43.
41. Instandsetzung der verlängerten Hufarenstraße	44.
42. Prolongation der der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft erteilten Con- cession zur Erbauung einer Güterbahn	45.
43. Contract mit der Firma Carl Wolters u. Co. über Entnahme von Wasser aus der Oker	45.
44. Verkauf eines Bauplatzes an der Gaußstraße	46.
45. Beschaffung von Schullocalen für schwach befähigte Kinder	46.

Vertraulich:

46. Regelung der gewerbmäßigen Unzucht	46.
47. Anstellung eines Schreibers	46.
48. Steuerreklamationen (Verzeichniß IV. von 1884)	46.

April 30.

Öeffentlich:

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

49. Berathung und Beschlußfassung wegen Heranziehung Fremder zur Ge- meindesteuer	50.
50. Wahl eines außerordentlichen Mitgliedes der Ersatz-Commission	50.

Sitzung der Stadtverordneten.

51. Petition von Anwohnern vor dem Wilhelminthore wegen Erbauung einer Brücke an der Ferdinandstraße	51.
52. Instandsetzung der Campestraße	53.
53. Ankauf des alten Polytechnikums	54.
54. Generelles Bauprogramm für ein neues Stadthaus	55.
55. Legung von Gas- und Wasserrohren an der Spielmannsstraße	58.
56. Verwilligung eines Zuschusses für den Verein deutscher Lehrerinnen in England	59.
57. Nachverwilligung von Kosten für die Herausgabe von Bugenhagens Kirchenordnung	59.
58. Canalisirung der Leonhardstraße	59.
59. Einrichtung eines besondern Unterrichtscurses für sprachkranke Kinder	60.
60. Anlage einer Verbindungsstraße zwischen Adolfs- und Vertraumstraße	60.
61. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß, die bei Erbauung kleinerer Wohnungen den Unternehmern stadtseitig zu gewährenden Erleichte- rungen betreffend	61.
62. Desgl. desselben die Einrichtung eines Bauhofes zur Aufbewahrung von städtischen Vorräthen und Geräthen betreffend	62.
63. Desgl. desselben die Erhaltung der Bürgersteige und Fußwege an chauffirten städtischen Straßen	62.
64. Einrichtung einer Parallellasse zur 3. Knabenklasse in der 5. unteren Bürgerschule	62.

- | | | |
|-----|--|-----|
| 65. | Antrag von verschiedenen Stadtverordneten, die zu 400 M und 500 M
eingeschätzten Einwohner vom Jahre 1886 an mit der Einkommen-
steuer zu verschonen | 63. |
| 66. | Auftrage des Herrn Wilke, betreffend die Uebernahme der Straßen-
reinigung seitens der Stadt | 64. |

Vertraulich:

- | | | |
|-----|--|-----|
| 67. | Wahl eines Armenpflegers | 64. |
| 68. | Pensionirung einer Lehrerin | 64. |
| 69. | Anstellung eines Lehrers an der städtischen Realschule | 64. |
| 70. | Heranziehung einer Einwohnerin zur Gemeindesteuer | 64. |
| 71. | Steuerreklamationen (Verzeichniß V von 1884) | 64. |

Juni 4.

Öffentlich:

- | | | |
|-----|--|-----|
| 72. | Selbstständiger Antrag des Stadtverordneten Wolff, die bei Ein-
schätzung zur Communalsteuer zu befolgenden Grundsätze betreffend | 66. |
| 73. | Desgl. des Stadtverordneten Rieß, den Straßendurchbruch nach dem
Petrithore betr. | 68. |
| 74. | Desgl. desselben, den Bau kleinerer Wohnungen betr. | 70. |
| 75. | Desgl. desselben, die Anlage eines Bahnhofs für die städtische Bauver-
waltung betr. | 72. |
| 76. | Desgl. desselben, die Unterhaltung und Anlegung der Fußwege an
chaufürten Straßen betr. | 72. |
| 77. | Desgl. des Stadtverordneten Reuter und Genossen auf Erlaß der
Communalsteuer für die untersten Steuerklassen | 74. |
| 78. | Desgl. des Stadtverordneten Güntner, das Schützenwesen betr. | 75. |
| 79. | Feststellung einer Baulinie am Magnithore | 83. |
| 80. | Verwilligung von Kosten für die Reparatur des Schulgebäudes an
der Leopoldstraße | 83. |
| 81. | Belegung von Grundcapital des Kreisfonds | 83. |
| 82. | „ „ „ der Stadtcasse | 83. |
| 83. | Besichtigung der Essener Klärungseinrichtungen nach Rothe-Ködder'schem
Verfahren | 83. |
| 84. | Feststellung einer Baulinie an der Schuhstraße | 84. |
| 85. | Verkauf der Heuernte im Gänsewinkel | 84. |
| 86. | Aufhebung eines Weges im Eichthale | 84. |
| 87. | Gesuch des Bauunternehmers Bannow um Zuführung des Wassers
aus der städtischen Wasserleitung | 84. |
| 88. | Anbringung von Blitzableitern an städtische Gebäude | 85. |
| 89. | Einfriedigung des Feuerlöschgebäudes am Waisenhanse | 85. |
| 90. | Bessere Beleuchtung des Kohlmarktes | 85. |
| 91. | Einrichtung eines Dienstzimmers im Stadthause | 86. |
| 92. | Subvention für die Feriencolonien | 87. |
| 93. | Anlegung einer Wasserleitung auf der Leonhardstraße | 87. |

Vertraulich:

94. Erlaß des Statuts über die gewerbsmäßige Unzucht 87.
 95. Wahl eines Armenpflegers 87.

Juli 2.

Öffentlich:

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

96. Wahl der Mitglieder des Ausschusses zur Auswahl der als Schöffen und Geschworenen geeigneten Personen 90.

Sitzung der Stadtverordneten.

97. Verpachtung der Grasnutzung in einem Graben am Stadtparke 90.
 98. Verwendung von Uebererschüssen aus dem Jahre 1884 90.
 99. Betonirung des Kellers im Stadtparke 91.
 100. Besserung der städtischen Badeanstalt 92.
 101. Belegung von Stammvermögen der Stadt 94.
 102. Reparaturen in der Bediellenwohnung an der Reichenstraße 94.
 103. Zusammenstellung der Baukosten des Schulgebäudes an der Leonhardstraße 95.
 104. Beschaffung eines eisernen Depositalschranke 95.
 105. Verwerthung eines Theils des früher Wollemann'schen Grundstücks 95.
 106. Deckung der Kosten für Erwerb der Eisenbüttnler Mühlen 96.
 107. Selbstständiger Antrag des Stadtverordneten Riecke, Baulichkeiten im Wirtschaftsgebäude des Stadtparks betr. 97.
 108. Desgl. des Stadtverordneten Blasius, die Anwendung von animaler Pympe bei den Impfungen in hiesiger Stadt betreffend 98.
 109. Verbreiterung der Schuhstraße und provisorische Instandsetzung der Friedrichstraße 99.

Vertraulich:

110. Steuerreklamationen, Verzeichniß **Nr.** I de 1885 100.

September 17.

Öffentlich:

111. Selbstständiger Antrag des Stadtverordneten Riecke, Verbesserungen im Stadtparkgebäude betreffend 102.
 112. Canalisation der Fällersleberthortwete 103.
 113. Belegung der Fällersleberthortwete mit Gas- und Wasserrohren 103.
 114. Belegung der Leonhardstraße mit Gasrohren und Aufstellung von 4 Candelabern 103.
 115. Veränderung in der Beleuchtung der Campestraße 103.
 116. Anstellung einer Klage 104.

	Seite
117. Die Ueberschüsse der Neustadtmühle	104.
118. Zahlung einer Verwaltungsgebühr Seitens des Wasserwerks und des Schlachthauses an die Stadtcasse	105.
119. Reparaturen in der Schule am Südklinte	105.
120. Erwerb von Straßenterrain im Hagenscharrn	105.
121. Instandsetzung der Campestraße	106.
122. Feststellung einer Baulinie am Ruffäntchenplage	107.
123. Gewährung eines Hypothekendarlehns	108.
124. Rückerstattung eines Vorschusses für Legung eines Wasserrohrs	109.
125. Selbstständiger Antrag des Stadtverordneten Till, Beleuchtung des Weges zur Brücke nach der Ottmerstraße, am Fuße des Windmühlensberges betreffend	109.

Vertraulich:

126. Einschätzung zweier Actiengesellschaften zur Communalsteuer	110.
127. Wahl eines Armenpflegers	110.

October 22.

Öffentlich:

128. Regulativ für Einführung der Wassermesser	112.
129. Selbstständiger Antrag des Stadtverordneten Till, betreffend Beleuchtung des Weges zur Ottmerbrücke	113.
130. Verkauf von Straßenterrain an der Fallersleberthortwete	113.
131. Erhebung einer Feststellungsklage	114.
132. Haltung von Vorgärten an der verlängerten Hufarenstraße	114.
133. Stadthaushaltsrechnungen von 1883	115.
134. Den Zustand der Kramerstraße betr.	115.
135. Anfrage des Stadtverordneten Burchard wegen Einrichtung eines allgemeinen Gewerbe-Schiedsgerichts	116.

Vertraulich:

136. Reklamation gegen die Steuerveranlagung seitens der Actiengesellschaft für Zute- und Flachindustrie	117.
--	------

November 19.

Öffentlich:

137. Regulativ für Einführung der Wassermesser	119.
138. Feststellung einer Baulinie an der Wendensstraße	150.

Vertraulich:

139. Erlaß von Abgaben aus Testamenten zc.	150.
140. Steuerreklamationen (Verzeichniß II von 1885)	150.

December 17.

Deffentlich:

141. Abänderung des Statuts über die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke	151.
142. Der Etat pro 1886	152.
143. Verwilligung von Reparaturkosten für das Gaswerk	161.
144. Uebernahme von Kosten der Kanalreinigung in der Schleinitzstraße	161.
145. Vereinbarung mit Anliegern der Kreuzstraße über Terrainabtretungen	161.
146. Bauliche Veränderungen im Stadtparkgebäude	162.
147. Einrichtung einer animalen Lymphstation	163.
148. Regulirung der Leonhard- und Vertraumstraße	164.
149. Uebereinkunft wegen Benutzung von Terrain an der Ottmerbrücke	164.
150. Belegung der Carl- und Limbederstraße mit Wasserrohren	164.
151. Ermäßigung des Preises für zu technischen u. Zwecken verwendetes Leuchtgas	165.

Vertraulich:

152. Wahl von Schiedsmännern in Gemäßheit des Viehseuchengesetzes	165.
153. Wahl eines Stadtverordneten als Mitglied der Armendirection	165.
154. Wahl von Bezirksvorstehern und Armenpflegern	165.

B. Nach den Gegenständen.

Abgaben aus Testamenten u., Erlaß derselben 150.

Anfragen an den Stadtmagistrat der Herren Burchard wegen Einrichtung eines allgemeinen Schiedsgerichts 116;

Rieke wegen der im Wirthschaftsgebäude des Stadtparks vorhandenen baulichen Mängel 23;

Wilke wegen Uebernahme der Straßenreinigung seitens der Stadt 64.

Anträge, selbstständige, der Herren

Blasius, die Einrichtung einer animalen Nymphstation betr. 98, 163;

Günther, die der Schützengesellschaft alljährlich stadtseitig zu zahlende Beihilfe betr. 20, 75;

Rieß, die Aufhebung der Vorschulclassen bei den städtischen Mädchenschulen betr. 26,

den Bau eines neuen Stadthauses betr. 35,

die Herstellung eines Straßendurchbruchs von der Gördelingerstraße zum Petriithore betr. 35, 68,

die bei Erbauung kleinerer Wohnungen den Unternehmern stadtseitig zu gewährenden Erleichterungen betr. 61, 70,

die Einrichtung eines Bauhofes für städtische Geräthe u. betr. 62, 72,

die Erhaltung der Bürgersteige und Fußwege an chaussirten städtischen Straßen betr. 62, 72;

Rieke, Baulichkeiten im Wirthschaftsgebäude des Stadtparks betr. 97, 102;

den Bau einer Brücke hinter dem Hoftheater betr. 23, 37;

v. Seckendorff, die Erleichterung des Verkehrs bei der Herzogl. Leihhaus-Sparkasse betr. 3;

Sievers und Rieß, die Errichtung einer städtischen Sparkasse betr. 3, 6;

Till, die Beleuchtung des Weges zur Brücke der Ottmerstraße betr. 109, 113;

Wolff, die bei Einschätzung zur Communalsteuer zu befolgenden Grundsätze betr. 66;

verschiedener Stadtverordneten, die Freilassung der beiden untersten Steuerclassen zu 400 M und 500 M betr. 63, 74.

Armenverwaltung.

Anschaffung von Mobilien für das Bureau der Armenkasse 43;

Wahl von Armenpflegern u. f. Wahlen.

Badeanstalt, städtische,

Beschaffung verschiedener Baulichkeiten 92.

Baulinien der Straßen, Feststellung derselben Cellerstraße 43,

Am Magnithore 83,

Schulstraße 84,

Ruhfäuleplaz 107,

Wendenstraße 150.

Bauverwaltung, städtische.

Verwilligung einer Mehrausgabe für den Betrieb des städtischen Baubüreaus i. J. 1884 18;

Einrichtung eines Bauhofes 62, 72.

Bedürfnisanstalten;

Erneuerung der Bedürfnisanstalt an der
Martinitirche 16,
Herstellung von Zwischenwänden 153,
Erneuerung des Pissoirs am Augustthore
und Verbesserung desjenigen am Petri-
thore 153.

Beleuchtung der Straßen,
des Kohlmarkts 85.
der Campestraße 103,
der Ottmerstraße 109, 113.

Bligableiter,

Anlegung derselben an verschiedene
städtische Gebäude 85,
desgl. auf den Schulgebäuden 43.

Brücken.

Herstellung einer Brücke hinter dem Hof-
theater 23, 37.
Benutzung des Böschungsterrains an der
Ottmerbrücke 43, 164.

Bau einer Brücke zwischen Ferdinand-
und Sophienstraße 51.

Bugenhagen's Kirchenordnung, Nachverwilli-
gung von Kosten zur Herausgabe der-
selben 59.

Canalisationen.

Gesammtcanalisationsproject 51.

Leonhardstraße 59.

Südlicher Theil der Schöppenstedter-
straße 19.

Besichtigung der Essener Klärungsein-
richtung nach Rothe = Röckner'schem
Verfahren 83.

Falkersleberthortwete 103.

Kramerstraße 115.

Canalreinigung in der Schleinitzstraße 161.

Contract mit der Firma Carl Wolters u. Co.
wegen Entnahme von Wasser aus der
Ofer 45.

Eingabe

der Hausbesitzer des südlichen Theils der
Schöppenstedterstraße wegen Canali-
sation dieser Straßenstrecke 19;

des Korfschneiders Lüdeckens, den Er-
werb von Schnitzereien für das städ-
tische Museum betr. 20;

von Anwohnern vor dem Wilhelmithore,
die Erbauung einer Brücke an der
Ferdinandstraße betr. 51;

des Bauunternehmers Bannow wegen
Zuführung des Wassers der städtischen
Wasserleitung nach dem Hasenwinkel
84;

Eisenbüttler Mühlen, Erwerb derselben 96.
Etats.

Benutzung von Ueberschüssen des ordent-
lichen Stadtcassenetats für 1884 90;
Stadthaushaltsplan für 1886 152.

Feriencolonien, Subvention 87.

Feuerlöschgebäude, Einfriedigung nach dem
Waisenhanse zu 85.

Gaswerk, städtisches

Erweiterungsabanten 38.

Feststellung der Grenze des Grund-
stücks 114.

Verwilligung von Reparaturkosten 161.

Ermäßigung des Gaspreises 165.

Gewandhaus, Verlegung der Treppe unter der
Laube in das Innere des Gebäudes 8.

Gewerbechiedsgericht, Einrichtung desselben
116.

Güterbahn, Prolongation der Concession zur
Erbauung derselben 45.

Impfungen, Einrichtung einer animalen
Lymphstation 98, 163.

Reisfonds, Belegung von Grundcapital 83.

Magistrat,

Anstellung, eines Technikers 11.

Desgl. eines Magistratschreibers 47.

Beschaffung eines eisernen Deposital-
schrankes 95.

Museum, städtisches.

Erwerb von Schnitzereien des Korf-
schneiders Lüdeckens 20.

- Neustadtmühle,**
Verwendung von Ueberschüssen 104.
- Ober, Entnahme von Wasser aus derselben**
seitens der Firma Wolters u. Co. 45.
- Ortsbauplan, Abänderung des Theils vor**
dem Hohenthore 18.
- PolYTECHNIKUM, früheres.**
Ankauf desselben zu Schulzwecken 54.
Privatarbeiten seitens städtischer Beamten 23.
Proceßse
wegen der Particulier Better'schen Erb-
schaft 14;
wegen Rückerstattung von Kosten zur
Unterstützung der Familie Sprenger
104;
wegen Feststellung der Grenze des Grund-
stücks der städtischen Gasanstalt 114.
- Rechnungen, städtische, von 1883 115.**
Regulativ, betreffend die Einführung der
Wassermesser 112, 119.
Rückerstattung eines Vorschusses für Legung
eines Wasserrohrs in der Charlotten-
straße 109.
- Schulen**
Anlegung von Blitzableitern auf den
städtischen Schulgebäuden 43.
Städtische Realschule
Anstellung eines Lehrers 64.
Höhere Mädchenschule
Aufhebung der Vorschulclassen 26.
Städtische Mädchenschule
Einrichtung einer 5. Parallelklasse 17.
Aufhebung der Vorschulclassen 26.
Nüttge-Harder'sche Schule
Etat für 1885 18.
Bürgerschulen
Erweiterung der Bürgerschulen um
7 Klassen 9.
Einrichtung einer 3. Hülfsklasse für
schwachbefähigte Kinder 43.
Beschaffung von Schullocalen für schwach-
befähigte Kinder 46.

- Einrichtung eines besonderen Unterrichts-
curfus für sprachfranke Kinder 60.
Einrichtung einer Parallelklasse zur 3.
Knabenklasse der 5. unteren Bürger-
schule 62.
Pensionirung einer Lehrerin 64.
Reparaturen am Schulgebäude auf der
Leopoldstraße 83.
Reparaturen in der Bedellenwohnung
der Schule an der Reichenstraße 94.
Baukosten des Schulgebäudes an der
Leonhardsstraße 95.
Reparaturen im Schulgebäude am Süd-
kunte 105.
- Schützenwesen, Verwilligung der jährlichen
städtischen Beihilfe 20, 75.
- Sparcassen.
Erleichterung des Verkehrs bei der Herzogl.
Leihhaussparcasse 3.
Einrichtung einer städtischen Sparcasse
3, 6.
- Stadtcaffe
Belegung von Stammvermögen der Stadt
94;
Zahlung einer Verwaltungsgebühr seitens
des Wasserwerks und des Schlacht-
hauses an die Stadtcaffe 105;
Vermiethung einer Wohnung im alten
Stadtcaffengebäude 18;
Belegung von Grundcapital der Stadt-
caffe 83;
Verwendung von Ueberschüssen aus d. J.
1884 90.
- Stadthaus
Einrichtung eines Büreaus für den
städtischen Wegebaumeister 11;
Neubau 35;
Bauprogramm 55;
Einrichtung eines Dienstzimmers 86.
- Stadtspark
Verwilligung einer Nachforderung zu den
Baukosten 10;
Bautlichkeiten im Wirtschaftsgebäude
23, 97, 102, 162;
Betonirung des Kellers 91, 162;

- Verpachtung der Grasnutzung in einem Graben neben dem Stadtparke 90.
- Statuten, betreffend
 die Ausübung der gewerbemäßigen Un-
 zucht 47, 87;
 die Verwaltung der städtischen Gas- und
 Wasserwerke 151.
- Steuern
 Reclamationen 23, 47, 64, 100, 150;
 Heranziehung Fremder zur Gemeinde-
 steuer 50;
 Freilassung der beiden untersten Steuer-
 classen zu 400 M und 500 M 63, 74;
 Heranziehung einer Einwohnerin zur
 Gemeindesteuer 64;
 Grundsätze bei Einschätzung zur Gemeinde-
 steuer 66;
 Einschätzung zweier Actiengesellschaften
 110, 117.
- Straßen:
 Bepflanzung der Straßen, Bericht des
 Kreisbranddirectors 8,
 Vertraumstraße, Regulirung 164;
 Campestraße, Instandsetzung 53, 106;
 Carl- und Linbekerstraße, Belegung mit
 Wasserröhren 164;
 Cellerstraße, Feststellung einer Baulinie
 43;
 Fallersleberthortwete
 Canalisation 103;
 Belegung mit Gas- und Wasser-
 röhren 103;
 Verkauf von Terrain 113;
 Friedrichstraße, provisorische Instand-
 setzung 99;
 Gauß- und Jerusalemstraße, Uebernahme
 seitens der Stadt und Erstattung von
 Kosten für dort gelegte Gas- und
 Wasserröhren 9;
 Hagensharn, Erwerb von Straßen-
 terrain 105;
 Verlängerte Hufarenstraße,
 Instandsetzung 44;
 Haltung von Vorgärten 114;
 Kramerstraße, Canalisirung 115;
 Kreuzstraße, Terrainabtretungen 161;

- Leonhardstraße,
 Canalisirung 59;
 Belegung mit Gasröhren 103;
 Terrainregulirungen 164;
 Am Magnithore, Feststellung einer Bau-
 linie 83;
 Ruhfäntchenplatz, Baulinie 107;
 Schuhstraße,
 Feststellung einer Baulinie 84;
 Verbreiterung derselben 99;
 Schleinitzstraße,
 Canalkreinigung 161;
 Spielmannsstraße, Legung von Gas-
 und Wasserröhren 58;
 Schöppenstedterstraße, südliche, Canalisi-
 rung 19;
 Wendenstraße, Feststellung einer Bau-
 linie 150;
 Herstellung einer Verbindungsstraße
 zwischen Steinweg und Casernenstraße
 23, 37;
 Straßendurchbruch von der Gördesinger-
 straße zum Petritzhore 35, 68;
 Anlegung einer Verbindungsstraße zwischen
 Adolfs- und Vertraumstraße 60;
 Erhaltungspflicht bezüglich der Bürger-
 steige und Fußwege an chaussirten
 städtischen Straßen 62, 72;
 Straßenreinigung, Uebernahme seitens
 der Stadt 64.

Verein

- gegen Bettelei, Zuschuß 15;
 deutscher Lehrerinnen in England, Zu-
 schuß 59.

Verkauf

- eines städtischen Bauplatzes an der Gauß-
 straße 46;
 der Heuernte im Gänsenwickel 84;
 vom Terrain an der Fallersleberthor-
 twete 113;
 Verpachtung der Grasnutzung in einem Gra-
 ben am Stadtparke 90.

Wahlen

- der Vorisenden der Stadtverordneten 1;

der Commissionen für deren regelmäßigen
Geschäfte 2;
des Protokollführers der Stadtverordneten
3;
der Beisitzer zu den Einkommensteuer=
Einschätzungscommissionen 3, 11;
von Bezirksvorstehern und Armenpflegern
23, 64, 87, 110, 165;
eines außerordentlichen Mitgliedes der
Ersatzcommission 50;
der Mitglieder des Ausschusses zur Aus=
wahl der als Schöffen und Geschworenen
geeigneten Personen 90;
von Schiedsmännern in Gemäßheit des
Viehseuchengesetzes 165;
eines Stadtverordneten als Mitglied der
Armendirection 165.

Wasserwerk, städtisches
Erstattung der Kosten für Legung von
Wasserröhren in der Louise- und

Hedwigsstraße aus dem Reservefonds
des Wasserwerks 7.

Wasserleitungen
nach dem Hafenwinkel 84;
auf der Leonhardstraße 87.

Wassermesser, Regulativ 112, 119.

Wege, städtische,
Aufhebung eines Interessentenweges im
Erdythale 84.

Wohnungen, kleinere,
die den Unternehmern bei Erbanung
kleinerer Wohnungen zu gewährenden
Erleichterungen 61, 70;
Gewährung eines Hypothekdarlehns an
den Tischlermeister Jung bei Erbanung
von Häusern mit kleineren Wohnungen
108;
Wollemann'sches Grundstück, früher, Verwer=
thung eines Theiles desselben 95.

1885.
~~~~~

(Fortsetzung der Beilage zu N. 13 de 1885  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 1.  
~~~~~

V e r h a n d l u n g e n
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 8. Januar 1885.

Öffentlich:

- I. Wahl der Vorsitzenden und der Commissionen.
- II. Selbstständiger Antrag des Herrn v. Seckendorff, die Erleichterung des Verkehrs bei der hiesigen Sparkasse betreffend.

Vertraulich:

- Wahl des Protokollführers.
Commissionswahlen.
-

Entschuldigt die Herren Ding und Wolff. — Am Magistratstische die Herren Stadtrath Ketemeyer und Stadtrath Grote.

Der bisherige Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung, indem er die neuhinzutretenden Mitglieder, die Herren Kaufmann Karl Bösekrug, Kaufmann Adolf Bollmann, Kreisbaumeister Wilhelm Krahe, Postleiler Albert Halle und Photograph Johannes Burckhardt, willkommen heißt, und tritt sodann den Vorsitz an den Alterspräsidenten, Herrn Buchler, ab, welcher die Anwesenden auffordert,

I. zur Wahl eines Vorsitzenden zu schreiten.

Von 23 abgegebenen Stimmen vereinigen sich 22 auf den bisherigen Vorsitzenden, Herrn Semler, 1 entfällt auf Herrn Heymann.

Herr Semler ist somit wiedergewählt. Derselbe nimmt die Wahl dankend an und leitet, nachdem er den Vorsitz wieder übernommen, die Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden.

Das Resultat der Wahl ergibt 20 Stimmen für den bisherigen zweiten Vorsitzenden, Herrn Lüderßen, 1 für Herrn von Seckendorff und 1 für Herrn Heymann; ein Zettel ist unbeschrieben.

Herr Lüderßen ist demnach wiedergewählt und nimmt die Wahl gleichfalls dankend an.

Nach erfolgter Bestellung des Herrn Heymann durch Acclamation zum stellvertretenden Protocollführer werden durch Stimmzettel gewählt:

- in das Kirchen- und Stiftungscassen-Collegium Herr Meyer;
- in den Schulvorstand Herr von Seckendorff;
- in den Schulvorstand für die beiden Mädchenschulen die Herren Ramdohr und von Seckendorff;
- in die Deputation für die städtische Realschule die Herren von Seckendorff und Schwarzenberg;
- in die Schulcommission die Herren Blasius, Lösekrug, Ramdohr, Reiche und Schwarzenberg;
- in die Statutencommission die Herren Halle, Heymann, Krahe, Lüderßen, Reuter, Schwarzenberg und Semler;
- in die Finanzcommission die Herren Heymann, Hollmann, Jasper, Natalis, von Seckendorff, Sievers und Wolff;
- in das Stadtbauamt die Herren Blasius, Bollmann, Ramdohr und Reuter;
- in die Baucommission die Herren Krahe, Nieß, Reuter, Till und Rieke;
- in den Gesundheitsrath die Herren Blasius, Nieß und Reuter;
- in die Deputation für die Gas- und Wasserwerke die Herren Jasper, Lösekrug, Sievers und Wolff;
- in die Deputation für die Erweiterungsbauten des Wasserwerks die Herren Hollmann und Krahe;
- in die Quartierbehörde die Herren Ding und Nieß, als deren Stellvertreter die Herren Günther und Wilke;
- in die Commission für die Einschätzung der Gewerbesteuer die Herren Hollmann, Buchler und Wolff;
- in die Deputation für das Schlachthaus die Herren Meyer und Wolff;
- in die Commission für die Einschätzung der Gebäude behuf Einquartirung die Herren Meyer, Lösekrug, Ramdohr, Bollmann, Ding und Wolff.

Dem Vorschlage der Senioren-Commission entsprechend vertheilt sodann der Herr Vorsitzende die drei Einkommensteuer-Einschätzungs-Commissionen folgendermaßen.

für den August- und Steinhordistrict die Herren Günther, Halle, Heymann, Lösekrug, Lüdersen, Natalis, Rambohr, Sievers und Till;

für den Wenden- und Petritthordistrict die Herren Blasius, Bollmann, Ding, Hollmann, Jasper, Reiche, Reuter, Rieke und Schwarzenberg;

für den Hohe- und Wilhelmithordistrict die Herren Buchler, Burchardt, Krahe, Meyer, Nieß, von Seckendorff, Semler, Wilke und Wolff;

womit sich die Versammlung einverstanden erklärt.

Nachdem die Wahlen erledigt sind, theilt der Herr Vorsitzende mit,

II. daß von Herrn von Seckendorff folgender Antrag eingegangen sei:

Die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei Herzoglicher Landesregierung sich dafür zu verwenden, daß die hiesige Sparkasse dem Publikum bequemer zugänglich gemacht werde.

Der Herr Antragsteller motivirt seinen Antrag damit, daß das in der Sparkasse verkehrende Publikum, welches doch auch in seiner Zeit zum größten Theile sehr beschränkt sei, oft stundenlang auf Abfertigung warten müsse, welchem Uebelstande durch Einrichtung einer zweiten Einnahmestelle und durch Erstreckung der Abfertigungszeit auch auf die Nachmittagsstunden leicht abgeholfen werden könne.

Nachdem der Antrag der Finanzcommission zur Vorprüfung überwiesen ist, wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In der darauf folgenden vertraulichen Sitzung wird zunächst der bisherige Protokollführer der Versammlung wiederum auf ein Jahr gewählt.

Sodann bringen die Herrn Sievers und Nieß einen von ersterem näher begründeten Zusatzantrag zu dem vorhingedachten von Seckendorff'schen Antrage ein, dahin gehend: den Stadtmagistrat zu ersuchen, zu erwägen, ob nicht eine Sparkasse eingerichtet werden könne. Auch dieser Antrag wird der Finanz-

Schließlich werden noch die Beisitzer zu den verschiedenen Einkommensteuer-Einschätzungs-Commissionen gewählt

1885.
~~~~~

(Fortsetzung der Beilage zu **N. 14** de 1885  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

**N. 2.**  
~~~~~

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 29. Januar 1885.

Öffentlich:

- I. Selbstständiger Antrag des Herrn v. Seckendorff wegen der Leihhaussparkasse und bezgl. der Herren Nieß und Sievers auf Errichtung einer städtischen Sparkasse.
- II. Erstattung einer Ausgabe des Wasserwerks aus dem Reservefonds des Letzteren.
- III. Verlegung der Treppe unter der Laube des Gewandhauses in das Innere des Gebäudes.
- IV. Bericht des Kreisbranddirectors über die Straßenbesprengung.
- V. Erweiterung der städtischen Bürgerschulen um 7 Klassen.
- VI. Erstattung von Kosten der in der Gauß- und Jerusalemstraße gelegten Gas- und Wasserröhren und Uebernahme dieser Straßen seitens der Stadt.
- VII. Verwilligung einer Nachforderung für den Stadtpark.
- VIII. Einrichtung eines Büreaus für den städtischen Wegebaumeister.

Vertraulich:

- 1) Anstellung eines Maschinentechnikers.
 - 2) Wahl eines Beisizers für eine Einschätzungscommission.
-

Entschuldigt die Herren Nieß und Wilke. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Götte, Haake, Metemeyer und Grote.

Auf dem Präsidialtische sind vom Herrn Stadtverordneten Dr. med. Blasius Separatabdrücke zweier von ihm gehaltenen Vorträge:

- a) Was ist in Braunschweig zur Affanirung der Stadt und zum Schutze gegen die Cholera im Sommer 1884 geschehen und was bleibt uns noch zu thun übrig?
- b) Die Trichinose und die gegen dieselbe erforderlichen sanitätspolizeilichen Schutzmaßregeln,

zur Vertheilung an die Magistratsmitglieder und Stadtverordneten niedergelegt, welche dankend entgegengenommen werden.

Der Herr Vorsitzende verliest sodann die Protokolle sub Nris. 13 und 14 von 1884 und 1 von 1885 zur Genehmigung.

Bezüglich des Protokolls Nr. 14 bemerkt Herr Wolff, daß es in seinem Referate auf S. 192 Z. 7 v. u. statt »vom Verkaufe auszuschließen« heißen müsse »von der Bedingung der Unbebaubarkeit auszuschließen« — eine Ausstellung, deren Richtigkeit der Herr Vorsitzende namens der Versammlung constatirt.

Zu Protokoll 13 wünscht Herr Günther eine Berichtigung in einer Rede des Herrn Nieß; da letzterer aber nicht gegenwärtig, so wird einstweilen davon Abstand genommen.

Im Uebrigen werden die Protokolle genehmigt.

Die ersten drei Punkte der Tagesordnung, Anträge des Herrn Nieß, betreffend 1) Aufhebung der unteren Klassen der städtischen Mädchenschulen, 2) Bau eines Stadthauses, 3) Durchbruch von der Gördelingerstraße zum Petrihore, werden wegen Abwesenheit des Antragstellers abgesetzt.

I. Ueber den nun folgenden Antrag des Herrn v. Seckendorff wegen Erleichterung des Verkehrs bei der Leihhauskasse und über den von den Herren Nieß und Sievers eingebrachten Antrag auf Errichtung einer Städtischen Sparkasse berichtet letzterer namens der Finanzcommission Folgendes:

Mit Rücksicht auf den letztgedachten Antrag habe die Finanzcommission auf denjenigen des Herrn v. Seckendorff einstweilen nicht näher eingehen zu sollen geglaubt, weil bei eventueller Errichtung einer städtischen Sparkasse eine Entlastung der Leihhaussparkasse von selbst eintreten würde. Herr Oberbürgermeister Pockels habe bezüglich der Errichtung einer städtischen Sparkasse erklärt, daß er sich schon seit mehreren Jahren mit dieser Frage beschäftigt habe, ausgehend von dem Gedanken, der auch dem von Herrn Nieß und ihm gestellten Antrage zu Grunde gelegen, eine Sparkasse zu errichten, welche es dem Publikum ermögliche, auch die kleinsten Beträge nutzbar anzulegen, da nur auf diese Weise der Zweck in vollem Maße erreicht werde. Ein derartiges Institut würde den Sparsinn der Bevölkerung wecken und dadurch den minder Bemittelten zum wahren Segen gereichen. Selbstverständlich habe

man sich nicht auf eine sogenannte Pfennigsparkasse beschränken, sondern damit auch die Annahme größerer Beträge in Verbindung bringen wollen, und man könne die Hoffnung haben, daß ein solches Unternehmen sich zu einer guten Einnahmequelle für die Stadt gestalten würde, wie das die in vielen Communen gegründeten Sparkassen in vollem Maße zeigen; derartige Sparkassen sollen vielfach 20–30 000 M. jährliche Rente abwerfen. Der Gedanke sei nun allerdings in den Hintergrund getreten von dem Momente an, wo die Reichsregierung damit umging, eine Postsparkasse zu gründen und man habe abwarten wollen, wieweit dies auf Gründung einer städtischen Sparkasse Einfluß haben könne.

Dann habe Herr Wolff bei den Commissionsberathungen weiter ausgeführt, daß auch der Vorstand des Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen mit dem Vorstande des Bürgervereins sich schon eingehend mit dieser Frage beschäftigt habe und bereits mit der Regierung in Unterhandlung getreten sei, um zu hören, in welcher Weise man sich einer solchen Sparkasse gegenüber stellen wolle. Aber auch dieser Plan sei aus gleichen Gründen einstweilen zurückgestellt worden.

Er (Referent) habe bei Begründung des Antrags die Ansicht ausgesprochen, daß eine städtische Sparkasse auch wohl neben einer Postsparkasse noch bestehen könne, er sei aber bei näherer Erwägung davon abgekommen, weil eine Postsparkasse, wie sie gedacht werde, allen Anforderungen völlig genüge und, durch die weitverbreiteten Organisationen der Postanstalten begünstigt, Erleichterungen bieten werde, welche eine städtische Sparkasse nicht zu bieten im Stande sei. Deshalb sei auch er der Meinung, daß es jetzt nicht angebracht sei, zur Errichtung einer städtischen Sparkasse zu schreiten, sondern daß es sich empfehle, abzuwarten, wie die baldigst erfolgende Abstimmung in dieser Angelegenheit im Reichstage ausfalle. Nach dem letzten Berichte scheine allerdings eine Ablehnung in Aussicht zu stehen.

Die Commission habe sich den Ausführungen angeschlossen. Es seien auch Bedenken laut geworden, ob eine städtische Sparkasse der sonstigen Concurrenz der Stadt gegenüber rentiren würde; man habe sich aber im Allgemeinen mehr der Ansicht zugeneigt, daß diese Concurrenz sehr wohl auszubalten sei und eine städtische Sparkasse bei gleichen Bedingungen vielfache Vorzüge haben würde. Die Commission vereinige sich zu dem Antrage: den Magistrat zu ersuchen, je nachdem der Reichstag sich gegen oder für die Errichtung von Postsparkassen entscheidet, im ersten Falle, die Errichtung einer städtischen Sparkasse unverzüglich ins Auge zu fassen, im anderen Falle, der betreffenden Behörde gegenüber Schritte zu thun, um Erleichterung im Verkehr bei der Leihhaussparkasse herbeizuführen.

Der Commissionsantrag wird angenommen.

Weiter

II. berichtet Herr Sievers für die Finanzcommission über ein Magistratschreiben

vom 27. v. Mts., in welchem die Versammlung ersucht wird, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Kasse des Wasserwerks eine Summe von 600 M 35 S, welche sie dem Maschinencalculator Hothauer für die von demselben i. J. 1874 vorgenommene Belegung eines Theils der Louisen- resp. Hedwigstraße mit Wasserrohren auf Beschluß der Deputation hat auszahlen müssen, aus dem Reservefonds des Wasserwerks zurückerstattet werde.

Die Commission befürwortet den Antrag, worauf derselbe genehmigt wird.

III. Ueber die Magistratsvorlage vom 29. v. Mts., betreffend die Verlegung der Treppe unter der Laube des Gewandhauses in das Innere des Gebäudes, berichtet Herr Reuter für die Baucommission.

Die Herzogliche Cammer, Direction der Domänen, hat sich auf Antrag Herzoglicher Polizeidirection bereit erklärt, die gedachte Treppenverlegung bei Herzoglichem Staatsministerium unter der Bedingung zu befürworten, daß die Stadt zu den auf 800 M veranschlagten Kosten 400 M beizutragen sich verpflichtet. Der Magistrat ersucht um Bewilligung dieses Beitrags von Cap. XIV M 5 der ordentlichen Ausgaben.

Die Baucommission hält gleich dem Magistrate die projectirte Baulichkeit im Interesse des öffentlichen Verkehrs für dringend wünschenswerth und empfiehlt dem Magistratsantrage stattzugeben.

Es geschieht dies ohne Weiteres.

IV. Der Stadtmagistrat hat der Versammlung unterm 5. d. Mts. k. H. den Bericht des Kreisbranddirectors Reuter vom 26. v. Mts., die Straßenbesprengung i. J. 1884 betreffend, zur Kenntnißnahme übersandt.

Der Referent der Finanzcommission, Herr Wolff, entnimmt demselben im Wesentlichen Folgendes: Die Straßen außerhalb der Umfluthgräben werden durch drei Gespanne von Fricke und drei von Braumers besprengt; jeder Colonne ist ein Feuerwehrmann beigegeben. Weitere sechs Gespanne stellt die Feuerwehr. Die Straßen der inneren Stadt sind thunlichst gleichmäßig unter vier Gespanne vertheilt; als Fahrer dienen Feuerwehrmänner. Im Ganzen werden 178 Straßen von 49445 m Länge und 460650 qm durch 12 Gespanne besprengt. Die Straßen werden je nach der Breite, zum Theil einmal, zum Theil 2 bis 4 Mal befahren, so daß sich eine zu besprengende Gesamtwegestrecke von 84945 m ergibt. Jeder Wagen hat im gefüllten Zustande binnen 5 Stunden eine Wegestrecke zurückzulegen: in den westlichen Vorstädten von 5900 m, in den östlichen Vorstädten von 6075 m, auf den Promenaden von 8425 m, in der inneren Stadt von 8042 m. Bei zweimaligem Befahren der betreffenden Straßen, also bei zehnstündiger Arbeitszeit, kann jeder Wagen höchstens 35 mal gefüllt und entleert werden, und es können demnach, da der Wagen 1500 Liter Wasser faßt, 630000 Liter Wasser im Tage vertheilt werden, wovon auf jedes qm

der zu besprengenden Fläche 1,36 Liter, somit Vormittags 0,68 Liter und Nachmittags 0,68 Liter entfallen. Zum Beweise, daß hier für den vorhandenen Apparat die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht ist, wird im Berichte u. a. angeführt, daß in Berlin auf je 32451 qm besprengte Fläche ein Wagen, hier auf je 38387 qm ein Wagen entfällt und daß in Berlin lediglich die Fuhrkosten jährlich 3,52 \mathcal{M} , hier die sämtlichen Kosten ausschließlich des Wassers, wofür bekanntlich eine Pauschsumme bezahlt wird, 2,68 \mathcal{M} pro qm betragen. Das Besprengen hat im Laufe des Jahres an 118 Tagen in 1045 Stunden stattgefunden. Vom 1. Juli, dem Tage der Einführung der allgemeinen Sprengung an, sind an Wasser verbraucht: im Juli 11568, im August 15036, im September 8392, im October 462 cbm, in der Zeit vom 1. Juli bis 3. October rund 77 Liter auf das qm. Bewilligt sind zur einmaligen Ausgabe 5000 \mathcal{M} , ausgegeben 4982 \mathcal{M} 40 \mathcal{S} , zu laufenden Ausgaben 8600 \mathcal{M} , ausgegeben 7521 \mathcal{M} 55 \mathcal{S} mithin erspart 1096 \mathcal{M} 05 \mathcal{S} .

Besondere Bemerkungen werden seitens der Versammlung zu dem Berichte nicht gemacht; man geht deshalb über zu

V. der Magistratsvorlage vom 19. d. Mts., betreffend die Erweiterung der städtischen Bürgerschulen um 7 Klassen; Herr Reiche berichtet namens der Schulcommission darüber.

Nachdem bei den hiesigen Bürgerschulen die Anmeldungen schulpflichtiger Kinder für das Schuljahr 1885 stattgefunden haben, auch die Anzahl der zu Ostern abgehenden Kinder annähernd festgestellt ist, hat sich herausgestellt, daß für die mittleren und unteren Bürgerschulen noch je 3 Klassen und außerdem eine Hilfsklasse eingerichtet, auch dieserhalb 5 Lehrer und 3 Lehrerinnen angenommen werden müssen. Der Magistrat beantragt, zur Einrichtung der fraglichen 7 Klassen die Zustimmung zu ertheilen und die zur Besoldung der fehlenden Lehrkräfte erforderlichen Geldmittel zu insgesammt 6637 \mathcal{M} 50 \mathcal{S} zu bewilligen —

ein Antrag, welcher auf Befürwortung der Commission ohne Weiteres die Zustimmung der Versammlung findet.

VI. beschließt die Versammlung auf Grund eines von Herrn Reuter über ein Magistrats Schreiben vom 7. d. Mts. erstatteten Berichts, sich mit der Uebernahme der von der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank ausgebauten Gauß- und Jerusalemstraße als städtische Straßen einverstanden zu erklären, auch zu genehmigen, daß die Kosten für Legung von Gas- und Wasserröhren in den gedachten Straßen im Betrage von 6439 \mathcal{M} 90 \mathcal{S} der Hypothekenbank aus dem Reservefonds der städtischen Gas- und Wasserwerke erstattet werden.

Herr v. Seckendorff enthält sich dabei als Director der Hypothekenbank der Abstimmung.

Danach

VII. erstattet Herr Wolff als Referent der Finanzcommission Bericht über ein Magistratschreiben vom 12. v. Mts., die bei Anlegung des Stadtparkes (Fasanenholz) entstandenen Mehrkosten betreffend.

Zur Deckung der gesammten Baukosten des Restaurationsgebäudes ist nach einem Berichte der städtischen Bauverwaltung eine nochmalige Verwilligung von 2553 M 23 S erforderlich; es sind diese Mehrkosten hauptsächlich der, der vorjährigen provisorischen Aufstellung der Stadtbauverwaltung gegenüber bedeutend höher ausgefallenen Rechnung über Zimmerarbeiten zuzuschreiben. Der Stadtmagistrat ist durch diese Mehrausgabe allerdings unangenehm berührt und hat auch der städtischen Bauverwaltung sein Mißfallen darüber zu erkennen gegeben, er sieht sich aber nach Lage der Sache veranlaßt, die Nachverwilligung der gedachten Summe zu beantragen. Ferner hat die städtische Bauverwaltung für die Unterhaltung des Restaurationsgebäudes pro 1885 die Verwilligung von 150 M, zum Zwecke der Vervollständigung und Unterhaltung der Parkanlagen pro 1885 aber 4520 M beantragt. In dieser Summe sind u. a. 1650 M für Beaufsichtigung des Parks und Arbeitslohn enthalten. Der Magistrat beabsichtigt nämlich, die Oberaufsicht über die Parkanlagen dem Promenaden-Inspector Kreiß gegen eine Entschädigung von jährlich 150 M zu übertragen und hat den Vorarbeiter Bursee vom 1. October v. J. an als Aufseher und ständigen Arbeiter gegen einen Lohnsatz von 900 M p. a. angestellt. Die übrigen 600 M werden durch die vermehrten Arbeiten im Park während des Frühjahrs, Sommers und Herbstes absorbiert. Von jenen 1650 M sind schon 900 M durch den Etat genehmigt, so daß sich die für Unterhaltung des Parks angeforderte Summe auf 3620 M ermäßigt. Schließlich bleibt noch eine Ueberschreitung der durch den Etat für 1884 zur Instandsetzung der Parkanlagen und Wege verwilligten 16000 M um 311 M 25 S zu decken.

Der Magistrat ersucht nun die Versammlung, zu genehmigen, daß

- 1) die Nachforderung der städtischen Bauverwaltung für das Restaurationsgebäude zu 2553 M 23 S, sowie die Mehrausgabe für Instandsetzung des Stadtparks zu 311 M 25 S von dem Vorrathsvermögen Cap. II Nr. 3 der außerordentlichen Einnahme pro 1884 bestritten werde;
- 2) die Anforderung der städtischen Bauverwaltung für Instandhaltung des Restaurationsgebäudes des Stadtparks pro 1885 zu 150 M aus dem Dispositionsfonds pro 1885 Cap. XIV Nr. 5 gedeckt werde;
- 3) die Kosten der Vervollständigung und Instandhaltung des Stadtparks pro 1885 zu 3620 M aus dem Dispositionsfonds Cap. V der außerordentlichen Ausgaben pro 1885 berichtigt werden.

Die Commission schließt sich diesen Anträgen an.

Nach einigen Bemerkungen des Herrn Kiefe, welcher sich mißfällig darüber äußert, daß eine nochmalige Nachverwilligung von Kosten erforderlich sei, was nur von einer höchst mangelhaften, von wissenschaftlich vorgebildeten Baubeamten nicht zu erwartenden Veranschlagung herrühren könne, und nach einer kurzen Erwiderung des Herrn Referenten

werden die Magistratsanträge genehmigt.

Endlich

VIII. wird nach einem von Herrn Krahe für die Baucommission erstatteten Referate beschlossen, dem Antrage des Stadtmagistrats vom 22. d. Mts. gemäß die zur Einrichtung eines Büreaus im Stadthause für den städtischen Wegebaumeister Menadier und zur Beschaffung von Mobiliargegenständen für diesen und den Bautechniker Vertram erforderlichen Mittel von insgesammt 820 M aus dem Dispositionsfonds der städtischen Behörden zu verwilligen.

Die Begründung des von Herrn Günther gestellten Antrags wegen des Schützenwesens, wird auf dessen Wunsch von der Tagesordnung abgesetzt, imgleichen die Begründung eines von Herrn Rieß gestellten Antrags, den Bau kleinerer Wohnungen betreffend.

Darauf folgt Schluß der Sitzung.

In vertraulicher Sitzung wird noch die Anstellung eines Maschinentechnikers beschlossen und die Wahl eines Beisizers für eine Einschätzungscommission vorgenommen.

1885.

(Fortsetzung der Beilage zu **N. 36** des 1885
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 3.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 26. Februar 1885.

Öffentlich:

- I. Aufnahme eines Processus.
- II. Bewilligung eines Zuschusses an den Verein gegen Bettel.
- III. Anl. ge einer neuen Bedürfnisanstalt an der Martinikirche.
- IV. Bewilligung von Kosten für die Parallellasse V der städtischen Mädchenschule.
- V. Abänderung des Ortsbuplans vor dem Hohen thore.
- VI. Vermietung einer Wohnung im alten Stadtkassengebäude.
- VII. Nachbewilligung von Kosten für die städtische Bauverwaltung.
- VIII. Etat für die Lüttge Harder'sche Schul. bis 1885
- IX. Petition, betreffend die Canalisirung des südlichen Theils der Schöppenstedter Straße.
- X. Petition, betreffend den Ankauf von Schnitzereien für das städtische Museum.
- XI. Antrag des Herrn Günther, das Schützenwesen betreffend.
- XII. Desgl. des Herrn Kieße, den Bau einer Brücke zw. hinter dem Hoftheater betreffend.
- XIII. Anfrage des Herrn Kieße an den Stadtmagistrat wegen der im Wirthschaftsgebäude des Stadtparks vorhandenen Nebelstände.

Vertraulich:

- 1) Wahl eines Armenpflegers.
- 2) Besuch eines städtischen Beamten wegen Uebernahme von Privatarbeiten.
- 3) Steuerreklamationen.

Entschuldigt die Herren Buchler, Meier und v. Seckendorff. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Ketemeyer.

Nach Genehmigung des Protocolles *N* 2

theilt der Herr Vorsitzende mit, daß ihm folgende Drucksachen zugegangen seien:

- 1) Verwaltungsbericht des Stadtmagistrats vom Jahre 1883,
- 2) ein Exemplar der in Berlin erscheinenden Wochenschrift »Deutsches Grundeigenthum« vom 1. Februar 1885,
- 3) Aufforderung zu Zeichnungen auf eine Denkschrift zum 88. Geburtstage Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm.

Der sub 1 gedachte Bericht ist auch den einzelnen Mitgliedern der Versammlung zugegangen; die Sachen sub 2 und 3 läßt der Herr Vorsitzende circuliren.

Von Herrn Rieke ist ein Antrag, den Bau einer Brücke u. hinter dem Hoftheater betreffend, ferner eine Anfrage an den Stadtmagistrat wegen der im Stadtparke vorhandenen Uebelstände eingegangen. Beides kommt nach Erledigung der Tagesordnung zur Motivirung bezw. Beantwortung.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet Herr Heymann namens der Statutencommission über ein Magistrats Schreiben vom 26. v. Mts, die Aufnahme eines Processus betreffend.

Im Jahre 1880 ist der Particulier Friedrich Wetter hier gestorben mit Hinterlassung eines Testaments, in welchem er in erster Linie die ehelichen Nachkommen der Kinder seines verstorbenen Bruders Gottlieb, als der Frau Mathilde Schaffair, geb. Wetter, und des Cigarrenmachers Otto Wetter, zu seinen Erben einsetzt; wenn jedoch keine ehelichen Nachkommen vorhanden, dann solle die Stadtgemeinde Braunschweig Erbin sein, um den gesammten Nachlaß zur Bildung einer milden Stiftung zu verwenden. Beim Tode des Erblassers hatten Nichte und Neffe keine eheliche Nachkommenschaft und ist dieselbe auch jetzt noch nicht vorhanden. Der Magistrat hat sich deshalb seiner Zeit den Nachlaß aushändigen lassen und die Wetter'sche Stiftung ins Leben gerufen. Frau Schaffair hat darauf gegen den Magistrat Klage erhoben und beantragt, 1) das Testament für ungültig zu erklären und den Magistrat zu verurtheilen, ihr die Hälfte des Nachlasses herauszugeben; 2) für den Fall, daß das Testament gültig sein sollte, die beim Tode der Klägerin und deren Bruder vorhandene eheliche Nachkommenschaft als erbberichtigt anzusehen und den Magistrat zur Herausgabe der Erbschaft an die Testamentsvollstrecker zu verurtheilen, 3) für den Fall, daß die Stadt Erbin geworden sei, der Klägerin ein im Testamente für Carl Wetter vorgesehenes, durch dessen inzwischen erfolgten Tod ausgefallenes, Legat von jährlich 1000 M zur Hälfte auszuzahlen. Der Proceß ist vom Landgerichte dahin

entschieden, daß die Klägerin mit den Hauptanträgen sub 1 und 2 abgewiesen ist, dagegen wegen des Legats von 1000 M obgesiegt hat. Die Kosten sind zu $\frac{2}{3}$ der Klägerin, zu $\frac{1}{3}$ dem Magistrat aufgelegt. Bei diesem Erkenntniß haben sich beide Theile beruhigt. Jetzt hat der Neffe, Otto Better, eine gleiche Klage angestellt und der Magistrat ersucht, die Genehmigung zur Proceßführung zu ertheilen.

Die Commission befürwortet dieses Ersuchen. Bezüglich der beiden ersten Punkte könne die Annahme des Magistratsantrags nicht zweifelhaft erscheinen und was den dritten Punkt anlange, so handle es sich dabei im schlimmsten Falle nur um einen im Verhältniß zum Objecte nicht bedeutenden Kostenbetrag, der event. nicht die Stadt, sondern die Better'sche Stiftung treffen würde.

Es wird darauf beschlossen, den Magistrat zur Proceßführung zu ermächtigen.

II. Ueber den vom Stadtmagistrate unterm 2. d. Mts. eingebrachten Antrag auf Verwilligung eines Zuschusses an den Verein gegen Bettelerei berichtet Herr Schwarzenberg für die Statutencommission.

Der gedachte Verein hat im verflossenen Jahre an fremde Bettler für 1460 Portionen Mittagessen und 6013 Nachtmarken, nach Abzug des erzielten Gewinnes, 2100 M verausgabt, von welcher Summe nach dem i. J. 1883 getroffenen Uebersinkommen der Magistrat $\frac{2}{3}$ mit 1400 M und der gedachte Verein $\frac{1}{3}$ mit 700 M zu tragen hat. Der Magistrat giebt anheim, die gedachten 1400 M von den vorhandenen Mitteln der Kasse der polizeilichen Abgabe für Hunde de 1884 zu verwilligen.

Die Commission schließt sich diesem Antrage an.

Herr Rieke kann sich nicht dazu entschließen, die Verwilligung auszusprechen, weil der Verein nur zum Zweck habe, die Privatwohlthätigkeit zu unterstützen. Der Verein bringe täglich etwa 7 M auf. Wie klein sehe diese Summe aus im Vergleich zu denjenigen Opfern, welche außerdem im Wege der Privatwohlthätigkeit seitens des Mittelstandes gebracht würden. Der besigende Stand habe sich gegen die Bettelerei mit Schildern verbarricadirt, man bezahle 1 M das Jahr und glaube dann nicht Wunder, was man für dergleichen Zwecke gethan habe. Wer Verstandniß und Herz für die Noth vieler armer Reisender habe, der könne sich nicht entschließen, sie ohne Weiteres von der Thür zu weisen und gebe, wenn er sonst in der Lage sei, gern eine Gabe.

Herr Stadtrath Ketemeyer erinnert daran, wie es gekommen, daß die Stadt dem Vereine gegen Bettelerei einen jährlichen Zuschuß zahle. Von dem Comité, welches die Arbeitercolonien gegründet hat, sei an den Magistrat das Ersuchen gerichtet worden, eine Naturalverpflegungsstation hier einzurichten. Die Versammlung habe sich aber, übereinstimmend mit dem Magistrat, dahin ausgesprochen, daß es das Einfachste sei, wenn die Sache dem gedachten Vereine übertragen würde. Dieser habe

sich dazu bereit erklärt und auch in vollem Maße seine Schuldigkeit gethan, und wenn man nun wirklich mit dem Vereine nicht sympathisire, so könne man sich doch der Verpflichtung zur Zahlung des vereinbarten Zuschusses nicht entziehen.

Herr Wolff erblickt in den Ausführungen des Herrn Rieke Beschuldigungen gegen einen Verein, der seit einer Reihe von Jahren in höchst segensreicher Weise wirke. Statt sich hier in ungegründeten Behauptungen zu ergehen und den Klassenhaß zu predigen, was Niemand anzuhören brauche, sollte es Herr Rieke lieber der Mühe werth gehalten haben, den Bericht des Vereins zu lesen, dann würde er von dessen Wirksamkeit einen anderen Begriff bekommen haben. Die Beschuldigungen des Herrn Rieke richteten sich selbst.

Herr Schwarzenberg hebt als Hauptgrund, weshalb seiner Zeit die städtischen Behörden auf eine Verbindung mit dem Vereine gegen Bettelerei eingegangen sind, hervor, daß man das bereits stark in Anspruch genommene Armenbureau nicht noch mehr habe überlasten wollen.

Nachdem Herr Rieke persönlich noch betont hat, daß ihm von Beschuldigungen, wie sie Herr Wolff in seinen (Redners) Ausführungen zu finden glaube, nichts in Sinn gekommen sei und er nur habe nachweisen wollen, daß der vom gedachten Vereine zur Unterstützung armer Reisender zusammengebrachte Beitrag zu geringfügig sei im Vergleich zu der sonst in hiesiger Stadt geübten Privatwohlthätigkeit, wird der Magistratsantrag angenommen.

Danach

III. referirt Herr Krahe namens der Baucommission über einen Magistratsantrag vom 9. d. Mts., die Anlage einer neuen Bedürfnisanstalt an der Nordseite der Martinikirche betreffend.

Die an gedachter Stelle jetzt befindliche Bedürfnisanstalt ist eine der ersten, welche in der Stadt errichtet wurden; sie ist vollständig abgängig und nicht mehr reparaturfähig. Die städtische Bauverwaltung hat beantragt, die Anstalt bei der Erneuerung im Hinblick auf die stetige Vergrößerung der Stadt und den in dieser Gegend, namentlich an gewissen Tagen der Woche, herrschenden lebhaften Verkehr so zu erweitern, daß sie von 5 Personen gleichzeitig benutzt werden kann. Nach dem Projecte (welches Referent in Circulation setzt) erhält die Bedürfnisanstalt dieselbe Construction wie diejenige an der Catharinenkirche, sie soll mit einem Schuttdache und einer Blendwand versehen werden, Umfassungswände und Bodenbelag sind aus Belpfer Sandsteinplatten vorgesehen und zum Schutze der Kirchthurmmauer wird an der Rückseite eine Plattenbekleidung hergerichtet werden. Die städtische Bauverwaltung hat die Kosten der Erneuerung zu 2000 M. veranschlagt, welche der Magistrat von Cap XIV. M. 5 des Etats zu verwilligen ersucht.

Referent empfiehlt namens der Commission, die Kosten zu verwilligen, giebt aber seine Privatmeinung dahin kund, daß dieselben etwas hoch gegriffen seien und sehr wohl ermäßigt werden könnten.

Herr Reuter, dem in dieser Angelegenheit ein anonymes Schreiben zugegangen ist, in welchem die Anbringung von Bedürfnisanstalten an kirchlichen Gebäuden als durchaus unstatthaft bezeichnet wird und möglichst zu verhindern gesucht werden müsse, bemerkt, daß es, namentlich in der Nähe von Marktplätzen, geradezu unthunlich sei, die Kirchen in gedachter Beziehung zu umgehen. Niemand wolle derartige Anstalten vor seinem Hause haben. Dazu komme, daß die durch die Strebepfeiler gebildeten großen Ecken sich wohl dazu eigneten, an sich schon leicht als Bedürfnisanstalten angesehen zu werden, und da sei es denn doch vorzuziehen, lieber an den Kirchen gleich Anstalten anzubringen, als die Kirchenecken als solche benutzen zu lassen, was trotz strengen Verbotes vielfach geschehe. Außerdem sei die in Rede stehende Anlage so beschaffen, daß der Kirche nicht der mindeste Nachtheil zugefügt werden könne, indem auch nach der betreffenden Seite hin noch eine Wand von Welpfer Platten aufgeführt werde. Die jetzige Anstalt befinde sich dort schon 15 Jahre und habe ihr Vorhandensein niemals zu Erinnerungen Anlaß gegeben, es liege also kein Grund vor, dieselbe, nachdem sie abhängig geworden, nicht in besserer Weise wiederaufzustellen; wenn dieses geschehen und sich Jeder von der höchst anständigen und netten Ausführung überzeugt habe, werde voraussichtlich auch der anonyme Brieffschreiber sich beruhigen. Bezüglich der Kosten bemerkt Redner, daß ihm die Höhe derselben nicht grade aufgefallen sei.

Es wird darauf dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

IV. Zu Ostern d. J. ist die Einrichtung einer 5. Parallelklasse für die städtische Mädchenschule erforderlich und beabsichtigt der Magistrat dieselbe in dem linksseitigen Zimmer der sog. Catharinenschreibschule unterzubringen. Das Zimmer bedarf aber einer baulichen Instandsetzung und muß mit Subsellien ausgestattet werden, da das dort bisher benutzte Mobiliar in einer anderen Schule Verwendung finden soll. Der Magistrat ersucht nun die Versammlung mittelst Schreibens vom 9. d. Mts., auf Grund eines vorgelegten Kostenüberschlags der städtischen Bauverwaltung zur baulichen Einrichtung der gedachten Klasse 150 M und zur Mobiliarsbeschaffung 700 M, mithin insgesammt 850 M aus der Cassa der städtischen Mädchenschule mit der Maßgabe zu verwilligen, das event. das fehlende aus dem Dispositionsfonds der Stadtcassa entnommen werde.

Die Schulcommission, für welche Herr Reiche referirt, befürwortet den Magistratsantrag, worauf derselbe ohne Weiteres zur Annahme gelangt.

In Bezug auf den

V. Punkt, Abänderung des Ortsbauplans vor dem Hohenthore betreffend, setzt der Referent der Baucommission Herr Till, die vom Magistrate mittelst Schreibens vom 2. d. Mts. übersandten Pläne in Umlauf und führt sodann aus, daß der Schlossermeister Meyerhoff, um sein Grundstück besser verwerthen zu können, darauf angetragen habe, die im Ortsbauplane vorgesehene Verbindungsstraße zwischen dem Madamenwege und der Broihemerstraße entweder weiter nach Westen oder weiter nach Osten zu verlegen. Die städtische Bauverwaltung und das Stadtbauamt, wie auch der dabei interessirte Deconom Essen, haben sich für eine Verlegung nach Osten ausgesprochen und giebt deshalb der Magistrat anheim, sich mit derselben einverstanden zu erklären und somit die auf dem vorliegenden Ortsbauplane I mit e f g k bezeichnete Straße zu genehmigen.

Auf Befürwortung der Commission wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

VI. beschließt die Versammlung auf Grund eines von Herrn Natalis für die Finanzcommission erstatteten Referats, sich dem Antrage des Stadtmagistrats vom 26. d. Mts. gemäß damit einverstanden zu erklären, daß die vom verstorbenen Armenboten Schachel im vormaligen Stadtkassengebäude innegehabte Wohnung an dessen Sohn, den Vereinsdiener Hermann Schachel, gegen ein jährliches Miethgeld von 180 M vermietet werde.

Weiter

VII. giebt Herr Natalis namens der Finanzcommission anheim, dem Ersuchen des Stadtmagistrats vom 17. d. Mts. entsprechend, eine für den Betrieb des städtischen Baubüreaus im Jahre 1884 nöthig gewordene Mehrausgabe von 232 M 22 S nachzuverwilligen.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

VIII. Mittelft Schreibens vom 17. d. Mts. hat der Stadtmagistrat den Etat für die im Krufenberg'schen Hause am Petrihore unterzubringende Lüttge-Harder'sche Mädchenschule vom 1. April bis ult. December 1885 zur Feststellung übersandt. Der Etat zeigt in Einnahme und Ausgabe 11646 M. In denselben sind zur Deckung der Fehlsomme 2106 M aufgenommen, während durch den diesjährigen Stadtkassen-Etat 2500 M zu dem Zwecke disponibel sind.

Herr Schwarzenberg berichtet über den Gegenstand, wobei er die wichtigsten Positionen des Etats hervorhebt, und giebt namens der Schulcommission, welche den Etat geprüft und nichts zu erinnern gefunden hat, dessen Feststellung anheim.

Auf eine Anfrage des Herrn Reuter, ob unter den Ausgaben auch ein Posten für die frühere Lehrerin, Fräulein Harder, welche sich in gewisser Beziehung für die

Schule aufgeopfert und nun ihrer sehr schwachen Augen wegen nicht mehr im Stande sei, für sich zu sorgen, vorgesehen sei,

erwiedert Herr Oberbürgermeister Pockels, daß es incorrect wäre, in den Schuletat eine Gnadenpension für Fräulein Harder aufzunehmen, wie sie Herr Dr. Lüttge auf Grund einer contractlichen oder moralischen Verpflichtung zahle, daß er aber schon bei der Berathung in der Schulcommission den Weg angedeutet habe, in welcher Weise man dem Fräulein zu Hülfe kommen könne.

Herr Reuter erklärt sich hierdurch befriedigt und wird der Etat, wie vorgelegt, genehmigt.

Hiernächst

IX. folgt von Herrn Reuter erstattet, der Bericht der Statutencommission über ein Gesuch der Hausbesitzer des südlichen Theils der Schöppensiedterstraße vom 25. v. Mts. wegen Canalisirung dieser Straßenstrecke.

Als die Schöppensiedterstraße vor etwa 7 Jahren umgepflastert wurde, kam zur Sprache, ob es nicht zweckmäßig sei, bei diesem Anlaß zugleich die Canalisation der Straße vorzunehmen und haben die damaligen Verhandlungen mit den Anwohnern zu dem Resultate geführt, daß der nördliche Theil der Straße, von der Abelnkarre bis zur Fallerleberstraße, mit einem Canale versehen wurde, der tief genug gelegt werden konnte, um das Grundwasser aus den Kellern der betreffenden Häuser zu beseitigen; das Gefälle geht theilweise nach der Fallerleberstraße, theilweise nach der Abelnkarre zu, welche letztere wieder mit dem Canale in der Wilhelmstraße verbunden ist. Man hat bei der Gelegenheit versucht, auch den südlichen Theil der Schöppensiedterstraße zu canalisiren, es wurde indeß Abstand davon genommen, weil viele Hausbesitzer sich zur Aufbringung der nöthigen Geldmittel nicht verstehen wollten. Dieses hat sich nun, wie in der Petition ausgeführt wird, geändert, indem jetzt sämtliche Anwohner die Canalisation dringend wünschen. Die Petenten schildern in der Eingabe die Uebelstände, welche sich durch den Mangel eines unterirdischen Abflusses herausgestellt haben, und namentlich darin bestehen, daß im Winter bei länger anhaltendem Frost der unmittelbare Ausguß des Wassers in die Gasse seitens der Polizei verhindert werde und das Wasser somit nach den Canalöffnungen getragen werden müsse, ferner daß bei Frostwetter das in dieser Gegend sehr hoch stehende Grundwasser nicht aus den Kellern entfernt werden könne, wodurch die Häuser und besonders die Vorräthe erheblich leiden. Alle diese Mittheilungen, bemerkt Referent, seien wohlbegründet und die Commission wünsche sehr, daß den Petenten geholfen werden möchte. Wie hier aber am besten und schnellsten zu helfen sei, habe die Commission nicht nach allen Seiten hin erörtern können. Schwierigkeiten würden sich jedenfalls in irgend welcher Weise bieten, auch wenn man gänzlich von den Kosten absehe. Daß das Pflaster aufgebrochen und nach Verlegung des Canals wieder hergestellt werden müsse,

darüber lasse sich hinwegkommen, es böten sich aber Schwierigkeiten anderer Art: das Gefälle gehe vom Steinwege nach der Abelnkarre und es sei fraglich, ob der in der letzteren befindliche Plattencanal noch weitere Zuflüsse aufzunehmen im Stande sei. Trotzdem dieser Canal häufig mittelst der Wasserleitung bespült werde, haben doch verschiedentlich einzelne Theile aufgenommen werden müssen, um den Schmutz daraus zu entfernen. Die Commission gebe anheim, die Petition dem Magistrate mit dem Ersuchen zu übersenden, dem darin ausgesprochenen Wunsche, wenn thuntlich, zu willfahren.

Dieser Antrag wird angenommen.

X. liegt eine Petition des Korfschneiders Lüddeckens vor, über welche Herr Lüderßen im Namen der Statutencommission referirt. Lüddeckens hat vor einiger Zeit dem Magistrate aus Kork geschnitzte Nachbildungen der Katharinenkirche, des Burglöwen, der Friedrich-Wilhelms-Eiche und des Burgplatzes zum Ankauf für das städtische Museum für 1000 M offerirt. Ein von den Conservatoren des Museums eingezogenes Gutachten spricht sich dahin aus, daß die gedachten Schnitarbeiten rein künstlerischen Zwecken dienen, und sich daher für das städtische Museum, welches bei seinen Sammlungen im Wesentlichen historische Principien im Auge habe, nicht eignen, zumal die dargestellten Bauwerke wahrscheinlich noch Jahrhunderte in gleicher Gestalt erhalten bleiben werden, einzelne, im Laufe der Zeit vielleicht vorkommende Aenderungen aber durch Photographien treuer festzustellen seien, als dies mittelst der gedachten Nachbildungen möglich. Auf dieses Gutachten hin hat der Magistrat das Anerbieten des Korfschneiders Lüddeckens abgelehnt. Letzterer hat sich nun mit seiner Offerte an die Stadtverordnetenversammlung gewandt.

Die Statutencommission, welche die Angelegenheit geprüft hat, ist nicht in der Lage, sich auf einen anderen Standpunkt zu stellen, sie ist gleichfalls der Ansicht, daß die betreffenden Gegenstände, denen man ja im Uebrigen einen höchst achtbaren Grad von Kunstfertigkeit nicht absprechen könne, nicht in den Rahmen unseres städtischen Museums passen, und giebt einstimmig anheim, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Ohne Debatte wird dem Commissionsantrage entsprechend beschlossen.

Es folgt

XI. die Begründung des Antrags des Herrn Günther:

die der hiesigen Schützengesellschaft bisher alljährlich aus städtischen Mitteln gezahlte Beihilfe von 600 M für die Folge nicht mehr zu bewilligen.

Antragsteller führt aus: Bei Berathung des diesjährigen Stadthaushaltsplans sei ihm auf die Anfrage an den Stadtmagistrat, ob die Stadt zur Zahlung einer

jährlichen Beihülfe an die Schützengesellschaft verpflichtet sei, vom Herrn Oberbürgermeister zur Antwort geworden, daß diese Beihülfe sich auf verbriefte Rechte gründe. Er habe nun Gelegenheit gehabt, einen den älteren Magistratsacten entnommenen Bericht einzusehen, und werde, um zu zeigen, daß es sich hierbei nicht um derartige Rechte handeln könne, Einiges daraus vortragen.

Schon im 15. Jahrhundert sei das Schützenwesen aus öffentlichen Mitteln unterstützt worden, im Jahre 1545 habe der Rath durch eine Schützenordnung diese Angelegenheit geregelt und der Gesellschaft einen silbernen Vogel gestiftet, nach welchem geschossen wurde, und welcher demjenigen zu eigen gehörte, der ihn dreimal hintereinander abschöß; späterhin seien noch verschiedene Ellen Tuch hinzugekommen, die ebenfalls ausgeschossen wurden. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts war die Betheiligung eine so schwache, daß sich der Rath veranlaßt sah, um eine völlige Auflösung zu verhindern, ein Edict zu erlassen, nach welchem den besten Männern beim Pfingst- und Johannischießen die Vermögenssteuer erlassen wurde. Zwei Jahre später wurde der Gesellschaft auch der angeforderte Erlaß der Anpslichten verwilligt. Wegen während der Belagerung von 1606–1615 geleisteten Dienste wurden den besten Männern noch Zoll- und Accisefreiheit gewährt, »dafür sollten sie (die Schützen) aber auch in vorfallenden Nöthen der Stadt und ihrem Vaterlande ohne Entgelt dienen und sich willig gebrauchen lassen.« Es wurde aber mit diesen Privilegien arger Mißbrauch getrieben. So haben notorisch einzelne Leute das Jahr über 1000 Thaler daraus gezogen. 1712 wird von einem Schützenkönig berichtet, der mit Ersparniß von 2719 Thaler an Zoll und Accise 448 halbe Faß Branntwein eingeschleppt hatte (der 4jährige Verbrauch der Stadt). Ja Viele legten sich einen Schnapsverkauf zu, damit, falls sie einmal das Glück hätten, König zu werden, sie den größten Vortheil daraus ziehen könnten. Dieser allgemein empfundene Mißbrauch führte zu einem Edict des Herzogs Ulrich, wonach ein jeder Schützenkönig aus dem Aerarium 700 Thaler, unter Wegfall aller sonstigen Begünstigungen, bekommen sollte, und 1715 verordnete Herzog August, daß der König vor der großen Scheibe 400 Thaler, vor der kleinen 300 Thaler bekommen sollte, ebenfalls unter Aufhebung aller Privilegien. Später wurde der Betrag auf 205 Thaler 13 Groschen 4 Pfennig normirt. 1689 wurde das Rathskleinod und das Herrengewand in eine Geldgabe umgewandelt, und erhielten die Könige, je nachdem sie dem Handwerker- oder Kaufmannstande angehörten, fest stipulirte Sätze, und zwar so, daß der Handwerker die höheren Sätze erhielt. 1770 wurde das Freischießen im ganzen Lande aufgehoben, und wurden die bisher gewährten Mittel zu anderen Zwecken verwandt, bis 1772 die Wiederezulassung erfolgte. Es trug die Stadt aber nur noch 50 Thaler für den besten Mann bei, alles Andere kam in Wegfall. Ein Gesuch um Wiedergewährung der früheren Begünstigungen lehnte Herzog Carl Wilhelm Ferdinand ab. Erst in der westphälischen Zeit ward dem Gesuch der Schützengesellschaft stattgegeben, und zahlte die Stadt auf Befehl des Präfecten dem Könige vor der großen

Scheibe 150 Thaler, vor der kleinen Scheibe 50 Thaler, und dies ist die Summe, die auch heute noch gezahlt wird. Da nun die Unterstützung, wie hieraus zu ersehen, großen Schwankungen unterlag, ja zeitweilig ganz aufgehoben war, sei er (Redner) der festen Meinung, daß die Gesellschaft auf ein Unterstützungsrecht keinen Anspruch erheben könne, ja Herzog Wilhelm habe in einem Schreiben wegen Gestattung des Königschießens sogar den Ausdruck »Gnadengeschenk« gebraucht. Außerdem habe der Magistrat jedes Jahr um Gestattung des Königschießens nachzusuchen, was entschieden nicht nöthig wäre, wenn es sich um verbriefte Rechte handelte.

Es existirten hier verschiedene Schützengesellschaften und lasse sich nicht rechtfertigen, daß man eine Gesellschaft herausgreife und diese durch Beihilfe besonders begünstige, während die anderen ihre sämtlichen Unkosten selbst aufbringen müßten. Seiner Meinung nach seien diese Schützengesellschaften nicht anders zu behandeln, wie jeder Kegelsklub oder Gesangsverein; auch das Schützenwesen sei heute rein Vergnügungssache, denn zum Schutze der Stadt, wie in früheren Zeiten, seien die Schützen heute nicht mehr nöthig. Wie aber die Mitglieder eines Kegelsklubs für die Preise zu ihrem Preisregeln selbst sorgen müßten, so hätten auch die Schützen für die Unkosten ihres Königschießens aufzukommen. Es könne nicht Sache der Stadt sein, den Schützenkönigen Gewinne zuzuwenden. Nun sei ihm aber gesagt, daß auch das mit dem Königschießen verbundene Volksfest in Wegfall kommen würde, sobald die Stadt die bisher gezahlte Beihilfe nicht mehr bewillige, da die Schützengesellschaft diese Mittel nicht aufbringen könne. Hierüber sei er indeß anderer Meinung. Der Schützengesellschaft werde viel daran liegen, dieses Volksfest zu halten, denn sie wisse sehr wohl, daß bei dessen Fortfall kein Mensch mehr nach den Schützen frage, wie das denn auch im Großen und Ganzen jetzt schon nicht mehr der Fall sei. Die Schützengesellschaft erhalte außer jenen 600 M. noch verschiedene Beihilfen aus städtischen Mitteln, insgesammt etwa 1775 M. Eine höhere Beihilfe lasse die Stadt keiner einzigen dem allgemeinen Wohl dienenden Anstalt zu Theil werden; die nützlichsten Vereine würden mit niedrigeren Beträgen bedacht. Bei Bewilligung von Unterstützungen sei die Versammlung immer von dem Standpunkt ausgegangen, daß nur da unterstützt werden solle, wo es zur allgemeinen Wohlfahrt diene, und selbst wenn einmal einzelne Individuen unterstützt würden, so geschehe es immer nur im allgemeinen Interesse. Auch die Armenunterstützungen würden nicht des einzelnen Armen wegen sondern im Interesse der Volkswohlfahrt im Allgemeinen gegeben. Ebenso verhalte es sich mit den Zuschüssen zu den Schulen und Bildungsanstalten, die ja nur gewährt würden, um diese auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen und so, wenn auch indirect, der allgemeinen Volkswohlfahrt zu dienen.

Der Antrag erhält die nöthige Unterstützung und wird der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen.

XII. motivirt Herr Rieke seinen Antrag:

Die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, baldmöglichst die im Ortsbauplane projectirte Brücke hinter dem Hoftheater erbauen zu lassen, ferner, dasjenige Terrain des Ruchengartens zu erwerben, welches zur Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen Steinweg und Casernenstraße nöthig ist.

Er habe schon früher darauf hingewiesen, daß die Herstellung einer derartigen Verbindung höchst wünschenswerth sei; auch habe der Bürgerverein sich mit dieser Angelegenheit bereits beschäftigt. Man gehe jetzt allerdings damit um, einen Weg nach dem neuen Stadtparke zu schaffen, es würde dies aber kein directer Weg werden, ein solcher lasse sich immer besser an dieser Stelle erbauen. Jenseits der Dfer sei das Terrain nicht so stark bebaut wie das in der Nähe des Stein- und Augustthores der Fall sei, weil die nöthige directe Verbindung mit der Stadt noch nicht vorhanden sei. Sei diese aber erst ins Leben gerufen, dann würde dort bald die Baulust rege werden, die einzeln stehenden Häuser würden sich zu ganzen Straßen vereinigen und es würden, weil dort der Baugrund billiger sei als in anderen Gegenden, für die arbeitenden Klassen Wohnungen geschaffen werden können.

Der Antrag, genügend unterstützt, wird der Baucommission übergeben.

Endlich

XIII. wird die von Herrn Rieke gestellte Anfrage:

Sind dem Stadtmagistrate die Uebelstände im Wirthschaftsgebäude des Stadtparks betreffs des Grundwassers im Souterrain bekannt und wird derselbe baldigst die dringend nöthige Abhülfe schaffen?

seitens des Herrn Bürgermeisters Rittmeyer etwa folgendermaßen beantwortet: Die Uebelstände seien dem Magistrate durch den Pächter der Wirthschaft bekannt geworden. Die städtische Bauverwaltung habe bereits in der Angelegenheit berichtet, da aber dieser Bericht dem Stadtmagistrate nicht genügt, so sei auch noch der Promenadeninspector Kreiß zur Abgabe eines Gutachtens veranlaßt. Letzterer sei nämlich der Meinung gewesen, daß sofort Abhülfe geschaffen werden könne, wenn das vom Rußberge herabkommende Wasser in einem Graben aufgefangen würde, wodurch auch das Grundwasser beseitigt werden und sich nicht wieder zeigen würde. Die Sache sei also noch im Gange und werde sie der Magistrat nicht aus den Augen verlieren.

Schluß der Sitzung.

Vertraulich wird die Wahl eines Armenpflegers vorgenommen und das Gesuch eines städtischen Beamten wegen Uebernahme von Privatarbeiten genehmigt, auch wird noch eine Steuerangelegenheit erledigt.

1885.

(Fortsetzung der Beilage zu № 63 de 1885
der Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 4.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 26. März 1885.

Öffentlich:

Anträge:

- I. des Stadtverordneten Rieß, die unteren Klassen der Töchter Schule betreffend,
- II. desselben, den Bau eines neuen Stadthauses betreffend,
- III. desselben, einen Straßendurchbruch von der Görbelingerstraße zum Petri thore betreffend,
- IV. des Stadtverordneten Riese, den Bau einer Brücke am Herzoglichen Küchengarten betreffend.

Vorlagen des Stadtmagistrats:

- V. Erweiterungsbauten auf dem städtischen Gaswerke.
- VI. Bewilligung von Kosten für Büreaumobiliar.
- VII. Anlage von Bligableitern auf die städtischen Schulgebäude.
- VIII. Feststellung einer Baulinie an der Gellerstraße.
- IX. Einrichtung einer dritten Hilfsklasse für schwach befähigte Kinder.
- X. Benutzung von Böschungsterrain an der Ottmerbrücke.
- XI. Instandsetzung der verlängerten Hufarenstraße.
- XII. Prolongation der der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft erteilten Concession zur Erbauung einer Güterbahn.
- XIII. Contract mit der Firma Carl Wolters u. Co. über Entnahme von Wasser aus der Aker.
- XIV. Verkauf eines Bauplatzes an der Gausstraße.
- XV. Beschaffung von Schullocalen für schwach befähigte Kinder.

Vertraulich:

- Regelung der gewerbsmäßigen Unzucht.
Anstellung eines Schreibers.
Steuerreklamationen (Verzeichniß IV. von 1884).

Entschuldigt Herr v. Seckendorff. — Am Magistratsstische Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Götte, Haake, Schöttler und Rette-
meyer, zeitweilig auch Herr Schuldirector Sommer.

Eingegangen sind :

- 1) Bericht über die städtische höhere Mädchenschule für das Schuljahr 1884/85.
- 2) Desgl. über die städtische mittlere Mädchenschule.
- 3) Eine Petition von Anwohnern vor dem Wilhelmithore, die Ueberbrückung des Okerarmes zwischen der Ferdinand- und Sophienstraße betreffend.
- 4) Vom Vorstande des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege »Einige Bemerkungen über die Untersuchungsergebnisse im Schlachthause zu Braunschweig für die Jahre 1881—1884.«
- 5) Eingabe des Vorstandes des Steinthorbidistrictvereins wegen Herstellung eines Weges durch den Herzogl. Küchengarten in der Verlängerung des Steinwegs und Ueberbrückung der Oker daselbst, zur Berücksichtigung bei der Verhandlung über Punkt 4 der Tagesordnung.

Die sub 3 gedachte Petition wird der Statutencommission zur Vorprüfung überwiesen, die Sachen sub 1, 2 und 4 werden vertheilt bezw. in Umlauf gesetzt.

Protokoll 3 wird mit dem Bemerken genehmigt, daß Herr Nieß mit als entschuldigt hätte aufgeführt werden müssen.

Protokoll 13 de 1884 wurde seiner Zeit nur bedingungsweise genehmigt, weil Herr Nieß, dessen Rede auf Seite 177 Herr Günther einer Berichtigung unterzogen zu sehen beantragte, nicht gegenwärtig war. Es sollte nämlich statt »Solange Herr Günther dieses Verhältniß nicht einzuführen im Stande sei u. s. w.« heißen »Solange Herr Günther nicht an die Regierung komme u. s. w.«

Herr Nieß erklärt, daß er gegen eine derartige Berichtigung nichts einzuwenden habe.

Auch dies Protokoll ist damit genehmigt.

Man geht zur Tagesordnung über.

I. hat Herr Schwarzenberg über den Antrag des Herrn Nieß:
den Stadtmagistrat zu ersuchen, geeignete Erhebungen anzustellen, ob die Unterlassen der höheren Mädchenschule und der städtischen Mädchenschule nicht in Wegfall kommen könnten,
namens der Statuten- und Schulcommission folgendes zu berichten:

Einen bestimmten Antrag habe die vereinte Commission, in welcher eine gleiche Anzahl Stimmen für Annahme wie für Ablehnung des Antrags gewesen, nicht zu stellen. Er wolle deshalb die Gründe für beide Ansichten kurz und objectiv darstellen

und dem Beschlusse der Commission gemäß der Versammlung die Entscheidung überlassen.

Nachdem Referent die vom Antragsteller in der Sitzung am 29. December v. J. gegebene Motivirung verlesen hat, führt er weiter aus: Es handle sich also um die Beseitigung der VI., VII. und VIII. Klasse der städtischen Mädchenschule und der VIII., IX. und X. Klasse der höheren Mädchenschule. Außerdem komme die 2. Klasse X bei der höheren Mädchenschule in Betracht, deren Einstellung wegen Platzmangels in der Sitzung vom 8. Mai v. J. genehmigt sei und welche seit Michaelis v. J. bestehe.

Für den Antrag spreche folgendes: In der gedachten Sitzung sei darauf hingewiesen, daß bald zum Neubau einer zweiten höheren Mädchenschule geschritten werden müsse und daß auch bereits die mittlere Mädchenschule mit 430 Schülerinnen an Ueberfüllung leide, da es schon nöthig gewesen, für die V. Parallelklasse ein Local außerhalb der Schule zu suchen. In jener Sitzung sei auch die Frage erörtert, ob nicht beim Mangel gesetzlicher Verpflichtung die Stadt besser thue, von Errichtung weiterer höherer Schulen abzusehen und die Ausbildung derjenigen, welche solche besuchen wollen, mehr den Privatschulen zu überlassen; es sei diese Frage aber zu Gunsten der höheren Ausbildung in öffentlichen städtischen Schulen entschieden.

Gegen den Antrag sei hervorgehoben: Wenngleich anzuerkennen sei, daß das Hervortreten des Bedürfnisses nach neuen höheren Mädchenschulen durch Aufhebung der 7 unteren Klassen auf längere Zeit hinausgeschoben werden würde, so sei doch auch zu bedenken, daß grade in finanziellen Hinsicht diese Aufhebung für die Stadt unvortheilhaft sein würde, weil der Stadtkasse jetzt ein höheres Einkommen an Schulgeldern zufließe, als wenn die nämliche Anzahl von Kindern die Bürgerschulen besuche. Die 7 unteren Klassen der höheren Mädchenschulen bringen ca. 10 000 M mehr ein als sie kosten. Referent weist dies näher nach.

Für den Antrag sei ferner hervorgehoben: Was den Punkt der Motivirung anlange, daß man bei Aufhebung der unteren Klassen den in früheren Versammlungen gemachten Einwendungen begegnen würde, die höheren Mädchenschulen seien Ständeschulen, so sei schon in der Sitzung vom 17. October 1878, als es sich um die Einrichtung und Organisation der mittleren Mädchenschule handelte, vom Stadtverordneten Lucius der Antrag gestellt, die neue Schule ohne Elementarklassen einzurichten und die Elementarklassen der höheren Mädchenschule aufzuheben: denn es sei zweckmäßig, für die ersten Lebensstufen der Kinder nur eine Bildungsstufe zu haben, weil man sich sonst dem Vorwurfe aussetze, nicht Bildungsschulen, sondern Ständeschulen geschaffen zu haben. Der Stadtverordnete Steinau habe daneben noch beantragt, die höheren Schulen als Fortsetzung der Volksschulen einzurichten und zwar derart, daß der Eintritt in die höhere Schule erst nach Absolvirung der Volksschulen gestattet werde.

Hiergegen sei geltend gemacht, daß das Unterrichten der Kinder aller Klassen in einer Schule die Standesunterschiede nicht verwische, daß die Mischung der Schulkinder den Unterricht benachtheilige, da die Kinder aus den niederen Ständen im Hause oftmals nicht die nöthige Beaufsichtigung haben und den Lehrern das Unterrichten von Kindern verschiedener Elemente viel schwerer fallen werde, und daß muthmaßlich der angestrebte Zweck nicht erreicht werden würde, da bei Aufhebung der Elementarklassen unzweifelhaft Privatschulen entstehen würden, denen ein großer Theil der Kinder zugeführt werden würde.

Weiter spreche für den Antrag: Auch bei den Gymnasien seien keine Vorschulen, bei der städtischen Realschule sei solche sogar abgeschafft worden, es liege also kein Grund vor, bei den höheren Mädchenschulen dieselbe nicht auch fortfallen zu lassen, zumal die Bürgerschulen in ihrer guten Einrichtung für den Elementarunterricht vollständig genügen. Wären keine Vorschulen vorhanden, so würde von den Eltern der Kinder eher beurtheilt und zeitig entschieden werden können, ob und welchen derselben eine höhere Ausbildung nach ihren Fähigkeiten später zu Theil werden sollte.

Dagegen sei hervorgehoben, daß zwischen Knaben und Mädchen ein Unterschied gemacht werden müsse. Der Beruf der Knaben fordere eine Thätigkeit außer dem Hause und es sei zweckmäßig, daß sie mit allen gleichmäßig in der Bürgerschule vorgebildet werden, die Mädchen wünschten die Eltern aber möglichst vor der Aneignung anderer Ansichten und Anschauungen als diejenigen der in gleichen Verhältnissen Lebenden zu bewahren. Daß die Vorschule der städtischen Realschule aufgehoben sei, habe seinen Grund hauptsächlich darin gehabt, weil die Knaben nach Absolvierung der Vorschule meist auf das Gymnasium abgingen und der Stadt nicht zuzumuthen war, gewissermaßen für dieses eine Vorschule zu halten. Die Elementarschulen bei der höheren und mittleren Mädchenschule seien nach den Beschlüssen der städtischen Behörden vorhanden, sie hätten sich bewährt, und es liege kein Grund vor, das Bestehende zu ändern.

Persönlich fügt Referent hinzu, daß auch er für den Antrag gestimmt habe, wozu er hauptsächlich bewogen sei, weil er es für wünschenswerth halte, daß bei Entscheidung einer so wichtigen Frage auch Schulvorstand und Magistrat gehört werden.

Herr Ramdohr hat bei der Commissionsberatung gegen den Antrag gestimmt, weil er der Meinung ist, daß die Annahme eines solchen Antrags, auch wenn er vorläufig nur Erwägungen veranlassen wolle, doch eine gewisse Sympathie der Versammlung mit den Zielen des Antrags in sich schließe; er glaubt auch, daß der Rieß'sche Antrag schon in der Commission würde abgelehnt sein, wenn nicht einige Mitglieder, wie der Herr Referent, durch die Bescheidenheit des Antrags veranlaßt worden wären, demselben zuzustimmen. Redner bittet, hier nicht so zu verfahren, vielmehr der Ansicht der Versammlung einen klaren Ausdruck zu geben, da sonst durch Beunruhigung bewährter Schuleinrichtungen nur Schaden erwachsen könne. Schon der theoretische Gesichtspunkt, von dem der Antrag ausgehe, gefalle ihm nicht, um so weniger

aber könne er sich veranlaßt sehen, einer Uebersführung der Theorie in die Praxis zuzustimmen, als es sich hier um das Wohl und Wehe unserer Kinder, speciell unserer Töchter handle. Es sei unmöglich, daß alle Eltern für die Erziehung ihrer Kinder gleiche Ziele steckten, der Unterschiede seien zu viele, einmal in Bezug auf die Begabung, dann in Bezug auf die äußeren Verhältnisse, und solange es nicht gelinge, diese Ungleichheiten zu beseitigen, solange könne er sich auch nichts von Versuchen zur Gleichmacherei grade auf dem Gebiete des Schulwesens versprechen. Und warum solle hiermit auch bei den Töchtern angefangen werden? Nicht nur für Männer seien positive Kenntnisse von Werth, und auch nicht bloß die Sammlung dieser Kenntnisse sei das Ziel des Unterrichts. Der Unterricht in den verschiedenen Fächern des Wissens sei nur Mittel zur harmonischen Ausbildung des Menschen, grade aber der Töchter. Der Staat habe seit Jahrhunderten für die Söhne Gymnasien und Universitäten gegründet und unterhalten und seit Jahrzehnten technische Schulen und Realschulen hinzugefügt und auch die Gemeinden fühlten sich veranlaßt, Alles zu thun, um den Knaben und Jünglingen Gelegenheit zur Fortbildung zu geben. Die Versammlung selbst habe auf Antrag des Magistrats beschlossen, die verschiedenen Gewerbe- und Fachschulen der Stadt zu vereinigen und seitens der städtischen Verwaltung zu übernehmen und nun sollte das Wenige, das die Stadt den Töchtern ihrer Bürger bislang geboten habe, beschränkt werden? Der finanzielle Standpunkt könne bei dieser Angelegenheit nicht ausschlaggebend sein. Auch die erforderlich werdende Beschaffung neuer Schulklokale könne an der Sache nichts ändern. Der Herr Antragsteller habe in seiner Motivirung darauf hingewiesen, man wolle dem Einwande entgegentreten, daß die höheren Mädchenschulen Standeschulen seien. Er (Redner) halte diesen Einwand nicht für gerechtfertigt. Es liege ja nicht allein der Stadt ob, die höheren Unterhaltungskosten aufzubringen, es müsse auch ein höheres Schulgeld genommen werden und es sei nicht jeder in der Lage, für seine Kinder so hohes Schulgeld auszugeben. Darin liege ja eine gewisse Begrenzung des Besuchs der höheren Schulen, was wiederum seinen Grund in der Ungleichheit der äußeren Verhältnisse habe, die sich nun einmal nicht beseitigen lasse. Es sei ja zu beklagen, daß verhältnißmäßig nur wenig Eltern im Stande seien, ihren Kindern eine bessere Erziehung angedeihen zu lassen. Wenn man nun aber auch wirklich die sog. Ständeschulen beseitigen wollte, wären damit alle Ungleichheiten ausgeschlossen? Man würde auch ferner die mittleren und unteren Bürgerschulen, also verschiedene Lehrziele haben und auch verschiedene Anforderungen an die Kinder stellen. — Ferner sei bei der Vorberathung empfehlend zu Sprache gebracht, daß der Einfluß derjenigen Kinder, welche sich im Hause einer besonders sorgfältigen Erziehung erfreuen, von großem Werth sei für diejenigen, denen solche Sorgfalt nicht gewidmet werden könne. Er erkenne die Vortheile nicht, die Sache habe aber auch ihre Rehrseite, auch die weniger gut erzogenen Kinder übten ihren Einfluß auf die besser erzogenen aus,

und dieser Kehrseite lege er die größere Bedeutung bei, denn das Sprichwort heiße »Böse Beispiele verderben gute Sitten« nicht aber umgekehrt. — Daß auf den Gymnasien keine Vorschule vorhanden sei, könne nicht als Beispiel angezogen werden, denn dort habe man nicht aus principiellen Gründen auf die Vorschule verzichtet, sondern die äußere Nothwendigkeit habe Veranlassung dazu gegeben. Er würde sich sogar herzlich freuen, wenn demnächst auch beim Gymnasium eine Vorschule eingerichtet würde, wie das bei den meisten preussischen Gymnasien der Fall sei. Diese und mehrere andere Fragen seien aber mehr fachmännischer Natur und er freue sich, daß Herr Director Sommer zur Beleuchtung der vorliegenden Frage erschienen sei. Die jetzigen Schulverhältnisse unserer Stadt, speciell die der höheren städtischen Mädchenschulen, seien von so segensreicher Wirkung, daß er es für seine Schuldigkeit halte, Anträgen, die eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse bezwecken, mit allen Kräften entgegenzutreten und er bitte, den Antrag des Herrn Nieß einfach abzulehnen.

Herr Schuldirector Sommer führt Folgendes aus: Es habe ihn überrascht, daß jetzt schon wieder ein Antrag auf Aufhebung der Vorschulen bei den städtischen Mädchenschulen eingebracht sei, nachdem erst i. J. 1878 ein derartiger Antrag bezüglich der höheren Mädchenschule nach gründlicher Durchberathung in dieser Versammlung abgelehnt, nachdem i. J. 1880 das Regulativ der beiden städtischen Mädchenschulen genehmigt worden und endlich, nachdem vor einem halben Jahre die Einrichtung einer Parallelklasse zur untersten Klasse X die erforderliche Genehmigung gefunden habe. Es sei nicht gut, wenn an der Grundlage einer öffentlichen Schulanstalt so oft gerüttelt werde. Eine Schule bedürfe des Vertrauens seitens des Publikums, wenn nicht der Eifer des Lehrercollegiums erlahmen solle.

Bei den finanziellen Gründen, die für Beibehaltung der Vorschule angeführt seien, brauche er sich nicht lange aufzuhalten, denn die Versammlung sei ja stets hochherzig genug gewesen, bei Einrichtung von Schulen weniger die finanziellen Gesichtspunkte als die sachlichen walten zu lassen, und gerade dadurch habe unsere Stadt ihr Schulwesen in eine Höhe gebracht, daß sie von anderen Städten vielfach darum beneidet werde. Nur eins möchte Redner zur Erwägung geben: wenn die Vorschule aufgegeben werden sollte, dann müßte, im Falle die betreffenden Kinder in den Bürgerschulen untergebracht werden sollen, sofort eine neue städtische Bürgerschule eingerichtet werden, denn es würde sehr bedenklich sein, den jetzt schon mit etwa 60 Kindern angefüllten Bürgerschulclassen noch 20 hinzuzufügen. Man müßte wieder eine neue Schule bauen, komme also aus der Scylla in die Charybdis; hier würde man sparen, dort zulegen. —

Der Hauptgesichtspunkt indeß, der auch am meisten paßt, sei der, daß man sage, die Töchterschulen seien Standeschulen. Man müsse sich aber in Acht nehmen, sich von solchem Schlagworte gefangen nehmen zu lassen. Was seien denn Standeschulen? Nur solche Schulen könne er so bezeichnen, die exclusive eine bestimmte

Categorie von Kindern in sich aufnehmen, alle anderen aber principiell zurückweisen entweder durch die Höhe des Schulgelbes oder durch Bedingungen, die zu erreichen vielen nicht möglich sei. Früher habe es solche Standeschulen gegeben, Adels- gymnastien u. s. w. Im Regulative der höheren Mädchenschulen heiße es aber, jeder Bewohner Braunschweigs sei berechtigt, seine Kinder in eine der beiden Schulen zu schicken; soweit der Raum vorhanden, müssen sie aufgenommen werden und dement- sprechend sei stets verfahren; es sei nie gefragt worden, weß Standes ein Kind sei, und jedes Kind sei ihm recht, wenn es die nöthigen Kenntnisse, Eifer und Geschicklichkeit mit- bringe und im Hause die nöthige Unterstützung finde. Da man sich, wie er aus ver- schiedenen Bemerkungen erkannt habe, in der Stadt ein ganz falsches Bild von der Zu- sammensetzung der Elemente der höheren Mädchenschule mache, so habe er die Klassen- lehrer veranlaßt, eine Uebersicht der Kinder, eingetheilt nach den verschiedenen Categorien des Standes, anzufertigen. Daraus gehe hervor, daß von den die höhere Mädchenschule besuchenden 393 Kindern 20 Handwerkern, 100 Kaufleuten, 60 Großindustriellen, 175 Beamten, 19 Particuliers und 19 Officieren gehören; eine andere Zusammenstellung ergebe 18 Kinder von Abligen, 375 von Bürgerlichen. Die Zahlen sagen wohl schon genug, daß von Standeschulen keine Rede sein könne. Jedes Kind werde, ohne Ansehen der Person, behandelt danach, wie es arbeite, es werde danach verkehrt, bestraft oder belohnt.

Was haben überdies die Standeschulen mit den Vorschulen zu thun? Wenn die letzteren wegfälen und es müßten Aufnahmeprüfungen stattfinden, dann sei weit eher Gelegenheit zu Bevorzugungen nach dem Stande geboten. Wenn gesagt werde, es kämen jetzt viel unreife Elemente in die Schule, während beim Nichtvorhandensein der Vorschule sich die tüchtigsten auswählen ließen, so müsse er dagegen einwenden, daß die drei Jahre, welche die Kinder in der Vorschule zubringen, für ihn die Prüfungs- zeit seien und zwar könne er in dieser Zeit die Kinder besser prüfen, als wenn er bei der Aufnahme in wenigen Stunden über 40 Kinder prüfen müsse. Dadurch, daß Realschule und Gymnasium keine Vorschule haben, kommen viele hinein, die nicht hineingehören, die Glück in der Prüfung gehabt haben; sie verfehlen aber später ihren Lebensberuf und wissen nicht, was sie anfangen sollen. Es sei also nicht gesagt, daß nur tüchtige Kinder in die Schule kommen, wenn keine Vorschule vorhanden.

Noch einen Punkt von denen, die ihm auf dem Herzen liegen, wolle er heraus- greifen. Es werde immer gesagt, in solchen sog. Standeschulden werde der Hoch- muth genährt; das Kind des armen Arbeiters müsse neben dem Kinde des Officiers und des Geheimraths sitzen, dadurch werde eine gewisse Gleichheit in den socialen Verhältnissen herbeigeführt. Das klinge wunderschön, verhalte sich aber in Wirklich- keit ganz anders. Dadurch, daß die kleineren Kinder gemeinsam in den Bürger- schulen unterrichtet würden, die Kinder des Wohlhabenden also neben denen des Un- bemittelten zu sitzen kämen, würde sicher keine Liebe, kein näherer Verkehr zwischen ihnen herbeigeführt werden. Man müsse nur hören, wie ungart die Kinder, namentlich aber

die kleinen Mädchen, gegeneinander sind, wie sie sich ihrer bessern Kleidung u. s. w. wegen anderen gegenüber brüsten. Auch bei den Gymnasiasten sehe man es; wenn sie eben die Bürgerschule verlassen haben, gehen die Feindseligkeiten zwischen ihnen und den früheren, auf der Bürgerschule zurückgebliebenen Freunden los. Wo bleibe da die Liebe und Freundschaft, die durch das Zusammensein in den unteren Classen hervorgerufen werden sollte? Man möge die Sache nur mit nüchternen Augen betrachten und nicht Gefahren sehen, wo keine vorhanden. —

Nun zu den Vortheilen. Die höhere Mädchenschule erreiche mit weniger Zeit und weniger Anstrengung mindestens dasselbe, was die Bürgerschulen erreichen. Die Versammlung möge diesen Ausspruch nicht als Ueberhebung ansehen. Er erkenne vollständig an, daß die Bürgerschulen sich derselben tüchtigen, fleißigen und opferwilligen Lehrer erfreuen wie die höhere Mädchenschule; sie können aber nicht dieselben Erfolge haben, weil das Material ein anderes sei. Es müssen die häuslichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Die Kinder der Unbemittelteren können nicht in gleicher Weise im Hause arbeiten wie die der Wohlhabenderen, weil die unbemittelten Eltern im Allgemeinen nicht auf einer solchen Bildungsstufe stehen, daß sie die Bildung der Kinder fördern können. Die höheren Mädchenschulen können mehr fordern, weil sie im Hause Unterstützung finden. Die Versammlung müsse also zugestehen, daß die Verhältnisse für die höheren Mädchenschulen theoretisch weit günstiger liegen. Daß es sich auch in der Praxis so verhalte, beweist Redner an einem Beispiele. Man habe Kindern von gleichem Schulalter aus der höheren Mädchenschule und aus der Bürgerschule ein und dasselbe Lesebuch dictirt, wobei sich herausgestellt habe, daß die Schülerinnen der erstgedachten Schule im Durchschnitt weit weniger Fehler gehabt haben als die der Bürgerschulen.

Wenn man den höheren Mädchenschulen die Vorschule nehme, dann schädige man das Schulwesen, ohne irgend welche Vortheile dafür zu haben. Die Absicht, die Kinder gemeinschaftlich in der Volksschule zu unterrichten, werde nicht erreicht werden; die Eltern, namentlich die Mütter, würden zum großen Theil ihre Kinder eher in eine Privatschule schicken. In Leipzig habe man die Vorschulen abgeschafft; die Folge war, daß sich Privatschulen bildeten, und dieselben Männer, welche die Mittel für die Vorschulen verweigert hatten, schickten ihre Töchter auf Veranlassung der Mütter in Privatschulen. Er bitte die Versammlung, den vorliegenden Antrag abzulehnen.

Herr Nieß: Die Herren Ramdohr und Sommer hätten so gesprochen, als lautete sein Antrag, die Vorschulklassen sofort abzuschaffen. Ausdrücklich habe er seinen Antrag nicht in dieser Weise gestellt. Ueberdies seien die Ausführungen des Herrn Sommer so umfangreich und gingen soweit über den Rahmen des Antrags hinaus, daß Niemand im Stande sei, speciell darauf zu antworten. Anders wäre es gewesen, wenn die vorgebrachten Erwägungen bereits in der Commissions-Sitzung zur Sprache gebracht wären.

Der Staat verlange, daß jedes Kind die Schule besuche, er schreibe aber nicht vor, welche Ziele erreicht werden sollen. Die Gemeinde komme der Gesetzgebung nach, indem sie Schulen etablire, in welchen die Kinder sämmtlich oder, da ein Theil den Unterricht anderweit suche, theilweise unterrichtet werden können. Die Stadt erfülle also ihre Verpflichtung durch Einrichtung von sog. Bürgerschulen, in denen auch die Kinder der Unbemittelten diejenigen Kenntnisse erwerben können, die der Staat von Jedem ohne Unterschied verlange. Dabei habe sich herausgestellt, daß die Ziele der gesetzlich zu gewährenden untersten Bildungsstufe für das Leben und Treiben unserer gesellschaftlichen Verhältnisse nicht ausreichend seien. Zur Heranbildung von Kräften für besondere Stellungen in Geschäften oder für den Staatsdienst seien besondere Schulen, Realschulen und Gymnasien errichtet; für diejenigen, die sich noch weiter bilden wollen, seien zum Abschluß der Bildung Universitäten vorhanden. Von ähnlichen Gesichtspunkten ausgehend, habe man die mittlere städtische Mädchenschule etablirt, sie sollte einen bestimmten Bildungsstand zwischen den Bürgerschulen und der höheren Mädchenschule repräsentiren. Dies seien die historischen Verhältnisse. Nun könne man aber nicht behaupten, daß diesen Verhältnissen gemäß verfahren werde, wenn jede Schule ihre Vorschule für sich habe. Eine jede Vorschule, auch die der höheren Mädchenschule, habe ein nicht fortzustreitendes gehässiges Aeußeres; es sei damit der Standesunterschied documentirt. Daß die Standesunterschiede sich nicht aus der Welt schaffen lassen, davon sei er überzeugt, daß sie sich aber durch gewisse Formen documentiren, lasse sich allerdings abstellen. Wenn gesagt werde, der Besuch der höheren Mädchenschule sei für Niemand verboten, so sei er anderer Ansicht. Die Schule stehe nicht für alle offen, durch ihre Verhältnisse verbiete sie sich selbst. Herr Director Sommer habe darauf hingewiesen, daß mancher Knabe auf einer höheren Schule nicht das Ziel erreiche, welches er sich beim Eintritt in dieselbe gesteckt habe. Das komme allerdings vielfach vor, es würden wohl die meisten Familien davon sprechen können. Der betreffende Knabe trete alsdann zurück und ergreife irgend einen anderen seinem Wissen angemessenen Berufszweig. Was bleibe in solchem Falle aber den Mädchen? Nur leere Formen und Hochmuth gegenüber denen, die nicht in ihren Kreisen stehen. Die Mädchen werden nicht ins Leben hinausgeführt, während die im Lernen zurückgebliebenen Knaben durch die Verhältnisse des Lebens schon zurecht geschliffen werden. Die Lehrmittel seien in sämmtlichen Schulen dieselben, es handle sich nur um die Formen, das vorgesteckte Ziel zu erreichen. Beim Eingehen der Vorschulklassen würde nicht nöthig sein, noch Parallelklassen einzurichten, und es würde damit noch nicht präjudicirt, daß sofort eine neue Bürgerschule errichtet werden müßte; das komme im Verlaufe der Zeit so wie so. Wenn, wie in Leipzig, beim Aufheben der Vorschulen Privatschulen entstehen, so gebe das die Stadtverwaltung nichts an; sie habe sich nicht darum zu kümmern, an welcher gesetzlich zulässigen Stelle die Kinder ihren Vorunterricht genießen.

Herr Director Sommer ist der Meinung, daß der vorliegende Antrag überall keinen Zweck habe, wenn er nicht die Aufhebung der Vorschulen anstrebe. Herr Nieß sei der Ansicht, es gehe die Stadt nichts an, woher die Kinder den ersten Unterricht holen. Wenn die Stadt aber kein Interesse hieran habe, dann begreife er die ganze Tendenz des Antrages nicht. Die Vorsteher der Privatschulen würden es gern sehen, wenn die Vorschulen aufgehoben würden, denn alsdann würden eine Menge Kinder zu ihnen kommen. Die Stadt habe aber Interesse daran, daß die Kinder ihrer Bürger von vornherein nach ihrer Sphäre und ihren Fähigkeiten ausgebildet werden. Wenn die Mädchen sich ihre Vorbildung herholen können, woher sie wollen, ehe sie in die höhere Schule aufgenommen werden, dann sei die Aufnahme mit doppelt großen Schwierigkeiten verbunden, denn alsdann können keine allgemeinen Normen bei der Prüfung aufgestellt werden, sondern man müßte mit den Kenntnissen zufrieden sein, die mitgebracht werden. Wenn der Architekt ein Haus zu bauen beabsichtige, so überlege er von vornherein, wieviel Etagen es haben solle, um die Grundmauern danach einzurichten; ein 4- oder 6stöckiges Haus bedürfe anderer Grundmauern als ein 2stöckiges. Grade so verhalte es sich auch mit dem Schulunterrichte; ein Mädchen, welches die höhere Schule durchmachen solle, müsse eine andere Grundlage haben als ein Mädchen, das seine Bildung allein aus der Bürgerschule nehmen solle. Darum sei es nicht gleichgültig, wie der Grund gelegt werde. Im Interesse der höheren Mädchenschulen liege es, die Kinder von vornherein zu haben, und wie daraus etwas Gehässiges entstehen solle, verstehe er in der That nicht. Es sei ja auch Niemandem verwehrt, sein Kind vorerst in die Bürgerschule zu schicken; werde dasselbe dann spätestens zur 7. Klasse, wo das Französische anfängt, angemeldet und es beweise seine Tüchtigkeit, dann werde es nicht zurückgewiesen. Wo bleibe also da das Gehässige? Es könnte höchstens gesagt werden, daß die ärmeren Leute ihre Kinder nicht in die höheren Schulen schicken können. Das sei nun aber einmal nicht zu ändern, da spreche die Höhe des Schulgeldes mit und daß dies der Fall sei, beklage er nicht. Wenn beispielsweise ein Fabrikarbeiter darum nachsuche, seine Tochter, die sich in der Schule ausgezeichnet habe, die höhere Schule absolviren zu lassen, so würde er (Redner) sich dagegen aussprechen. Bei Knaben verhalte sich die Sache anders. Wohin solle sich ein solches Mädchen, wenn es die Schule verlassen habe, wenden? Solle es zurück zu den Fabrikarbeitern, die ihr in einem vollständig anderen Lichte erscheinen? Es wäre grausam, ein Kind aus der mütterlichen Wohnung, wo es lebt und zu leben gewohnt ist, herauszureißen. Es sei eine weise Ordnung der Natur, daß die ganzen Verhältnisse des Kindes sich nach dem Kreise richten, in welches es hineingeboren, und es wäre ein künstliches Hineinschrauben, wenn man die Kinder aus diesem Kreise in höhere Sphären bringen und sie nachher sich selbst überlassen wollte; man würde ein schreckliches Proletariat groß ziehen, unzufrieden mit allen Verhältnissen.

Wohin sollen solche Kinder? Sie haben keine Familie und müssen doch zur Familie zurück.

Herr Nieß bemerkt noch, daß es der Stadt allerdings einerlei sein könne, woher die Kinder ihre erste Schulbildung holen. Seien es Privatschulen, so müsse selbstverständlich von den betreffenden Lehrern und Lehrerinnen der Befähigungsnachweis geliefert sein.

Nach einem kurzen Schlußworte des Herrn Referenten wird die Debatte geschlossen. Ein Antrag des Herrn Günther auf Wiedereröffnung derselben wird nicht angenommen.

Es wird zur Abstimmung geschritten, welche die Ablehnung des Nieß'schen Antrages ergibt.

II. Bezüglich des Antrages des Herrn Nieß

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, zeitig und vor gänzlicher Ueberfüllung des jetzigen Stadthauses auf Erwerbung eines geeigneten Bauplazes und Erbauung eines neuen Stadthauses Bedacht zu nehmen«

führt Herr Schwarzenberg nach Verlesung der Motivirung namens der Statutencommission aus, wie in der Commissionsberathung hervorgehoben sei, daß die Initiative zur Erbauung eines neuen Stadthauses dem Magistrate selbst überlassen bleiben müsse, weil derselbe eine event. Ueberfüllung seiner eigenen Geschäftslokale am Besten beurtheilen könne. Es sei ja schon früher innerhalb der Versammlung verschiedentlich darauf hingewiesen, daß das Stadthaus für die heutigen Verhältnisse zu beschränkt sei und die Erbauung eines neuen Stadthauses in Aussicht genommen werden müsse. Auch habe der Versammlung schon ein Plan vorgelegen, auf welchem ein neues Stadthaus projectirt war. Wie der Antrag aber gestellt sei, könne ihn die Commission nur zur Annahme empfehlen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Danach

III. erstattet Herr Wolff den Bericht der Finanzcommission über den selbständigen Antrag des Herrn Nieß:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, einen Straßenplan auszuarbeiten, welchem die Idee zu Grunde liegt, die Gördelingerstraße durch die anliegenden Straßen bis zum Petriithore zu verlängern.«

Nach Vorlesung der seiner Zeit vom Antragsteller gegebenen Begründung führt Referent aus:

Die Commission habe anerkannt, daß eine Durchbrechung der reichbevölkerten Straßen, der Langen-, Weber- und Beckenwerperstraße, im Interesse des Verkehrs der Anwohner und aus Gesundheitsrücksichten im hohen Grade wünschenswerth erscheine, wie solches denn auch schon früher wiederholt innerhalb der Versammlung

zum Ausdruck gebracht sei. Herr Nieß stelle sich nur auf einen anderen Standpunkt, indem er mehr den durchgehenden Verkehr im Auge habe und die bereits bestehenden Verkehrslinien zwischen Bahnhof und Petriithor, einerseits über die Gölldenstraße, andererseits über die Breitenstraße, noch um einen dritten Zug, über die Gölbelingerstraße, vermehrt zu sehen wünsche. Aus dem Plane (welchen Referent zur Ansicht umherreicht) gehe hervor, daß eine grade Verlängerung der Gölbelingerstraße die oberen Enden der Langen-, Weber- und Beckenwerperstraße durchschneiden und im oberen Drittel des Neuenweges auslaufen würde. Ein solches Project, durch welches nur ein paar Häuser abgeschnitten würden, habe also für den durchgehenden Verkehr kein wesentliches Interesse. Habe man aber lediglich das Petriithor als Zielpunkt im Auge, so würde man mehr nach links biegen müssen und es sei alsdann eine Ueberbrückung der Oker an einer Stelle unvermeidlich, da andernfalls keine Verkehrsverbesserung hervorgerufen würde. Es frage sich nun vor allen Dingen, ob die jezt vorhandenen Verkehrslinien außer Stande seien, den durchgehenden Verkehr zu bewältigen, und da lasse sich denn nicht verkennen, daß namentlich durch den Verkehr der Tutespinnerei besonders die Breitenstraße stark in Anspruch genommen werde. In Anbetracht aber, daß binnen kurzer Zeit die gesammten Verkehrsverhältnisse, namentlich in Bezug auf den Güterverkehr, eine totale Umgestaltung durch die anzulegende Ringbahn erfahren werden, welche den Güterverkehr der sämmtlichen größeren Etablissemments vor dem Petriithore in sich aufnehmen und so der Stadt entziehen werde, also eine bedeutende Verkehrsverminderung zu erwarten sei, empfehle sich die Herstellung des gedachten Straßendurchbruchs nicht, der abgesehen von den ganz bedeutenden Kosten, einmal nicht nothwendig sei und dann auch darüber im Zweifel lasse, ob er überhaupt seinen Zweck erfülle. Wie der Verkehr heute liege, so wählen fast alle nach dem Petriithor bestimmten Frachtfuhrwerke vom Bahnhofe ab den Weg am Gieseler, Südstraße, Knochenhauerstraße, Eiermarkt und Breitenstraße; es sei dies ein ziemlich grader Weg, der so leicht keine Verkehrsstopungen befürchten lasse. Wenn nun eine neue Verkehrslinie zwischen Bahnhof und Petriithor durch die Gölbelingerstraße geschaffen würde, so würden die Güterfuhrwerke zu ihrer Benützung den Kahlenwall, Friedrich-Wilhelmsplatz, Bankplatz, Brabantstraße, Altstadtmarkt, Gölbelingerstraße zu wählen haben. Dieser Weg empfehle sich aber durchaus nicht für den Verkehr des schweren Fuhrwerks, denn einmal sei er weiter als der erstgedachte, zweitens müsse die Steigung am Bankplatze überwunden werden und drittens müsse die Ecke zwischen dem Gewandhause und dem Altstadtmarkte passirt werden, wo man den Fuhrwerksverkehr der drohenden Gefahren wegen lieber vermindert als vermehrt sehe. Aus all diesen Gründen scheine es nicht geboten, den Magistrat um Einbringung eines Projects des gedachten Straßendurchbruchs zu ersuchen, und empfehle daher die Commission, dem Nieß'schen Antrage die Zustimmung nicht zu erteilen.

Dagegen stelle sich die Commission auf den Standpunkt, daß es höchst wünschens-

werth wäre, die Lange- und Weberstraße möglichst in der Mitte zu durchbrechen und zwar in einer Linie, die vom Brüdernkirchhofe aus an der städtischen Realschule vorbei geht, die Langenstraße ziemlich mitten durchschneidet und in der Weberstraße an der Stelle ausmündet, wo die Kupfertwete von der Beckenwerperstraße kommt. Damit würde eine sehr schöne directe Verbindung dieses Theils der Stadt mit dem Bahnhofe hergestellt werden, und man erreiche eine bedeutende Verbesserung des Zustandes dieser stark bevölkerten Straßen hinsichtlich des Verkehrs und der Gesundheit. Die Commission beantrage daher: an den Magistrat das Ersuchen zu richten, die Durchlegung einer Straße von dem Brüdernkirchhofe — in Verlängerung der Schützenstraße — bis zur Weberstraße mit der Ausmündung gegenüber der Kupfertwete in Erwägung zu ziehen und event. eine darauf bezügliche Vorlage ausarbeiten zu lassen.

Herr Rieß: Bei Einbringung des Antrags habe er nicht allein den gegenwärtigen, sondern auch den zukünftigen Verkehr im Auge gehabt. Er habe dabei auch noch nicht an den Ankauf und Abbruch von Häusern gedacht, sondern er habe nur gewünscht, daß der Straßenzug von der Brabantstraße bis zum Petrithore in den Ortsbauplan eingetragen werde, um zu verhindern, daß in Zukunft neue Häuser auf dieser Linie errichtet werden. Redner bittet, beide Anträge, sowohl den der Commission, wie den seinigen, nochmals der Commission zur weiteren Verfolgung zu überweisen.

Herr Riefe erklärt sich für den Antrag der Commission, da derselbe anstrebe, einem dichtbevölkerten Stadtviertel Licht und Luft zu verschaffen.

Es wird darauf beschlossen, beide Anträge nochmals an die Finanzcommission zur gemeinschaftlichen Berathung mit der Baucommission zu verweisen.

Der Antrag des Herrn Günther, das Schützenwesen betreffend, kann heute noch nicht zur Berathung gelangen, weil ihn die Commission noch nicht hat prüfen können.

Danach folgt,

IV. von Herrn Till erstattet, der Bericht der Baucommission über den Antrag des Herrn Riefe:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, baldmöglichst die im Ortsbauplane projectirte Brücke hinter dem Hoftheater erbauen zu lassen, ferner dasjenige Terrain des Herzoglichen Küchengartens zu erwerben, welches zur Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen Steinweg und Casernensstraße nöthig ist.

Die Commission halte die Herstellung einer Verbindungsstraße vom Hoftheater nach der Casernensstraße für sehr wünschenswerth, sie sei aber zweifelhaft darüber, ob augenblicklich vom Herzoglichen Küchengarten das nöthige Terrain erworben werden könne und sonach der jetzige Zeitpunkt zur Förderung der Sache über-

haupt als ein geeigneter bezeichnet werden könne; sie empfehle daher den Rieke'schen Antrag nicht anzunehmen, sondern den Stadtmagistrat zu ersuchen, mit der zuständigen Behörde darüber in Unterhandlung zu treten, ob das zur Herstellung der gedachten Verbindungsstraße erforderliche Terrain des Herzoglich-n Küchengartens zur Zeit verkäuflich sei.

Herr Halle begrüßt es mit Freuden, daß die Commission sich doch gewissermaßen für den Antrag verwende. Für die Anwohner der Innen- wie der Außenstadt werde die endliche Ueberbrückung der Oker hinter dem Hoftheater und Schaffung eines Weges nach dem Hasanenhölzchen von großem Nutzen sein. Bezüglich der Verkäuflichkeit des nöthigen Terrains könne man verschiedener Meinung sein, er möchte aber daran erinnern, daß bereits beim Bau des Polytechnikums Terrain vom Küchengarten der Regierung zum Kauf angeboten sei. Auch dem Magistrate sei im vorigen Jahre derartiges Terrain angeboten, das Kaufgeschäft habe sich aber aus Redner unbekannten Ursachen zerschlagen. Bei Lebzeiten unseres Herzogs sei stets darauf hingewiesen worden, daß man, solange derselbe lebe, keine Aenderungen eintreten lassen könne, und nun der Herzog todt sei, scheine es fast, als wenn erst recht keine Aenderungen vorgenommen werden sollten.

Herr Reuter ist überzeugt, daß man auf Anfrage bei der zuständigen Behörde den Bescheid erhalten werde, daß es augenblicklich ganz unmöglich sei, über den Küchengarten zu verfügen. Ehe nicht wieder ein Herrscher im Lande sei, werde vom Küchengarten nicht ein Quadratmeter abgegeben werden können.

Dem entgegen ist Herr Rieke der Ansicht, daß grade jetzt die passendste Zeit sei, das in Rede stehende Project zu verwirklichen. Der Regentschaftsrath stehe an Stelle des Herrschers, er habe dieselben Rechte wie dieser, könne also auch in dieser Angelegenheit zum Wohl der Allgemeinheit ganz nach Ermessen handeln. Er sei fest überzeugt, daß der Herrscher bereit sein würde, den gedachten Straßenbau zu fördern, und das dazu nöthige Terrain zur Verfügung zu stellen. Dasselbe Vertrauen könne man aber auch dem Regentschaftsrathe entgegenbringen. Er bitte deshalb die Sache im Auge zu behalten und dieselbe so rasch als möglich zu fördern zu suchen; eine solche Verbindung sei seines Erachtens weit nothwendiger als eine Brücke an der Leonhardstraße.

Bei der nun erfolgenden Abstimmung wird der Commissionsantrag angenommen.

Es folgen die Vorlagen des Stadtmagistrats, und zwar

V. ein Schreiben vom 23. d. Mts., Erweiterungsbauten auf dem städtischen Gaswerke betreffend. Referent ist Herr Sievers.

Es hat sich herausgestellt, daß beide Fabriken der Gasanstalt, die alte wie die neue, an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen sind, daß ferner die alte Fabrik in derartig mangelhaft baulichem Zustande sich befindet, daß, selbst wenn von einer Erhöhung

der Production abgesehen wird, ein umfassender Reparaturbau unabweisbar ist, und würde ein solcher einen Kostenaufwand von 83500 M. erfordern. Die Direction der Gas- und Wasserwerke sieht sich aber angesichts des fortwährend steigenden Consums auch in die Nothwendigkeit versetzt, auf eine Erweiterung der Production Bedacht zu nehmen. In einem (den Mitgliebern der Versammlung in autographischerervielfältigung zugegangenen) Bericht der Direction vom 17. v. Mts. sind zwei Veranschlagungen enthalten, welche sich einmal auf den Umbau des alten, das andere Mal auf die Erweiterung des neuen Fabrikgebäudes beziehen. Ein Umbau der alten Fabrik würde 184100 M., eine Erweiterung der neuen Fabrik 338000 M. kosten. Die Direction schlägt unter specieller Darlegung der Gründe vor, den erstgedachten Umbau zur Ausführung zu bringen. Der Magistrat schließt sich im Einverständnisse mit der Deputation diesem Vorschlage an und giebt anheim, die gedachten 184100 M., welche theilweise in diesem Jahre, theilweise aber und zwar für den Umbau des Retortenhauses erst im Jahre 1886 aufzuwenden sein würden, vom Reservefonds des städtischen Gaswerks zu verwilligen.

Die Frage ist, wie Referent weiter ausführt, zunächst in der Verwaltungsdeputation, sodann in der Finanzcommission besprochen. Als ein eigenthümliches Zusammentreffen sei es zu bezeichnen, daß der vorliegende Antrag zu einer Zeit eingegangen sei, wo soeben von anderer Seite ein Vorschlag zur Einführung der elektrischen Beleuchtung in Braunschweig gemacht sei. Man habe sich denn auch in der Deputation wie in der Commission der Idee nicht verschließen können, daß die elektrische Beleuchtung wohl mit der Zeit das Gaslicht verdrängen und man sich dann jener zuwenden werde; es lasse sich aber auch nicht in Abrede stellen, daß hierüber noch eine Reihe von Jahren vergehen werde. Nach den jetzt vorliegenden Erfahrungen sei es noch sehr fraglich, ob die sofortige Einführung der elektrischen Beleuchtung wünschenswerth sei. Die Anlage sei eine sehr theuere und werde voraussichtlich seitens der Privaten für's Erste noch nicht daran gedacht werden, von der elektrischen Beleuchtung Gebrauch zu machen. Sowohl in der Deputation wie in der Finanzcommission sei man deshalb der Ansicht gewesen, daß ein Umbau des alten Fabrikgebäudes, der vielleicht auf 5 Jahre genügende Gasquantitäten produciren, unbeschadet der Aussicht auf demnächstige elektrische Beleuchtung, jedenfalls zu empfehlen sei. Bei der fortwährenden Erweiterung des städtischen Gebiets und der danach zu erwartenden Vermehrung des Gasconsums würde diese Anlage nicht bloß eine nothwendige, sondern auch eine für die Stadt nutzbringende sein. Die Finanzcommission schlage deshalb vor, die gedachten 184100 M. zu verwilligen. Aus welchem Fonds das Geld entnommen werden solle, sei in der Commission nicht weiter zur Sprache gebracht, es sei aber wohl richtig, daß das Geld theilweise vom Erneuerungsfonds statt vom Reservefonds genommen werde.

Herr R i e s spricht sich für Einführung der elektrischen Beleuchtung aus. Wenn dieselbe doch in naher Aussicht stehe, dann solle man für die Gasfabrik nicht mehr

so große Summe aufwenden und so das Geld geradezu wegwerfen. Braunschweig brauche ja nicht immer in Allem 100 Jahre zurück zu sein anderen Städten gegenüber.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Wenn heute wirklich der Beschluß gefaßt würde, für Braunschweig die elektrische Beleuchtung einzuführen, so würde neben derselben doch noch lange Jahre die Gasbeleuchtung bestehen müssen, da letztere aus finanziellen Gründen von den Privatleuten noch lange benützt werden würde, und eine schleunige Erweiterung der Gasanstalt sei nothwendig, um im nächsten Winter die Gasconsumenten befriedigen zu können; man werfe also kein Geld fort. Uebrigens müsse auch die elektrische Beleuchtung noch einer gründlichen Prüfung unterworfen werden. In Berlin habe man die Erfahrung gemacht, daß dieselbe doppelt so theuer sei als die Gasbeleuchtung; ein elektrisches Licht koste 120 M., eine Gasflamme 60 M. jährlich. Nach Ansicht des Magistrats sei die beantragte Ausgabe unvermeidlich und er bitte dringend, heute schon einen bezüglichen Beschluß zu fassen, da der Erweiterungsbau, um ihn bis zum Eintritt des Herbstes fertig zu schaffen, sofort in Angriff genommen werden müsse.

Herr Reiche: Nach dem neuerdings vom Fabrikanten Naglo aus Berlin über elektrische Beleuchtung hier gehaltenen Vortrage zu urtheilen, glaube er nicht, daß die Einführung derselben mit großen Schwierigkeiten verbunden sei. Er frage an, ob es nicht thunlich sei, wenigstens die Straßen elektrisch beleuchten, dagegen bezüglich der Häuser den jetzigen Zustand noch bestehen zu lassen; es würden auf diese Weise große Kosten gespart werden können. Wenn das elektrische Licht auch noch einmal so theuer sei als das Gaslicht, so müsse auf der anderen Seite berücksichtigt werden, daß man weit weniger elektrische Flammen nöthig habe, da deren Leuchtkraft eine ganz andere sei. Auf dem hiesigen Bahnhofe bewähre sich ja die elektrische Beleuchtung sehr gut.

Herr Stadtrath Schöttler warnt davor, den einschmeichelnden Zahlenangaben des Fabrikanten Naglo ohne Weiteres Glauben zu schenken. Man könnte schon jetzt einmal den Versuch der elektrischen Beleuchtung irgend eines Straßenzuges machen, und dabei möglicherweise die Wasserkraft der Eisenbütteler Mühle in Anwendung bringen. Ein solcher Versuch würde nicht grade viel kosten. Aber innerhalb der Häuser die Electricität anzuwenden, würde viel zu theuer kommen. Ueberdies kommen, wie sich das in Berlin gezeigt habe, noch manche Störungen bei der elektrischen Beleuchtung vor, und um zu verhindern, daß die Stadt nicht einmal in völlige Finsterniß versetzt werde, würde man zu jederzeitiger Beschaffung des Gases die Apparate und Vorkehrungen sämmtlich beibehalten müssen. Selbst in Berlin werde die elektrische Beleuchtung noch lange sehr vereinzelt bleiben und nur größere brillant situirte Geschäfte und Restaurants würden Gebrauch davon machen. Er sei fest überzeugt, wenn auch die Straßen schon durchweg elektrisch beleuchtet würden, so würde man doch noch dieselbe Gasproduktion nöthig haben wie bisher, weil die alsdann ein-

tretenden Preiſermäßigungen die Verwendung des Gaſes zu Heiz- und Betriebszwecken fördern würden. Für ihn ſei nicht der geringſte Zweifel vorhanden, daß die Ausgabe, um welche die Verſammlung gebeten werde, durchaus zweckmäßig und rentabel angelegt werde.

Herr Wolff bemerkt, daß die angeforderten Gelder nicht durch Steuern aufgebracht, ſondern von denjenigen Ueberſchüſſen des Gaſwerks genommen werden würden, welche im Intereſſe des Gaſwerks ſelbſt verwandt werden ſollen. Die jetzigen Ausgaben würden ſelbſtverſtändlich wiederum eine Quelle vermehrten Verdienſtes für die Gaſwerke ſein. Was die Aufbringung der Mittel anlange, ſo empfehle er, den durch die ſtädtiſchen Behörden beſchloſſenen Grundſätzen entſprechend, dieſelben, ſoweit ſie zu Erneuerungen nöthig, aus dem Erneuerungsfonds, ſoweit ſie aber zu Erweiterung erforderlich, aus dem Reſervefonds zu verwilligen.

Herr Blaſius giebt zunächſt ſein Bedauern darüber kund, daß ihm die autographirte Vorlage erſt geſtern zugegangen ſei, und führt ſodann aus, daß auch vom ſanitären Standpunkte aus die elektriſche Beleuchtung unbedingt die beſte ſei. Er habe ſich mit der Frage der elektriſchen Beleuchtung ſchon ſeit Jahren beſchäftigt und ſich über deren Fortſchritte orientirt; er könnte eine Menge Beiſpiele anführen, nach welchen ſich dieſelbe ſehr gut bewährt habe. Was die Stadt demnächſt an Gaſ mehr nöthig habe, könne ſeines Erachtens durch eine partielle elektriſche Straßenbeleuchtung erſetzt werden, wobei man ſich, wie Herr Stadtrath Schöttler ſchon bemerkt habe, die ſtädtiſche Waſſerkraft in Eiſenbüttel zu nuke machen könne.

Was ihn nun aus geſundheitlichen Rückſichten beſonders intereſſire, ſei die Verwendung der elektriſchen Beleuchtung in den Wohnräumen, und er ſei der Meinung, daß ſich auch hier, ſo gut wie in Berlin, viele Privatleute finden würden, die dieſe Beleuchtung gern einführen würden, man müſſe ihnen nur Gelegenheit geben; es könne ſich nicht jeder eine elektrodynamiſche Maſchine anſchaffen, man könne ſich aber dem öffentlichen Inſtitute anſchließen. Auch würde, davon ſei er überzeugt, die Stadt mit der elektriſchen Beleuchtung dieſelben guten Geſchäfte machen, wie mit der Gaſfabrikation.

Herr Bürgermeiſter Rittmeyer legt die Gründe dar, weßhalb die heutige Vorlage den Stadtverordneten ausnahmsweiſe etwas verſpäter zugegangen ſei.

Herr Reuter: Wie der Herr Referent ſchon hervorgehoben habe, ſeien nur ſo große Verwendungen in Ausſicht genommen, um den Bedarf für 5 Jahre zu decken.

Auch er ſei — ganz abgeſehen von der aufgeſtellten Rechnung — dafür, daß man auf der Gaſanſtalt keine Bauten vornehmen, die für die ferne Zukunft berechnet ſeien, weil ſich nicht abſehen laſſe, in welcher bedeutenden Weiſe ſich unfere übrigen Verhältniſſe beſpieelsweiſe durch neue Eiſenbahnanlagen ändern würden; es könne ſein, daß fernere Erweiterungen des Gaſwerks an der jetzigen Stelle vielleicht nicht mehr zweckmäßig ſeien. Daß die elektriſche Beleuchtung der Gaſanſtalt Abbruch thun ſolle, glaube er nicht. Zur Vergleichung der Preiſe zwiſchen elektriſcher und Gaſ-Beleuch-

tung verweist Redner auf die in Berlin veröffentlichten Tarife. Während man in Berlin für 4 S ein Glühlicht von 16 Kerzenlicht herstelle, habe man hier für $2\frac{1}{2}$ S Gasbeleuchtung von 18 Kerzenlicht. Schon der vielen krummen Straßen wegen würde man in Braunschweig verhältnißmäßig viel elektrische Flammen nöthig haben. Man sei in Braunschweig eine gute Beleuchtung gewohnt. Seit einigen Jahren habe sich der Gasconsum jährlich um 7 bis 8 % gesteigert und für diesen zunehmenden Consum müßten die nöthigen Vorkehrungen geschafft werden. Wenn darauf hingewiesen werde, daß die elektrische Beleuchtung des Bahnhofes sich sehr gut bewähre, so müsse er dazu bemerken, daß die Unterhaltung derselben auch verhältnißmäßig weniger Schwierigkeiten bereite, als die einer Stadt. Als neulich die Maschine versagte, habe man eine Locomotive zu Hülfe genommen und auf diese Weise wenigstens erreicht, daß das Licht unter der Halle habe weiterbrennen können. Herrn Rieke gegenüber bemerkt Redner, daß derselbe, wenn er meine, Braunschweig sei immer 100 Jahr zurück, doch zu sehr ins Welle greife. Die Gasbeleuchtung für Städte sei zuerst im Jahre 1826 in Deutschland angewendet, 1852 sei sie in Braunschweig eingeführt und 1864 habe die Stadt die Anlagen übernommen.

Herr Nieß würde nur zu einer versuchsweisen Einführung der elektrischen Beleuchtung seine Zustimmung geben; da aber diese Versuche auf dem Bahnhofe für die Stadt kostenlos vorhanden seien, so könne er sich nicht dafür aussprechen, sondern werde die angeforderten Kosten anstandslos verwilligen.

Herr Günther ist gleichfalls der Meinung, daß die Gasbeleuchtung nie aufhören werde, auch wenn die elektrische Beleuchtung eingeführt sei. Dennoch scheine es bedenklich, heute eine Summe von 184100 M zu verwilligen, wenn man wisse, daß man in wenigen Jahren vor der Nothwendigkeit stehe, die elektrische Beleuchtung, wenn auch nur partiell, einzuführen. Er halte es für bedenklich, den Magistratsantrag anzunehmen, weil die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung nur wenig mehr kosten würde als die geplante Erweiterung. Nach Naglo's Angaben würde die Einrichtung der Straßenbeleuchtung Braunschweigs 240000 M , also etwa 60000 M mehr als die projectirten Erweiterungsbauten kosten. Wenn also die Gasfabrik in ihrer jetzigen Gestalt den übrigen Gasconsum bekräftigen könnte, dann würde er gegen den Magistratsantrag stimmen, andernfalls stimme er dafür.

Herr Lösekrug tritt für die Magistratsvorlage ein. Wenn die Stadt nicht in Gefahr kommen solle, mit Eintritt November einmal ohne Licht zu sein, dann müßten die Erweiterungsbauten schnell in Angriff genommen werden. Schon jetzt genüge die Gasanstalt nicht mehr, denn im Norden und Osten der Stadt habe die Gasleitung erst den nöthigen Druck, wenn die großen, viel Gas consumirenden Läden in der Stadt, namentlich am Kohlmarkte, geschlossen seien.

Ein inzwischen eingegangener Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und sodann beschlossen, die angeforderten 184 100 M vom Erneuerungs- bez. Reservefonds zu bewilligen.

VI. Nach einem fernerem Berichte des Herrn Sievers wird dem Antrage des Magistrats vom 9. d. Mts. gemäß beschlossen, zur Anschaffung von Mobiliargegenständen für das Bureau der Armenkasse 375 M zu bewilligen.

VII. In der Sitzung vom 11. December v. J. haben sich die Stadtverordneten in der Mehrheit dahin ausgesprochen, daß es wünschenswerth sei, die städtischen Schulgebäude mit Blichableitern zu versehen. Es wurde deshalb der Magistrat aus Anlaß eines Antrags des Herrn Blasius ersucht, darüber, in welcher Weise die Anlage von Blichableitern am zweckmäßigsten ausgeführt werden könne, nähere Ermittelungen anzustellen und der Versammlung eine bezüglichliche Vorlage zugehen zu lassen. Der Stadtmagistrat hat nun unterm 3. d. Mts. einen von der städtischen Bauverwaltung aufgestellten Kostenanschlag mit dem Bemerken vorgelegt, daß die Bürgerschule am Büldenwege und das Hauptgebäude der Schule an der Wilhelmsstraße bereits mit Blichableitern versehen seien, von denen indessen diejenigen auf der lehtgebachten Schule umgearbeitet werden müssen. Die hiedurch und durch Herstellung neuer Ableitungen an den sämtlichen übrigen städtischen Schulgebäuden entstehenden Kosten sind zu insgesammt 10 445 M veranschlagt. Der Magistrat ersucht, diese Kosten aus den Mitteln des Extraordinariums zu bewilligen.

Der Referent, Herr Wolff, giebt an Hand des Kostenanschlages eine nähere Beschreibung von der Art und Weise der projectirten Ausführung und empfiehlt namens der Finanzcommission die Genehmigung des Magistratsantrags.

Ohne Weiteres wird dieselbe ausgesprochen.

Danach

VIII. beschließt die Versammlung auf Grund eines von Herrn Lill namens der Baucommission erstatteten Berichts, die vom Magistrate mittelst Schreibens vom 27. v. Mts. vorgeschlagene, auf dem vorliegenden Situationsplane mit a b bezeichnete Baulinie für die Ostseite der Gellerstraße zu genehmigen.

Ferner

IX. wird auf Befürwortung der Schulcommission, für welche Herr Blasius referirt, dem Magistratschreiben vom 10. d. Mts. gemäß beschlossen, die Einrichtung einer dritten Hülfssklasse für schwachbefähigte Kinder bei den Bürgerschulen zu genehmigen. Die Kosten, welche insgesammt 1012 M 50 S betragen, sind bereits durch den diesjährigen Etat der Bürgerschulcasse vorgesehen.

X. Der Stadtmagistrat hat mit dem Particulier Bertram und dem Architect Lill eine Vereinbarung getroffen, wonach den genannten Personen das an der Brücke zwischen dem

Monumentspläze und der Ottmerstraße belegene, auf dem betreffenden Situationsplane mit a b c d k i o m e f g h a umschriebene, städtische Böschungsterrain unter gewissen Bedingungen pachtweise überlassen wird, und mittelst Schreibens vom 16. d. Mts. die Versammlung ersucht, zu dieser Vereinbarung die Genehmigung zu erteilen.

Der Referent der Finanzcommission, Herr Heymann, theilt die stipulirten Bedingungen mit und giebt sodann anheim, dem Magistratsantrage zu entsprechen.

Es geschieht dies ohne Weiteres.

XI. Wie aus dem Schreiben des Stadtmagistrats vom 16. d. Mts. hervorgeht, hat derselbe eine definitive (statt der früher beabsichtigten provisorischen) Instandsetzung der verlängerten Hufarenstraße beschlossen. Nach Ausweis der vorliegenden beiden Kostenanschläge der städtischen Bauverwaltung bez. der Direction der Gas- und Wasserwerke belaufen sich die Kosten der Instandsetzung auf 32 300 M., diejenigen der Herstellung eines unterirdischen Canals, (der jedoch bis zur Erledigung der Canalisationsfrage nur Tagewässer aufnehmen darf) auf 5370 M. Die betreffenden Anlieger haben sich, mit Ausnahme von zweien, erboten, das zur Straßenenerweiterung nöthige Terrain unentgeltlich abzutreten; sie haben aber an diese Offerte verschiedene Bedingungen geknüpft, u. a. daß die Straße theilweise sofort mit Wasserleitung versehen und sie zu deren Kosten in keiner Weise herangezogen werden, worauf nicht eingegangen werden kann. Der Magistrat beabsichtigt deshalb, wegen Abtretung der erforderlichen Terrainabschnitte das Expropriationsverfahren eintreten zu lassen und giebt anheim, die Instandsetzung der verlängerten Hufarenstraße nach Maßgabe der gedachten beiden Kostenanschläge ad insgesammt 37 670 M. zu genehmigen und die dadurch, sowie durch das Expropriationsverfahren entstehenden Kosten zu bewilligen.

Die Baucommission, für welche Herr Krahe berichtet, hat die Vorlage geprüft und giebt anheim, den Magistratsantrag zu genehmigen, dabei jedoch das Ersuchen an den Magistrat zu richten, für Herstellung der Beleuchtung der fraglichen Straße Sorge zu tragen.

Herr Rieße giebt zu erwägen, ob es nicht doch zweckmäßiger sei, gleich von vornherein mit auf die Verlegung von Gas- und Wasserrohren Bedacht zu nehmen, damit man nicht später den Erdboden wieder aufzureißen nöthig habe, was doppelte Kosten verursache und niemals den früheren guten Zustand wieder zurückführe.

Auf eine Anfrage des Herrn Hollmann, ob die Anlieger nicht zu den Kosten der Straßeninstandsetzung herangezogen werden können?

erwidert Herr Bürgermeister Rittmeyer, daß dies nach den Bestimmungen des Ortsbaustatuts vorläufig nicht zulässig sei, weil die Grundstücke bis auf einige noch unbebaut seien. Es sei aber anzunehmen, daß bei der großen Beliebtheit, welcher sich der Stadtpark seitens des Publikums erfreue, die Anwohner sich sehr bald

anbauen würden und dann bekomme die Stadt einen großen Theil der Kosten zurückerstattet.

Der Commissionsantrag wird darauf angenommen.

XII. Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 19. d. Mts. hat die Straßen-Eisenbahngesellschaft darauf angetragen, die ihr ertheilte Concession zur Anlage einer Güterbahn bis zum 1. Juli zu prolongiren. Der Magistrat hält es für unbedenklich, diesem Antrage zu willfahren, da es im städtischen Interesse liege, der genannten Gesellschaft das Recht zum Baue der Güterbahn zu wahren. Der Magistrat ersucht

- 1) die beantragte Prolongation der Erlaubniß zum Baue einer Güterbahn vom 1. April 1884 ab zum 1. Juli d. Js. zu genehmigen,
- 2) sich damit einverstanden zu erklären, daß die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft auf das ihr vorstehend sub 1 bezeichnete Recht zu Gunsten der Landes-Eisenbahn-Gesellschaft gegen eine Entschädigung von 100 000 M. verzichtet, unter der Voraussetzung jedoch, daß
 - a. die Landes-Eisenbahn-Gesellschaft verpflichtet ist, die projectirte Ring-eisenbahn von dem in der Nähe des Schlachthauses zu errichtenden Bahnhofe um die Westseite der hiesigen Stadt zu einem nahe der Frankfurterstraße anzulegenden Rangirbahnhofe zu bauen,
 - b. die hiesige Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft sich in einem notariellen Vertrage verpflichtet, die dem Obigen nach zu empfangende Entschädigung von 100 000 M. lediglich zu Erweiterungsbauten des hiesigen Pferdebahnhofs zu verwenden,
 - c. die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft sich ebenmäßig verpflichtet, die erforderlich werdenden Erweiterungsbauten zu dem vom Stadtmagistrate zu bestimmenden Zeitpunkte zur Ausführung zu bringen.

Die Finanzcommission, für welche Herr Heymann berichtet, empfiehlt die Annahme dieser Anträge mit der Modification, daß an Stelle des Passus sub c gesetzt werde:

- c. die Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft sich ebenmäßig verpflichtet, die nach Ansicht der städtischen Behörden erforderlichen Erweiterungsbauten, soweit sich dieselben mit einem Kostenaufwande von in maximo 100 000 M. beschaffen lassen, vorzunehmen und zu dem vom Stadtmagistrate zu bestimmenden Zeitpunkte zur Ausführung zu bringen.

Ohne Debatte wird den Commissionsanträgen gemäß beschlossen.

Weiter

XIII. berichtet Herr Heymann im Auftrage der Finanzcommission über eine Magistratsvorlage vom 19. d. Mts. —

Die Firma Carl Wolters & Co. beabsichtigt, das zum Betriebe ihrer Eisenerzeugungs-Anlage erforderliche Wasser der Oker oberhalb der Eisenbüttler Mühle mittelst einer Rohrleitung nach ihrem, Wolfenbüttler Straße 29 belegenen, Grundstück zu entnehmen. Der Magistrat hat hiergegen Einspruch erhoben, weil durch ein solches Vorhaben der Eisenbüttler Mühle ein Theil ihrer Wasserkraft entzogen würde. Zum Zwecke der Beseitigung dieses Einspruchs ist nun zwischen dem Magistrat und der gedachten Firma, im Einverständnisse des Pächters der Eisenbüttler Mühle, eine die Rechte und Interessen der Stadt wahrende Vereinbarung getroffen, welche der Magistrat zu genehmigen ersucht.

Nachdem Referent die Versammlung von der fraglichen Vereinbarung in Kenntniß gesetzt hat, ersucht er namens der Commission, dem Magistratsantrag zu willfahren —

ein Ersuchen, welchem die Versammlung ohne Weiteres nachkommt.

Sodann

XIV. erstattet Herr Sievers als Referent der Finanzcommission über ein Magistratschreiben vom 19. d. Mts. Bericht.

Der Magistrat hat seiner Zeit in Verfolg der Verbreiterung der Fallersleberthorstrasse von der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank ein an der Gausstraße belegenes 34,23 a haltendes Grundstück angekauft. Nachdem von diesem Bauplatze 21 a an den Vertreter des Herzoglichen Botanischen Gartens abgegeben sind, hat wegen des an noch verbleibenden Bauplatzes zu pptr. 13 a 10 qm ein Termin zum öffentlich meistbietenden Verkaufe stattgefunden. In diesem Termine hat der Kaufmann Bollmann das Meistgebot von 16550 M abgegeben, und ersucht der Magistrat die Versammlung, sich mit der Ertheilung des Zuschlags an Bollmann einverstanden zu erklären.

Auf Befürwortung der Commission wird dem Magistratsantrage entsprechend beschloffen.

Endlich

XV. berichtet Herr Blasius als Referent der Schulcommission, über das Magistratschreiben vom 18. d. Mts., in welchem darauf angetragen wird, zur Einrichtung zweier Zimmer und Anlegung neuer Aborte ic. im Wirthschaftsgebäude der Volksschule, hintern Brüdern M 23, behufs Aufnahme der bislang im vormals Krusenbergschen Hause am Petritzhore untergebracht gewesenen Klassen für schwach befähigte Kinder 1025 M zu verwilligen.

Die Commission schließt sich dem Magistratsantrage an.

Herr Krahe stimmt unter der Bedingung für den Magistratsantrag, daß die geplante Einrichtung nur als Provisorium angesehen werde, da das Licht in den

gedachten Localen wegen des in unmittelbarer Nähe befindlichen hohen Kirchengebäudes ein höchst mangelhaftes sei.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt hierzu daß das Krudenberg'sche Haus vermuthlich nur 2 bis 3 Jahre von der Lüttge-Harderschen Schule benützt werden werde, und die in Rede stehenden Klassen alsdann nach dorthin zurückverlegt werden könnten.

Herr Günther fragt an, ob die nöthigen Locale nicht in einem anderen Schulgebäude zu beschaffen ständen, da ihm die Ausgaben nur zur Herstellung eines Provisoriums zu hoch erscheinen.

Referent kann die Bedenken des Herrn Krahe nicht theilen. Von seinem ärztlichen Standpunkte aus könne er erklären, daß die Beleuchtung, wenn auch nicht grade eine vorzügliche, so doch immerhin in der Nähe der Fenster eine zufriedenstellende sei. Was die Unterbringung der Klassen in anderen Schulen anlange, so sei auch diese Frage in der Commission erwogen. Man habe es aber für bedenklich gehalten, schwachsinrige Kinder in Schulen mit vollbefähigten Kindern unterzubringen. Auch der Schuldirector Schaarschmidt habe sich aus pädagogischen Rücksichten dagegen erklärt.

Herr Ramdohr macht noch darauf aufmerksam, daß die angeforderten Kosten im Interesse eines zum Eigenthum der Stadt gehörigen Grundstück zur Verwendung gelangen,

worauf der Magistratsantrag angenommen wird.

Von der Begründung des Nieß'schen Antrags, den Bau von kleineren Wohnungen betreffend, wird der vorgerückten Zeit wegen Abstand genommen.

Nachdem Herr Bürgermeister Rittmeyer noch die Versammlung zur Theilnahme an der nächsten Dinstag morgens 9 Uhr stattfindenden Belastungsprobe der neuen eisernen Brücke an der Dttmerstraße eingeladen hat,

wird die Sitzung geschlossen.

Es folgt noch eine vertrauliche Sitzung, in welcher zunächst ein neuer Statutentwurf und der schon früher vorgelegte Entwurf eines polizeilichen Regulativs, die Regelung der gewerbsmäßigen Unzucht in hiesiger Stadt betreffend, genehmigt wird.

Ferner erklärt sich die Versammlung mit der definitiven Anstellung des Magistratschreibers Pape zum 1. April c. einverstanden.

Zum Schluß gelangen Steuerreklamationen zur Erledigung.

1885.

(Fortsetzung der Beilage zu **N. 99** des 1885
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 5.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 30. April 1885.

Öffentlich:

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

- 1) Berathung und Beschlußfassung wegen Heranziehung Fremder zur Gemeindesteuer.
- 2) Wahl eines außerordentlichen Mitgliedes der Ertrag-Commission

Sitzung der Stadtverordneten.

- I. Petition wegen Erbauung einer Brücke an der Ferdinandstraße.
Vorlagen des Stadtmagistrats betreffend:
- II. Instandsetzung der Campestraße.
- III. Ankauf des alten Polotechnikums.
- IV. Generelles Bauprogramm für ein neues Stadthaus.
- V. Legung von Gas- und Wasserröhren an der Spielmannsstraße.
- VI. Bewilligung eines Zuschusses für den Verein deutscher Lehrerinnen in England.
- VII. Nachverwilligung von Kosten für die Herausgabe von Bugenhagens Kirchenordnung.
- VIII. Canalisirung der Leonhardstraße.
- IX. Einrichtung eines besondern Unterrichtscursus für sprachfranke Kinder.
- X. Anlage einer Verbindungsstraße zwischen Adolfs- und Bertramstraße.
Anträge des Herrn Nieß betreffend:
- XI. Die bei Erbauung kleinerer Wohnungen den Unternehmern stadtseitig zu gewährenden Erleichterungen.
- XII. Einrichtung eines Bauhofes zur Aufbewahrung von städtischen Vorräthen und Geräthen.
- XIII. Erhaltung der Bürgersteige und Fußwege an chauffirten städtischen Straßen.
Vorlage des Stadtmagistrats, betreffend:
- XIV. Einrichtung einer Parallelklasse zur 3. Knabenklasse in der 5. unteren Bürgerschule.

Antrag von verschiedenen Stadtverordneten:

XV. Die zu 400 *M.* und 500 *M.* eingeschätzten Einwohner vom Jahre 1886 an mit der Einkommensteuer zu verschonen.

Anfrage des Herrn Wilke, betreffend:

XVI. Die Uebernahme der Straßenreinigung seitens der Stadt.

Vertraulich:

- 1) Wahl eines Armenpflegers.
- 2) Pensionirung einer Lehrerin.
- 3) Anstellung eines Lehrers an der städtischen Realschule.
- 4) Heranziehung einer Einwohnerin zur Gemeindesteuer.
- 5) Steuerreklamationen (Verzeichniß 5 von 1884.)

In der zunächst stattfindenden, von Herrn Oberbürgermeister Pockels eröffneten

gemeinschaftlichen Sitzung

1) erhält das Wort Herr Stadtrath Ketemeyer, um Folgendes auszuführen: Der Legationsrath v. Neumann, welcher sich im vorigen Jahre zeitweilig in hiesiger Stadt aufhielt, habe den Stadtmagistrat verklagt, weil er zur Gemeindesteuer herangezogen sei, und sei mit seiner Klage durchgedrungen. Das Gericht habe sich bei seinem Rechtspruch auf §. 146 der St. O. bezogen, wonach über die Heranziehung Fremder zu Gemeindebeiträgen Magistrat und Stadtverordnete in vereinigter Versammlung zu entscheiden haben, und diese Entscheidung sei, dem schon seit längeren Jahren geübten Brauch entsprechend, nicht herbeigeführt. Nach Erlaß des Gesetzes über die Freizügigkeit sei der Unterschied zwischen Einheimischen und Fremden nicht ganz klar und es sei oft schwierig zu bestimmen, ob ein Fremder steuerpflichtig sei oder nicht. Herr v. Neumann habe hier eine Familienwohnung innegehabt und Commission wie Magistrat seien der Ansicht gewesen, daß derselbe, wenngleich er das Domicil in seiner Heimath nicht aufgegeben habe, doch auch hier ein Domicil habe. Nachdem nun das Gericht in dieser Weise entschieden habe, sei es erforderlich, die Bestimmung des gedachten §., die hoffentlich bei der demnächstigen Revision der Städteordnung beseitigt werden werde, nunmehr in Anwendung zu bringen, und es empfehle sich deshalb, einen Beschluß dahingehend zu fassen, daß alle in der Hauptsteuerrolle aufgeführten Fremden zur Communalsteuer herangezogen werden.

Nachdem Herr Heymann dem Magistrate zu erwägen gegeben, ob es zur Vermeidung fernerer etwaiger Rechtsscrupel nicht zweckmäßig sei, die Betreffenden durch das Steueraus Schreiben von dem erfolgten Beschlusse der vereinigten Versammlung in Kenntniß zu setzen,

wird dem gedachten Antrage gemäß beschlossen,

2) wird an Stelle des zum Mitglied der Obererfakcommission ernannten Stadtraths Schöttler der Particulier Hasenbalg durch Acclamation zum außerordentlichen Mitgliede der Erfakcommission gewählt.

Herr Semler übernimmt sodann den Vorsitz und eröffnet die **Sitzung der Stadtverordneten.**

Entschuldigt sind die Herren Till und Sievers. — Am Magistratsstische Herr Oberbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Götte, Ketemeyer und Grote.

Der Herr Vorsitzende theilt der Versammlung zunächst mit, daß der hiesige Männer-Turn-Verein das Stadtverordneten-Collegium zum Besuche des diesjährigen, am 10. Mai stattfindenden Schauturnens eingeladen habe, verliest verschiedene, von den Herren Nieß und Reuter eingegangene, Anträge sowie eine Anfrage des Herrn Wille an den Stadtmagistrat, dabei bemerkend, daß die Begründung dieser Anträge u. nach Erledigung der Tagesordnung stattfinden werde, und ertheilt sodann

Herrn Oberbürgermeister Pockels das Wort zu folgenden Ausführungen über den Stand der Canalisationsangelegenheit: Die Herzogliche Landes-Polizei-Behörde habe bekanntlich den Antrag auf Verleihung der Wassergerechtsame abgelehnt, und zwar aus dem Grunde, weil die Oker durch Aufnahme der gewerblichen und städtischen Abwässer verunreinigt würde und noch keine Methode bekannt sei, durch welche eine sichere Desinfection und Klärung der Abwässer garantirt werde. Da sich nun aber herausgestellt habe, daß die Abwässer durch die in Dortmund unter Controle der preussischen Regierung zu Arnberg in Anwendung gebrachten beiden patentirten Reinigungsverfahren zu dem erforderlichen Grade von Reinheit gebracht werden können, so habe der Stadtmagistrat, der schon früher mit den Vertretern jener Verfahren in Verbindung getreten sei, geglaubt, weitere von dem Vertreter des Röckner'schen Verfahrens in Aussicht gestellte Mittheilungen über die mit einem in Essen zur Desinfection der dortigen Abwässer hergestellten Apparate erzielten Resultate nicht abwarten zu sollen; er habe vielmehr für angezeigt gehalten, schon jetzt seinen Antrag auf Verleihung der Wassergerechtsame bei Herzoglicher Kreisdirection zu wiederholen, und zwar in der Weise, daß die Wassergerechtsame im Principe ertheilt werde, die specielleren Bedingungen aber vorbehalten bleiben. Es sei anzunehmen, daß schon in den nächsten Tagen ein Termin in dieser Angelegenheit werde anberaumt werden.

Man geht zur Tagesordnung über.

I. liegt eine Petition von Anwohnern vor dem Wilhelmthore wegen Ueberbrückung der Oker zwischen der Ferdinand- und Sophienstraße vor, welche vom Referenten der Statutencommission, Herrn Reuter, verlesen wird. Es ist darin hervorgehoben, daß diese Ueberbrückung 11 Straßen mit 172 Häusern und 930 Familien eine verkürzte Wegeverbindung mit der Stadt gewähren würde, daß sie also zur Erleichterung des Verkehrs ein dringendes Bedürfnis und für die Entwicklung jenes Stadttheils durchaus nothwendig sei; namentlich den zahlreichen in der inneren Stadt wohnenden Arbeitern der in Frage kommenden Fabriken, sowie den die Schule

befuchenden Kindern würde mit einer solchen Wegeverkürzung wesentlich gebient sein. Ferner wird in der Eingabe darauf aufmerksam gemacht, daß ein an die Sophienstraße grenzender Platz sich sehr wohl zu einem Schulhausbaue eignen würde.

Magistrat und Commission — führt Referent aus — stehen der gedachten Brückenanlage sympathisch gegenüber. Nur zeige sich bei dieser Sache, entgegen den früheren Erfahrungen, die Schwierigkeit, daß nicht alle Anwohner mit dieser Verkehrserleichterung einverstanden seien, indem die Bewohner der Ferdinandstraße gar nicht wünschten, durch übermäßig großen Verkehr in ihrer idyllischen Ruhe gestört zu werden. Der Magistrat werde indeß mit den betreffenden Personen in Verbindung treten, und man werde dann, namentlich bezüglich des Kostenpunktes, sehen, wie sich die Angelegenheit gestalte. Auf das Petitum »vor Genehmigung aller weiteren derartigen Projecte auf die Ausführung dieser Brücke Bedacht zu nehmen« könne selbstverständlich nicht eingegangen werden, es sei aber anzunehmen, daß die Sache durch den Vorschlag der Commission werde gefördert werden. Dieselbe gebe anheim, folgenden Beschluß zu fassen:

»Die Stadtverordnetenversammlung hält die Herstellung der fraglichen Brücke für sehr wünschenswerth und sieht demnächst einer Mittheilung des Stadtmagistrats über die hinsichtlich der Ausführung in Aussicht genommenen Ermittlungen entgegen.«

Bei der Gelegenheit werde der Magistrat prüfen können, ob die Ueberbrückung der Dier noch an anderen Stellen dringendes Bedürfnis sei. Die früheren Verhältnisse der Stadt als Festung hätten eben wenig Vermittelungswege nach außen hin zugelassen und dieser Mangel mache sich jetzt, nachdem die Stadt sich in ihrem Umkreise so bedeutend erweitert habe, recht fühlbar. Es könne sich im vorliegenden Falle nur um Herstellung einer Fußgängerbrücke handeln, womit die Petenten auch gewiß zufrieden sein würden. Den Fuhrwerken könne an einem kleinen Umwege nichts liegen, für die Fußgänger aber, besonders für die Arbeiter, denen man nicht verdenken könne, wenn sie ihre kurzen Ruhepausen nicht gern zu weiten Wegen verwenden, sei schon eine mäßige Wegeabkürzung von nicht geringer Bedeutung.

Herr Rieß hält für zweckmäßig, daß man sich vor Eintritt in die Discussion darüber schlüssig werde, ob der im Gesuch erwähnte Platz für eine Schule passend sei, da der Preis desselben sich steigern würde, sobald die Erbauung der Brücke beschlossen sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, daß nach Rücksprache mit dem Schuldirektor Schaarschmidt für die Raumbedürfnisse der unteren Bürgerschulen auf längere Zeit gesorgt sei. Zunächst werde wohl die Nothwendigkeit eintreten, Unterkommen für die mittlere Bürgerschule zu schaffen und nach den im Großen und Ganzen als zutreffend anzuerkennenden Dispositionen des Herrn Schaarschmidt werde es sich wahrscheinlich als wünschenswerth herausstellen, im Laufe der Zeit ein Schulhaus

zwischen dem August- und Wilhelmthore inmitten der Stadt zu erbauen, da die Schulen an der Ottmerstraße und am Prinzenwege bald überfüllt sein würden. Wann dies aber der Fall sein werde, lasse sich noch nicht mit Bestimmtheit übersehen.

Der Commissionsantrag gelangt darauf zur Annahme.

Es folgen in der Berathung die Vorlagen des Stadtmagistrats und zwar zunächst

II. ein Schreiben vom 9. April c., die Instandsetzung der Campestraße betreffend, über welches Herr Lüdersen berichtet.

Schon vor zwei Jahren hat der Stadtmagistrat aus Anlaß eines Antrages des Stadtverordneten Munte Vorschläge zur Instandsetzung der gedachten Straße gemacht, die aber die Zustimmung der Versammlung nicht gefunden haben. Heute werden der Versammlung anderweite Vorschläge unterbreitet, indem ihr zwei von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeitete Projecte zur Auswahl vorgelegt werden. Nach dem einen soll an Stelle der früher projectirten Futtermauer am südlichen Fußwege eine flache mit Rasen zu versehende Böschung treten und die Fahrbahn dem gedachten Fußwege gegenüber etwas gehoben werden, nach dem anderen soll die Fahrbahn ein geneigtes, nach dem südlichen Fußwege ansteigendes Querprofil erhalten, wobei jedoch die an der Nordseite belegenen Vorgärten zugezogen werden müßten. Der Magistrat hat sich für die Ausführung des weniger kostspieligen erstgedachten Projectes, welches 10760 M. kosten soll, entschieden, und zugleich mit den Eigenthümern an der Südseite der Straße einen Vertrag abgeschlossen, wonach dieselben gegen die stadtseitige Verpflichtung der Instandsetzung der Straße und Herstellung eines provisorischen, unterirdischen Röhrencanals an Stelle des offenen Grabens auf ihre Anrechte an dem vor ihren Grundstücken belegenen Fußwege verzichten; er ersucht, die gedachten 10760 M., sowie die Kosten für den provisorischen Canal zu 2150 M., zusammen 12910 M., zu verwilligen. Der Magistrat hat ferner beschlossen, denjenigen Theil des offenen Grabens, welcher sich von der Salzdhahmer Straße bis zur Bertramstraße hinzieht, durch Anlage eines unterirdischen Röhrencanals zu beseitigen. Die Kosten dieses Canals, der, als in das allgemeine Canalisationsproject hineinpassend, definitiv herzustellen sein würde, betragen 5050 M., um deren Verwilligung gleichfalls ersucht wird.

Die Statutencommission empfiehlt die Magistratsanträge zur Annahme. Persönlich fügt Referent den Wunsch hinzu, daß es gelingen möge, bei der Gelegenheit den höchst mangelhaften Zustand am Ende der Salzdhahmer Straße mit zu beseitigen.

Herr Bösekrug, welcher bei der Sache interessirt ist, erklärt, sich der Abstimmung enthalten zu wollen.

Herr Heymann richtet an den Stadtmagistrat das Ersuchen, doch bei Ausführung der Canalisirung auf die fünf Anlieger an der Nordseite der Salzbadlumer Straße Rücksicht zu nehmen und denselben, falls es die Niveauverhältnisse zulassen, zu gestatten, daß sie sich dem herzurichtenden Canale anschließen. Die Anlieger seien selbstverständlich bereit, die entstehenden Mehrkosten auf Verlangen zu tragen.

Die Magistratsanträge werden darauf genehmigt.

III. berichtet Herr v. Seckendorff über das Magistrats Schreiben vom 10. d. Mts., den Ankauf des alten Polytechnikums betreffend.

Die Unternehmer der Casparistraße haben sich bereit erklärt, der Stadt den östlichen, 21 a 25 qm umfassenden Theil des Grundstücks des vormaligen Polytechnikums nebst Gebäuden für 120 000 M käuflich zu überlassen. Der Magistrat hat ursprünglich den Plan gehabt, auf jenem Grundstücke eine Mädchenschule zu erbauen, ist aber später wegen der ungenügenden Größe des Grundstücks davon abgekommen; er beabsichtigt nun, von Michaelis d. J. bez. Ostern k. J. an die noch nöthig werdenden Parallelklassen der beiden städtischen Mädchenschulen einstweilen dort unterzubringen, und ersucht die Versammlung, sich mit dem Ankauf des Grundstücks, den er in jeder Beziehung für sehr empfehlenswerth hält, zum 1. October d. J. für den aus den disponiblen Mitteln des Extraordinariums der Stadtcasse zu zahlenden Preis von 120 000 M einverstanden zu erklären.

Die Commission befürwortet den Magistratsantrag.

Herr Krahe bemerkt, daß die Klassen, namentlich in der obern Etage, den gesundheitlichen Anforderungen nur wenig entsprechen; er könne sich deshalb auch nur unter der Bedingung mit der Unterbringung der Mädchenklassen in jenem Gebäude einverstanden erklären, daß die Einrichtung eine provisorische sei. Redner fragt an, ob das Grundstück später wieder verkauft werden oder ob es im Besitze der Stadt bleiben solle.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Magistrat sei der Ueberzeugung, daß der Ankauf des alten Polytechnikums zu dem offerirten Preise unter allen Umständen finanziell vortheilhaft sein werde, ob man es dauernd zu städtischen Zwecken verwende, oder ob man es, sobald die räumlichen Verhältnisse der Schulen es gestatten, wieder verkaufe. Auch der Magistrat habe sich sagen müssen, daß die Lokale im oberen Stode nicht geeignet seien, auf längere Zeit zu Unterrichtsräumen zu dienen, es sei aber auch noch sehr fraglich, ob diese Lokale überhaupt benutzt würden; es würde dies nur geschehen, wenn man dazu genöthigt würde. Sobald es zur Erbauung einer neuen Mädchenschule gekommen sei, werde man die geeignetsten Räume voraussichtlich wieder

zur provisorischen Unterbringung überzähliger Klassen der Bürgerschulen verwenden müssen, was sich auch in finanzieller Beziehung empfehle. Provisorische Schulräume werde man noch immer haben müssen, denn Braunschweig sei bekanntlich seit Jahren hinter dem Bedürfnis in Bezug auf Schulbauten zurückgeblieben und der Zugang der Kinder übersteige den Abgang jährlich um etwa 450.

Der Ankauf wird darauf genehmigt.

IV. Das generelle Bauprogramm für ein neues Stadthaus bildet den folgenden Gegenstand der Berathung. Herr Schwarzenberg berichtet darüber an Hand eines Magistrats-Schreibens vom 16. d. Mts., welches jedem Stadtverordneten vor Kurzem in einem authographischen Abzuge zugegangen ist.

Wie im gedachten Schreiben näher nachgewiesen ist, sieht der Magistrat durch das stetige Anwachsen der Geschäfte sich in seinen Dienstlocalen so beschränkt, daß eine Vermehrung der letzteren nicht lange aufschiebbar erscheint. Hinzukommt, daß das Verlangen nach geeigneten Sitzungslocalen für die Stadtverordneten-Versammlung als ein vollberechtigtes bezeichnet werden muß und daß auch in allen städtischen Sammlungen, am meisten im Stadtarchive, der Raumangel sich schon lange empfindlich fühlbar gemacht hat. Der Magistrat kann sich hiernach der Nothwendigkeit des Neubaus eines Stadthauses um so weniger verschließen, als die Zeit nicht fern liegen dürfte, wo eine veränderte, d. h. vermehrte Zusammensetzung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, der Größe unseres Gemeinwesens entsprechend, wird durchgeführt werden müssen.

Im Interesse des Dienstes hält der Stadtmagistrat für geboten, daß der Neubau

- 1) die gesammte Stadtverwaltung räumlich insoweit concentrirte, daß in demselben alle diejenige Geschäftszweige untergebracht werden können, welche gegenwärtig im Stadthause sich vereinigt finden (Magistrat, Bauverwaltung, Stadtcasse, Armenverwaltung, Standesamt),
- 2) den Sitzungsaal und die sonst erforderlichen Räume für die Stadtverordnetenversammlung und für die städtischen Verwaltungsdeputationen enthalte,
- 3) das Stadtarchiv mit der Stadtbibliothek in sich aufnehme. — Es wird alsdann
- 4) in Frage kommen, ob in dem Neubau eine Dienstwohnung für den Oberbürgermeister vorzusehen sei.

Der Magistrat hält eine Verbindung der Oberbürgermeisterwohnung mit den Diensträumen nicht für absolut nothwendig, er ist aber, da dieselbe eine feste und unmittelbare Oberleitung des Geschäftsganges wesentlich erleichtert, nicht weniger vom Gesichtspunkte der Repräsentation aus, der Meinung, daß eine Stadt von dem Um-

fange und der Bedeutung Braunschweigs es sich angelegen sein lassen sollte, dem Oberbürgermeister bei sich darbietender Gelegenheit eine in ihrer Einrichtung und in ihrem Umfange über das persönliche und schickliche Bedürfniß eines Privat-Miethmannes hinausgehende Dienstwohnung zu halten.

Was die Bauart und die Lage des Bauplatzes anlangt, so spricht sich der Magistrat dafür aus, daß das neue Stadthaus, wenn auch nicht als monumentaler Prachtbau, so doch im Style eines architektonisch hervorragenden Gebäudes an einer Hauptstraße, thunlichst im Mittelpunkte der Stadt, errichtet werde.

Die Statutencommission hat sich mit den Vorschlägen des Magistrats bis auf den sub 4 gedachten einverstanden erklärt; bezüglich dieses Punktes ist sie der Meinung, daß die Beschaffung einer Dienstwohnung für den Oberbürgermeister im Stadthause unverhältnißmäßig hohe Kosten verursachen würde, und da der Magistrat selbst eine absolute Nothwendigkeit in dieser Beziehung nicht anerkennt, so beantragt sie:

die Zustimmung zu den im Schreiben des Stadtmagistrats vom 16. d. M. ausgesprochenen Ansichten zu erklären, mit der Abweichung jedoch, daß die Frage über eine Dienstwohnung des Oberbürgermeisters im Stadthause unentschieden und der weiteren Erwägung, nach Vorlegung genereller Kostenanschläge, vorbehalten bleibe.

Herr Oberbürgermeister Pockels ist persönlich damit einverstanden, daß die definitive Entschließung bezüglich der Oberbürgermeisterwohnung offen gehalten werde. Nichtsdestoweniger lege er großen Werth darauf, daß die Versammlung sich im Principe über diesen Punkt äußere, damit der Magistrat seine ferneren Schritte danach einrichten könne.

Redner führt die Gründe an, welche die Einrichtung einer Dienstwohnung wünschenswerth erscheinen lassen; er zählt die dienstlichen Obliegenheiten des Oberbürgermeisters auf und führt dabei des Näheren aus, wie es im Allgemeinen dem Interesse des Dienstes am förderlichsten sei, wenn der Oberbürgermeister zur leichtern Erfüllung derselben sowie zur Ueberwachung des gesammten Geschäftsganges im Stadthause selbst wohne. Dies werde sich namentlich geltend machen, wenn der Oberbürgermeister erst im vorgerückteren Lebensalter stehe. Was den im Schreiben bereits hervorgehobenen Punkt der Repräsentation anlange, so könne er es allerdings nicht passend finden, wenn der Oberbürgermeister einer so großen Stadt wie Braunschweig lediglich nach seinem persönlichen Bedarf eine vielleicht recht bescheidene Wohnung bald hier bald dort benutzen wolle; derselbe werde, da er als Vertreter der Stadt auch Repräsentant nach Außen hin sei, sich immerhin dazu bequemen müssen, eine Wohnung zu miethen, welche über seine Bedürfnisse vielleicht weit hinausgehe. Solche Wohnung sei aber,

zumal bei großer Familie, nicht immer leicht zu finden; es gehe dann oft ohne arge Verlegenheiten nicht ab, und die wolle er seinem Nachfolger im Amte, wenn thunlich, zu ersparen suchen. Nun komme auch noch hinzu, daß bis zu Redners Amtsantritte eine Dienstwohnung obligatorisch gewesen und durch das Statut von 1874 sanctionirt sei. Er, und mit ihm der Magistrat, halte eine Dienstwohnung nicht geradezu unter allen Umständen für nothwendig, er halte sie aber für dringend wünschenswerth und damit der Magistrat wisse, wie er sich bei Auswahl des Bauplatzes und Ausarbeitung des Projectes zu verhalten habe, bitte er die Versammlung, ihre Ansichten dem Magistrate gegenüber zu erkennen zu geben.

Herr Krahe ist zwar principiell kein Gegner von Dienstwohnungen, macht aber darauf aufmerksam, daß die Zufügung derselben die Bearbeitung eines Bauprojectes ungemein erschwere. Es handle sich dabei um Herstellung ganz anderer Räume, als die eigentlichen Bureaux sein müßten. Vor Anfertigung eines gründlichen Projectes empfehle es sich, durch vorläufige Skizzen der Sache näher zu treten; dieselben würden sich auf ein Gebäude mit und ohne Dienstwohnung zu erstrecken haben, auch bleibe noch der Weg, eine Dienstwohnung in Verbindung mit dem Stadthause zu erbauen.

Herr Rieke hält es für nöthig, daß der Versammlung, wenn auch keine Detailpläne, so doch eine möglichst genaue Uebersicht der Kosten vorgelegt werde, bevor sie zur Sache Stellung nehme. Denn wenn es auch im Schreiben heiße, daß kein monumentaler Prachtbau aufgeführt werden solle, so wisse man doch schon, wie es komme. Die städtische Bauverwaltung baue nach seiner Ansicht überhaupt zu theuer; das beweise das Feuerlöschgebäude, welches mit allen Nachverwilligungen beinahe eine halbe Million koste. Wenn man davon ausgehe, daß große Veränderungen in der städtischen Verwaltung bevorstehen, dann müsse allerdings für eine Erweiterung der Geschäftsräume gesorgt werden, es könnte dabei aber auch vielleicht das alte Polytechnikum mit in Betracht gezogen werden.

Herr Blasius: Im Interesse einer geordneten städtischen Verwaltung sei es durchaus nothwendig, daß die Dienstwohnung des Oberbürgermeisters sich mit im Stadthause befinde; er bitte die Versammlung, sich schon heute im Principe dafür auszusprechen.

Herr Nieß schließt sich den Ausführungen des Herrn Krahe an und macht besonders auf die von demselben hervorgehobene Möglichkeit aufmerksam, daß die Dienstwohnung auch mit dem Stadthause unter einem Dache aufgeführt werden könne. Redner bemerkt sodann Herrn Rieke gegenüber, daß die städtische Bauverwaltung allerdings solide baue, aber den Vorwurf des theuern Bauens durchaus nicht verdiene.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen zwischen den Herren Rieke und Nieß wird der Commissionsantrag genehmigt.

Wie

V. Herr Reuter namens der Baucommission vorträgt, haben die Grundbesitzer an der Spielmannsstraße gebeten, bei Gelegenheit der Instandsetzung dieser Straße sogleich die erforderlichen Gas- und Wasserröhren legen zu lassen, und sich dabei verpflichtet, die ganzen Kosten der Instandsetzung der Fahrbahn nach deren Fertigstellung an die Stadtcasse einzuzahlen. Da diese Beiträge erst nach geschehener Bebauung der Grundstücke entrichtet zu werden brauchen, da ferner die Antragsteller sofort Gas und Wasser entnehmen werden, auch bei der günstigen Lage der Straße anzunehmen ist, daß an derselben in nicht ferner Zeit eine größere Anzahl von Neubauten entstehen werden, welche Gas und Wasser consumiren, so ersucht der Magistrat die Versammlung mittelst Schreibens vom 15. d. Mts. sich mit der Legung der Gas- und Wasserröhren einverstanden zu erklären und die erforderlichen Kosten im Betrage von 4025 M 80 S zu verwilligen.

Unter dem Bemerken, daß auch die Deputation für Gas- und Wasserwerke ihr Einverständniß erklärt habe, giebt Referent die Genehmigung des Magistrats-Antrags anheim.

Herr v. Seckendorff erklärt, daß er, als Director der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekbank, welche Eigenthümerin der an der Südseite der Spielmannsstraße gelegenen Grundstücke ist, an der Berathung nicht theilnehmen werde.

Herr Günther hat gegen den Antrag grade nichts einzuwenden, spricht aber seine Verwunderung darüber aus, daß eine so wenig bewohnte Straße, wie die Spielmannsstraße, sofort mit Allem versehen werden solle, während auf der Landstraße das Legen von Wasserröhren überhaupt nicht gestattet sei.

Referent bemerkt hierauf, daß über das Gesuch der Anwohner der Landstraße noch nicht entschieden sei, weil eine Sitzung der Deputation für Gas- und Wasserwerke inzwischen noch nicht stattgefunden habe.

Uebrigens lägen die Verhältnisse der Spielmannsstraße anders als die der Landstraße; dort seien sämtliche Vorbedingungen zur Legung der Röhren vorhanden, was hier nicht der Fall sei. Dem Wunsche der Anwohner der letztgedachten Straße, sofort Wasserröhren dort zu verlegen, stehe als Hinderniß entgegen, daß das nach dem Steinthore führende Rohr, welches ursprünglich nicht für einen weiteren Umfang berechnet war, schon außergewöhnlich stark in Anspruch genommen sei, und es kaum möglich sein werde, demselben weitere Abzweigungen anzuhängen, ehe es nicht entsprechend vergrößert sei.

Nachdem Herr Bürgermeister Rittmeyer noch hinzugefügt hat, daß die Landstraße noch Privatstraße sei, und es bislang nicht üblich gewesen, in solchen Straßen auf Kosten der Stadt Gas- und Wasserröhren zu verlegen,

gelangt der Magistratsantrag zur Annahme.

VI. Der Verein deutscher Lehrerinnen in England, welcher seit 8 Jahren besteht und jetzt 670 Mitglieder zählt, unter denen sich auch viele Braunschweigerinnen befinden, hat sich an den Stadtmagistrat mit der Bitte um eine Beisteuer zur baulichen Vergrößerung seines Kosthauses gewandt. Außer mehreren deutschen Fürsten und Regierungen haben auch verschiedene deutsche Städte beige-steuert, so Hamburg 5000 M., Bremen 500 M., Lübeck 500 M., Hannover 300 M., Fulda 100 M. u. s. w. Der Magistrat beantragt unterm 10. d. Mts. zu gedachtem Zwecke 300 M. zu verwilligen —

ein Antrag, welcher auf Befürwortung des Referenten der Schulcommission, Herrn Schwarzenberg, ohne Weiteres genehmigt wird.

VII. Ueber die Magistratsvorlage vom 10. d. Mts., die Nachverwilligung von Kosten für die Herausgabe von Bugenhagens Kirchenordnung betreffend, referirt Herr Hollmann namens der Finanzcommission.

Zum typographischen Neudrucke der gedachten Kirchenordnung hat die Versammlung in der Sitzung am 8. November 1883 einen Zuschuß von 600 M. bewilligt. Während ursprünglich im Wesentlichen nur an eine Reproduction des Textes gedacht war, hat sich nachträglich herausgestellt, daß das Werk nach verschiedenen Richtungen hin erweitert werden müsse, wodurch es um die Hälfte der ursprünglich angenommenen Bogenzahl angewachsen ist. Mit Rücksicht hierauf hat der Verleger Zwiffler um eine Erhöhung des obengedachten Zuschusses auf 600 M. nachgesucht, im Laufe der Verhandlungen aber zu einem Abkommen auf der Grundlage sich bereit erklärt, daß die Stadt die gesammten Herstellungskosten übernehme und nach Vorwegnahme der ihr erforderlichen Tauscheremplare, die ganze Auflage für ihre eigene Rechnung durch Zwiffler gegen eine Vergütung von 50 % des Erlöses zum Verkauf stellen lasse. Nach den Ausführungen des Stadtarchivars Hänfelmann ist dieses Abkommen als für die Stadt vortheilhaft zu bezeichnen, weshalb der Magistrat ersucht, ihn zum Abschlusse eines diesbezüglichen Vertrages mit Zwiffler zu ermächtigen und damit die Fehlsomme von 976 M. 25 S. nachzuverwilligen.

Die Commission empfiehlt, dem Ersuchen zu entsprechen.

Nach einer Bemerkung des Herrn Günther, welcher sich gegen den Magistratsantrag erklärt, weil es nicht Sache der Stadt sei, sich mit der Herausgabe des Werkes zu befassen, und einer kurzen Erwiderung des Herrn Oberbürgermeister Pockels, wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

VIII. In seinem Schreiben vom 20. d. Mts. trägt der Stadtmagistrat dar-auf an, zur Canalisirung der Leonhardstraße von der Bertramstraße bis zum Ende des Leonhardplatzes die anslagsmäßigen Kosten mit 7306 M. aus der Wegebaucasse zu bewilligen.

Die Finanzcommission, für welche Herr v. Seckendorff berichtet, schließt sich diesem Antrage an.

Herr Burghardt erklärt sich mit der Bewilligung der angeforderten Kosten einverstanden, fragt aber zugleich an, ob man nicht auch zur Canalisirung der Friedrichstraße schreiten könne, deren Zustand, wie er sich selbst verschiedentlich überzeugt habe, wirklich ein unerträglicher sei; vor schrecklichem Geruch könne man es dort kaum aushalten.

Von Herrn Overbürgermeister Pockels wird anerkannt, daß der Zustand jener Straße ein trostloser sei. Die Verhältnisse lägen bei derselben aber anders wie bei der Spielmannsstraße und Leonhardstraße; bei diesen Straßen handle es sich nur um Abführung des Himmelwassers bez. Aenderung schon bestehender Abflüsse, was die Landespolizei-Behörde nicht hindern könne, während die Friedrichstraße bislang noch keinen Abfluß gehabt habe, und wenn man dort canalisiren wollte, so würde Herzogliche Kreisdirection sich sofort dagegen erklären. Wenn es im Laufe des Jahrs noch nicht zur Inangriffnahme der Gesamtcanalisation kommen sollte, so werde die Friedrichstraße wenigstens oberirdisch in Stand gesetzt werden, wozu die Mittel schon längst disponibel seien. Vielleicht lasse sich dabei auch ein Weg finden, die Abwässer abzuführen; bestimmte Mittheilungen könnten indeß darüber noch nicht gemacht werden.

Die angeforderten Kosten werden darauf bewilligt.

Danach

IX. beschließt die Versammlung auf Grund eines von Herrn Blasius namens der Schulcommission erstatteten Referats, dem Stadtmagistrate zur bedarfsmäßigen Veranlassung von Sprachheil-Cursen bei den unteren Bürgerschulen einen mittelst Schreibens vom 11. d. Mts. angeforderten Credit von bis zu 550 M auf die zur Disposition der städtischen Behörden stehenden Mittel der polizeilichen* Abgabe für Hunde zu bewilligen.

X. Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 21. v. Mts., über welches namens der Statutencommission Herr Reuter referirt, hat der Particulier Keune darauf angetragen, daß die im Ortsbauplane vorgesehene Verbindungsstraße zwischen Adolfs- und Bertramstraße auf Kosten der Stadt in Stand gesetzt und mit einem unterirdischen Canale, sowie mit Gas- und Wasserröhren versehen werden möge, wogegen Keune sich bereit erklärt hat, das gesammte zur Straße erforderliche Terrain in einer Breite von 14 m der Stadt unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, derselben auch zu den Kosten der Straßenanlage einen Beitrag von 4000 M zu zahlen. Das Stadtbauamt und die städtische Bauverwaltung haben sich für diese Offerte ausgesprochen, da die Kosten der Straßenanlage gedachten Beitrag nur um 800 M übersteigen, ein Ersatz der Canalisations- u. Kosten aber in der Canalsteuer sowie in

der von den demnächstigen Bewohnern für Gas und Wasser zu zahlenden Entschädigung zu finden ist. Der Magistrat ersucht deshalb, die Herstellung der gedachten Verbindungsstraße unter den angegebenen Bedingungen zu genehmigen und die dadurch entstehenden Kosten zu 4800 M — 4000 M = 800 M, sowie die annoch zu ermittelnden Kosten der Canalisation und der Legung von Gas- und Wasserröhren zu verwilligen, unter der Bedingung jedoch, daß Keune sich verpflichtet, die an der Straße entstehenden Baupläze spätestens bis Ende künftigen Jahres zu bebauen.

Auf Empfehlung der Commission beschließt die Versammlung dem Magistratsantrage gemäß.

Es folgt die Motivirung dreier Anträge des Herrn Nieß:

XI. Die Stadtverordneten-Versammlung wolle ihre Finanz- und Statutencommission beauftragen, zu untersuchen, ob es sich empfehle, für den Bau von Wohnungen bis zu 180 M Jahresmiethe, stadtseitig den Unternehmern solcher Bauten irgend welche Erleichterung zu gewähren, sei es durch Gewährung von Baucapitalien zu billigen Zins- und Amortisationsbedingungen, sei es durch Gewährung von Prämien bei Erbauung von Häusern nach Normalplänen oder durch Uebernahme der Wege, Canäle, Gas- und Wasserleitung seitens der Stadt auf geeigneten Plänen.

Ein ähnlicher von anderer Seite früher gemachter Vorschlag sei abgelehnt worden, weil er auf eine nicht zu verfolgende Bahn geführt haben würde. Die Socialpolitik habe sich in der letzteren Zeit mit der Frage wegen Schaffung kleinerer Wohnungen vielfach beschäftigt und sei dabei namentlich betont worden, daß die von der Privatwohlthätigkeit, von Bauunternehmern u. s. w. eingeschlagenen Wege nicht zum Ziele führten. Es frage sich nun, ob bei Berathung des Antrags sich nicht Mittel und Wege finden würden, durch welche in dieser Beziehung Hülfe geschafft werden könne. Die kleineren Wohnungen Braunschweigs zeichneten sich besonders durch ihre ungesunden Verhältnisse aus; so gebe es hier Wohnungen von nur 1½ Meter Höhe. Seines Erachtens würde es sich empfehlen, daß die städtische Verwaltung Terrain ankaufe und dasselbe mit Wegen und Canälen versehe, alsdann würden sich auch aus privaten Kreisen kleinere Bauunternehmer finden, die sich mit der Errichtung von Häusern mit kleineren Wohnungen befaßten. Es sei nicht zu verkennen, daß die neue Bauordnung großen Wandel zum Bessern geschaffen habe, doch seien die Bestimmungen immer noch derart, daß das Bauen von Häusern mit geringwerthigen Wohnungen sehr erschwert werde. Redner empfiehlt seinen Antrag zur Annahme.

Der Antrag findet die erforderliche Unterstützung und wird der Finanzcommission überwiesen.

XII. Die Versammlung wolle den Stadtmagistrat um Einrichtung eines Bauhofes für die Stadt ersuchen, um Vorräthe und Geräthe der städtischen Bauverwaltung nutzbar zu erhalten.

In einer der letzten Sitzungen der Baucommission sei zur Sprache gekommen, daß zu jeder neuen Straßenanlage die erforderlichen Geräthe, wie Karren, Karrenbohlen u. s. w. besonders angeschafft werden müßten, weil es der Stadt an einem geeigneten Platze fehle, wo derartige Sachen zur Conservirung und demnächstigen Wiederbenutzung untergebracht werden könnten. Die Einrichtung eines städtischen Bauhofes sei seines Erachtens ein dringendes Bedürfniß.

Der genügend unterstützte Antrag wird der Statutencommission, welche die Baucommission zuzuziehen hat, übergeben.

XIII. Die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, im nächstjährigen Stadthaushaltsplan einen Posten einzustellen, laut dessen die Erhaltung der Bürgersteige und der Fußwege an chauffirten städtischen Straßen aus der Stadtcasse zu bewerkstelligen sind.

Den betreffenden Grundbesitzern liege es ob, für die Erhaltung der gedachten Fußwege zu sorgen, die sich denn auch in Folge dessen meist in einem schlechten Zustande befänden. Es sei auch etwas Unnatürliches, daß den resp. Grundbesitzern diese Pflicht auferlegt sei. Diese zählten mit ihren Familien etwa 20 000 Seelen, die Nichtgrundbesitzer, die doch die Fußwege in gleicher Weise benutzten, etwa 60 000. Um zu sehen, wie sich die Sache finanziell regeln lasse, bitte er, seinen Antrag anzunehmen.

Auch dieser Antrag wird, genügend unterstützt, der Statutencommission zugetheilt.

Die beiden anderen von Herrn Nieß noch eingebrachten Anträge:

»Die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, bei Anlage der Wassermesser auf Wunsch der Hausbesitzer in die Leitung der einzelne Stockwerke Wassermesser einschalten zu lassen«

und

»Die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ersuchen, nach Einführung der Wassermesser die Beiträge für die Wasserwerke monatlich einziehen zu lassen, beziehentlich von den im Besitze von Wassermessern befindlichen Miethspartheien eines Grundstücks die betreffenden Beträge selbst einziehen zu lassen«

werden von demselben zurückgezogen.

Darauf

XIV. wird nach einem von Herrn Schwarzenberg im Auftrage der Schulcommission erstatteten Berichte dem Magistratsantrage vom 25. d. Mts. gemäß be-

geschlossen, zur Remunerirung eines Hülfslehrers für die Parallelklasse zur 3. Knabenklasse in der 5. unteren Bürgerschule für die Zeit vom 1. April bis zum Schlusse dieses Jahrs die Summe von 675 M aus dem Dispositionsfonds der städtischen Behörden zur Errichtung neuer Lehrstellen zu verwilligen.

Es folgt

XV. die Begründung eines von verschiedenen Stadtverordneten eingebrachten Antrags:

»Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, im Hinblick auf §. 155 der Städteordnung, die zu 400 M und zu 500 M Einkommen eingeschätzten hiesigen Einwohner, vom Jahre 1886 an, mit der Gemeinde-Einkommensteuer zu verschonen.

Unterschieden ist der Antrag von Herren Reuter, Jasper, Reiche, Blasius, Schwarzenberg, Hollmann, Ding und Bollmann.

Herr Reuter, welcher die Motivirung übernommen hat, trägt Folgendes vor: Bei den Berathungen der Einschätzungscommission sei schon verschiedentlich die Frage aufgeworfen, ob nicht bei den veränderten Zeitverhältnissen die beiden unteren Classen von der Entrichtung der Gemeinde-Steuer entbunden werden könnten; bekanntlich sei man früher schon einmal in ähnlicher Weise vorgegangen, indem man die Classe zu 300 M habe fallen lassen. Im Jahre 1883 seien 2756 Personen zu 400 M eingeschätzt gewesen, was à 3,60 M = 9921,60 M ausmache, 1440 Personen zu 500 M, ergibt à 4,50 M = 6480 M, zusammen also 16401,60 M. Der Ausfall sei aber grade bei diesen beiden Classen so bedeutend, daß die thatsächliche Einnahme wohl um die Hälfte hinter den rechnungsmäßigen Zahlen zurückbleibe. Es sei auch nicht anzunehmen, daß durch Streichung dieser beiden Steuerclassen erheblich vielen Personen das Wahlrecht entzogen werde, denn die meisten der dabei in Betracht kommenden seien Fabrikarbeiterinnen, Wäscherinnen, Plätterinnen und Näherinnen. Bei einer jährlichen Einnahme von 400 M, also einer wöchentlichen von 7,70 M und einer täglichen von 1,10 M könne auch eine mäßige Steuer schon recht drückend wirken. Auch seien die Zeitverhältnisse wesentlich andere geworden, ohne daß grade diesen Personen besondere Begünstigungen zu Theil geworden wären. Wenn diesen Leuten nicht die Personalsteuer mit 2,40 M erlassen wäre, dann müßten sie fast einen vollen Wochenverdienst an Steuern zahlen, und das wäre eine große Härte. Früher habe die Stadt von der Landesregierung für die Erhebung der Personalsteuern 5 pSt. Erhebungsgebühren bekommen, jetzt 18 pSt. Da nun die hiesige Stadt etwa 500 000 M Staatssteuern aufbringe, so erhalte sie statt der früheren 25 000 M jetzt 90 000 M, also 65 000 M mehr, und würde es immerhin als ein gelindes Aequivalent angesehen werden können, wenn man dafür die schlecht situirten Personen mit der Communalsteuer verschonte. Ob es nöthig sei, mit der Landesregierung hierüber besonders zu

verhandeln, werde sich aus den weiteren Berathungen ergeben; er glaube aber voraussetzen zu dürfen, daß auf alle Fälle etwas geschehen werde, um den Allerärmsten unserer Einwohner unter die Arme zu greifen.

Der Antrag findet lebhafte Unterstützung und wird der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

Schließlich

XVI. begründet Herr W i l k e seine Anfrage:

ob der Stadtmagistrat geneigt sei, dem von ihm vor etwa 3 Jahren gestellten Antrage gemäß die Uebernahme der Straßenreinigung Seitens der Stadt zur Ausführung zu bringen.

Der Magistrat habe seiner Zeit in Aussicht gestellt, daß sein Antrag berücksichtigt werden solle, es sei aber bis heute nichts in der Angelegenheit geschehen. Er komme darauf zurück, weil die Frage in der Bürgerschaft, so im Bürgerverein und im Hausbesitzerverein, vielfach ventilirt worden sei.

Herr Bürgermeister K i t t m e y e r erklärt namens des Magistrats, daß dieser heute nicht in der Lage sei, die Interpellation zu beantworten.

Schluß der Sitzung.

In vertraulicher Sitzung werden nach folgende Gegenstände erledigt:

- 1) Wahl eines Armenpflegers.
- 2) Pensionirung einer Lehrerin von der mittleren Bürgerschule.
- 3) Anstellung eines Zeichenlehrers an der städtischen Realschule.
- 4) Heranziehung einer Einwohnerin zur Gemeindesteuer.
- 5) Steuerreklamationen (Verzeichniß 5 von 1884).

1885.
~~~~~

(Fortsetzung der Beilage zu **N. 120** des 1885  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

**N. 6.**  
~~~~~

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 4. Juni 1885.

Öffentlich:

Selbstständige Anträge:

- I. des Stadtverordneten **Wolff**, die bei Einschätzung zur Communalsteuer zu befolgenden Grundsätze betreffend.
- II. des Stadtverordneten **Kieß**, den Straßendurchbruch nach dem Petritzhore betr.
- III. desselben, den Bau kleinerer Wohnungen betr.
- IV. " die Anlage eines Bauhofes für die städtische Bauverwaltung betr.
- V. " die Unterhaltung und Anlegung der Fußwege an Hausfirten Straßen betr.
- VI. des Stadtverordneten **Reuter** und **Genossen** auf Erlaß der Communalsteuer für die untersten Steuerklassen.
- VII. des Stadtverordneten **Günther**, das Schützenwesen betr.

Vorlagen des Stadt-Magistrats:

- VIII. Feststellung einer Baulinie am Magnithore.
- IX. Verwilligung von Kosten für die Reparatur des Schulgebäudes an der Leopoldstraße.
- X. Belegung von Grundcapital des Kreisfonds.
- XI. " " " der Stadtkasse.
- XII. Befestigung der Essener Klärungseinrichtungen nach **Rothe** & **Röckner**'schem Verfahren.
- XIII. Feststellung einer Baulinie an der Schuhstraße.
- XIV. Verkauf der Feuernte im Gänsewinkel.
- XV. Aufhebung eines Weges im Giechthale.
- XVI. Gesuch des Bauunternehmers **Bannow** um Zuführung des Wassers aus der städtischen Wasserleitung.
- XVII. Andringung von Bligableitern an städtische Gebäude.

XVIII. Einfriedigung des Feuerlöschgebäudes am Waisenhause.

XIX. Bessere Beleuchtung des Kohlmarktes.

XX. Einrichtung eines Dienstzimmers im Stadthause.

XXI. Subvention für die Feriencolonien.

XXII. Anlage einer Wasserleitung auf der Leonhardstraße.

Vertraulich:

1) Erlass des Statuts über die gewerbmäßige Unzucht.

2) Wahl eines Armenpflegers.

~~~~~

Entschuldigt die Herren Buchler, Jasper und Schwarzenberg. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer und Stadtrath Ketemeyer.

Nach Genehmigung der Protokolle *N* 4 und *N* 5

bemerkt Herr Günther, daß die heutige Tagesordnung zu lang sei, und ersucht den Herrn Vorsitzenden, in Zukunft nicht wieder soviel Material anzusammeln und lieber öfter eine Sitzung anzuüberaumen. Er schlage vor, heute nur die sieben ersten Punkte zu erledigen und die übrigen abzuweisen.

Der Herr Vorsitzende empfiehlt dem Herrn Vorredner erst abzuwarten, wie sich die Verhandlungen gestalten werden; sollte sich herausstellen, daß nicht alles abgewickelt werden könne, dann werde er die Tagesordnung abbrechen und zur Erledigung des Restes auf einen der nächsten Tage wieder eine Sitzung anberaumen.

I. In der Sitzung am 20. März v. J. hat Herr Wolff den Antrag eingebracht:

eine Commission zu beauftragen, alle diejenigen Grundsätze, welche bisher für die Veranlagung der Einkommensteuer maßgebend gewesen sind, zusammenzustellen und dann der Versammlung zur Prüfung und definitiven Feststellung vorzulegen, die festgestellten Grundsätze aber in einem Register zusammenzufassen, in welchem alle späteren Entscheidungen nachzutragen wären.

Der Antrag wurde später einer besonderen Commission überwiesen, namens welcher Herr Lüderßen nach vorheriger Verlesung der seiner Zeit gegebenen Motivirung Folgendes berichtet.

Die Commission habe unter Zuziehung des Herrn Antragstellers verschiedene zum Theil lange Berathungen gehabt, ohne dabei zu befriedigenden Resultaten gekommen zu sein. Die Mehrzahl der Mitglieder habe den Antrag, der nach seinem Wortlaute bezwecke, theoretisch die maßgebenden Einschätzungsgrundsätze zu normiren, also gewissermaßen einen Einschätzungsfaden zu verfassen, von vornherein für zu weit gehend und unausführbar gehalten. Es wäre dies auf etwas Aehnliches hin-

ausgelaufen, wie der im Jahre 1878 vom Stadtmagistrate vorgelegte Statutenentwurf, die Gemeindesteuer betreffend, welcher von den städtischen Behörden hauptsächlich deshalb zurückgestellt sei, weil schon damals eine Revision der Städteordnung in Aussicht sein sollte, die man vor Erlaß eines derartigen Statuts abwarten zu müssen glaubte. Diese Revision sei ja nun bekanntlich, nach einer Zusage im Landtage, näher gerückt, es scheine also nicht zweckmäßig, gerade jetzt auf das Statut zurückzukommen, sondern es sei vorzuziehen, noch etwas weiter zu warten. Außerdem unterliege es wohl keinem Zweifel, daß man über kurz oder lang einer allgemeinen Reform der Steuern entgegengehe, die nicht ohne Rückwirkung auf unsere Steuern und unser Einschätzungsverfahren bleiben könne.

Aus all diesen Gründen scheine es der Commission nicht zweckmäßig, jetzt auf eine principielle Ordnung des Einschätzungsverfahrens hinzuwirken, abgesehen davon, daß solches nicht ohne Statut, also nicht ohne Mitwirkung des Stadtmagistrats möglich wäre, die Commission aber sich nicht für berufen gehalten habe, zu einer so schwierigen Aufgabe die Initiative zu ergreifen, geschweige sie auszuführen.

Außerdem halten die meisten Commissions-Mitglieder die Sache auch nicht für so dringlich und nothwendig. Eine gewisse Gleichmäßigkeit in der Einschätzung lasse sich bei den verschiedenen Commissionen unschwer durch die Vorstehenden erreichen, wenn diese nur die Praxis und etwaige Beschlüsse der Versammlung einigermassen festhielten und in der Commission geltend machten, wie sie zum Theil auch von sich behaupten zu können glaubten, daß es geschehen sei.

Da indeß die Commission dem Antrage des Herrn Wolff gern habe entgegenkommen und auf dessen Anregung wenigstens etwas zu Wege bringen wollen, auch nicht verkannt habe, daß bei dem Wechsel der Mitglieder dies und jenes leicht in Vergessenheit gerathen könne, so sei sie schließlich zu dem Entschlusse gekommen, den Herrn Referenten für Steuerfachen im Stadtmagistrate zu ersuchen, diejenigen Beschlüsse und Entscheidungen der verschiedenen Instanzen im Einschätzungsverfahren, die irgend welche wichtige und principielle Bedeutung haben, aus den Protocollen ermitteln und in einer Acta zusammenstellen zu lassen. Herr Stadtrath Retemeyer habe sich dieser mühsamen Arbeit bereitwilligst unterzogen; es sei ein Buch angelegt, in welches die aufgefundenen wichtigsten Beschlüsse und Entscheidungen der Vergangenheit eingetragen seien. Groß sei die Ausbeute freilich nicht gewesen, weil bei der Protokollirung der einzelnen Fälle auf Mittheilung specieller Beispiele nicht Bedacht genommen sei, die Commission glaube aber, daß man sich hierauf einstweilen beschränken könne, und auch der Herr Antragsteller habe sich schließlich damit einverstanden erklärt.

Die Commission schlage demnach im Einverständnisse mit Herrn Wolff vor: die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß durch die Anlage einer Sammlung der wichtigen, die Steuer-Einschätzung betreffenden Entscheidungen und



Beschlüsse von principieller Bedeutung der vorliegende Antrag als erledigt zu betrachten sei, und beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, in die Sammlung auch alle künftigen Beschlüsse und Entscheidungen der fraglichen Art eintragen zu lassen.

Diese Sammlung stehe dann den einzelnen Einschätzungscommissionen zur Disposition und werde wohl genügen, etwaige Ungleichmäßigkeiten der Einschätzung zu beseitigen; denn darauf komme es doch hauptsächlich an. Alle sonstigen Mängel auf diesem Gebiete zu beseitigen, wäre auch die subtilste, vollständigste Einschätzungsinstruction nicht im Stande; da stehe nun einmal die Mangelhaftigkeit und Fehlerbarkeit der menschlichen Einrichtungen im Wege.

Herr Wolff: Nur mit schwerem Herzen habe er sich dazu entschließen können, die bei Stellung seines Antrags gehegten Wünsche zum Theil fallen zu lassen, doch freue es ihn, daß durch Anlegung des vom Herrn Referenten erwähnten Registers ein Weg zum Bessern geschaffen sei. Ihm sei vor allen Dingen daran gelegen gewesen, daß die Commissionen bei ihren Einschätzungen gleichmäßig verfahren und neuhinzukommenden Mitgliedern der Versammlung bei Behandlung von Steuerfällen eine gewisse Richtschnur gegeben werde. Dies werde durch das betreffende Register, auf welches in zweifelhaften Fällen zurückgegriffen werden könne und dessen Entwurf er selber schon in den Commissionsberathungen als Theil seines Antrags vorgelegt habe, erreicht; man werde auf diese Weise eine größere Stabilität in den Anschauungen herbeiführen und bei fernerer Eintragung principieller, von der Versammlung zur Entscheidung gebrachter Fälle mit der Zeit die Qualification der einzelnen Mitglieder zur Einschätzung vermehren. Aus den vom Herrn Referenten vorgetragenen Gründen gebe er die Annahme des Commissionsantrags anheim.

Nachdem Herr Stadtrath Ketemeyer noch als zweckmäßig empfohlen hat, gleich bei den Commissionsberathungen diejenigen Fälle, welche sich zur Eintragung in das Register eignen, als solche zu bezeichnen, wird der Commissionsantrag angenommen.

## II. Bei der in der Sitzung vom 26. Mai c. erfolgten Berathung des Nieschen Antrags:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, einen Straßenplan auszuarbeiten, welchem die Idee zu Grunde liegt, die Gördenlingersstraße durch die anliegenden Straßen bis zum Petriithore zu verlängern,

wurde dieser Antrag, sowie der von der Finanzcommission dazu gestellte:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Durchlegung einer Straße von dem Brüdernkirchhofe — in Verlängerung der Schützenstraße — bis zur Weberstraße mit der Ausmündung gegenüber der Kupfertwete in Erwägung zu ziehen und event. eine darauf bezügliche Vorlage ausarbeiten zu lassen,

der Finanz- und Baucommission zur nochmaligen gemeinschaftlichen Prüfung überwiesen.

Herr Wolff trägt namens dieser Commissionen Folgendes vor:

Die Commissionsberathungen haben auf Grund eines (im Sitzungssaale angehefteten) Planes stattgefunden, welcher vom Stadtbaurath Winter unter Empfehlung eines 3. Projectes übersandt sei: letzteres gehe davon aus, anschließend an die Fahrbahn der Schützenstraße, einen Durchbruch nach der Weberstraße herbeizuführen, ohne dabei auf eine Ausmündung desselben auf die Kupfertwete Bedacht zu nehmen. Das Hauptaugenmerk sei bei diesem Projecte darauf gerichtet, den Durchbruch thunlichst auf die Mitte der Langen- und Weberstraße ausmünden zu lassen.

Was den Nieß'schen Antrag anlange, so haben die Commissionen schon aus den bei den früheren Verhandlungen dargelegten Gründen die Nothwendigkeit eines Straßendurchbruchs, wie ihn Herr Nieß im Auge habe, nicht anerkennen können. Dazu komme noch ein sehr wichtiges gegen den Antrag sprechendes Moment, nämlich, daß derselbe nicht mit den einschlägigen Bestimmungen der Bauordnung in Einklang zu bringen sei.

Herr Nieß wünsche seinen Antrag gewissermaßen in platonischer Form behandelt zu haben, indem die Straße nicht gleich ausgeführt, sondern nur in den Ortsbauplan aufgenommen werden solle. Dadurch würden aber die beteiligten Grundbesitzer in ihrer Freiheit, ihre Grundstücke zu bebauen, beschränkt, was sich nur rechtfertigen lassen würde, wenn die Nothwendigkeit des Straßenzuges, event. unter regierungsseitiger Ertheilung des Enteignungsrechts, entschieden sei. Ferner sei es Vorschrift, daß eine neuzuschaffende Straße, wenn sie sich an die Gebäude einer schon bestehenden Straße anreihe, nach der Feststellung auch in Angriff genommen werden müsse. (Referent verliest bei diesen Ausführungen die betreffenden Stellen der Bauordnung.) Dies seien die Bedenken, welche beide Commissionen veranlaßt haben, der Versammlung zu empfehlen, den Nieß'schen Antrag, wie er gestellt sei, abzulehnen.

Der seiner Zeit von der Finanzcommission vorgeschlagene Straßenzug schließe sich der Idee im Nieß'schen Antrage an, er unterscheide sich davon nur dadurch, daß er weniger den durchgehenden als den lokalen Verkehr im Auge habe. Bei Besprechung dieses Antrags haben die vereinigten Commissionen auch das Project des Stadtbauraths Winter in Betracht gezogen; man habe sich dabei auf den Standpunkt gestellt, daß die ursprüngliche Idee, vom Brüdernkirchhofe aus das große Häusercarré der Langen- und Weberstraße zu durchbrechen, unter allen Umständen beibehalten, bez. der Versammlung heute wieder empfohlen werden müsse. Dagegen habe man für zweckmäßig gehalten, daß es von der thatsächlichen Durcharbeitung des Projectes abhängen müsse, ob der Idee des Herrn Winter oder der der Finanzcommission Rechnung getragen werden solle; erst bei Erwägung aller in Betracht kommenden Einzelheiten, bei Darlegung des Kostenpunktes u. s. w. werde man ein vollständiges, besser zu beurtheilendes Bild bekommen.

Die vereinigten Commissionen beantragen daher:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Durchlegung einer Straße von dem Brüdernkirchhofe bis zur Beckenwerperstraße, entweder mit der Ausmündung gegenüber der Kupfertwete oder in Verlängerung der Fahrbahn der Schützenstraße, in Erwägung zu ziehen und event. über beide Projecte Vorlagen auszuarbeiten zu lassen.

Herr Nieß tritt nochmals für seinen Antrag ein, dabei betonend, daß er sowohl den lokalen als den durchgehenden Verkehr im Auge gehabt habe und daß die Bewohner des in Frage kommenden Stadtviertels sehr gern sähen, wenn der von ihm empfohlene Straßenzug zur Ausführung gebracht würde.

Bei der nun folgenden Abstimmung entscheidet man sich für den Commissionsantrag.

Weiter

III. berichtet Herr Wolff namens der Finanzcommission über den Antrag des Herrn Nieß, vom 30. April c.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle ihre Finanz- und Statutencommission beauftragen, zu untersuchen, ob es sich empfehle, für den Bau von Wohnungen bis zu 180 M Jahresmiethe, stadtseitig den Unternehmern solcher Bauten irgend welche Erleichterung zu gewähren, sei es durch Gewährung von Baucapitalien zu billigen Zins- und Amortisationsbedingungen, sei es durch Gewährung von Prämien bei Erbauung von Häusern nach Normalplänen oder durch Uebernahme der Wege, Canäle, Gas- und Wasserleitung seitens der Stadt auf geeigneten Plänen.

Referent führt der Versammlung zunächst die Motivirung des Antrags vor, und spricht sodann vergleichsweise über den von Herrn Rieke im vorigen Jahre eingebrachten, Aehnliches anstrebenden Antrag. Bei der Commissionsberathung, welcher Herr Oberbürgermeister Pockels angewohnt habe, sei von letzterm die Erklärung abgegeben, daß, wenn die Stadt auch die Initiative in der Sache durch Ankauf von Terrain und sonstige bauliche Vorbereitungen, wie es Herr Nieß nach seiner Motivirung wünsche, nicht ergreifen könne, doch der Magistrat gern geneigt sein würde, den mit der Erbauung kleinerer Wohnungen sich befassenden Bauunternehmern auf desfallige Anträge erleichternd und fördernd zur Seite zu stehen. Unter diesen Umständen und namentlich mit Rücksicht auf den in der Sitzung vom 14. Februar 1884 bezüglich des Rieke'schen Antrags gefaßten Beschluß, beantrage die Finanzcommission mit dem Herrn Antragsteller:

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

in Erwägung, daß magistratsseitig die Zusicherung ertheilt worden ist, die Anträge solcher Bauunternehmer, welche beabsichtigen, den Bau kleiner

Wohnungen in die Hand zu nehmen, hinsichtlich der ihnen etwa zu gewährenden Förderung und Erleichterung in jedem Falle wohlwollend zu prüfen und event. den Stadtverordneten darauf bezügliche Vorlagen zu machen,

über den Nieß'schen Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Der Herr Antragsteller erreiche hierdurch wesentlich, was er bezwecke. Die Stadtverordneten würden derartigen, vom Magistrat befürworteten Anträgen sicher stets ein williges Ohr leihen. Noch fügt Referent hinzu, daß die ganze Richtung des Nieß'schen Antrags wohlwollende Aufnahme gefunden habe, daß dagegen von keiner Seite Wunsch und Stimmung dahin laut geworden sei, die Initiative der Stadt zu überlassen.

Herr Nieß betont, daß die Initiative der Privatthätigkeit vorbehalten bleiben müsse. Im Grunde genommen könne er gegen den Antrag der Commission nichts einwenden, da derselbe es in die Hand von Magistrat und Stadtverordneten lege, in der angeregten Frage Erleichterung zu schaffen. Sollte auch dieser Antrag nicht zum Ziele führen, so werde die Frage, wenn nicht von ihm, so von anderer Seite, mit Nachdruck wieder in den Vordergrund treten, sobald Braunschweig einmal von einer epidemischen Krankheit heimgesucht werden sollte.

Herr Rieke ist der Meinung, daß der von ihm seiner Zeit gestellte Antrag dasselbe habe bezwecken wollen, was der Antrag des Herrn Nieß anstrebe; man habe nur damals die Nothwendigkeit seines Antrags nicht einsehen können. Wenn die Angelegenheit nun auch bislang nicht weiter gekommen sei, so seien die Stadtverordneten wie der Magistrat wenigstens insofern umgestimmt, als sie die Nothfrage anerkennen, und das sei entschieden ein Fortschritt zum Bessern. Daß die kleineren Wohnungen Braunschweigs sich durch ungesunde Verhältnisse auszeichnen, was ihm schon seit 20 Jahren bekannt sei, könne man erklärlich finden, denn es sei früher zugegeben, daß Vorgelasse und Kuhställe zu Wohnungen eingerichtet wurden. Es sei unbedingt nothwendig, daß in jetziger Zeit etwas geschehe, was die Schaffung kleinerer Wohnungen erleichtere; die Stadt möge nur den nöthigen Baugrund in der Außenstadt, wo er noch billig sei, ankaufen, dann würden sich auch schon Leute finden, die sich mit dem Bau kleinerer Wohnungen befassen.

Herr Nieß protestirt dagegen, seinen Antrag und den des Herrn Rieke als gleiche Anträge hinzustellen; er wolle die Initiative der Privatthätigkeit überlassen, Herr Rieke wolle dagegen, daß die Stadt die Sache von vornherein in die Hand nehme.

Herr Overbürgermeister Pockels: Allerdings liege ein socialer Schaden vor, dem man in irgend einer Weise abzuhelpen suchen werde, wenn bezügliche Anträge seitens Bauunternehmer in concreten Fällen gestellt würden. Daß aber eine wirkliche Wohnungsnoth im Sinne des Herrn Rieke vorhanden sei, welche das directe Ein-

greifen der Stadtverwaltung erforderlich mache, könne der Magistrat nicht anerkennen.

Der Antrag der Commission wird darauf genehmigt.

IV. folgt der Antrag des Herrn Nieß:

den Stadtmagistrat um Einrichtung eines Bauhofes zur Aufbewahrung von Vorräthen und Geräthen der städtischen Bauverwaltung zu ersuchen.

Unter dem Bemerken, daß das zu gedachtem Zwecke bislang verwandte Spritzenhaus bei der Andreaskirche zu klein und ungeeignet, auch die Wiederverwendung dieses Lokals zu Feuerlöschzwecken dringend wünschenswerth sei, empfiehlt der Referent der Statutencommission, Herr Heymann, den Antrag zur Genehmigung.

Die Versammlung beschließt demgemäß, wonach eine specielle Vorlage des Stadtmagistrats abzuwarten bleibt.

V. Ueber den Nieß'schen Antrag:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, in den nächstjährigen Stadthaushaltsplan einen Posten einzustellen, laut dessen die Erhaltung der Bürgersteige und Fußwege an chaussirten städtischen Straßen aus der Stadtcasse zu bewerkstelligen ist,

referirt gleichfalls Herr Heymann namens der Statutencommission.

Die Anlieger von der Pflicht zur Erhaltung der Trottoirs und Fußwege zu entbinden, würde sich nur durch Umgehung der betreffenden statutarischen Bestimmungen bewerkstelligen lassen. Diese müßten erst aufgehoben werden, bevor man den im Antrage gedachten Posten in Ausgabe stellen könne, einerlei, ob man es im Allgemeinen für die Zukunft oder nur für ein Jahr thun wolle. Sowohl das Straßenpflasterungsstatut von 1860, wie auch das neue Ortsbaustatut enthalten über die fragliche Unterhaltungslast der Anlieger einander ähnliche, jedoch in verschiedenen Einzelheiten nicht unwesentlich von einander abweichende Bestimmungen.

Der Umstand, daß die Fußwege an vielen Stellen sich in schlechtem Zustande befinden, könne nicht als Grund gelten, diese Unterhaltungslast von den Anliegern abzuwälzen; kommen diese ihren Verpflichtungen nicht vorschriftsmäßig nach, dann müsse durch Anordnungen der competenten Behörde Abhülfe geschafft werden. Gegen die Bestimmungen spreche, daß sie den Hausbesitzern Schwierigkeiten bereiten, daß das öffentliche Interesse an den Fußwegen genau dasselbe sei wie an den Fahrbahnen und man nicht einsehe, weshalb bezüglich der Erhaltungspflicht ein Unterschied gemacht sei. Daß die Bestimmungen schon lange bestehen, sei gleichgültig, und aus der Annahme, daß die Fußwege früher einmal zum Grundbesitz der Anlieger gehört haben, lasse sich kein Grund für die Unterhaltungslast der letzteren herleiten. Höchstens

könnte man sagen, daß die Anlieger das nächste Interesse am guten Zustande der Fußwege haben.

Nach diesen kurz angedeuteten Zügen lasse sich die fragliche Unterhaltungslast der Anlieger nicht rechtfertigen, und würde der Uebernahme dieser Kosten auf die Stadtcasse nichts im Wege stehen, wenn man nicht mit thatsächlichen, höchst complicirten Verhältnissen zu rechnen hätte, die ab ovo neu zu ordnen wären.

Referent zählt die verschiedenen Straßencategorien auf und giebt eine Darstellung von den bei der Unterhaltungspflicht maßgebenden Grundsätzen. Es sei daraus zu ersehen, wie complicirt die Verhältnisse liegen. Von den betreffenden Behörden und Beamten werde auch anerkannt, daß eine gründliche Aenderung dieser Verhältnisse sehr erwünscht, ja nothwendig erscheine, aber leider sei man nicht in der Lage, damit vorzugehen. Die Schaffung einheitlicher Grundsätze in dieser Beziehung erscheine noch wichtiger als der Nieß'sche Antrag, die Anlieger ganz oder theilweise zu entlasten. Jedenfalls aber könne man die Sache nicht eher reguliren, bis die betreffenden Verpflichtungen des Staats, welche dieser nach dem Vertrage mit der Stadt von 1858 übernommen, abgelöst seien. An eine Regulirung oder ein Aufgeben dieses Vertrages sei aber jetzt nicht zu denken, es müsse dies einer gelegeneren Zeit vorbehalten bleiben.

Wenn man nun zu solchen Resultate komme, dann ergebe sich als nothwendige Consequenz, daß auf den Vorschlag des Herrn Nieß nicht eingegangen werden könne. Es sei ganz unmöglich, aus dem complicirten Systeme den einen Punkt herauszugreifen und aus dem Statute zu streichen. Vielleicht ginge dies mit dem Baustatute; es sei aber nicht erwünscht, an diesem erst mit Mühe und Noth ins Leben gerufenen Statute jetzt schon wieder zu ändern. Wenn man aber das betreffende Straßenpflasterungsstatut vollständig umarbeiten wollte, so würde man sofort in Collision mit dem Fiscus kommen, der sich unbedingt dagegen wahren würde, daß die Kosten der Anlieger auf den allgemeinen Pflasterfonds abgewälzt werden. Dazu komme, daß, wenn die Verpflichtung der Anlieger bezüglich der Unterhaltungslast fortfalle, nach logischer Consequenz, auch die Verpflichtung zur Herstellung und Erneuerung aufgegeben werden müsse; es würde zu Unträglichkeiten führen, wenn man diese Consequenz vermeiden wollte; auch würde dabei das ganze Stadtgebiet, nicht bloß die Außenstadt, in Betracht kommen müssen.

Noch ein Punkt spreche gegen den Nieß'schen Antrag, der Kostenpunkt. In der Innenstadt seien von den Anliegern während der letzten fünf Jahre durchschnittlich etwas über 2400 M. für Trottoirreparaturen gezahlt. Für die Außenstadt sei dies jedoch kein Maßstab, weil dort die betreffenden Bestimmungen des Baustatuts noch nicht zur Anwendung gebracht seien; es habe dazu noch keine Veranlassung vorgelegen. Der Stadtcasse würde also eine nicht unbedeutende Ausgabe zur Last fallen.

Die Sache müsse im Auge behalten werden, aber augenblicklich empfehle die Statutencommission aus den angeführten Gründen, für jetzt auf den Antrag des Herrn Nieß nicht einzugehen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Nieß, welcher sich auf die Zeit vertröstet, wo es möglich sein werde, die bestehenden Grundsätze zu ändern,

wird dem Commissionsantrage gemäß der Antrag des Herrn Nieß abgelehnt.

IV. nimmt Herr Hollmann das Wort, um über den in der letzten Sitzung von den Mitgliedern der Einschätzungscommission für den Petri- und Wendenthordistrict eingebrachten Antrag:

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, im Hinblick auf §. 155 der Städteordnung, die zu 400 M und zu 500 M Einkommen eingeschätzten hiesigen Einwohner, vom Jahre 1886 an mit der Gemeinde-Einkommensteuer zu verschonen,

im Auftrage der Finanzcommission zu berichten.

Auch die Mitglieder der anderen beiden Einschätzungscommissionen würden gewiß mit dem Antrage einverstanden und im Hinblick auf die große Anzahl von Reclamationen und Abstreichungen grade in den beiden untersten Steuerklassen, von der Nothwendigkeit der Freigebung dieser Steuerklassen durchdrungen sein. Eine weitere Motivirung als die von Herrn Reuter in voriger Sitzung gegebene, werde daher wohl überflüssig sein. Er wolle nur erwähnen, daß im Jahre 1884 von den in diesen Steuerklassen stehenden Personen, soweit das Ergebnis bekannt, circa 31 % in Folge von Reclamationen die Steuer erlassen sei. Besser und richtiger wäre es gewesen, wenn sämtliche Personen dieser Steuerklassen freigegeben wären, da hauptsächlich nur Wittwen und Mädchen, welche die Steuer nur schwer aufzubringen vermögen, davon betroffen werden. Der Umstand, daß durch Wegfall der gedachten Steuerklassen einer Anzahl von Personen das Wahlrecht entzogen werde, könne nicht schwer ins Gewicht fallen. In der 400 M.-Klasse würden etwa 270 Personen, in der 500 M.-Klasse etwa 680 Personen in Frage kommen, wenn alle Bürger wären; dies sei aber zum größten Theil nicht der Fall, so daß es sich nur um eine ganz geringe Anzahl von Leuten handle, die das Wahlrecht auf diese Weise einbüßten. Bei der Berathung des Antrags seien Zweifel darüber laut geworden, ob die Stadtverordnetenversammlung allein in der Sache Beschluß fassen könne oder ob der Magistrat sein Einverständnis dazu geben müsse. Die Finanzcommission beantrage deshalb einstimmig:

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, Nöthiges zu veranlassen, damit die zu 400 M und zu 500 M

Einkommen eingeschätzten hiesigen Einwohner vom Jahre 1886 an bis auf Weiteres von der Gemeindecinkommensteuer befreit bleiben.

Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Danach folgt

VII. von Herrn Heymann erstattet, der Bericht der Statutencommission über den Antrag des Herrn Günther, das Schützenwesen betreffend.

Der Antrag geht dahin, die Versammlung wolle beschließen:

- 1) den Magistrat zu ersuchen, daß derselbe untersuchen möge, ob und in wie weit die Stadt zu den Beiträgen zum Schützenwesen verpflichtet sei, und
- 2) wenn die Stadt eine solche Verpflichtung nicht habe, die Position für die Folge nicht wieder zu bewilligen.

Nach dem Protocolle vom 26. Februar d. J. richtet sich der Antrag — wie er in diesem Protocolle formulirt ist — nur gegen die jährlich von der Stadt gezahlte Beihilfe von 600 M., während die Motivirung des Herrn Antragstellers es ungewiß läßt, ob derselbe seinen Angriff nur gegen diese 600 M. oder auch gegen die übrigen Positionen hat richten wollen. Es wird deshalb angezeigt sein, die Untersuchung auf sämtliche Bewilligungen zu erstrecken, und ferner wird es unbedenklich erscheinen, wenn die Stadtverordneten die Frage nach der rechtlichen Verpflichtung nicht einfach dem Magistrate überlassen, sondern sich auch ihrerseits ein Urtheil darüber zu verschaffen suchen.

Es werden zur Zeit folgende Beiträge zum Schützenwesen gezahlt:

- |                                                                 |            |
|-----------------------------------------------------------------|------------|
| 1) vom Fiskus . . . . .                                         | 616 M 67 S |
| 2) aus der Stadtcasse                                           |            |
| a. Zuschuß aus der Stadtcasse . . . . .                         | 462 » 50 » |
| b. Beitrag zur Unterhaltung des Schützenwesens . . . . .        | 600 » — »  |
| c. Beitrag zu den Kosten der Musik beim Königschießen . . . . . | 78 » — »   |

Summa 1757 M 17 S

resp. aus den Mitteln der Stadt allein 1140 M 50 S.

Ueber das historische Fundament dieser Beiträge (über welches sich hinsichtlich der Posten sub 1 und 2b auch der Stadtarchivar in einem bei den Acten befindlichen Berichte geäußert hat) ist Folgendes zu bemerken:

Ad 1. Durch das Edict des Herzogs August Wilhelm vom 2. Mai 1715 wurden die früheren Privilegien der Freiheit von Zoll, Accise u. aufgehoben und statt dessen verordnet, daß hinfort der beste Mann vor der großen Scheibe 400 ₰, der vor der kleinen 300 ₰ aus fürstlichem aerario erhalten solle. Als »fürstliches Aerar« ist das aus den sequestrirten Gütern und Einnahmen der Stadt gebildete sog. »große Stadtärar« anzusehen, dessen Ursprung und Rechtsbestand schon damals so völlig verdunkelt war, daß es lediglich als eine der Substanzen des Kammer-



vermögens angesehen und behandelt wurde. Wie lange jene 700 ₰ bezahlt sind würde sich vielleicht noch ausmitteln lassen, eine solche jedenfalls schwierige Ermittlung jedoch ohne praktischen Zweck sein.

Wie zur folgenden Position weiter ausgeführt werden wird, wurden die Freischießen 1770 aufgehoben und 1772 wieder zugelassen. In dem die letztere Anordnung treffenden Rescripte des Herzogs Karl vom 15. März 1772, welches dem im städtischen Archive befindlichen Exposé des Stadtdirectors Bode in Abschrift beigelegt ist, wurde als Gnadengeschenk für den besten Mann vor der großen Scheibe eine goldene Medaille im Werthe von 150—200 ₰ bestimmt, wogegen für den kleinen König vom Rathe Sorge getragen werden solle. An Stelle solcher Medaille scheinen bald darauf 150 ₰ baar gezahlt zu sein, da das Bode'sche Exposé die Bemerkung enthält, bis zur Französischen Occupation seien aus Herzogl. Cammercasse 150 ₰ gezahlt; der Beginn solcher Zahlung ist im Exposé nicht angegeben, und wird auch die Aufklärung dieses Punktes einen praktischen Zweck nicht haben; es mag nur bemerkt werden, daß die Umwandlung der Naturalgabe in eine Geldsumme sehr bald nach jenem Rescripte von 1772 erfolgt zu sein scheint, da es in dem in der Registratur des Stadtmagistrates befindlichen Berichte des Magistrats an das Fürstl. Cammer-Collegium vom 19. Januar 1826 heißt, in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts seien 150 ₰ für den besten Mann vor der großen Scheibe aus Herzogl. Cammercasse bezahlt.

Es ist sodann aus dem obengedachten Berichte des Magistrats und dem Bode'schen Exposé weiter ersichtlich, daß die Zahlung der 150 ₰ während der westfälischen Zeit aufgehört hat. Nach Wiederherstellung der rechtmäßigen Regierung dagegen verordnete Friedrich Wilhelm in einem, in den Ministerialacten im Concepte befindlichen Rescripte vom 23. April 1814, daß aus der Fürstl. Generalcasse 150 ₰ gezahlt werden sollten. Da in diesem Rescripte die Zahlung der 150 ₰ »neben den von der Stadtcasse zu zahlenden 200 ₰«, in welchen 200 ₰ jedenfalls die bei der folgenden Position näher berührten 50 ₰ stecken, angeordnet war, so wurde das Rescript dahin aufgefaßt, daß aus Staatsmitteln außer den bis zur westfälischen Zeit gewährten 150 ₰ weitere 150 ₰ entrichtet werden sollten, wogegen der Herzog anscheinend unter den 200 ₰ diejenigen 200 ₰ verstanden hatte, welche, wie zur folgenden Position ausgeführt werden wird, seit 1808 wirklich aus städtischen Mitteln gegeben wurden. Jedenfalls weigerte nach dem Tode von Friedrich Wilhelm das Geheimraths-Collegium die doppelte Zahlung der 150 ₰, und es ergeben die betreffenden Ministerialacten, daß vom Jahre 1814 an ununterbrochen jährlich 150 ₰ gezahlt sind. Ein gleiches ergeben auch die, bis 1831 zurückreichenden Magistratsacten für die Zeit seit diesem Jahre. Die Summe ist durch das höchste Rescript vom 12. Mai 1833 auf 200 ₰ erhöht. Dieser Betrag war Conventionsmünze und beträgt in Courant 205 ₰ 13 *gr* 4 *d*, welcher letztere Betrag denn auch seit 1838 —

Höchstes Rescript vom 11. Mai 1838 — bewilligt ist. Die Bewilligung ist von 1814 bis 1858 in jedem Jahre besonders erfolgt, und zwar unter verschiedenen Bezeichnungen, als: »gewöhnliches Gnadengeschenk«, »übliches Gnadengeschenk«, »Zuschuß-Prämie«, »üblicher Zuschuß«, »gewöhnliche Zuschuß-Prämie«, »herkömmliche Zuschuß-Prämie«, »gewöhnlicher Kostenzuschuß«, und dergl.

Aus dem Vorstehenden erklärt sich die Bestimmung des Artikels 9 des im Jahre 1858 wegen der zum größeren Aerare der Stadt Braunschweig gehörenden Güter und Gerechtsame zwischen Regierung und Stadt geschlossenen Vertrages, verbiß: »Zum Unterhalte des Schützenwesens sollen wie bisher 205  $\text{R}$  13  $\text{gg}$  4  $\text{A}$  jährlich vom Staate gezahlt werden.«

Seit 1859 wird in Folge dessen die betreffende Summe — nach jetziger Währung 616  $\text{M}$  67  $\text{S}$  — nicht mehr besonders bewilligt, sondern jährlich vom Staate an die Stadt und von dieser an die Schützengesellschaft bezahlt.

Diese Position stammt mithin her aus Bewilligungen des Landesherrn und hat ihre jetzige Höhe seit 1833.

Ad 2a) Zunächst muß constatirt werden, daß diese 462  $\text{M}$  50  $\text{S}$  = 154  $\text{R}$  4  $\text{gg}$  Courant = 150  $\text{R}$  Conventionsmünze sind.

Aus dem großen Stadtärare war 1689 das »kleine« oder »Senatsärare« ausgeschieden. Auf diesem haftete seitdem die Beschaffung des alten Rathskleinodes und Herrengewandes. An die Stelle eines Theiles dieser Naturalgaben muß zu einer nicht zu ermittelnden Zeit eine Medaille getreten sein; im Uebrigen waren die alten Gaben bereits früher mit einer Geldprästition abgelöst worden, und zahlte demzufolge die Stadt einen, je nach dem Stande der Schützenkönige wechselnden Beitrag zum Schützenwesen. Bei der Aufhebung der Freischießen 1770 wurde — durch Rescript vom 24. November 1770 — bestimmt, daß von diesen Geldern 200  $\text{R}$  behuf Aufeifung der Umguthgräben an die Festungscasse abgeführt werden sollten, wogegen der Bürgerschaft die bisherigen »Eisegelder« erlassen sind. Seitdem scheint aus städtischen Mitteln nur noch jene Medaille gegeben zu sein, bis durch das, in dem Bode'schen Exposé erwähnte Höchste Rescript vom 30. April 1772 verordnet wurde, daß an Stelle der Medaille 50  $\text{R}$  baar gezahlt werden sollten, und von da an datirt die Zahlung dieser 50  $\text{R}$ , und zwar für den besten Mann vor der kleinen Scheibe. Hieran ist auch nach Wiederezulassung der Freischießen im Jahre 1772 nichts geändert.

Im Jahre 1780 wurde ein Gesuch der Schützengesellschaft um Wiederbewilligung der früheren Gelder abgeschlagen.

Im Jahre 1808 aber erging ein Befehl des Präfecten, es sollten 150  $\text{R}$  jährlich von der Stadt gezahlt werden, dieser Befehl ist allerdings nicht aufzufinden; sein Dasein ergibt sich jedoch aus der Stadtcassenrechnung von 1808; in diesem Jahre sind solche 150  $\text{R}$ , und zwar für den besten Mann vor der großen Scheibe, zuerst gezahlt und bei solchem Ausgabeposten bemerkt »auf Befehl des Präfecten.« Nach

dem oben gedachten Berichte des Magistrats an das Fürstl. Cammer-Collegium vom 19. Januar 1826 ist dieser Befehl auf Antrag des damaligen Municipalrathes mit Rücksicht auf den ad 1) referirten Fortfall der bis zum Beginn der westphälischen Zeit aus der Herzogl. Cammer-Casse gezahlten 150  $\text{R}$ , um das alte Volksfest nicht untergehen zu lassen, erfolgt.

Es könnte nun scheinen, als wenn diese vom Präfecten befohlenen 150  $\text{R}$  (Conventionsmünze) gerade die in Rede stehende Position ausmachten, da die Summe genau stimmt; es verhält sich jedoch in Wahrheit anders.

Von 1808—1811 nämlich werden beide Summen — die 50  $\text{R}$  und die 150  $\text{R}$  des Präfecten — bezahlt.

In den Stadtcassenrechnungen von 1812—1819 ist keine dieser Summen in Ausgabe gestellt, jedoch müssen solche Rechnungen unvollständig geführt sein; denn nach dem mehrgedachten Berichte des Magistrats vom 19. Januar 1826 sind im Jahre 1814 in Gemäßheit des ad 1) gedachten Höchsten Rescripts vom 23. April 1814 — außer den 150  $\text{R}$  des Fiskus — 200  $\text{R}$  aus der Stadtcasse gezahlt und seit 1815 wieder nur 50  $\text{R}$ .

In den Stadtcassenrechnungen pro 1820—1825 sind jedesmal 50  $\text{R}$  in Ausgabe gestellt.

Es ergibt sich also hieraus Folgendes: Die Zahlung der 50  $\text{R}$  ist entweder überhaupt nicht oder doch nur in den Jahren 1812 und 1813 unterblieben, die 150  $\text{R}$  sind 1808—1811 und 1814, vielleicht auch 1812 und 1813, gezahlt, seit 1815 hat ihre Zahlung jedenfalls aufgehört.

Dieser historische Verlauf ist auch ganz plausibel, wenn man erwägt, daß die von der Stadt erfolgenden 50  $\text{R}$  von jeher für den kleinen König bestimmt waren, während für den großen König der Staat zu sorgen hatte. Als nun mit der französischen Occupation die letztere Zahlung aufhörte, veranlaßte der Municipalrath, um das alte Volksfest vor dem drohenden Untergange zu bewahren, den Präfecten, die Zahlung von 150  $\text{R}$  aus der Staatscasse für den großen König zu befehlen; nachdem aber nach Herstellung der rechtmäßigen Regierung jene Zahlung des Fiskus wieder aufgenommen war, hatte die Stadt zu einer Zahlung für den großen König keine fernere Veranlassung und es ist natürlich, daß seitdem der Befehl des Präfecten nicht weiter befolgt wurde. —

Vom Jahre 1826 an werden nun an Stelle von 50  $\text{R}$  — 150  $\text{R}$  gezahlt; es ist nämlich damals die bisherige Prämie für den besten Mann vor der kleinen Scheibe um 100  $\text{R}$ , also auf 150  $\text{R}$ , erhöht, und zwar durch das Höchste Rescript vom 17. Februar 1826.

In der Stadtcassenrechnung pro 1826 heißt es pag. 108:

»Dem besten Mann vor der kleinen Scheibe beim Königsschießen im Jahre 1826 die demselben aus der Stadtcasse zu zahlende gewöhnliche

Prämie zu 50 ₰, welche jedoch durch ein Höchstes Rescript vom 17. Februar 1826 um 100 ₰ erhöht worden — 150 ₰.«

Das Concept dieses, an die Fürstl. Cammer gerichteten Rescripts befindet sich bei den Ministerialacten, der Grund der Erhöhung war nach Inhalt des mehrfach gedachten Berichts des Magistrats an das Fürstl. Cammer-Collegium vom 19. Januar 1826 die Erwägung, daß 50 ₰ für den besten Mann vor der kleinen Scheibe zu wenig seien.

Diese 150 ₰ Conventionsmünze sind also die jetzigen 462 M 50 S; sie sind zuerst 1826 gezahlt. Die Position rührt wegen des Betrages von 50 ₰ Conventionsmünze aus Naturalgaben früherer Jahrhunderte, an deren Stelle in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Geldprästation getreten ist, her, wegen des Restes aus dem Höchsten Rescripte vom 17. Februar 1826.

ad 2b: Diese 600 M haben mit früheren Privilegien oder Verwilligungen nichts zu schaffen.

Sie werden seit 1841 bezahlt, und heißt es darüber in der Stadtcassenrechnung pro 1841 pag. 107:

»Ferner wurde dem Schützenwesen in Folge der eingeführten neuen Ordnung laut der Anweisung vom 24. August 1841 ein Zuschuß von 200 ₰ jährlich, vorläufig auf das Jahr 1841/2 bewilligt.«

In der »Erneuernten Schützenordnung« von 1876 wird im §. 9 sub 1. c. unter den Einnahmen der Schützencasse aufgeführt:

»Der vom Stadt-Magistrate und der Stadtverordneten-Versammlung bewilligte Zuschuß von 600 M«,

und die Schützenordnung von 1849 enthält im §. 7 sub 1. c. dieselbe Bemerkung, wogegen in der Schützenordnung von 1842 und in den früheren Schützenordnungen die betreffende Position fehlt.

Diese Position beruht mithin auf einem Beschlusse der städtischen Behörden de 1841, welcher übrigens nicht aufzufinden ist, die Verhandlungen der Stadtverordneten aus diesem Jahre sind weder in der Registratur des Magistrats noch im städtischen Archiv vorhanden.

ad 2c) Diese Position figurirt in den Stadtcassenrechnungen zuerst 1828, und zwar mit 15 ₰.

Aufschluß darüber giebt der Bericht des Magistrats an das Fürstl. Cammer-Collegium vom 26. Juli 1826. Die Stadt hatte früher einen Stadtmusicus zu besolden, der dafür auch die Musik beim Königschießen zu besorgen hatte. Solcher Stadtmusicantendienst wurde aufgehoben und mit Rücksicht auf die Ersparung der Besoldung des Musikus in jenem Berichte um die Genehmigung ersucht, der Schützencasse die Kosten für die Musik pro 1828 mit 15 ₰ zu ersetzen, diese Genehmigung wird dann jedenfalls ertheilt sein.

Schon in der folgenden Stadtcassenrechnung — de 1829 — beträgt diese Position 26  $\text{fl}$  6  $\text{gg}$ ; seitdem werden theils 26  $\text{fl}$  6  $\text{gg}$  theils 26  $\text{fl}$  bezahlt. Die Umrechnung in Courant ist offenbar wegen der Geringsfügigkeit der Differenz unterblieben. —

Bei der Frage nach der rechtlichen Verpflichtung nun wird die Position *N* 1 außer Betracht bleiben können, da dieser Betrag nicht aus städtischen Mitteln gezahlt wird. Ebenso die früheren Privilegien; denn diese sind, abgesehen davon, daß die Gegenleistung — Waffendienst — in Folge der veränderten Verhältnisse fortgefallen, thatsächlich aufgehoben.

Es erübrigt also nur die Frage, ob die Positionen 2 a—c auf einer rechtlichen Verpflichtung beruhen oder nicht.

In dieser Beziehung ist der vom Antragsteller angeführte Umstand, daß Herzog Wilhelm den Ausdruck: »Gnadengeschenk« gebraucht hat, nicht von Bedeutung, da es sich dabei um den Zuschuß vom Fiskus handelte.

Ebensowenig wird darauf Gewicht zu legen sein, daß jedes Jahr das Königschießen besonders gestattet werden muß.

An thatsächlichem Materiale zu der Frage enthalten die Acten außer dem bereits Gesagten noch Folgendes:

1) In den von den städtischen Behörden genehmigten Schützenordnungen von 1842, 1849 und 1876 werden die 3 Positionen, soweit sie derzeit schon bestanden, als »feststehende Beiträge« bezeichnet. Jedoch wird man hierin keineswegs die Anerkennung einer Verpflichtung Seitens der städtischen Behörden finden können, zumal das Wort »feststehend« nicht nothwendig auf eine wirkliche Berechtigung hindeutet.

2) die Schützenordnung von 1828 bestimmte im Artikel 25:

»Was die Remunerationen der Schützenkönige und die von denselben zu bestreitenden Ausgaben, was überhaupt die auf althergebrachten Gebräuchen beruhenden ökonomischen Einrichtungen betrifft, so soll es in diesen Beziehungen bei den bisherigen, den Mitgliedern der Schafferei bekannten und aus den älteren Rechnungen zu entnehmenden Observanzen sein. Bewenden behalten.«

Es scheint — obwohl die fragliche Bestimmung nicht klar gefaßt ist — hier auch an die Zuschüsse aus der Stadtcasse gedacht und diese als auf Observanz beruhend bezeichnet zu sein, woraus jedoch offenbar die wirkliche Existenz einer Observanz nicht gefolgert werden kann.

3) In dem Entwurfe der Schützenordnung von 1849 waren im §. 7 sub 7 unter den Einkünften der Schützencasse auch aufgeführt: »die etwa erfolgenden außerordentlichen Zuschüsse aus der Stadtcasse.«

Das Schreiben des Magistrats an die Stadtverordneten vom 4. Mai 1849 bemerkt zu diesem, übrigens von den Stadtverordneten als überflüssig gestrichenen

Zusatz, diese Zufügung könne nicht zum Präjudize gereichen, da die Verwilligung stets von den Stadtverordneten abhängig bleibe. Man könnte hieraus folgern, daß der Magistrat damals die übrigen, also die 3 in Rede stehenden Positionen als unantastbar angesehen habe. Es ist dies aber keine nothwendige Folgerung, und jedenfalls würde die derzeitige Ansicht des Magistrats nicht ohne Weiteres ausschlaggebend sein.

Behteres gilt auch von einem auf die 462 M 50 S, sich beziehenden Schreiben des Magistrates an die Stadtcasse vom 26. Mai 1838, in welchem der von dem Schützenwesen erhobene Anspruch, daß bei Auszahlung der fraglichen Summe in Courant das gesetzliche Agio in Anwendung komme, für begründet erklärt wird.

Hiernach wird man sich einfach an die Entstehungsgeschichte zu halten haben, danach aber liegen jedenfalls in Betreff der 600 M und 78 M lediglich Verwilligungen vor, welche den Character der Uebernahme rechtlicher Verbindlichkeiten für alle Zukunft nicht an sich tragen. Zweifelhafter ist die Sache in Betreff der 462 M 50 S. Die hierin stekenden 50 S Conventionsmünze releviren unmittelbar aus Prästationen früherer Jahrhunderte, und es könnte vielleicht der Schützengesellschaft der, wenn auch schwierige Beweis gelingen, daß solche Prästationen auf einer rechtlichen Verpflichtung beruht hätten. Damit wäre dann ein Gleiches wegen der 50 S erwiesen, denn diese sind der Rest jener alten Prästationen und haben also mit denselben gleichen rechtlichen Character. Daß möglicherweise die Zahlung der 50 S in den Jahren 1812 und 1813 unterblieben ist, wird hieran nichts ändern können, zumal wenn man die besonderen Verhältnisse jener beiden Jahre in Rücksicht zieht, des Weiteren könnte möglicherweise dem Reste der 462 M 50 S, derselbe rechtliche Character vindicirt werden, da es sich hierbei lediglich um eine Erhöhung des früheren Betrages handelt.

Jedenfalls aber wird dem Fortfalle der 600 M ein rechtliches Bedenken nicht entgegenstehen.

Eine Streichung der 462 M 50 S, und 78 M wird sich nicht empfehlen, da gerade wegen ersterer Summe die Rechtsfrage zweifelhaft, letztere aber unbedeutend ist.

Gegen die Aufhebung der 600 M spricht, daß dieser Betrag seit mehr als 40 Jahren ununterbrochen gezahlt ist und die Einrichtungen der Gesellschaft danach getroffen sind. Auf der anderen Seite aber ist nicht zu verkennen, daß das Schützenwesen einen erheblichen Theil seiner früheren Bedeutung verloren hat. Nach Streichung der 600 M bleiben doch noch aus städtischen Mitteln 540 M 50 S, und mit dem Zuschusse des Fiskus 1157 M 17 S. Diese Summe möchte im Verhältniß zu dem Interesse, das das Schützenwesen heutzutage noch beanspruchen kann, wohl ausreichend erscheinen, und eine Mehrausgabe bei den stets sich steigenden Ansprüchen an die Stadtcasse nicht wohl zu verantworten sein. Es steht übrigens dahin, ob der Wegfall der 600 M wirklich eine wesentliche Benachtheiligung der Schützengesellschaft zur

Folge haben würde; vielleicht könnten durch Verkleinerung der jetzigen Prämien — 450 M vor der großen und 300 M vor der kleinen Scheibe — und durch Einschränkung der Musikkosten — 240 M — die Ausgaben reducirt werden.

Nun wird ein Beschluß, die 600 M fortan nicht mehr zu bewilligen, zur Zeit nicht am Plage sein, da der Antrag auf Bewilligung nicht schon vorliegt, sondern nur in Aussicht steht. Richtiger wäre für jetzt ein Resolution, der Magistrat möge die Position nicht ferner vorlegen. Aber auch Dies empfiehlt sich zur Zeit nicht; denn die Streichung setzt den Mangel einer Verpflichtung voraus und der Magistrat hat bisher keine Gelegenheit gehabt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Es wäre immerhin möglich, daß der Magistrat weiteres historisches Material ermittelte und danach die Frage nach der rechtlichen Verpflichtung bejahte. Bevor der Magistrat sich über letztere Frage schlüssig gemacht hat, wird sich die Streichung nicht empfehlen, und beantragt daher die Statuten-Commission

»zu beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Frage nach der rechtlichen Verpflichtung zur Zahlung der 600 M in Erwägung zu nehmen, im Uebrigen aber die Beschlußfassung über den Günther'schen Antrag für jetzt auszusetzen.«

Ein solcher Beschluß präjudicirt nach keiner Richtung der späteren Entschließung der Versammlung über das Schicksal der 600 M, und werden ihm auch diejenigen, welche die 600 M unter allen Umständen weiter bewilligen wollen, unbedenklich zustimmen können, weil es auch für diese von Interesse sein muß, die Frage nach der rechtlichen Verpflichtung möglichst klargestellt zu sehen.

Herr Günther erklärt sich mit dem Commissionsantrage, welcher mit dem ersten Theile seines Antrags einen gleichen Zweck verfolge, einverstanden. Auf den zweiten Theil seines Antrags werde er bei der demnächstigen Staatsberathung zurückkommen, wobei es hoffentlich keines besonderen selbstständigen Antrags seinerseits wiederum bedürfen werde.

Herr Nieß giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die Mehrheit der Versammlung den Standpunkt des Herrn Günther nicht theilen, sondern die bisher der Schützen-gesellschaft zuerkannte Unterstützung nach wie vor verwilligen werde.

Herr Nieße ist der Ansicht, daß das Geld, welches der Schützengesellschaft gegeben werde, zu weit nützlicheren Sachen verwandt werden könne, da das ganze Schützenwesen im Grunde genommen doch nur eine Spielerei sei, die Niemandem zum Nutzen gereiche.

Nachdem Herr Nieß dieser Äußerung entgegengetreten ist und Herr Günther sich in einer kurzen Bemerkung gegen Herrn Nieß gewandt hat, wird dem Commissionsantrage gemäß beschloffen.

Es folgen die Vorlagen des Stadtmagistrats, und zwar zunächst

VIII. ein Magistratschreiben vom 21. April c., über welches Herr Nieß namens der Baucommission referirt.

Der Bäckermeister Gold beabsichtigt, auf seinem am Magnithore und an der Ecke der Ritterstraße belegenen Grundstücke ein neues Wohnhaus zu errichten, was dem Stadtbauamte Veranlassung gegeben hat, für diesen Straßentheil die auf dem vorgelegten (vom Referenten in Umlauf gesetzten) Situationspläne mit a b c und c d f bezeichneten Baulinien in Vorschlag zu bringen. Dem Gold'schen Grundstücke werden dabei an der einen Seite 2,5 qm genommen, an der anderen Seite 1,5 qm zugetheilt und beansprucht der Eigenthümer für das überschießende Terrain 20 M pro qm Entschädigung. Der Magistrat ersucht, die gedachten Baulinien sowohl wie die Zahlung dieser Forderung zu genehmigen.

Auf Befürwortung der Baucommission wird dem Ersuchen entsprochen.

IX. beschließt die Versammlung nach einem Berichte des Herrn v. Seckendorff, die vom Magistrate unterm 4. v. Mts. angeforderten Mittel zur Wiederherstellung eines beschädigten Thorpfeilers am straßenseitigen Eingange der Bürgerschule an der Leopoldstraße mit 110 M zu verwilligen.

Nach weiteren Berichten des Herrn v. Seckendorff erklärt sich die Versammlung

X. dem Magistratschreiben vom 5. v. Mts. entsprechend mit dem Ankaufe von Prioritätsobligationen der Köln-Mindener Eisenbahn zu 14 100 M für flüssig gewordene Grundcapitalbeträge des Kreisfonds,

XI. dem Magistratschreiben vom 6. v. Mts. gemäß mit dem Ankaufe gleichartiger Obligationen zu 9000 M für vom Grundvermögen der Stadtcasse disponibel gewordene Capitalbeträge einverstanden.

XII. Unterm 7. Mai c. ersucht der Stadtmagistrat die Versammlung, sich mit der Entsendung einer Deputation, bestehend aus je einem Mitgliede des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung sowie dem Oberingenieur Mitgau, nach Essen zur Besichtigung der dortigen Abwässerklärungs-Einrichtungen nach dem Rothe-Köcker'schen Systeme einverstanden zu erklären, auch einen Stadtverordneten zur Theilnahme an der Besichtigung zu designiren.

Auf Vorschlag der Commission, für welche Herr Lüderßen berichtet, wird der Magistratsantrag genehmigt und der Stadtverordnete Dr. med. Blasius in die Deputation gewählt.



XIII. Bei Gelegenheit der Neubebauung der Grundstücke des Hofhandschuhfabrikanten Müller in der Schuhstraße hat das Stadtbauamt für die betreffende Straßenstrecke die auf dem vorgelegten Situationsplane mit b g e bezeichnete Baulinie in Vorschlag gebracht. Von gedachtem Grundstücke würde dabei eine Terrainfläche von etwa 10 qm abgeschnitten werden müssen, wofür Müller mit 500 M entschädigt zu werden beansprucht. Der Stadtmagistrat giebt mittelst Schreibens vom 4. v. Mts. anheim, die vorgeschlagene Baulinie zu genehmigen, auch die gedachte Entschädigungssumme zu bewilligen.

Herr Nieß berichtet als Referent der Baucommission über diesen Gegenstand, dabei auf den in Circulation gesetzten Situationsplan verweisend, und empfiehlt sodann den Magistratsantrag zur Annahme.

Auf eine Anfrage des Herrn W i l k e, ob aus Anlaß seines vor etwa drei Jahren gestellten Antrags auf Verbreiterung der Schuhstraße die vom Magistrate seiner Zeit in Aussicht gestellten Erhebungen, namentlich bezüglich des Kostenpunktes, nunmehr vorgenommen seien,

erwiedert Herr Bürgermeister Rittmeyer, daß der Magistrat augenblicklich nicht in der Lage sei. Näheres in dieser Beziehung anzugeben, daß er sich aber vorbehalte, in nächster Sitzung Mittheilung darüber zu machen.

Danach wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

XIV. Auf Grund eines Berichts der Finanzcommission, erstattet von Herrn Sievers, wird sodann dem Magistratschreiben vom 12. v. Mts. gemäß beschlossen, zum Verkaufe der Heuernte von den städtischen Wiesen im Gänsenwinkel an den Fuhrherrn Weber für die vier Jahre 1885 bis 1888 zum Preise von 18 M pro Morgen und unter den sonstigen im Schreiben aufgeführten Bedingungen die Zustimmung zu ertheilen.

XV. wird nach einem von Herrn Krahe für die Statutencommission erstatteten Berichte dem Schreiben des Stadtmagistrats vom 8. v. Mts. entsprechend beschlossen, sich mit der Aufhebung des auf dem vorgelegten Situationsplane mit a b c d bezeichneten 17 a 85 qm haltenden Interessentenweges, welchen die Verwaltungsdeputation der Feldmarks-Interessenschaft Neupettrithor nach eingeholter Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums zu verkaufen beabsichtigt, einverstanden zu erklären.

XVI. Ein auch an den Stadtmagistrat ergangenes Gesuch des Bauunternehmers Bannow um Belegung eines Theils des Hasenwinkels mit Wasserröhren, welches nach einem Berichte des Referenten, Herrn Reuter, bereits dadurch, daß dem Eingebener seitens der Verwaltungsdeputation eröffnet ist, seine Bitte solle erfüllt

werden, wenn er bereit sei, die Kosten mit 775 *M* einstweilen und bis zur Herstellung des dortigen Tractus der Ringstraße vorzuschießen, seine Erledigung gefunden hat, wird dem Antrage der Statutencommission gemäß zu den Acten genommen.

**XVII.** Zur Anbringung von Blisableitern am städtischen Pflegehause, am städtischen Krankenhause und am Neustadtrathhause hat der Magistrat unterm 28. v. bez. 1. d. Mts. insgesammt 2675 *M* zu verwilligen beantragt.

Namens der Baucommission giebt Herr Reuter die Annahme dieses Antrages anheim, welche ohne Weiteres erfolgt.

**XVIII.** Unter Vorlegung einer Projectzeichnung hat der Stadtmagistrat mittelst Schreibens vom 20. v. Mts. die Stadtverordneten ersucht, zur Instandsetzung und Einfriedigung des an der Westseite des Waisenhauses B. M. V. belegenen, der Stadt zugehörigen Terrains, welches dem Hof des Feuerlöschgebäudes mit der Straße »Hinter den lieben Frauen« verbindet, 3000 *M* aus dem Extraordinarium Cap. V zu verwilligen.

Wie Herr Sievers als Referent der Statutencommission ausführt, ist letztere bei Prüfung der Sache zu der Ansicht gelangt, daß es genüge, nach der Seite des Grundstücks des Architect Zinkens zu, eine Planke statt der projectirten Mauer zu errichten, und hat deshalb im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate den Stadtbaurath Winter zur Einreichung eines anderweiten, dementsprechend reducirten Anschlags veranlaßt. Ferner hat sich Zinkens nachträglich bereit erklärt, zu den Kosten der Herstellung der Planke die Hälfte beizutragen, so daß die obige Anforderung von 3000 *M* sich nunmehr auf ppotr. 1900 *M* ermäßigt, welche Summe die Commission zu verwilligen anheimgiebt.

Es wird dem Vorschlage der Commission gemäß beschlossen.

**XIX.** Die Direction der Gas- und Wasserwerke hat empfohlen, bei Gelegenheit der Umpflasterung des Kohlmarktes auch auf eine bessere Beleuchtung desselben bedacht zu nehmen; sie hat deshalb die Aufstellung von 5 neuen Kandelabern (3 an der Süd-, 1 an der West- und 1 an der Nordseite), Versetzung des vorhandenen Kandelabers an der Ecke des Kohlmarktes und der Poststraße und Beseitigung von 4 Stützenlaternen in Vorschlag gebracht. Die Kosten belaufen sich auf 450 *M*, welche mit 340 *M* aus dem Erneuerungsfonds und mit 110 *M* aus dem Reservefonds zu bestreiten sein würden, während nach dem bisherigen Brauch die Ausgabe der Stadtcasse sich erst vom nächsten Jahre an um 60 *M* erhöhen würde. Der Magistrat giebt unterm 28. v. Mts. anheim, die gedachten 350 *M* zu verwilligen.

Die Finanzcommission, für welche Herr Natalis berichtet, schließt sich dem Magistratsantrage an.

Herr Wille, welcher mit Freuden einer bessern Beleuchtung des Kohlmarkts zustimmt, macht bei der Gelegenheit auf das gegen 11 Uhr stattfindende Einschrauben der Flammen der Nachtlaternen vor den Thoren aufmerksam, was seitens einiger Laternenanstecher oft in einer so vorschriftswidrigen Weise vorgenommen werde, daß die Flamme fast gänzlich verschwinde und die ganze Umgegend in tiefe Finsterniß gehüllt werde. Wenn diese Leute von der Direction des Gaswerke nicht genügend controlirt werden könnten, dann müsse seitens des Publikums selbst die nöthige Controle geübt und im betreffenden Falle Anzeige gemacht werden. Besser und richtiger wäre es, wenn die Laternen überhaupt nicht eingeschraubt würden und die ganze Nacht durch mit voller Flamme brennten, wie das in allen von Redner gesehenen größeren Städten auch der Fall sei.

Herr Reuter: Für Hamburg stimme diese Angabe nicht, denn dort würden die Flammen um 10 Uhr kleiner geschraubt, um 11 Uhr noch kleiner und um 12 Uhr würde sogar eine große Anzahl auf 60 Liter Consum gestellt. Die jetzige Art der Beleuchtung in Braunschweig, um 11 Uhr die Flammen einzuschrauben, empfehle sich deshalb, weil nach dieser Zeit der Verkehr so nachgelassen habe, daß das Licht der kleineren Flammen völlig genüge. Wenn nun die Laternen hier und da nicht genügend brennen, wie das Herrn Wille aufgefallen sei, so liege das nicht etwa in einem willkürlichen Verfahren der Laternenanstecher, denn die Flammen könnten nur auf zwei verschiedene Lichtstärken gebracht werden, einmal mit 130 Liter, das andere Mal mit 80 Liter Consum. Der Uebelstand beruhe vielmehr in einer sonderbaren Erscheinung, die im vergangenen Jahre zuerst bemerkt worden sei: das Gas enthalte Naphthalintheile, die sich in die kleinen Löcher am Hahn setzen und so den freien Durchtritt der Flamme hemmen. Wenn die Laterne gereinigt sei, brenne die Flamme wieder in voller Stärke; dies könne aber nur des morgens geschehen. Ob die Hähne geändert werden müßten oder was sonst in dieser Beziehung zu thun sei, vermöge er augenblicklich nicht anzugeben; er könne nur mittheilen, daß man darüber aus sei, dem Uebelstande abzuheffen.

Nachdem Herr Wille noch bemerkt hat, daß die Beleuchtung Hamburgs mit der hiesigen nicht verglichen werden dürfe, weil dieselbe dort von einem Unternehmer gepachtet sei, der selbstverständlich soviel Nutzen wie irgend möglich zu ziehen suche, werden die angeforderten 450 M bewilligt.

XX. werden nach einem Berichte des Herrn Lill dem bezüglichen Magistratsantrage vom 28. v. Mts. entsprechend zur Schaffung eines Arbeitsplatzes für einen dem städtischen Wegebaumeister beizugebenden Hülfs Techniker 365 M aus dem Dispositionsfonds — Cap. XXI. 5 des Stadtcassenetats — verwilligt.

Nachdem noch

**XXI.** auf einen Antrag des Stadtmagistrats vom 28. v. Mts., welchen Herr Wolff im Auftrage der Finanzcommission befürwortet, dem Comité für die Feriencolonien als Subvention 300 M aus den disponibeln Mitteln der Cassé der polizeilichen Abgaben für Hunde bewilligt sind,

ist die Tagesordnung damit erledigt.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß es jetzt erst  $\frac{1}{2}$  7 Uhr sei, der ihm von Herrn Günther zu Anfang der Sitzung gemachte Vorwurf wegen Aufstellung einer zu langen Tagesordnung also ein völlig unbegründeter gewesen sei. Herr Günther sei sehr mangelhaft informiert gewesen, indem er die Gegenstände nur der Zahl nicht aber dem Inhalte nach gekannt habe.

Danach

**XXII.** kommt noch ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 29. v. Mts. zur Erledigung, in welchem derselbe beantragt, zur Anlegung einer Wasserleitung von der Steinthorpromenade über die Leonhardstraße nach der Helmstedterstraße 9189 M 80 S aus dem Reservefonds des Wasserwerks zu bewilligen.

Der Referent der Baucommission, Herr Reuter, empfiehlt den Magistratsantrag zur Annahme,

worauf die Genehmigung ohne Weiteres ausgesprochen wird.

Zum Schluß

beantwortet Herr Bürgermeister Rittmeyer die von Herrn Wilke in der letzten Sitzung gestellte Anfrage wegen Uebernahme der Straßenreinigung seitens der Stadt dahin, daß in dieser Angelegenheit auch ein Gesuch des Bürgervereins und des Hausbesitzervereins an den Magistrat gelangt sei, weshalb derselbe bereits mit Herzoglicher Polizeidirection in bezügliche Verhandlungen getreten sei und hoffentlich noch im Laufe dieses Sommers in der Lage sein werde, der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage zu machen.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wird

- 1) über den Erlaß des Statuts über die gewerbsmäßige Unzucht Beschluß gefaßt,
- 2) die Wahl eines Armenpflegers vorgenommen.



**1885.**  
—————

(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 147 de 1885  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

**Nr. 7.**  
—————

# **Verhandlungen**

der

## **Stadtverordneten zu Braunschweig.**

**Sitzung am 2. Juli 1885.**

**Öffentlich:**

**Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.**  
Wahl der Mitglieder des Ausschusses zur Auswahl der als Schöffen und Geschworenen geeigneten Personen.

### **Sitzung der Stadtverordneten.**

**Vorlagen des Stadtmagistrats betreffend:**

- I. Verpachtung der Grasnutzung in einem Graben am Stadtpark.
- II. Verwendung von Ueberschüssen aus dem Jahre 1884.
- III. Betonung des Kellers im Stadtpark.
- IV. Besserung der städtischen Badeanstalt.
- V. Belegung von Stammvermögen der Stadt.
- VI. Reparaturen in der Pöbellenwohnung an der Reichenstraße.
- VII. Zusammenstellung der Baukosten des Schulgebäudes an der Leonhardstraße.
- VIII. Beschaffung eines eisernen Depositalschranks.
- IX. Verwerthung eines Theils des früher Wollermann'schen Grundstücks.
- X. Deckung der Kosten für Erwerb der Eisenbüttler Mühlen.

### **Selbstständige Anträge**

- XI. des Herrn Rieke, Baulichkeiten im Wirthschaftsgebäude des Stadtparks betreffend,
- XII. des Herrn Blasius, die Anwendung von animalischer Lymphe bei den Impfungen in hiesiger Stadt betreffend.

**Mittheilungen des Stadtmagistrats, betreffend**

- XIII. Verbreiterung der Schuhstraße und provisorische Instandsetzung der Friedrichstraße.

**Vertraulich:**

**Steuerreklamationen, Verzeichniß Nr. 1 de 1885.**

Die Mitglieder des Ausschusses zur Auswahl der als Schöffen' und Geschworenen geeigneten Personen sind neu zu wählen. Es findet zu dem Ende zunächst eine **gemeinschaftliche Sitzung** unter dem Vorsitze des Herrn Overbürgermeisters Pockels statt.

Diejenigen Personen, welche im vorigen Jahre dieses Amt bekleidet haben, werden wiedergewählt, nämlich:

- 1) Particulier Otto Zellgmann,
- 2) Provisor Karl Schrader,
- 3) Provisor Heinrich Ahrens,
- 4) Rentier Otto Schrader,
- 5) Commerzienrath Rittmeyer,
- 6) Kaufmann Karl Adolf Müller,
- 7) Stadtrath Ketemeyer.

Darauf übernimmt Herr Semler den Vorsitz und eröffnet die **Sitzung der Stadtverordneten.**

Nach Genehmigung des Protocolls **M 6**

I. berichtet Herr Heymann namens der Finanzcommission über ein Magistrats-schreiben vom 31. v. Mts.

Der Stadtmagistrat hat aus verschiedenen Gründen für zweckmäßig erachtet, von der Verwaltungsdeputation der Feldmarks-Interessenschaft Hagen die Gras- und Schilfnutzung in dem an der Westseite des Stadtparks belegenen Hauptgraben zu verpachten und an den Gärtner Giesecke unter gewissen (vom Referenten näher bezeichneten) Bedingungen wieder zu verpachten. Die darüber abgeschlossenen Pachtverträge ersucht der Stadtmagistrat zu genehmigen,

was auf Empfehlung der Commission ohne Debatte geschieht.

Wie hierauf

II. Herr v. Seckendorff im Auftrage der Finanzcommission referirt, hat die Execution des ordentlichen Stadtcassen-Stats pro 1884 in Einnahme 1 130 062 M 3 S, in Ausgabe 975 788 M 62 S ergeben, so daß ein Ueberschuß von 154 273 M 41 S verblieben ist. Nach Abzug des eisernen Betriebsfonds der Stadtcasse mit 69 500 M, einiger bereits pro 1884 verwilligter, aber noch nicht verrechneter Posten zu 4565 M und einer Summe von 30 000 M, über welche bereits früher verfügt ist, insgesammt also 104 065 M, bleiben noch 50 208 M 41 S disponibel.

Der Magistrat beantragt mittelst Schreibens vom 5. v. Mts. von dieser Summe:

- 1) dem Ordinarium der Stadtcasse pro 1885 behuf Abführung an die Bürgerschulcasse 25 000 M mit Rücksicht darauf zu überweisen, daß der im

diesjährigen Etat dieser letzteren Cassé zu 50 000 M. angenommene Zuschuß aus der Klosterreinertragscasse nur in Höhe von 25 000 M. gewährt worden ist;

- 2) den Restbetrag von 25 208 M. 41 S. als Vorrathsvermögen zu parkartiger Instandsetzung der Wiesen im Gänsewinkel nach Maßgabe eines mit den Stadtverordneten annoch zu vereinbarenden Planes zu asserviren.

Die Commission befürwortet den Antrag, worauf derselbe genehmigt wird.

III. Zusage eines Magistratschreibens vom 8. v. Mts., über welches Herr Till für die Baucommission referirt, hat sich in den Kellern des Wirthschaftsgebäudes im Stadtparke Grundwasser gezeigt. Die städtische Bauverwaltung beabsichtigt diesem Uebelstande durch Betonirung der Kellerräume abzuhefeln. Auch der Magistrat hält dies für nothwendig und ersucht deshalb die Versammlung, die veranschlagten Kosten zu 800 M. aus Cap. XIV 5 des Stadtcassensetats zu verwilligen.

Die Commission kann nach vorgenommener Prüfung der Angelegenheit dem Magistratsantrage nur beitreten.

Herr Rieke: An der Berathung der Commission habe er nicht theilnehmen können, er würde sonst noch weitergehende Anträge gestellt haben. Der Bau sei grade deshalb so theuer gekommen, weil man den argen Fehler begangen habe, das Gebäude in einem Sumpfe zu errichten. Das lasse sich nun aber heute nicht mehr ändern und er sei deshalb mit der Betonirung der Kellerräume vollständig einverstanden, damit dieselben wenigstens zur Aufbewahrung von Kohlen u. dergleichen benutzt werden könnten; ein Weiteres werde sich ja doch nicht erzielen lassen. Es seien aber noch verschiedene andere Uebelstände im Stadtparke zu heben. So habe man verabsäumt, auf eine Vorrichtung zur Ableitung von Rauch und Dunst aus der Küche Bedacht zu nehmen. Wie sei es unter solchen Umständen möglich, dort Bier, Zucker, Caffee und dergleichen aufzubewahren. Alles oben im Hause zu placiren und nach Bedarf immer mehrere Treppen hoch herunterzuholen, sei in der That zu umständlich und entspreche nicht den Einrichtungen eines vom Gemeinwesen errichteten Gebäudes, das doch Privatleuten bei ihren Bauten zum Vorbilde dienen solle. Wenn nun auch die Betonirung vorgenommen werde, dann werde das Wasser in den nassen Jahreszeiten dennoch von den Seiten eindringen. Es lasse sich also gar nicht umgehen, die Küche aus dem Souterrain herauszunehmen, und sei auch am Eingange links ein schöner und passender Raum zur Aufnahme von Küche und Speisekammer vorhanden. Ferner sei erforderlich, die Bedürfnisanstalten zu vermehren, auch müßten dieselben, schon aus moralischen Rücksichten, mit einer Schutzwand versehen werden, hinter welcher man sich die Kleider ordne. Schließlich kommt Redner noch auf die Bewachung des Parks zu sprechen,



die nicht in der gehörigen Weise ausgeübt werde, indem der betreffende Parkwärter häufig nicht am Platze sei.

Redner will einen bezüglichen Antrag behufs Abhülfe der gerügten Uebelstände stellen, erklärt sich aber auf Vorschlag des Vorsitzenden bereit, nach Erledigung der Tagesordnung einen selbstständigen Antrag einzubringen.

Herr Blasius befragt den Magistratsantrag und bemerkt dabei Folgendes: In einer der früheren Sitzungen sei aus Veranlassung eines an die städtischen Behörden gerichteten Gesuchs des naturwissenschaftlichen Vereins als zweckmäßig anerkannt worden, an verschiedenen Stellen der Stadt in regelmäßiger Reihenfolge Grundwassermessungen anstellen zu lassen, um sich darüber klar zu werden, bis zu welcher Höhe das Grundwasser steige. Herr Bürgermeister Rittmeyer habe auch eine Vorlage nach dieser Richtung hin in Aussicht gestellt. Die Grundwassermessungen, welche in der Regel erst kurz vor Errichtung eines öffentlichen Gebäudes vorgenommen würden, gäben meist nur Aufschluß über den Stand des Grundwassers innerhalb der Bauperiode, also zu einer Zeit, wo der Wasserstand gerade am niedrigsten sei. Dringend nothwendig wäre es daher, schon aus technischem Interesse, ganz abgesehen vom hygienischen Interesse, solche Messungen zu bestimmten Zeiten regelmäßig zu veranstalten. Hätte man seiner Zeit den höchsten Stand des Grundwassers aus der Gegend der Husaren- und Fasanenstraße gekannt, dann wäre die Sohle des Wirthschaftsgebäudes im Stadtparke von vornherein ein Meter höher gelegt worden. Die jetzt vorhandenen Uebelstände seien die Folge, daß man sich in dieser Beziehung vorher nicht gehörig orientirt habe. Redner bittet um Auskunft darüber, inwieweit der Magistrat der Sache bezüglich der regelmäßigen Grundwassermessungen näher getreten sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann augenblicklich bestimmte Mittheilungen in der Angelegenheit nicht machen. Jedenfalls sei das Material, welches der Magistrat erwarte, um sich schlüssig zu werden, noch nicht beisammen. Er werde aber sofort nachforschen, wie es mit der Sache stehe.

Der Magistratsantrag wird darauf genehmigt.

IV. Unterm 11. v. Mts. beantragt der Stadtmagistrat, zur Beschaffung verschiedener Bauarbeiten, wie Verlegung eines Pattenfußbodens *cc.* 220 M aus den disponibeln Mitteln der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde zu bewilligen.

Die Baucommission, für welche Herr Reuter berichtet, tritt dem Antrage bei.

Herr Günther ist der Ansicht, daß die Verwendung noch weiterer Geldmittel für die Badeanstalt höchst wünschenswerth sei. So werde es sich z. B. empfehlen, den ganzen Platz mit Grand bedecken zu lassen, auch sei die Anbringung von Spiegeln unbedingt nothwendig. Er bitte, doch die Anstalt möglichst gut einrichten zu lassen. Demnächst werde er einen Antrag einbringen, welcher die Frage anrege,

ob es nicht zweckmäßig sei, in den Lehrplan der oberen Classen der Bürgerschulen den Schwimmunterricht, wenn auch vorläufig nur als facultativ, aufzunehmen. Seiner Meinung nach sei das Baden in gesundheitlicher Beziehung weit vortheilhafter als das Turnen.

Herr Blasius: Es sei ihm mitgetheilt worden, daß der oberhalb der Badeanstalt in die Dfer mündende, vom »Bösen Hunde« herkommende und an der westlichen Seite der Wolfenbüttlerstraße entlang ziehende Graben seitens des Leiters der Badeanstalt abgedämmt werde, um das Wasser des Grabens, welches stets eine Menge Unreinigkeiten enthalte, nicht in die Dfer zu bekommen. Durch diese Abdämmung werde aber das Wasser zurückgestaut und ein heilloser Zustand in den Gärten rechts der Wolfenbüttlerstraße herbeigeführt. Redner möchte gern wissen, ob den städtischen Behörden etwas hiervon bekannt sei.

Herr Stadtrath Ketemeyer hält die von Herrn Günther angeregten Verbesserungen nicht gerade für nothwendig und empfiehlt, da die Badeanstalt erst im vorigen Jahre 600 M gekostet habe und nichts einbringe, es bei den jetzt wieder beantragten 220 M einstweilen bewenden zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt sodann, daß die betreffenden Anlieger an den von Herrn Blasius erwähnten Uebelständen selber schuld seien, indem die in den letzteren Jahren an der Wolfenbüttlerstraße erbauten Wohnhäuser sämmtlich widerrechtlich mit Closetanlagen versehen seien, deren Abgänge mit den Hauswässern in den gedachten Graben geleitet würden. Die Direction des Gr. Waisenhauses habe schon wiederholt Protest erhoben, was aber nur bewirkt habe, daß das unterhalb der Badeanstalt belegene Henneberg'sche Grundstück nicht mehr beeinträchtigt werde. Wenn jetzt aber, was indeß kaum anzunehmen sei, seitens der Badeanstalt Einrichtungen getroffen würden, welche den Abfluß jenes Grabens in die Dfer hinderten, so sei das geradezu eine strafbare Handlung und geschehe selbstverständlich ohne Wissen der städtischen Behörden.

Herr Sievers hat sich verschiedentlich davon überzeugt, daß der Zustand des Grabens, der fortwährend mephytische Dünste ausströme, ein unetraglicher ist und wünscht dringend, daß, wenn irgend thunlich, baldigst Maßregeln zur Abhülfe getroffen werden möchten.

Herr Blasius bittet, falls die ihm gewordenen Mittheilungen sich bestätigen sollten, den städtischen Bademeister anzuweisen, die Abdämmung jenes Grabens nicht ferner vorzunehmen, weil dadurch die Luft verpestet werde und somit großes Unglück angerichtet werden könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Aus seiner früheren Bekanntschaft mit den örtlichen Verhältnissen könne er constatiren, daß der Zustand in jener Gegend so lange ein abscheulicher gewesen sei, als die Abwässer der dort erbauten Häuser in

den Graben eingeleitet seien. Derselbe habe fast gar kein Gefälle nach der Oker zu und werde nur ausnahmsweise, bei Hochwasser, von durchfließendem Wasser ordentlich gereinigt. Der Uebelstand werde indeß vollständig beseitigt werden, sobald erst die Canalisation hergestellt sei.

Redner theilt sodann noch bezüglich der Canalisationsangelegenheit Folgendes mit: Am vergangenen Freitag habe vor Herzoglicher Kreisdirection ein Termin in dieser Sache stattgefunden. Seitens der Gemeinden Delper und Veltenhof, auf deren Einwendungen hin das frühere Canalisationsproject abgelehnt worden, seien Widersprüche nicht mehr erhoben. Die Anlieger der Friesen- und Ehrenbrechtstraße haben ihre Widersprüche aufgegeben. Ebenso seien die Ansprüche der Zuckerfabrik Eichthal beigelegt. Der Protest der Feldmark Hagen, welche die Gelegenheit benützen wolle, eine Lieferlegung des Schlachthauskanals zu erlangen, im Uebrigen aber erklärt habe, daß sie von der Canalisation für ihre Feldmark keinen Schaden befürchte, sei ohne Bedeutung. Ebenso wenig seien die Proteste zweier Wirthe in Delper stichhaltig, welche bei der Gelegenheit die Unannehmlichkeiten los zu werden glaubten, welche ihnen durch die Abflüsse der Zuckerfabrik Eichthal bereitet werden. Man sei also der Canalisation wiederum einen wesentlichen Schritt näher gekommen!

Referent ersucht Herrn Günther, seine weitergehenden Wünsche durch einen selbstständigen Antrag zu fördern, da sich heute nicht beurtheilen lasse, welche Kosten mit der Realisirung derselben verbunden seien. Andernfalls würden die vom Magistrat vorgeschlagenen Verbesserungen nur aufgeschoben. Man könne sich augenblicklich nur an die Vorlage halten, und wenn die angeforderten 220 M. jetzt verwilligt würden, dann sei mit Bestimmtheit zu erwarten, daß binnen acht Tagen die größten Uebelstände beseitigt seien.

Nachdem Herr Günther noch gebeten hat, doch wenigstens auf die Beschaffung einiger Spiegel und Anbringung von Löchern in den Fußböden der Badehallen Bedacht nehmen zu lassen, was nur geringe Kosten verursache, werden die gedachten 220 M. verwilligt.

Danach

V. beschließt die Versammlung in Gemäßheit eines Magistratschreibens vom 16. v. Mts., über welches namens der Finanzcommission Herr v. Seckendorff berichtet, den Ankauf von Gln-Mindener Eisenbahn-Prioritäten im Nominalwerthe von 600 M. für den durch Auslosung einer zum Stammvermögen der Stadt gehörigen Obligation flüssig gewordenen gleichen Betrag zu genehmigen.

Ferner

VI. wird in Gemäßheit eines Magistratsantrags vom 16. v. Mts. und auf Empfehlung Herrn Krahes als Referenten der Baucommission beschlossen, die durch Ausführung einiger dringlichen Bauarbeiten im Pedellenwohnhaufe der Bürgerschule

an der Reichenstraße erwachsenen Kosten im Betrage von 536 M 88 S, aus den Mehreinnahmen der Bürgerschulcasse, und bei etwaiger Unzulänglichkeit derselben aus dem Dispositionsfonds der Stadtcasse zu bewilligen.

VII. Unterm 22. v. Mts. hat der Magistrat den Stadtverordneten die Rechnungslegung über den Neubau der Bürgerschule an der Leonhardstraße zur Kenntnissnahme zugefertigt.

Der Referent der Finanzcommission, Herr v. Seckendorff, theilt daraus mit, daß 308 000 M verwilligt, 283 464 M 18 S thatsächlich ausgegeben, mithin 24 535 M 82 S erspart seien.

VIII. Zur Anschaffung eines zweiten eisernen Depositalschranks sind mittelst Magistratschreibens vom 22. v. Mts. 1850 M angefordert, welche auf Befürwortung des Referenten der Finanzcommission Herrn Holmann, ohne Weiteres bewilligt werden.

IX. Ueber das Schreiben des Stadtmagistrats vom 24. v. Mts., die Verwerthung eines Theils des von der Stadt im Jahre 1881 angekauften, an der Ecke der Leonhard- und Bertramstraße belegenen Wollemann'schen Grundstücks betreffend, referirt im Auftrage der Finanzcommission Herr Heymann. Dem Schreiben liegt ein Situationsplan an, welchen Referent in Umlauf setzt.

Nachdem von dem gedachten Grundstücke ein Theil zur Verbreiterung der Leonhardstraße verwandt worden, hat der Magistrat an die Eigenthümer der angrenzenden Grundstücke, und zwar 1 a 80 qm an die Ehefrau des städtischen Executor's Winterbeck und 26 qm an den Landesöconome-Conducteur Weising zum Preise von 8 M pro qm verkauft, wogegen der auf dem Situationsplane mit c d e f c bezeichnete Theil zur demnächstigen Verbreiterung der Bertramstraße bestimmt und im Eigenthume der Stadt verblieben ist. Zugleich hat der Magistrat von dem sub M 10 an der Bertramstraße belegenen Grundstücke der Winterbeck'schen Ehefrau zur Verbreiterung dieser Straße die auf dem Situationsplane mit f k l e f umschriebene, 84 qm haltende Parcellen zu 8 M pro qm gekauft. Diese angekaufte Parcellen, imgleichen die im Eigenthume der Stadt verbliebene Parcellen c d e f c beabsichtigt der Magistrat der Winterbeck'schen Ehefrau bis dahin zur Benützung zu überlassen, daß die Verbreiterung der Bertramstraße vorgenommen wird. Ueber diesen Verkauf bez. Ankauf von Terrain hat der Magistrat Verträge abgeschlossen, welche er zu genehmigen ersucht.

Die Commission beantragt, die gedachten Kaufverträge unter der Bedingung zu genehmigen, daß sich die Frau Winterbeck verpflichtet:

- 1) für die Benutzung der Parzellen f k l e f und c d e f c ein jährliches Recognitionsgeld von 1 M zu zahlen und
- 2) die Einfriedigungen auf den Straßenecken c d und d e l auf ihre Kosten in ordnungsmäßigem Stande zu erhalten und erforderlichen Falls neu herzustellen.

Der Magistrat hat sich bereits mit beiden Punkten einverstanden erklärt. Ohne Debatte wird dem Commissionsantrage zugestimmt.

Danach

X. folgt, von Herrn v. Seckendorff erstattet, der Bericht der Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 25. v. Mts., den Erwerb der drei Eisenbüttler Mühlen betreffend.

In dem Verfahren wegen der stadtseitig beantragten Verleihung der Gerechtsame zur Entnahme eines Theils des oberhalb des Eisenbüttler Wehrs fließenden Okerwassers zum Behuf der Erweiterung und Verbesserung des städtischen Wasserwerks hatten die Inhaber der gedachten drei Mühlen gegen eine solche, ihr Wasserrecht beeinträchtigende Entnahme Widerspruch erhoben und die völlige Entäußerung ihrer Gewerksanlagen gefordert. Die Stadtverordneten hatten darauf unterm 28. Juni 1883 den Stadtmagistrat ermächtigt:

- 1) gegen den Anspruch auf Entäußerung der Mühlen als einen unbegründeten, Widerspruch nicht zu erheben,
- 2) entweder eine gütliche Vereinbarung über die den Expropriaten zu zahlende Entschädigung, unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordneten abzuschließen, oder aber, im Falle die Forderungen der Expropriaten nach dem Ermessen des Magistrats zu hoch gestellt werden sollten, die Güte abzulehnen und das gesetzliche Abschätzungsverfahren eintreten zu lassen.

Die gütliche Vereinbarung kam nicht zu Stande und wurde deshalb das gesetzliche Abschätzungsverfahren eingeleitet. Gegen die von Herzoglicher Landesöconomiecommission angeordnete sachverständige Abschätzung erhob der Magistrat Widerspruch und beantragte nochmalige Abschätzung durch andere Sachverständige, die denn auch erfolgte. Herzogliche Landesöconomiecommission hat nach diesen Abschätzungen die den Expropriaten gebührende Entschädigung folgendermaßen definitiv festgestellt:

|                                 |          |
|---------------------------------|----------|
| 1) fiscalische Mühle . . . . .  | 98 500 M |
| 2) Böbbede'sche Mühle . . . . . | 63 835 M |
| 3) Krause'sche Mühle . . . . .  | 43 800 M |

Bei Feststellung des Werths der herrschaftlichen Mühle hat sich der Magistrat mit dem Vertreter des Fiscus dahin geeinigt, daß die Erhaltung der beiden Schleusen

der Stadt gegen ein Ablösungscapital von 23560 M zu überweisen sei, wonach sich die obige Summe von 98 500 M auf 74 940 M reducirt.

Der auf der Krause'schen Mühle zu Gunsten der Stadt ruhende Wasserzins von 42 M 82 S ist bei der Schätzung bereits in Berücksichtigung gezogen.

Die Stadt hat also zu zahlen insgesammt 182 575 M nebst 5 % Zinsen vom 1. April 1884, als dem Tage, an welchem die Stadt in den Besitz der Mühlen gelangt ist, bis zum Zahlungstage.

Der Stadtmagistrat ersucht die Versammlung, die Zustimmung dazu zu ertheilen:

- 1) daß das Ablösungscapital für Erhaltung der Schleusen der fiscalischen Mühlen auf 23 560 M festgesetzt werde,
- 2) daß das Wasserwerk an die Stadtcasse als Entschädigung für den Wegfall des Wasserzinses der Krause'schen Mühle ein Capital von 1000 M zahle,
- 3) daß dem Wasserwerke, auf das Conto des Erweiterungsfonds, zur Bestreitung der Expropriationskosten zum 1. Juli d. J. ein Capital von 190 000 M von den bei der Stadtcasse aus der 1884. Obligationen-Anleihe des Kreiscommunalverbandes verfügbar gebliebenen Mitteln, so zwar vorgeliehen werde, daß dieses Darlehn mit jährlich 4 % verzinst und mit jährlich  $\frac{1}{2}$  % und den Zinsersparnissen, vom 1. Juli 1886 beginnend, amortisirt werde.

Die Commission empfiehlt die Magistratsanträge zur Annahme, vorbehältlich jedoch einer vom Herrn Oberbürgermeister noch vorzuschlagenden Aenderung.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Im Laufe der Expropriationsverhandlungen sei zwischen dem Vertreter des Fiskus und ihm vereinbart, daß auch der Mühlengraben vor der Hülfschleuse als Expropriationsobject mit anzusehen sei. Nach näherer Prüfung habe er nun aber gefunden, daß die Schärer die Last nicht mit berücksichtigt haben, welche der Stadt aus der Reinigung dieses Grabens erwachsen würde, was sich nach einer ihm heute gewordenen Mittheilung denn auch bestätigt habe. Es müsse also am Entschädigungscapitale die Unterhaltungslast, welche von den Sachverständigen zu durchschnittlich jährlich 60 M, ermittelt sei, abgesetzt werden, und habe man sich deshalb dahin vereinbart, daß diese Unterhaltungslast, die nachträgliche Zustimmung des Herzoglichen Staatsministeriums vorausgesetzt, der Stadt mit einem Capitale von 1500 M zu Gute gerechnet werde. Er gebe deshalb anheim, bei Genehmigung der Magistratsanträge zugleich die Bedingung auszusprechen, daß die gedachten 1500 M bei Feststellung des Entschädigungscapitals in Anrechnung gebracht werden.

Die Anträge der Vorlage wie der soeben vom Herrn Oberbürgermeister mündlich eingebrachte Antrag werden ohne Weiteres genehmigt.

Darauf

XI. bringt Herr Rieße folgenden selbstständigen Antrag ein:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen,

- 1) die Küche im Wirthschaftsgebäude des Stadtparks aus dem Souterrain in die Parterre-Etage verlegen zu lassen,
- 2) die Bedürfnisanstalten mit geeigneter Schutzwand versehen zu lassen,
- 3) eine bessere Bewachung der dortigen Anlagen einzuführen,
- 4) den Fahrstuhl im Wirthschaftsgebäude in besseren Stand setzen zu lassen.

Bezüglich der Motivirung verweist Antragsteller auf seine vorhin bei der Berathung über Betonirung der Keller im Wirthschaftsgebäude gemachten Ausführungen.

Genügend unterstützt, wird der Antrag der Baucommisson zur Vorprüfung übergeben.

XII. liegt ein selbstständiger Antrag des Herrn Blasius vor, welcher lautet:  
Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Errichtung einer »animalen Lymphanstalt« in Verbindung mit dem Schlachthause nach dem Muster der Hamburger Staatsanstalt in Erwägung zu ziehen und der Versammlung event. geeignete Vorschläge zu machen.

Antragsteller führt dazu aus:

In der Stadt Braunschweig würden jährlich etwa 5 bis 6000 Kinder geimpft, je zur Hälfte im 1. und nach zurückgelegtem 12. Lebensjahre. Noch bis vor wenigen Jahren habe man sich bei den Impfungen fast ausschließlich der humanisirten Lympe bedient. Erst durch die neueren Fortschritte in der Wissenschaft sei man auf die mit diesen Impfungen verbundenen Gefahren aufmerksam geworden, welche darin bestehen, daß constitutionelle Krankheiten, wie Schwindsucht, Scropheln u. s. w. leicht von kranken auf gesunde Menschen übergeimpft werden können. Man sei deshalb in letzterer Zeit vielfach bestrebt gewesen, und habe auch im Reichsgesundheitsamte einen dahin gehenden Beschluß gefaßt, sich bei den Impfungen der Kälberlymphe zu bedienen. Eine Reihe von Aerzten, darunter auch Redner, gebrauche schon seit 3 bis 4 Jahren keine andere Lympe; sie biete eine bessere Schutzkraft als die humanisirte und außerdem die großen Vortheile, daß man über den Gesundheitszustand des Thieres, von welchem man die Lympe nehme, nie im Unklaren sei: man habe die absolute Sicherheit, daß man den Kindern mit den Kuhpocken nicht noch irgend welche Krankheit einimpfe.

Da Braunschweig im Besitze eines Schlachthauses sei, so halte es nicht schwer, hier Einrichtungen zur Beschaffung animaler Lympe zu treffen; man könne die zum Schlachten dorthin gebrachten jungen Kälber zur Production von Lympe benutzen. Die der Stadt durch die Einrichtungen entstehenden Kosten (deren Verwendung Redner speciell angiebt) könnten durch den Verkauf der Lympe wieder gedeckt

werden. Der Nutzen dieser Einrichtung würde sich als ein ganz bedeutender herausstellen.

Noch etwa 70 % aller Impfungen in hiesiger Stadt würden mit humanisirter Lymphhe vorgenommen, weil die Anwendung der Kälberlymphhe, da sie besonders bezogen werden müsse, zu theuer sei. Sicher wäre es eine schöne Aufgabe für unsere Stadt mit über 80 000 Einwohnern, wenn sie eine Anstalt ins Leben rief, in welcher sie die zu den Impfungen benöthigte animale Lymphhe selbst producirte; von großen Kosten könne keine Rede sein, da man im Schlachthause alles Material beisammen habe, um die erforderlichen Einrichtungen treffen zu können.

Der Antrag wird nach erledigter Unterstützungsfrage der Statutencommission zur Vorberathung überwiesen.

Darauf

XIII. nimmt Herr Bürgermeister Rittmeyer das Wort zur Beantwortung der von Herrn Wilke in voriger Sitzung bezüglich der Verbreiterung der Schuhstraße gestellten Anfrage.

Der Magistrat habe das Bedürfniß zur gedachten Straßenerweiterung allerdings anerkannt und dieselbe schon seit etwa 30 Jahren dort, wo sich die Gelegenheit geboten, stets empfohlen. Da nun auch bereits verschiedene Gesuche wegen Verbreiterung der Straße eingegangen seien, so habe der Magistrat Veranlassung genommen, die städtische Bauverwaltung zu einer Vorlage aufzufordern. Dieselbe habe zwei Projecte eingereicht. Das eine gehe darauf hinaus, daß bei passenden Gelegenheiten, wie Abbruch von Wohnhäusern u., die erwünschte Verbreiterung vorgenommen werde. In dieser Beziehung sei denn auch schon vieles geschehen. Redner zählt die Neubauten auf, bei deren Ausführung bereits auf eine Verbreiterung Bedacht genommen ist. Dieses Project sei zu 69 200 M veranschlagt, welche Summe indeß nach den bisherigen Erfahrungen kaum ausreichen werde. Das zweite Project, welches die Beseitigung des Stern, der Rose, des Bösekrug'schen, des Mehrkorn'schen und Fischer'schen Hauses, sowie noch anderer Häuser voraussetze, verlange nach Abzug des wieder zu verwerthenden Terrains 760 000 M. Auch diese Summe sei nach Redners Uezeugung sehr gering gegriffen; für weniger als eine Million werde das Project wohl nicht ausgeführt werden können. Der Magistrat habe deshalb Abstand genommen, nach letzterer Richtung hin Vorschläge zu machen; er werde sich, wie bisher, darauf beschränken, die Verbreiterung da zu empfehlen, wo die Gelegenheit sich darbote.

Bezüglich der Friedrichstraße theilt Redner sodann Folgendes mit: Schon seit einer Reihe von Jahren seien Anträge auf Canalisation dieser Straße eingegangen. Der Magistrat habe dieselben zurückgewiesen, und zwar wesentlich aus dem Grunde, weil keine Vorfluth zu beschaffen war. Der Zustand der Straße sei nun aber in letzterer Zeit immer unerträglicher geworden. Wie sei dem abzuhelfen? Die ober-



irdische Instandsetzung, wozu schon länger die Mittel verwilligt worden, habe nicht ausgeführt werden können, weil ohne Canalisation kein richtiges Definitivum zu schaffen sei. Die städtische Bauverwaltung habe nun ein Project eingereicht, welches sich auf eine provisorische Instandsetzung der Straße beziehe und eine Kostenausgabe von 1250 M. erfordere, welche Summe von den 3000 M. entnommen werden könnten, die dem Magistrate seitens der Guers'schen Erben seiner Zeit als Beihülfe zur Instandsetzung der Straße überwiesen seien. Zur Einbringung einer Vorlage sei die Zeit zu kurz gewesen, da der letzte Bericht der städtischen Bauverwaltung erst vor einigen Tagen eingegangen sei. Mit Rücksicht auf die noch bevorstehende heiße Jahreszeit beabsichtige nun der Magistrat, das Provisorium sofort herrichten zu lassen; er möchte aber erst die Ueberzeugung gewinnen, daß die Versammlung auch nachher die Kosten verwilligen werde.

Nach einigen Erörterungen zwischen den Herren Reuter, Rieke, v. Seckendorff und Oberbürgermeister Pockels wird die vorläufige Verwilligung der gedachten 1250 M. ausgesprochen,

und sodann die Sitzung geschlossen.

In längerer vertraulicher Sitzung gelangt das Verzeichniß M. 1 über Steuerreklamationen und Erlaßgesuche vom Jahre 1885 zur Erledigung.

---

**1885.**

(Fortsetzung der Beilage zu **N. 174** de 1885  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

**N. 8.**

**Verhandlungen**  
der  
**Stadtverordneten zu Braunschweig.**  
Sitzung am 17. September 1885.

**Öffentlich:**

Selbstständiger Antrag des Stadtverordneten Nieke:

- I. Verbesserungen im Stadtparkgebäude betreffend.  
Vorlagen des Stadt-Magistrats:
- II. Canalisation der Fällersleberthortwete.
- III. Belegung der Fällersleberthortwete mit Gas- und Wasserrohren.
- IV. Belegung der Leonhardstraße mit Gasrohren und Aufstellung von 4 Gandelabern
- V. Veränderung in der Beleuchtung der Campestraße.
- VI. Anstellung einer Klage.
- VII. Die Ueberschüsse der Neustadtmühle.
- VIII. Zahlung einer Verwaltungsgebühr Seitens des Wasserwerks und des Schlachthauses an die Stadtcasse.
- IX. Reparaturen in der Schule am Südklinte.
- X. Erwerb von Straßenterrain im Pagenscharrn.
- XI. Instandsetzung der Campestraße.
- XII. Feststellung einer Baulinie am Ruhfäutchenplaz.
- XIII. Gewährung eines Hypothekendarlehns.
- XIV. Rückerstattung eines Vorschusses für Legung eines Wasserrohres.  
Selbstständiger Antrag des Stadtverordneten Till:
- XV. Beleuchtung des Weges zur Brücke nach der Dittmerstraße, am Fuße des Windmühlensberges, betreffend.

**Vertraulich:**

- 1) Einschätzung zw ier Actiengesellschaften zur Communalsteuer.
- 2) Wahl eines Armenpflegers.

Entschuldigt die Herren Blasius und Meyer.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Götte, Haake und Ketemeyer.

Nach Genehmigung des Protokolls *Nr.* 7, zu welchem zu bemerken ist, daß Seite 92 Z. 8 v. u. in Folge eines Druckfehlers hinter »Pattenfußbodens u.« die Worte »auf der städtischen Badeanstalt« ausgelassen sind,

I. nimmt Herr Eill das Wort, um namens der Baucommission über den Antrag des Herrn Rieke vom 2. Juli c., verschiedene Verbesserungen im Wirthschaftsgebäude des Stadtparks betreffend, Folgendes zu berichten:

An der Commissionsitzung, in welcher der Antrag berathen sei, habe Herr Rieke leider nicht theilgenommen. Die Commission habe die Baulichkeiten des Stadtparks einer näheren Besichtigung unterzogen und dabei allerdings einige Mängel vorgefunden, die der Abhülfe nothwendig bedürfen. Unter Zurückweisung der vom Antragsteller gegebenen, Angriffe und theilweise unrichtige Behauptungen enthaltenden Motivirung beantrage deshalb die Commission:

»Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, bevor die Betonirung der Kellerräume des Wirthschaftsgebäudes in Angriff genommen werde, die zur Sprache gebrachten Mängel nochmals zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung eine neue Vorlage zu machen.

Herr Rieke hat gegen den Commissionsantrag nichts einzuwenden, er hält aber für geboten, daß die Sache nicht auf die lange Bank geschoben werde. Der jetzige Zustand des Wirthschaftsgebäudes sei nicht grade dazu angethan, dem Besucher des Stadtparks zu imponiren, und wenn das Ansehen der Vertreter des Gemeinwesens nicht leiden solle, dann müsse zur Beseitigung der gerügten Mängel so schnell als möglich geschritten werden. Zur Commissionsitzung sei er nicht erschienen, weil er sich im Datum des Sitzungstages geirrt habe.

Herr Reuter: Die Sache lasse sich nicht weiter beschleunigen als es eben durch den Commissionsantrag geschehe. Die städtische Bauverwaltung werde sich nochmals zu äußern und dabei namentlich den Kostenpunkt zu beleuchten haben. Wenn die Küche aus dem Souterrain ganz weggenommen und die Kellerräume lediglich zur Aufbewahrung von Kohlen und dergl. benutzt würden, dann würde wahrscheinlich die bereits beschlossene Betonirung überflüssig sein. Jedenfalls müsse alles noch einmal genau geprüft werden und sei daher der Commissionsantrag als das Wichtigste zu empfehlen. Zu bebauern sei, daß der Herr Antragsteller wieder nicht zur Commissionsitzung erschienen sei und es nicht einmal der Mühe werth gehalten habe, sein Ausbleiben zu entschuldigen.

Seitens des Herrn Referenten wird noch bemerkt, daß der in der Commissions-Sitzung zugegen gewesene Vertreter des Stadtmagistrats eine thunlichst schnelle Betreibung der Angelegenheit zugesagt habe,

worauf der Commissionsantrag genehmigt wird.

Danach

II. beschließt die Versammlung in Gemäßheit eines von Herrn Hollmann namens der Finanzcommission befürworteten Antrags des Stadtmagistrats vom 4. Juli c., zur Canalisation der Fällersleberthortwete 1236 M vorschußweise aus der Stadtcasse zu verwilligen.

III. Nach einem fernern Berichte des Herrn Hollmann beantragt der Magistrat unterm 7. v. Mts., die Belegung der Fällersleberthortwete mit Gas- und Wasser-röhren zu genehmigen und die anschlagsmäßigen Kosten zu 530 M für die Gasleitung und zu 926,30 M für die Wasserleitung aus den betreffenden Fonds zu bewilligen.

Die Commission tritt dem Magistratsantrage bei.

Nachdem Herr Hollmann den Wunsch ausgesprochen hat, daß am Ausgange der Twete nach dem Bültenwege zu noch ein zweiter Gandelaber aufgestellt werden möchte, und auf eine bezüglichliche Anfrage des Herrn Krahe vom Magistratsstische aus die Erklärung erfolgt ist, daß der Name der Fällersleberthortwete demnächst geändert werden werde,

beschließt die Versammlung dem Magistratsantrage gemäß.

IV. Herr Sievers befürwortet namens der Finanzcommission folgenden Magistratsantrag vom 7. v. Mts.: Die von der Verwaltungsdeputation empfohlene und von Herzoglicher Polizei-Direction als zweckmäßig anerkannte, wegen ihrer Dringlichkeit vom Magistrate bereits angeordnete Belegung der Leonhardstraße mit Gas-röhren, imgleichen die dortige Aufstellung von 4 Straßenlaternen, unter Bewilligung der Kosten zu 1758,80 M aus dem Reservefonds des Gaswerks, genehm zu halten, auch zu beschließen, daß die Beleuchtung dieser Laternen sofort nach ihrer Aufstellung erfolge, jedoch zur Last der Stadtcasse erst vom 1. Januar k. Jrs. an berechnet werde.

Ohne Weiteres wird dieser Antrag genehmigt.

Sodann

V. werden auf Grund eines von Herrn v. Seckendorff für die Finanzcommission erstatteten Berichts die vom Magistrate unterm 9. d. Mts. angeforderten

Kosten zur Aufstellung eines ferneren Gandelabers in der Campestraße im Betrage von 105 M aus dem Reservefonds des Gaswerks bewilligt.

VI. Der Armencaſſe ſind durch Unterſtützung der Familie des Arbeiters Auguſt Sprenger in dieſem bez. den beiden verfloſſenen Jahren 215 M 25 S. Koſten erwachſen. Da der nicht unvermögende Vater des p. Sprenger, Fuhrherr Carl Sprenger, die Rückerſtattung dieſer Koſten, zu welcher er geſezlich verpflichtet ſein dürfte, verweigert hat, ſo hat der Magiſtrat beſchloſſen, zur zwangsweiſen Einziehung des Geldes den Weg der Klage zu betreten; er richtet deſhalb unterm 30. Juni cr. das Erſuchen an die Verſammlung, ihn zur Klagerhebung gegen p. Sprenger ſen. zu ermächtigen.

Der Commiſſionsreferent, Herr Heymann, beleuchtet mit einigen Worten die Vermögensverhältniſſe des Sprenger ſen., ſoweit ſich dieſelben haben ermitteln laſſen. Danach ſei derſelbe allerdings wohl im Stande, die fraglichen Koſten zu erſezen. Es ſei aber, wie auch der Magiſtrat in ſeinem Schreiben bereits hervorgehoben habe, nicht zu verkennen, daß die zwangsweiſe Einziehung der Koſten eine gewiſſe Härte in ſich ſchließe, ſobann liege aber auch die Sache in juriftiſcher Beziehung nicht ganz unzweifelhaft. Sprenger ſen. ſei nämlich geſezlich nur verpflichtet, die Alimentationskoſten für ſeine Enkel, nicht aber auch für ſeine Schwiegertochter zu tragen; für letztere würde deren Vater, Gärtner Meyer, heranzuziehen ſein, welcher aber auch wiederum bezüglich der Enkel in gleicher Linie mit dem väterlichen Großvater alimentationspflichtig erſcheine. Dieſer Umſtand und die Frage, wie überhaupt die Koſtentragung vertheilt werden müſſe, würden zu ſo verwickelten Rechtsverhältniſſen führen, daß Niemand überſehen könne, wie ſich der Ausgang des Prozeſſes geſtalten würde. Aus dieſen Gründen gäbe die Commiſſion anheim, die Genehmigung zur Anſtellung dieſes Prozeſſes zu verweigern, was auch wohl mehr oder weniger dem Sinne des Magiſtratschreibens entſprechen würde.

Die Verſammlung ſtimmt dem Commiſſionsantrage ohne Debatte zu.

#### Danach

VII. berichtet Herr v. Seckendorff für die Finanzcommiſſion über ein Magiſtratschreibens vom 27. Juli cr., die Ueberſchüſſe der Neuſtadtmühle betreffend.

Zum Ankauf der Neuſtadtmühle iſt ſeiner Zeit beim Kreisfonds ein Capital von 185500 M. angeliehen. Auf dieſes Capital ſind alljährlich aus dem Reinertrage gewiſſe Beträge getilgt, ſo daß die auf der Mühle ruhende Schuld gegenwärtig noch 104110 M. beträgt. Der Magiſtrat hält nun für angezeigt, daß die dieſjährigen vorausſichtlichen Betriebsüberſchüſſe zu extraordinairer Tilgung der Darlehnsſchuld nur inſoweit verwendet werden, als zur Reducirung der letzteren auf 100000 M., für welche Summe die Mühle unter allen Umſtänden genügende Sicherheit gewährt, er-

forderlich ist, und daß fortan lediglich die regelmäßige Amortisation mit jährlich 1% oder rund 2000 M eintrete, die hiernach, im laufenden Jahre und später verbleibenden Ueberschüsse dagegen zur Ansammlung eines angemessenen Reserve- und Erneuerungsfonds und zu Haushaltszwecken verwendet werden. Der gegenwärtige Bestand des Reservefonds von 7361 M 74 S wird nach Ansicht des Magistrats am zweckmäßigsten zunächst durch Belegung beim Herzöglichen Leihhause genutzt. Ferner hält der Magistrat für zweckmäßig, dem Reserve- (und Erneuerungs-) Fonds, welcher nicht nur die Mittel zu etwaigen Erweiterungseinrichtungen, sondern auch zu größeren Erneuerungen bieten soll, alljährlich einen Betrag von 5000 M und zwar bis dahin zuzuschreiben, daß er die Höhe von 50 000 M erreicht haben wird. Der Stadtmagistrat ersucht hiernach die Versammlung, die Zustimmung dazu zu erteilen,

- 1) daß die Mühlenschuld im laufenden Jahre auf 100 000 M reducirt und vom Jahre 1886 angerechnet mit jährlich 2000 M getilgt werde,
- 2) daß von den hiernach verbleibenden Betriebsüberschüssen der Betrag von jährlich 5000 M zur Bildung eines in Höhe von 50 000 M anzusammelnden Reserve- und Erneuerungsfonds zurückgestellt, der Rest aber an das Ordinarium der Stadtcasse abgeführt werde,
- 3) daß der Bestand des Reserve- und Erneuerungsfonds vorläufig beim Herzöglichen Leihhause deponirt werde.

Die Anträge werden auf Empfehlung der Commission angenommen.

VIII. beschließt die Versammlung einem vom Referenten der Finanzcommission, Herrn v. Seckendorff, befürworteten Antrage des Stadtmagistrats vom 26. v. Mts. gemäß, sich damit einverstanden zu erklären, daß vom Anfange künftigen Jahres an gerechnet,

- 1) das städtische Wasserwerk 10% seiner Betriebsüberschüsse, jedoch nicht über den Höchstbetrag von 4000 M hinaus,
- 2) das städtische Schlachthaus einen festen Jahresbetrag von 3000 M als Verwaltungsgebühr an die Stadtcasse abzuführen habe.

Ferner

IX. werden nach einem von Herrn Till für die Baucommission erstatteten Berichte 270 M verwilligt, welche der Magistrat unterm 4. v. Mts. zu einigen Reparaturen am linken Seitengebäude der Bürgerschule am Südklinte angefordert hat.

X. Behufs Innehaltung der für den Hagenscharrn festgestellten Baulinie bei Errichtung von Gebäuden auf den daselbst belegenen Grundstücken des Maurermeisters

Körper ist es erforderlich, daß die Stadt von diesen Grundstücken 1 qm Fläche in zwei Parzellen erwirbt und an dieselben 17 qm in drei Parzellen abtritt. Laut des hierüber abgeschlossenen notariellen Kaufcontracts ist für die überschießenden 16 qm, welche Körper erwirbt, ein von der städtischen Bauverwaltung als angemessen bezeichneter Kaufpreis von 50 M pro qm, im Ganzen 800 M, vereinbart. Der Magistrat ersucht die Versammlung mittelst Schreibens vom 24. Juli c. zu diesen Kaufgeschäften die Genehmigung zu ertheilen.

Auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Wolff berichtet, wird diesem Ersuchen entsprochen.

XI. Ueber die Magistratsvorlage vom 13. v. Mts., die Instandsetzung der Campestraße betreffend, referirt Herr Lüderßen namens der Statutencommission.

Nachdem die Stadtverordneten die Mittel zur gedachten Straßeninstandsetzung nach einem bestimmten Projecte mit 10 760 M bereits bewilligt hatten, sind von der städtischen Bauverwaltung noch einige anderweite Projecte eingereicht, nach welchen statt der früher geplanten Rasen-Böschung zwischen der Fahrbahn und dem südlichen Fußwege eine Abtragung des betreffenden Vegeterrains bez. die Anlegung von Trittsufen in Vorschlag gebracht wird. Das eine, auch den Wünschen der theiligten Grundeigenthümer entsprechende Project: Herstellung zweier hintereinander liegenden Bordquader von je 12,5 cm Höhe, erachtet der Stadtmagistrat als das geeignetste. In Anbetracht, daß dasselbe unter allen Umständen den Vorzug vor der Herriichtung einer Rasenböschung verdient, welche schwer in ordnungsmäßigem Stande zu erhalten ist und daher stets einen mißfälligen Anblick gewähren würde, giebt der Magistrat der Versammlung anheim, sich mit der Ausführung dieses neuen Projectes einverstanden zu erklären und die dadurch erforderlich werdenden Mehrkosten zu 1350 M aus der städtischen Wegebaucaße zu verwilligen.

Auch die Commission sei, wie Referent weiter ausführt, der Meinung, daß unter den gebotenen Verhältnissen die Herstellung zweier Trittsufen den heutigen Anforderungen am besten entsprechen werde; sie habe nur bei näherer Prüfung der Zeichnung das Bedenken gehabt, daß die untere Bordquaderreihe zu schmal projectirt sei und habe deshalb den in der Commissionsitzung zugegen gewesenen Vertreter des Stadtmagistrats ersucht, die Sache nach dieser Richtung nochmals zu prüfen. Vielleicht sei der Herr Vorsitzende des Stadtmagistrats in der Lage, über diesen Punkt weitere Aufklärung zu geben, andernfalls würde die Commission den Antrag stellen, das fragliche Project unter der Bedingung zu genehmigen, daß die untere Trittsufe etwas breiter hergestellt werde, als auf der Zeichnung vorgesehen.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann nach Rücksprache mit dem Stadtbaurath Winter die Erklärung abgeben, daß letzterer eine Verbreiterung der unteren Bord-

quaderreihe durch Einfügung von Platten mit einer Betonunterlage sehr wohl für zulässig halte, und daß die dadurch entstehenden Mehrkosten etwa 150 M betragen würden. In Anbetracht der seitens des Magistrats nicht zu verkennenden Wichtigkeit der gedachten Verbreiterung erlaube er sich daher namens des Magistrats den vorliegenden Antrag nachträglich dahin zu modificiren, daß behufs Ermöglichung einer gefahrlosen Passage der in Rede stehenden Trittsstufen, außer der bereits angeforderten Summe noch ein weiterer Betrag von 150 M bewilligt werde.

Der Herr Referent glaubt nicht fehlzugreifen, wenn er namens der Statutencommission, welche sich in ihrer Sitzung in dieser Beziehung bereits zustimmend geäußert habe, den Antrag stelle, die Bewilligung auch der gedachten 150 M zu empfehlen und giebt der Versammlung namens der Commission anheim, die Ausführung des gedachten Straßenbauprojectes, jedoch unter Herstellung einer dem Vorschlage der städtischen Bauverwaltung gegenüber angemesseneren Breite der unteren Bordquaderreihe, zu genehmigen und die angeforderten Mehrkosten von 1350 M + 150 M = 1500 M zu verwilligen.

Es wird darauf dem Commissions- bezw. Magistrats-Antrage gemäß beschlossen.

Wie

XII. Herr Krahe als Referent der Baucommission vorträgt, beabsichtigt der Ingenieur Königsdorf sein am Ruhfäutchenplaz Nr. 2 belegenes Haus abzubrechen und an dessen Stelle einen Neubau zu errichten. Da auch eine Beseitigung der am Ruhfäutchenplaz sub Nrs. 3, 4, 5 und 6 belegenen, zum Theil recht baufälligen Häuser über lang oder kurz zu erwarten steht, so hat das Stadtbauamt für diese Häuser sowie für das Haus Nr. 2 die auf dem vorgelegten (vom Referenten in Umlauf gesetzten) Situationspläne mit a b c d e bezeichnete Baulinie in Vorschlag gebracht. Der Stadtmagistrat ersucht die Versammlung unterm 14. v. Mts., sich mit der Feststellung dieser Baulinie, die ihm angemessen und auch aus dem Grunde empfehlenswerth erscheint, weil mit Ausführung derselben nennenswerthe Kosten für die Stadt nicht verbunden sein werden, einverstanden zu erklären.

Die Baucommission kann dem Magistratsantrage nur beitreten; sie spricht jedoch den Wunsch aus, daß ihr die betreffenden Baupläne bei etwa beabsichtigten Abweichungen von der Baulinie noch einmal mitgetheilt werden möchten. Es wäre zu bedauern, wenn die vorgezeichnete Curve bei Errichtung von Gebäuden nicht genau innegehalten würde.

Der Herr Vorsitzende ist der Ansicht, daß von der festgestellten Baulinie ohne Wissen der Versammlung selbstverständlich nicht abgewichen werden könne.



Herr Reuter: Im vorliegenden Falle verhalte es sich etwas anders. Die Baulinie könne in zweierlei Weise ausgeführt werden, einmal so, daß die Gebäudefronten die zum genauen Anschluß an die vorgeschriebene Curve erforderliche Rundung erhalten, dann aber auch so, daß nur die vorderen Ecken der Gebäude auf die Baulinie zu stehen kommen, die eigentlichen Fronten dagegen mit der Curve Segmente bilden. Die Baucommission wünsche deshalb, daß ihr die betreffenden Baupläne vor deren Begutachtung durch das Stadtbauamt noch einmal mitgetheilt werden möchten, welchem Wunsche der in der Commissionsfikung zugegen gewesene Vertreter des Stadtmagistrats auch nachzukommen versprochen habe.

Die Versammlung genehmigt sodann den Magistratsantrag, sich dabei dem commissionsseitig geäußerten Wunsche anschließend.

XIII. Zufolge Magistratschreibens vom 3. v. Mts., über welches Herr Schwarzenberg im Auftrage der Statutencommission berichtet, hat der Tischlermeister August Jung hieselbst gebeten, ihm auf sein an der Juliusstraße belegenes Grundstück, auf welchem er gegenwärtig vier zusammenhängende Wohnhäuser mit insgesammt 32, je aus 1 Stube, 2 Kammern und Küche bestehenden Wohngelegenheiten erbaut, ein Hypothekcapital von 84 000 M zu jährlich 4 % Zinsen darguleihen. Jung will das Darlehn zur ersten Hypothek nehmen und die Versicherung der fraglichen Gebäude bis zum 1. October d. J. bewirken; er wünscht darnach eine Darlehnsrate von 60 000 M zu diesem Termine, die andere Rate mit 24 000 M gegen Ende d. J. zu beziehen und bittet, das Gesamtdarlehn ihm event. seinen Erben auf 10 Jahre unkündbar unter dem Vorbehalte zu belassen, daß

- 1) die Gebäude in Dach und Fach, wie im Innern, und zwar unter Beibehaltung der gegenwärtigen Raumeintheilung, in einem ordnungsmäßigen Zustande, nach Anforderung des Stadtbauamts, erhalten,
- 2) die Zinsen in halbjährlichen Raten pünktlich entrichtet,
- 3) auf das Capital bis dahin, daß dasselbe auf 75 000 M reducirt sein werde, alljährlich vom 2. Januar 1888 beginnend, mindestens 1000 M zurückgezahlt würden.

Auf Grund einer Werthschätzung der städtischen Bauverwaltung, wonach die fraglichen Grundstücke für 84 000 M genügende Sicherheit bieten dürften, hält der Magistrat eine Gewährung des erbetenen Darlehns für angezeigt; er ersucht deshalb die Versammlung, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß dem Jung unter den obigen Voraussetzungen und Vorbehalten ein 4procentiges Gelddarlehn im Gesamtbetrage von 84 000 M aus der Stadtcasse bewilligt, und daß die dazu erforderlichen Mittel, insoweit nicht in baaren Capitalbeständen vorrätzig, durch Verkauf von Kreisobligationen zum Tagescourse beschafft werden.

Die Commission giebt mit Rücksicht darauf, daß die gedachten Wohnhäuser mit ihren Mietherträgen von jährlich etwa 6400 M genügende Sicherheit für das nachgesuchte Darlehn bieten, und mit Beziehung auf den in der Sitzung am 4. Juni c. gefaßten Beschluß, wonach solche Bauunternehmer, die Häuser mit kleineren Wohnungen erbauen wollen, seitens der Stadt nach Möglichkeit unterstützt werden sollen, die Genehmigung des Magistratsantrags anheim.

Herr von Seckendorff empfiehlt dem Stadtmagistrate, mit Jung zu vereinbaren, daß die Zinsen nicht halbjährlich, sondern vierteljährlich entrichtet werden. Es liege im beiderseitigen Interesse, wenn zu den Zinszahlungen ein Termin verabredet werde, wo die Miethen eingehen.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, daß eine vierteljährliche Zinsenzahlung veranlaßt werden solle.

Der Herr Vorsitzende hält es aus juristischen Gründen für erforderlich, daß die vorangeführten Bedingungen durch ein notarielles Protokoll festgesetzt werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels hat principiell nichts dagegen einzuwenden, daß dieses geschehe, wenngleich es bisher nicht üblich gewesen sei, daß der Magistrat über solche Gegenstände notarielle Contracte aufgenommen habe, und der Magistrat ohnehin schon in der Lage sei, das Capital jederzeit zurückzuziehen, sobald Jung die eine oder andere der ihm gestellten Bedingungen nicht erfülle.

Nachdem noch Herr Heymann der Ansicht des Herrn Vorsitzenden beigetreten ist,

wird der Magistratsantrag genehmigt, unter der Voraussetzung jedoch, daß über die mit Jung zu vereinbarenden Bedingungen ein notarielles Protokoll aufgenommen werde.

XIV. wird in Gemäßheit eines, vom Referenten der Finanzcommission, Herrn Sievers, befürworteten Magistratsantrags vom 1. d. Mts beschlossen, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Buchbindermeister Just die von demselben für Herstellung des Anschlusses seines Charlottenstraße Nr 2 belegenen Wohnhauses an die städtische Wasserleitung s. Z. vorschüssig gezahlten Kosten im Betrage von 648,30 M aus dem Reservefonds des Wasserwerks ersetzt werden.

Schließlich

XV. stellt Herr Till noch den Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, an den Stadtmagistrat das Ersuchen zu richten, in Erwägung zu nehmen, ob sich zur Zeit auf dem Wege zur Brücke nach der Ottmersstraße am Fuße des Windmühlengerges nicht eine genügende Beleuchtung herstellen lasse.

Antragsteller bemerkt zur Motivirung, daß die Abends an der gedachten Stelle herrschende Dunkelheit schon wiederholt zu großen Unannehmlichkeiten für die Passanten geführt habe.

Nach Erledigung der Unterstützungsfrage wird der Antrag der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen,  
die Sitzung darauf geschlossen.

Vertraulich wird über die Einschätzung zweier Actiengesellschaften zur Communalsteuer berathen und die Wahl eines Armenpflegers vorgenommen.

---

**1885.**

(Fortsetzung der Beilage zu N. 236 de 1885  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

**N. 9.**

**Verhandlungen**  
der  
**Stadtverordneten zu Braunschweig.**  
Sitzung am 22. October 1885.

---

**Öffentlich:**

Vorlage des Stadt-Magistrats, betreffend:

I. Regulativ für Einführung der Wassermesser.

Selbstständiger Antrag des Stadtverordneten Till, betreffend:

II. Beleuchtung des Weges zur Dittmerbrücke.

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

III. Verkauf von Straßenterrain an der Gallerieüberhorthöhe.

IV. Erhebung einer Feststellungsklage.

V. Haltung von Vorgärten an der verlängerten Husarenstraße

VI. Stadthaushaltsrechnungen von 1883.

VII. den Zustand der Kramerstraße.

Anfrage des Stadtverordneten Burchard

VIII. wegen Einrichtung eines allgemeinen Gewerbe-Schiedsgerichts.

**Vertraulich:**

Klammation gegen die Steuerveranlagung seitens der Actiengesellschaft für Zute- und Flachindustrie.

---

Entschuldigt Herr Buchler. — Am Magistratsstische die Herren Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Kettemeyer.

Zur Vertheilung an die Herren Stadtverordneten ist eine entsprechende Anzahl von Exemplaren einer Druckschrift, von Dr. med. Blasius, den Gesundheitszustand der Städte des Herzogthums Braunschweig in den Jahren 1883/84 betreffend, auf dem Präsidialstische niedergelegt, welche dankend entgegengenommen werden.

Der Herr Vorsitzende eröffnet die Sitzung und erteilt, nachdem das Protocoll **N** 7 genehmigt ist,

I. Herrn Bürgermeister Rittmeyer das Wort zum 1. Punkte der Tagesordnung, das Regulativ für Einführung der Wassermesser betreffend.

Der Versammlung werde bekannt sein, daß die Landesversammlung Herrn Oberbürgermeister Pockels zum Mitgliede derjenigen Deputation gewählt habe, welche bestimmt sei, Sr. Hoheit dem Prinzen Albrecht von Preußen Mittheilung von Höchstdessen Wahl als Regent unseres Landes zu machen und Höchstdessen Entscheidung entgegenzunehmen. Diese Deputation habe behufs Ausführung ihres Auftrags bereits heute Nachmittag nach Kamen z abreisen müssen.

Da nun der Herr Oberbürgermeister Referent in dem sehr wichtigen, ersten Punkte der heutigen Tagesordnung sei, so sei es dessen und des Magistrats dringender Wunsch, daß diese Sache heute nicht zur Berathung gelange, damit dem Herrn Oberbürgermeister Gelegenheit gelassen werde, in einer späteren Sitzung die etwa erforderlich werdenben Aufklärungen und Erläuterungen zu geben. Redner bittet deshalb namens des Magistrats, gedachten Gegenstand von der Tagesordnung abzuheben.

Der Herr Vorsitzende verliest sodann eine an ihn ergangene Eingabe des hiesigen Bürgers August Weydemann, in welcher vor einer allgemeinen Einführung der Wassermesser gewarnt und anheim gegeben wird, dieselben nur da zur Anwendung zu bringen, wo es sich um Luxusanlagen, wie Besprengung von Rasenflächen, Speisung von Fontainen u. und um bedeutenden Wasserverbrauch im gewerblichen Betriebe handle, nicht aber da, wo nur der häusliche Bedarf in Frage komme.

Sodann macht der Herr Vorsitzende Mittheilung von einer auch den einzelnen Stadtverordneten zugegangenen Eingabe des hiesigen Hausbesitzer- und Bürgervereins, in welcher verschiedene Bedenken gegen das vom Magistrate vorgelegte Regulativ für Einführung der Wassermesser vorgebracht werden.

Ferner liegt in der fraglichen Angelegenheit ein Antrag der Herren Krahe und Blasius folgenden Inhalts vor:

»Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß mit dem Magistratschreiben vom 28. v. Mts. vorgelegte Regulativ für die Abgabe von Wasser aus dem städtischen Wasserwerke abzulehnen und gleichzeitig wohlwöblichen Stadtmagistrat zu ersuchen, ein anderweites Regulativ vorzulegen, nach welchem

- 1) die Einführung von Wassermessern obligatorisch wird für alle mit Wasserverbrauch verbundenen gewerblichen Zwecken, sowie für Luxusanlagen aller Art (Fontainen, Wasserfälle, Teiche u.)

- 2) die Wasserlieferung für den gewöhnlichen Hausbedarf vorläufig ohne Wassermesser auf Grund angemessener Pauschalsätze stattfinden soll«.

Ein weiterer Antrag der Herren Natalis und Krahe lautet:

»Da die technische Seite der Vorlage sich der Beurtheilung der meisten der Herren Stadtverordneten entzieht, zur eingehenden Prüfung und Begutachtung der sämtlichen in Betracht kommenden technischen Fragen eine Commission zuzuziehen, bestehend aus 3 hiesigen oder auswärtigen Ingenieuren resp. Sachverständigen, welche mit Wassermessern und deren Anlagen speciell vertraut sind, und die Gas- und Wasserdeputation zu beauftragen, gedachte Commission schleunigst zu ernennen und zu berufen.«

Nachdem Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt hat, daß es zweckmäßig erscheine, die Statutencommission zu ersuchen, bei ihrem demnächstigen betreffenden Referate sich auch über die in den letzten Tagen in den Kreisen der Bürgerschaft laut gewordenen Einwendungen und Bedenken zu äußern, und der Herr Vorsitzende noch erklärt hat, daß er das sämtliche hier beregte Material der Commission mit zur Prüfung überweisen werde,

beschließt die Versammlung, gedachten Gegenstand von der Tagesordnung abzusprechen.

Auch der 2. Punkt, den Antrag des Stadtverordneten Blasius auf Einrichtung einer animalen Lymphanstalt betreffend, wird abgesetzt, weil darüber noch Acten nachgelesen und weitere Informationen eingezogen werden müssen.

II. Bezüglich des nun folgenden Antrags des Herrn Till wegen Beleuchtung des Weges zur Ottmerbrücke, eröffnet der Referent der Finanzcommission, Herr Sievers, der Versammlung, daß auf Veranlassung Herzoglicher Polizei-Direction in aller nächster Zeit noch eine größere Anzahl von Laternen auf dem Monumentspitze und an der Ottmerstraße werde aufgestellt werden und daß der Verwaltungsdeputation binnen Kurzem eine Vorlage darüber zugehen werde.

Herr Till erklärt sich durch diese Eröffnung befriedigt, und hat der Antrag damit seine Erledigung gefunden.

III. beschließt die Versammlung auf einen Antrag des Stadtmagistrats vom 20. v. Mts, welcher von Herrn von Seckendorff namens der Finanzcommission beantwortet wird, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Wittwe Lücke das vor ihrem Grundstücke, Fallersleberthorwete N. 1, belegene, zur Straßeninstandsetzung nicht benutzte, 1 a 75 qm haltende Straßenterrain zu dem Preise von 12 M pro qm, mithin im Ganzen zu 2100 M, verkauft werde.

Danach

IV. berichtet Herr Heymann im Auftrage der Statutencommission über ein Schreiben des Stadtmagistrats am 5. d. Mts., die Erhebung einer Feststellungsklage betreffend.

Bei Ausführung des Erweiterungsbaues der alten Fabrik des städtischen Gaswerks wird das Retortenhaus, welches von dem angrenzenden Grundstücke des Zimmermeisters Wehrenpfennig durch einen dem Gaswerke gehörenden, 1,5 m breiten Gang getrennt ist, an die Grenze dieses Nachbargrundstücks bis auf eine Entfernung von 0,5 m herantreten. Wehrenpfennig ist der Meinung, daß die Gebäude des Gaswerks nicht näher als 1,5 m an die Grenze seines Grundstücks gerückt werden dürften und hat erklärt, daß er gegen den beabsichtigten Erweiterungsbau Widerspruch erheben würde. Damit nun nicht etwa die Ausführung des Umbaues der alten Fabrik, wenn in Angriff genommen, auf Grund eines solchen Widerspruches sistirt werde und eine mißliche Verzögerung erfahre, hält der Magistrat eine rechtzeitige Feststellung des Rechtsverhältnisses der Gasanstalt gegenüber dem Wehrenpfennig'schen Grundstücke für geboten und beantragt danach, ihn zur Erhebung einer Feststellungsklage gegen Wehrenpfennig zu ermächtigen.

Die Commission schließt sich dem Magistratsantrage an, worauf derselbe genehmigt wird.

V. Dem Wunsche mehrerer Grundbesitzer an der verlängerten Husarenstraße entsprechend, hat das Stadtbauamt vorgeschlagen, im Ortsbauplane festzusetzen, daß an dieser Straße Vorgärten in einer Breite von 2,5 m zu halten seien. In Anbetracht, daß die Anlage von Vorgärten der Straße selbst, sowie den an derselben zu errichtenden Gebäuden zur Zierde gereichen werde, und daß bei der Tiefe der an der Husarenstraße belegenen Grundstücke die Möglichkeit einer ordnungsmäßigen Bebauung derselben durch die Herrichtung von Vorgärten nicht entzogen wird, richtet der Magistrat mittelst Schreibens vom 6. d. Mts. das Ersuchen an die Versammlung, sich mit dem Vorschlage des Stadtbauamts einverstanden zu erklären.

Die Baucommission, für welche Herr Zill referirt, empfiehlt den Magistratsantrag zur Annahme.

Auf eine Anfrage des Herrn Halle, ob die hier vorgeschriebene Breite von 2,5 m auch der Breite der Vorgärten an der alten Husarenstraße entspreche,

erwidert Referent, daß bei dem vorliegenden Projecte eine Bezugnahme auf die Vorgärten der alten Husarenstraße wohl ausgeschlossen werden müsse, weil die letzteren bei einer späteren Straßenverbreiterung nach Maßgabe des Ortsbauplans wegfallen und zur Straße gezogen werden würden.

Herr Reuter erinnert daran, daß die neue Husarenstraße von der alten demnächst durch die Ringstraße getrennt werden werde; auch schon aus diesem Grunde

könne eine Conformität beider Straßentheile bezüglich ihrer Vorgärten wohl weniger in Frage kommen.

Nachdem Herr Kieße den Magistratsantrag befürwortet und

der Herr Vorsitzende noch darauf hingewiesen hat, daß eine Breite von 2,5 m für die Vorgärten statutarisch vorgeschrieben werden solle,

wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

VI. berichtet Herr Sievers im Auftrage der Finanzcommission, daß letztere die mittelst Magistratschreibens vom 11. Juni c. übersandten Stadthaushaltsrechnungen vom Jahre 1883 revidirt und zu Ausstellungen keinen Anlaß gefunden habe.

Nachdem Referent noch verschiedene erwähnenswerthe Punkte aus den Rechnungen hervorgehoben hat, wird beschlossen, der Stadtcasse Decharge zu ertheilen.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

VII. Herr Bürgermeister Rittmeyer theilt sodann noch folgendes über die Kramersstraße mit:

Die Wasserverhältnisse dieser Straßen seien sehr ungünstig, und bedürften daher dringend der Abhülfe. Beim Stadtmagistrate seien auch bereits Anträge von Anwohnern dieserhalb eingegangen; derselbe habe sich denn auch schon, um dem Uebelstande abzuhefen, mit der Direction der Gas- und Wasserwerke und mit der städtischen Bauverwaltung in Verbindung gesetzt. Das Tagewasser durch offene Gassen abzuleiten, sei unmöglich, weil keine Gefälle vorhanden. Wenn man keinen unterirdischen Canal herstelle, dann werde es dort immer sumpfig bleiben. Die Direction der Gas- und Wasserwerke habe zunächst den Vorschlag gemacht, einen provisorischen Canal auf einer Strecke von 155 m zu verlegen, wodurch dem größten Uebelstande abgeholfen werden würde. Dieser Canal, welcher zu 1165 M veranschlagt sei, würde aber bei Ausführung eines definitiven Canals wieder beseitigt werden müssen. Während noch die Verhandlungen über diesen Punkt schwebten, sei ein zweites Schreiben von der Direction der Gas- und Wasserwerke eingegangen, in welchem vorgeschlagen werde, ein definitives Rohr zu legen und zwar dergestalt, daß dasselbe bei der demnächstigen Ausführung des Gesamtcanalisationsprojectes auch liegen bleiben könne. (Redner verliest den betreffenden Passus des Schreibens). Die Legung eines definitiven Canals sei zu 2000 M veranschlagt. Es sei nun nicht möglich gewesen, die Angelegenheit soweit zu fördern, daß sie heute hätte zur Berathung gestellt werden können. Die Jahreszeit sei aber bereits vorgeschritten und wenn etwas geschehen solle, dann müßten die Maßregeln schleunigst ergriffen werden. Der Magistrat würde geneigt sein, den definitiven Canal sofort ausführen zu lassen; er wünsche aber zu wissen, ob er bestimmt darauf rechnen



könne, daß die Versammlung auch die im nächsten Jahre zur Zahlung kommenden Kosten bewilligen würde.

Auf die Anfrage des Herrn Burchard, ob bei der Gelegenheit nicht auch gleich die Bergfeldstraße mit berücksichtigt werden könne?

erwidert Herr Bürgermeister Rittmeyer, daß die Kanalisation letztgedachter Straße in diesem Jahre noch nicht zur Ausführung kommen könne, weil es dazu noch weitläufiger Verhandlungen bedürfe, die nicht in kürzester Zeit erledigt werden könnten. Uebrigens werde die Bergfeldstraße bei der Ausführung der allgemeinen Canalisation mit berücksichtigt werden.

Herr Reuter bemerkt noch, daß die Bergfeldstraße schon ihrer Niveauverhältnisse wegen bei dieser Gelegenheit nicht mit kanalisiert werden könne; sie werde zum größten Theil nach der Frankfurter Straße hin entwässert werden müssen, nachdem dort ein definitiver Kanal gelegt sein werde.

Die Versammlung ermächtigt darauf den Stadtmagistrat wegen der projectirten Verlegung eines definitiven Kanals in der Kramerstraße das Weitere zu veranlassen.

Es liegt

VII. noch eine Anfrage des Herrn Burchard vor, welche lautet:

Hat der Stadtmagistrat zu der vor längerer Zeit seitens hiesiger Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingereichten Petition um Errichtung eines allgemeinen Gewerbeschiedsgerichts schon Stellung genommen, und ist event. Aussicht vorhanden für Einführung eines solchen?

Die Frage wegen Einführung eines Gewerbeschiedsgerichts sei vor etwa 1½ Jahren aufgetaucht und sei, da die Nützlichkeit eines solchen Gerichts allgemeine Anerkennung gefunden habe, seitens der Fachvereine dieserhalb eine Petition bei dem Stadtmagistrate eingereicht. Dieselbe sei aber abschlägig beschieden worden mit der Begründung, daß zur Einrichtung eines Gewerbeschiedsgerichts zur Zeit keine Localitäten vorhanden seien.

Da in einer späteren Versammlung von Arbeitgebern und Arbeitern die Nützlichkeit eines solchen Instituts wiederholt betont wurde, so habe man zum zweiten Male petitionirt. Auf diese Petition sei indeß, obwohl auch der Magistrat die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit eines Gewerbeschiedsgerichts anerkannt habe, bis heute noch keine Antwort erfolgt. Er erlaube sich deshalb an dieser Stelle die Anfrage an den Stadtmagistrat, ob derselbe gewillt sei, ein Gewerbeschiedsgericht einzuführen?

Herr Stadtrath Ritemeyer: Der Stadtmagistrat beabsichtige durchaus nicht, sich in der Sache im Principe ablehnend zu verhalten, obwohl sich nicht verkennen lasse, daß die Einrichtung eines Gewerbeschiedsgerichts nicht allein Vortheile, sondern entschieden auch Nachtheile, und zwar speciell auch für die Arbeiter, im Gefolge habe.

Wenn beispielsweise heute ein Arbeiter komme, um seinen Arbeitgeber zu verklagen, dann liege unter zehn Fällen neun Mal die Sache so, daß er morgen abreisen wolle, denn ein Arbeiter, welcher am Orte bleibe, klage in der Regel wenig. Es liege also im Interesse der Arbeiter, die Streitsachen, wie es jetzt geschehe, möglichst schnell zu erledigen, was bei Einrichtung des Schiedsgerichts nicht in demselben Maße möglich sein werde. Die hauptsächlichsten Gründe aber, welche den Magistrat veranlassen haben, einstweilen noch nicht auf die Sache einzugehen, seien folgende: Erstens sei den Innungen mit Abänderung der Gewerbeordnung die Pflicht auferlegt, Streitigkeiten der Meister mit ihren Lehrlingen zu entscheiden und bezüglich der Gesellenstreitigkeiten sei ihnen das Recht dazu eingeräumt. Diese Fälle würden also dem gewerblichen Schiedsgerichte genommen sein. In einer Versammlung der Vertreter der Innungen, in welcher auch die Vertreter der Arbeiter zugegen gewesen, haben sich erstere durchweg für Einführung von Innungsschiedsgerichten ausgesprochen. Da nun das betreffende Gesetz erst erlassen sei, so habe der Magistrat die Ansicht gehabt, daß man den Innungen zur Durchführung der Sache erst eine gewisse Zeit lassen müsse. Der zweite Ablehnungsgrund liege in der Localfrage. Im Stadthause sei bekanntlich absolut kein Platz mehr vorhanden; es hätten, da sich nicht jedes Local dazu eigne, besondere Zimmer, mindestens drei, gemiethet werden müssen. Der Magistrat hatte in Aussicht genommen, das Polytechnikum dazu zu benutzen; er sei aber in die Zwangslage gekommen, anderweit über dasselbe zu verfügen. Den Antragstellern sei deshalb die Resolution zugegangen, daß der Magistrat durchaus nicht abgeneigt sei, auf die Einrichtung eines Gewerbeschiedsgerichts einzugehen, daß er sich aber unter den jetzigen Verhältnissen noch nicht dazu entschließen könne.

Was die zweite Petition anlange, so habe der Magistrat, wiewohl er sonst seine Sachen prompt zu erledigen bemüht sei, in diesem Falle für angezeigt gehalten, dieselbe einstweilen noch unbeantwortet liegen zu lassen. Wenn sich ein geeignetes Local finden sollte und die Innungen auf die Sache jetzt nicht weiter eingehen würden, dann sei der Magistrat nicht abgeneigt, demnächst wieder darauf zurückzukommen.

Allerdings trete jetzt wieder ein neues Moment hinzu, nämlich daß der kürzlich geschaffene Innungsausschuß sich der Sache angenommen habe und seinerseits Gewerbeschiedsgerichte ins Leben rufen wolle.

Da weitere Gegenstände zu Berathung nicht vorliegen, schließt der Herr Vorsitzende die öffentliche Sitzung.

In der darauf folgenden vertraulichen Sitzung gelangt eine Reklamation gegen die Steuerveranlagung seitens der Actiengesellschaft für Zute- und Flachindustrie zur Erledigung.

---



**1885.**  
~~~~~

(Fortsetzung der Beilage zu **N. 265** de 1885
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 10.
~~~~~

**Verhandlungen**  
der  
**Stadtverordneten zu Braunschweig.**  
Sitzung am 19. November 1885.

---

**Öeffentlich:**

Vorlagen des Stadtmagistrats betreffend:

I. Regulativ für Einführung der Wassermesser.

II. Feststellung einer Baulinie an der Wendensstraße.

**Vertraulich:**

Erlaß von Abgaben aus Testamenten etc.

Steuerreklamationen (Verzeichniß II von 1885).

---

Entschuldigt die Herren Jasper und Ramdohr. — Am Magistratsstische Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Götte, Schöttler, Reitemeyer und Grote.

Nach Genehmigung des Protokolles **N. 9** vom 22. October 1885, zu welchem zu bemerken ist, daß nicht, wie auf Seite 112 oben angegeben, Protokoll **N. 7**, sondern **N. 8** genehmigt ist,

I. nimmt Herr Sievers das Wort, um im Auftrage der vereinigten Finanz- und Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 28. September c., das Regulativ für Einführung der Wassermesser betreffend, zu berichten.

Das Magistratschreiben, welches nebst Anlagen jedem Stadtverordneten vor mehreren Wochen autographirt zugegangen ist und auf welches Referent zunächst verweist, lautet folgendermaßen:

»Die städtischen Behörden haben unterm 19. Juni/5. October 1882 die nunmehr nahezu vollendete Erweiterung und Verbesserung des städtischen

Wasserwerks auf der Grundlage beschlossen, daß als wirthschaftlicher Wasserbedarf der an das Werk angeschlossenen Bevölkerung, mit Einfluß des Selbstverbrauchs der Stadt, im Jahresdurchschnitte das Maß von 75 Liter pro Kopf und Tag gelten, und daß der Wasserverbrauch des Einzelnen durch Wassermesser ermittelt werden solle.

Die Einführung des Grundsatzes einer Abgabe des Wassers nach Messung setzt den Erlass von Bestimmungen über die Lieferung und Aufstellung der Messer, sowie die Festsetzung eines neuen Wassergeld-Tarifs voraus, da bekanntlich zur Zeit, nach Maßgabe des zuletzt unterm 23. September 1879 revidirten Regulativs über die Wasserabgabe, zwar der Gewerbetreibende zur Anbringung eines Wassermessers und zur Zahlung eines nach seinem wirklichen Verbrauch sich berechnenden Preises (10  $\mathcal{M}$  pro cbm) verpflichtet werden kann, im Uebrigen aber der Wasserverbrauch nach Schätzung ermittelt und nach Pauschalsätzen, ohne Rücksicht auf die factisch entnommene Wassermenge, bezahlt wird.

Als leitender Grundsatz für die Bemessung des Wasserpreises wird festzuhalten sein, daß das Wasserwerk nicht zwar eine Finanzquelle der Stadtgemeinde bilde, dahingegen in den Stand gesetzt bleiben müsse, seine Aufgaben, ohne Heranziehung der gemeindlichen Steuerkraft, finanziell selbstständig zu erfüllen, daß mithin der Wasserpreis nach dem Gesichtspunkte, daraus die Vergütung und Amortisation des Anlagecapitals, sowie sämtliche Unterhaltungs- und Betriebskosten und den Aufwand für die unmittelbare Verwaltung zu bestreiten, übrigens reichlich, zu normiren sei, so zwar, daß Aussicht auf einen, wenn auch nicht regelmäßig, so doch zeitweilig — bei besonders günstigen Betriebsergebnissen — eintretenden mäßigen Gewinn bleibe, welcher die Stadtgemeinde für das von ihr bei Einrichtung der Wasserversorgungsanstalt übernommene Risiko sowohl, wie für die Leitung und Verwaltung derselben billig entschädige.

In Beachtung der so gegebenen Richtschnur hat die Deputation zur Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke an der Hand des von ihr für das Jahr 1886 entworfenen, zur vorläufigen Prüfung in Anlage A beigelegten Wirthschaftsetats des Wasserwerks ermittelt, daß ein Preis von zehn Pfennigen pro Cubikmeter (bei stadtseitiger Lieferung und Unterhaltung bezw. auch Aufstellung der Wassermesser) alsdann auskömmlich sei, wenn für den Consumenten ein jährlicher Mindestbedarf an Wasser festgestellt werde, dessen Preis ohne Rücksicht darauf zu bezahlen sei, ob diese geringste Wassermenge auch wirklich verbraucht werde. Bei Bestimmung der Größe dieses Mindestbedarfs, welcher weit hinter dem wirklichen Bedarfe und weiter noch hinter demjenigen unregelmäßigen Bedarfe

zurückbleiben soll, zu dessen Lieferung das Werk jederzeit sich gerüstet halten muß, hat die Deputation diejenigen Berechnungen zu Grunde gelegt, welche sich in Anlage B. zusammengestellt finden.

Die Deputation hat darnach ein Regulativ (Anlage C.) entworfen, welches bestimmt sein soll, die Herstellung und Unterhaltung von Zweig-Wasserleitungen, sowie die Bedingungen der Wasserabgabe u. allgemein zu ordnen und zugleich als Formular zu dem Vertrage zwischen der Direction des Wasserwerks und dem einzelnen Consumenten zu dienen.

Wir beantragen, die Zustimmung zur Feststellung dieses Regulativs gefälligst ertheilen zu wollen.»

Der Voranschlag für das städtische Wasserwerk für das Jahr 1886 zeigt in Einnahme 182 000 M., in Ausgabe 181 862 M.

Es liegen in der Angelegenheit noch folgende Anträge und Schriftstücke vor, welche der Herr Referent mittheilt:

- 1) Der weitestgehende Antrag ist der der Herren G ü n t h e r, B u r c h a r d und R i e k e, welche »an die Commission für Berathung der Wasserfrage das Ersuchen richten, bei Berathung über Einrichtung von Wassermessern die Frage mit in Erwägung zu ziehen, ob es möglich sei, das Wasser für den Hausbedarf vollständig kostenfrei zu geben.«

- 2) Antrag der Herren B l a s i u s und K r a h e:

»das mit dem Magistratschreiben vom 28. v. Mts. N. 4068 vorgelegte Regulativ für die Abgabe von Wasser aus dem städtischen Wasserwerke abzulehnen und gleichzeitig Wohlwollenen Stadtmagistrat zu ersuchen, ein anderweitiges Regulativ vorzulegen, nach welchem

1. die Einführung von Wassermessern obligatorisch wird für alle mit Wasserverbrauch verbundenen gewerblichen Zwecke sowie für Luxusanlagen aller Art (Fontainen, Wasserfälle, Teiche u.)

und

2. die Wasserlieferung für den gewöhnlichen Hausbedarf vorläufig ohne Wassermesser auf Grund angemessener Pauschalsätze stattfinden soll.

- 3) Ein Schreiben des hiesigen Einwohners Wendemann, welches schon in voriger Sitzung verlesen ist und seinem Inhalte nach durch die beiden vorstehenden Anträge erledigt wird.

- 4) Antrag der Herren N a t a l i s und K r a h e:

»Da die technische Seite der Vorlage sich der Beurtheilung der meisten Herren Stadtverordneten entzieht, so beantragen wir, daß zur eingehenden Prüfung und Begutachtung der sämmtlichen in Betracht kommenden technischen Fragen eine Commission ernannt werde, bestehend aus drei hiesigen oder auswärtigen Ingenieuren resp. Sachverständigen, welche

mit Wassermessern und deren Anlage speciell vertraut sind, und daß die Gas- und Wasser-Deputation beauftragt werde, gedachte Commission schleunigst zu ernennen und zu berufen.«

- 5) Ein gedrucktes, jedem der Herren Stadtverordneten zugegangenes Schreiben vom Vereine der Grundbesitzer hiesiger Stadt und vom Bürgervereine, welches bei der Berathung des Regulativs zu Erledigung kommt.

Referent führt weiter aus: Für die Beurtheilung der vorliegenden Frage in der Commission habe der in der Sitzung am 5. October 1882 gefasste Beschluß: die Zustimmung zur Erweiterung des vorhandenen Wasserwerks nach Maßgabe des Projectes des Oberingenieurs Mitgau zu ertheilen und die dazu erforderlichen, bei Einführung von Wassermessern auf 822 100 M berechneten Kosten vorbehältlich der Deckungsfrage zu bewilligen, die Grundlage gebildet. Dieser damals nach eingehender Berathung und mit großer Majorität gefasste Beschluß liege auch dem heutigen Antrage des Magistrats und der Deputation zu Grunde.

Nach dem Gutachten des Oberingenieurs Mitgau sei es nach Einrichtung der Filter nicht möglich, in Zukunft noch die gleichen Wasserquantitäten zu liefern, wie sie bisher vom Wasserwerke gefordert seien; es sei darin klar gelegt, daß die bisherige Wasserverschwendung aufhören und eine Einschränkung stattfinden müsse. Das Werk habe bis dahin rund 4 Millionen cbm Wasser jährlich geliefert, wovon 400 000 cbm für öffentliche Zwecke und somit 3 600 000 cbm von den Privaten verbraucht seien. Dieses ergebe pro Kopf und Tag 130 Liter, eine Wassermenge, wie sie kaum in einer anderen Stadt gebraucht werde, und wie sie, wenn gutes Wasser geliefert werden solle, in Zukunft nicht weiter beansprucht werden könne. Die Kosten für Erweiterung des Wasserwerks seien auch damals unter der Voraussetzung auf nur 822 100 M veranschlagt, daß Wassermesser eingeführt würden. Wenn dieses nicht geschehen sollte, dann hätte das Wasserwerk in weit größerem Umfange angelegt werden müssen und in Folge davon würden auch die Kosten weit größere geworden sein. Dem jetzigen Werke seien die Erfahrungen zu Grunde gelegt, welche man bei anderen Städten, wo Wassermesser vorhanden, gemacht habe, und wo der Verbrauch zwischen 60 und 70 Liter pro Kopf und Tag betrage. Bei dem neuen Werke seien nun 75 Liter pro Kopf und Tag angenommen und sei dasselbe auf eine Leistungsfähigkeit für 120 000 Einwohner berechnet. Die äußerste Leistungsfähigkeit würde aber nach Abzug von 400 000 cbm für öffentliche Zwecke nur 2 900 000 cbm für die Privaten, also 700 000 cbm weniger als bisher, übrig lassen. Man könne aber mit diesen Zahlen jetzt nicht rechnen, man müsse daran denken, auf eine Reihe von Jahren mit dem auszukommen, was man thatsächlich habe; man könne jetzt nur eine Einwohnerzahl von 85 000 zu Grunde legen und für diese bleiben 1 900 000 cbm. Mit diesen Wasserquantitäten würden die bisherigen Leistungen etwas mehr als zur Hälfte erreicht, es seien dies aber die Zahlen, welche zu Beurtheilung der Sachlage maß-

gebend sein müßten. Daß sei nun eine Einschränkung, die vielleicht sehr groß erscheine, nach den Erfahrungen aber, die man in anderen Städten gesammelt habe, genüge jenes Quantum von 1 900 000 cbm vollständig; um alle gerechtfertigten Wünsche zu befriedigen.

Die finanzielle Frage stelle sich folgendermaßen: Aus den Contracten seien bisher 131 000 M. eingenommen und nach bereits vorhandenen Wassermessern ferner 22 000 M., was eine Einnahme von 153 000 M. ergebe, welche der dem vorliegenden Etat der Wasserwerke zu Grunde gelegten Einnahme annähernd gleichkomme. Diese Einnahme müsse angenommen werden, wenn man die im Statute vorgesehenen Abschreibungen annähernd vornehmen wolle. Von den 1 900 000 cbm, welche den Privaten zur Verfügung stehen, seien noch die zu einem billigeren Satze abzugebenden 60 000 cbm, die auf 267 Piepenbrüder zu vertheilen seien, abzurechnen; diese Berechtigung müsse bestehen bleiben und könne nicht beseitigt werden. Man würde danach 1 840 000 cbm à 10 S. zur Verfügung haben. Vorausgesetzt also, man gebe das ganze Quantum, welches das Werk zu liefern im Stande sei, ab, so habe man eine Einnahme von 184 000 M. in Aussicht. Das würde allerdings voraussichtlich einen Ueberschuß ergeben, aber, man könne nicht den äußersten glücklichsten Fall annehmen; man habe mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen und müsse zufrieden sein, wenn der in Aussicht gestellte Posten von 153 000 M. gedeckt werde.

Auf Antrag des Magistrats habe sich die Verwaltungsdeputation mit gegenwärtiger Frage in vier langen Sitzungen sehr eingehend beschäftigt. Der jetzige Vorschlag sei nicht gleich ohne Weiteres entstanden, sondern es seien verschiedene Vorschläge zur Berathung verfaßt. Man habe zuerst geglaubt, über die finanzielle Frage leicht hinwegzukommen dadurch, daß man die bisherige Veranlagung von 2 resp. 3 % von der Wohnungsmiethe fortbestehen ließe und nun bei Einführung der Wassermesser für die Jedem zugetheilten Beträge ein bestimmtes Quantum Wasser zum Preise von 5 S. pro cbm lieferte; man würde eben aus diesem Tarife nach wie vor 131 000 M. erzielt und eine Grundlage für die Rentabilität des Werkes gelegt haben, die in finanzieller Beziehung vollständig genügend sei. Bei näherer Beleuchtung des betreffenden Vorschlags habe sich aber herausgestellt, daß dann wieder der Uebelstand, dem man grade abhelfen wollte, nämlich dem der Wasserverschwendung, eintreten könnte. Bei einem solchen Tarife würde den betreffenden Consumenten ein Quantum Wasser zur Verfügung stehen, welches weit über die Leistungsfähigkeit des Werkes hinausgehe. Außerdem würde der Vorwurf, daß Minimalsätze für Wasserquantitäten festgesetzt seien, die man gar nicht bezogen habe, erst dann im vollen Maße hervorgetreten sein. — Ein anderer Vorschlag ging dahin, diese Veranlagung festzuhalten, die Bestimmung des für die betreffenden Beträge zu liefernden Wassers aber unter Begünstigung der niedrigen Sätze nach einer Scala vorzunehmen. Man ging dabei von dem Grundsatz aus, Häusern mit kleinem Wasserbedarf unter allen Umständen ein



möglichst großes Quantum Wasser für einen billigen Preis zu liefern. Dieser Vorschlag ging hauptsächlich dahin, bei den Sätzen von 9 M mit 5 S pro cbm anzufangen und eine Scala einzurichten, die mit steigenden Einheitsätzen bis zu 8 oder 10 S hinaufginge. Der Vorschlag sei an dem Bedenken gescheitert, daß man in der ungleichen Einschätzung ein ungerechtes Verfahren erblicken müsse, welches zu Klagen Veranlassung geben würde. — Ein weiterer Vorschlag sei dahin gegangen, jedem dem Werke angeschlossenen Hause das Wasser bis zu einem gewissen Quantum (180 cbm) das cbm zu 5 S zu liefern (= 9 M) und erst den darüber hinaus gehenden Verbrauch mit 10 S pro cbm in Anrechnung zu bringen. Auch hier aber habe man den Einwurf der Ungleichmäßigkeit der Häuser gelten lassen müssen, man habe für die Häuser keine sichere Norm und es wäre ungerecht, den kleineren Häusern dasselbe Quantum zu 5 S pro cbm zu bewilligen, wie den großen. — Ferner sei vorgeschlagen, für jedes Haus ein gewisses Quantum per Kopf und Tag zu einem niedrigen Preise auszusetzen. Es stellte sich dem aber die Schwierigkeit entgegen, daß die Kopfszahl in jeder Familie fortwährend wechsele und ein Festsetzen von bestimmten Beiträgen danach sehr schwierig sei; es konnte also auch diese Art nicht Platz greifen.

Besonders sei auch bei den letzten drei Vorschlägen noch die finanzielle Frage zu beachten gewesen, da keiner derselben in dieser Beziehung die genügende Unterlage bieten würde.

Es kam nun hauptsächlich darauf an, einen Modus zu finden, durch welchen auch den kleinen Häusern ein genügendes Quantum Wasser für mäßigen Preis gegeben würde, eine gerechte Vertheilung im Ganzen herbeizuführen und das Volk lebensfähig zu machen.

Nach weiteren Berathungen über den Abgabepreis und über die zu schaffende Summe sei man zu der Ansicht gekommen, daß es richtig sei, einen Einheitspreis von 10 S pro cbm anzunehmen. Um die kleineren Häuser möglichst wenig zu belasten, wollte man eben den Minimalsatz von 9 M, den jetzt jedes Haus zu bezahlen habe, festhalten und dafür 90 cbm Wasser per Jahr liefern, aber eine Vertheuerung durch Bezahlung der Miete für die Wassermesser nicht einführen. Dies sei ein Punkt, der nicht genug beachtet werden könne. In fast allen Städten würden die Wassermesser zu einem Tariffsatze vermiethet und dieses vertheuere die Wasserlieferung namentlich bei geringem Wasserverbrauch ungemein. Der geringste Miethsatz sei 6 M, für welchen Betrag hier bereits 60 cbm Wasser geliefert werden. Zur unentgeltlichen Lieferung der Wassermesser seien die Ueberschüsse bestimmt, die aus den Vorjahren bei den Gas- und Wasserwerken angesammelt seien. Es geschehe dies vorzugsweise zu Gunsten derjenigen Häuser, welche wenig Wasser gebrauchen.

Redner kommt nun zu dem Antrage der Herren Günther, Burchard und Riefe, die kostenfreie Lieferung des Wassers für den Hausbedarf wünschen. Wenn

man sich die Consequenzen eines derartigen Vorgehens vergegenwärtige, so werde man sich sagen müssen, daß dasselbe nicht durchzuführen sei. Man wolle und müsse nach Einrichtung des Werks auf eine Einschränkung des Verbrauchs sehen; man würde aber bei Annahme dieses Antrags bewirken, daß noch das eine Drittel der noch nicht angeschlossenen Häuser in den Consum einträte und statt einer Ersparung würde man eine Vermehrung des Consums hervorrufen; es würde dann der Fall eintreten, daß das Werk die Anforderungen an filtrirtes Wasser überhaupt nicht fähig sei zu befriedigen.

Ferner glaube er nicht, daß es sich würde rechtfertigen lassen, die Kosten dem Vorschlage des Herrn Rieke gemäß auf die Communalsteuern zu schlagen. Es sei doch richtiger, daß nur diejenigen bezahlen, welche das Wasser gebrauchen.

Auch durch den Antrag der Herren Blasius und Krahe werde nicht erreicht, was erreicht werden müsse: eine Einschränkung des Wasserverbrauchs. Schon in der Commission sei ferner scharf betont worden, daß eine Scheidung zwischen dem Wasserverbrauch für gewerbliche Unternehmungen und für den Hausbedarf in vielen Häusern kaum möglich sei und daß ein derartiges Mischsystem zu großen Unzuträglichkeiten führen würde. Man sei deshalb in der Verwaltungsdeputation und auch in der vereinigten Finanz- und Statutencommission dahin gekommen, den Tarif vorzuschlagen, wie er heute hier vorliege. Die Festsetzung eines Minimal-Verbrauchs für jedes Haus sei nöthig, um das Werk dagegen zu sichern, daß durch zu große Einschränkung das finanzielle Ergebnis gefährdet werde. Das Minimum sei indessen so niedrig gegriffen, daß in den meisten Fällen der Bedarf darüber hinausgehen würde, worauf das Werk auch rechnen müsse, da aus dieser Veranlagung nur rund 100 000 M. zu rechnen, während, wie vorhin angeführt, im Etat eine Einnahme von 153 000 M. vorgesehen sei. Daß man für Bemessung des Minimums die Weite der Ausflußöffnung des Wassermessers zur Grundlage genommen, rechtfertige sich insofern, als diese sich nach der Anzahl der Zapfhähne u. s. w., welche in jedem Hause angebracht, richten werde, und diese doch auch annähernd für den Wasserverbrauch maßgebend sei.

Der Tarif habe viel böses Blut in der Stadt gemacht; er habe verschiedene Artikel in der Tagespresse hervorgerufen. Namentlich aber habe ein Artikel des Ingenieurs Königsdorff im Tageblatt vom 19. October c. dazu beigetragen, eine Erregung in der Stadt zu schaffen, welche in der That gar nicht gerechtfertigt sei, und nur aus diesem Grunde sehe er sich veranlaßt, demselben näher zu treten. Der Artikel stelle Behauptungen auf, die völlig unbegründet seien.

Redner geht nun zu einer näheren Beleuchtung des Königsdorffschen Artikels über und widerlegt die darin enthaltenen unrichtigen Behauptungen auf Grund des Materials, welches der Commission zu Gebote gestanden und die Regulative von 50 verschiedenen Städten umfaßt.

Herr K. komme zu dem Schlusse, daß das für das hiesige Wasserwerk entworfene Regulativ eine Zusammenstellung aller für den Abnehmer ungünstigsten Bedingungen sei, welche nur zu finden gewesen, und führe zum Beweise in erster Linie an, daß während in Braunschweig schon immer der Gebrauch bestanden, daß der Consument das Zuleitungsröhr vom Hauptstränge bis an sein Grundstück bezahlen müsse, obgleich dasselbe in Besitz der Stadt übergehe, dieses in Berlin, Dresden, Potsdam, Halle a. d. Saale und Wiesbaden nicht der Fall sei, und der Magistrat sich diese Städte sehr wohl hätte zum Muster nehmen können.

Die betreffenden Regulative sagen hierüber im Gegensatze zu der Behauptung des Herrn K. Folgendes: In Berlin werden die Anschlußleitungen in einer Entfernung von 2 m von der Grundstücksfront bis 1 m hinter dem Wassermesser auf Kosten der Consumenten angelegt und unterhalten. In Halle, wo das Wassergeld bis zu einer gewissen Höhe durch eine Communalsteuer gedeckt werde, werde die Anschlußleitung bis zu dem auf dem Trottoir anzubringenden Abschlußhahn durch die Verwaltung auf Kosten des Eigenthümers gelegt und gehe dann in das Eigenthum der Stadt über. In Wiesbaden habe allerdings die Stadt die Kosten der Legung der Anschlußleitung übernommen für alle diejenigen, welche sich vor Legung des Straßenrohrs zur Betheiligung gemeldet, für den Anschluß an ein bereits liegendes Hauptrohr habe der Consument 15 M zu bezahlen. In Dresden sei in der That der Abnehmer von Tragung irgend welcher Kosten für den Anschluß befreit; es gelte dort aber eine Bestimmung, nach welcher sämmtliche Wohnhäuser, welche an einer mit Hauptleitung versehenen Straße liegen, eine nach der Zahl der Wohn- und Wirthschaftsräume bemessene jährliche Minimalzahlung zu leisten haben, gleichviel, ob sie von der Leitung Gebrauch machen oder nicht. Ueber Potsdam fehle der Commission der Nachweis. Von den 50 Städten, deren Bedingungen der Stadt vorgelegen, werden, abgesehen von den oben angeführten Beschränkungen, nur noch in Eisenach die Kosten der Anschlußleitungen von der Stadt getragen.

Herr K. gehe nun über zu der Festsetzung eines Minimums nach Maßgabe der Zuflußöffnung des Wassermessers und finde es ungeheuerlich, daß die Wasserabnehmer möglicherweise Wasser bezahlen sollen, welches sie nicht erhalten haben; er vergesse aber dabei, daß bei jeder Abgabe nach Tarif, möge derselbe, wie auch bisher in Braunschweig, nach der Wohnungsmiethe oder nach der Zahl der Wohnräume, nach der Bodenfläche der Stockwerke, oder auch nach der Zuflußöffnung des Wassermessers (Dresden, Kiel für jedes mm der Deffnung 1 M) bemessen sein, ohne Zweifel viele Abnehmer bei weitem nicht die Quantität Wasser gebrauchen, welche sie bezahlen, wie ja das auch hier bisher in hohem Maße der Fall gewesen sei. In Berlin solle kein minimum festgesetzt sein, doch man finde hier und zwar nachdem erst im Jahre 1883 wesentlich ungünstigere Bedingungen aufgehoben, die Bestimmung, daß von jedem Grundstücke, welches vierteljährlich 20 cbm Wasser

und darunter gebraucht, in minimo vierteljährlich 6 M. erhoben werden. Hierneben werde eine Wassermessermiethe gezahlt von jährlich resp. 7, 8, 12, 16 und 18 M. bei einer Ausflußöffnung von resp. 13, 20, 25, 40 und 50 mm. Es werden also für eine Minimalzahlung von  $24 + 7 = 31$  M. jährlich höchstens 80 cbm Wasser geliefert, während hier für 9 M. 90 cbm geliefert werden sollen. In Cassel werden, soweit sich aus dem betreffenden Regulative ersehen lasse, die Kosten des Wassers für den Hausbedarf, ohne Berücksichtigung des wirklichen Verbrauchs, unter Zurechnung der Verzinsung, der Unterhaltungskosten und Amortisation durch besondere Umlage bei den Hausbesitzern nach der Gebäuesteuer erhoben. Soweit Wassermesser in Anwendung kommen, sei ein Minimum von 45 M. festgesetzt. Für Leipzig sei in der That eine der billigsten Veranlagungen gemacht, nur stelle sich die Sache doch wesentlich anders als Herr K. herausrechnen, wenn er für ein zweistöckiges Haus mit 5 heizbaren Räumen in jedem Stock den ganzen Beitrag an Wassergeld mit 18 M. annehme, denn der Tarif laute:

|                                           |          |
|-------------------------------------------|----------|
| für jeden heiz- oder unheizbaren Wohnraum |          |
| und jede Küche . . . . .                  | à 1,80 M |
| für eine Waschküche . . . . .             | 9—18 M   |
| für einen Baderaum . . . . .              | 1,80 M   |
| für ein Closet . . . . .                  | 4,50 M   |

und es würde also ein zweistöckiges Haus, nur zu 6 Wohnräumen in jedem Stockwerk, mindestens zu zahlen haben:

|                                   |                    |
|-----------------------------------|--------------------|
| 12 Wohnräume . . . . .            | à 1,80 M = 21,60 M |
| 2 Küchen . . . . .                | à 1,80 M = 3,60 M  |
| 2 Closets . . . . .               | à 4,50 M = 9,00 M  |
| 1 Waschküche mindestens . . . . . | = 9,00 M           |
| (Baderaum nicht gerechnet)        |                    |

---

zusammen 43,20 M

In anderen Städten werde für je einen Wohnraum 2 M, 2,50 M — 3,20 M bei sehr verschiedener Veranlagung für Closets u. s. w. gerechnet.

An anderer Stelle habe Herr K. auch angeführt, daß Halle a. S. in der glücklichen Lage sei, das Wasser unentgeltlich zu erhalten. Die Sache stelle sich indes so heraus, daß zum Haus- und Wirtschaftsbetriebe allerdings bis zu  $\frac{1}{10}$  cbm = 25 Liter =  $2\frac{1}{2}$  Eimer pro Kopf und Tag frei geliefert werden und es werde der Betrag durch Communalsteuer erhoben. Der Verbrauch über obiges Quantum hinaus werde indessen zu 11 S. pro cbm berechnet. Es liege hierin eine Vergünstigung für die Häuser mit geringem Wasserverbrauch, welche aber den für die hiesige Stadt vorgeschlagenen Bedingungen gegenüber durchaus illusorisch werde, da auch in Halle a. S. wieder die Wassermessermiethe in Frage komme, welche nach dem sehr hohen Tarife

|                       |     |     |                   |     |       |
|-----------------------|-----|-----|-------------------|-----|-------|
| von 12.               | 15. | 18. | 27.               | 36. | 54 M  |
| für 12 <sup>3</sup> . | 20. | 25. | 37 <sup>5</sup> . | 50. | 75 mm |

berechnet werde, welche Zahlen immerhin schon ein stattdliches Minimum repräsentiren.

Die freie Lieferung der Wassermesser, welche hier Dank den Ueberschüssen, welche die Gas- und Wasserwerke der Stadt geliefert haben, gewährt werden könne, ohne das Werk weiter zu belasten, bestehe noch in 3 von den 50 Städten, während in 47 die Abnehmer die Kosten derselben, sei es durch Kauf, sei es durch Miete, tragen müssen. Für die Miete, welche verschieden berechnet werde, sei einer der niedrigsten Tarife der von Aachen und zwar für eine Oeffnung von

|       |    |    |    |    |     |
|-------|----|----|----|----|-----|
| 13 mm | 20 | 25 | 30 | 40 | 50  |
| M 6   | 8  | 12 | 14 | 16 | 18, |

welche Beträge also unbedingt gezahlt werden müssen, ehe überhaupt ein Tropfen Wasser geliefert werde.

Referent fährt dann fort: Er sei fest überzeugt, daß sämtliche Commissionsmitglieder an die vorliegende Frage mit voller Erkenntniß der Wichtigkeit derselben herangetreten seien und alles sehr reiflich erwogen hätten. Unter sämtlichen zur Kenntniß der Commission gelangten Tarifen befände sich kaum einer, der so billige Bedingungen im Großen und Ganzen stelle, wie der hier heute vorliegende. Die Commission empfehle daher die Annahme des Regulativs vorbehältlich der Berathung über die einzelnen Punkte. Daß dasselbe nicht vollkommen sei, werde von sämtlichen Commissionsmitgliedern anerkannt; man stehe aber auch unbekannten Verhältnissen gegenüber; man müsse darauf bedacht sein, das Wasserwerk lebensfähig zu erhalten und dürfe nicht ins Ungewisse hinein Bestimmungen treffen, die später nicht zu halten seien. Dem Gedanken, daß sich im Laufe der Zeit Erfahrungen sammeln lassen, wonach sich dies und jenes vielleicht günstiger gestalten könne, sei auch dadurch Rechnung getragen, daß dem Regulativ noch ein Zusatzparagraph angehängt sei, wonach dasselbe zum 1. Januar 1888 einer Revision unterzogen werden solle.

Nachdem Herr Nieß der Versammlung denjenigen Raum zu vergegenwärtigen gesucht hat, welcher erforderlich wäre, um das bei 85 000 Seelen und einem Wasserverbrauch von 3 600 000 cbm auf jeden Kopf entfallende Wasserquantum zu fassen,

fügt Referent seinem Berichte noch hinzu, daß das an die kleinsten Häuser für 9 M abzugebende Wasserquantum täglich 25 Eimer = 250 Liter betrage, eine Wassermenge, die für Häuser, welche nur einen Zapfhahn haben und vielleicht von 8 bis 10 Menschen bewohnt seien, nach den angestellten Berechnungen als vollständig ausreichend bezeichnet werden müsse.

Zu dem Antrage der Herren Günther, Burchard und Kiefe, welcher zunächst zur Debatte gestellt wird, nimmt alsdann

Herr Riefe das Wort, welcher ausführt, daß der Antrag lediglich deshalb gestellt sei, weil die Antragsteller die Ueberzeugung hätten, daß zuviel Wasser nicht verbraucht werden könne. Es werde ja auch gesagt, nach dem Umfange des Wasserverbrauchs bemesse man den Culturzustand eines Volkes. Ob dies zutreffend sei, darüber lasse sich streiten, immerhin müsse darauf Bedacht genommen werden, daß das zum Leben in erster Linie Nothwendige nicht vertheuert, noch weniger aber in zu geringem Maße abgegeben werde. Die vom Herrn Referenten angeführten Zahlen möchten wohl zum Theil richtig sein, theilweise seien sie es aber auch nicht, denn die der Commission vorgelegenen Regulative seien schon einige Jahre alt, und bei dem heutigen Fortschritte habe sich die Zeit seitdem gewaltig geändert. Neuen auf Grund eigener Erfahrungen herangebildeten Sachen müsse man Achtung schenken. In welcher Weise nun das benöthigte Geld aufgebracht werde, sei ziemlich gleichgültig, es müsse eben bezahlt werden, und der Magistrat habe nur auszuführen, was die Gesamtheit, die Stadtgemeinde wolle, wobei es darauf ankomme, die größtmöglichen Unannehmlichkeiten für die große Masse herauszusuchen. Hier falle aber noch etwas anderes ins Gewicht; je mehr man sich nach dem modernen Fortschritte einrichte, desto mehr müsse auch an Gehältern ausgezahlt werden, da mehr Beamte angestellt und mehr geleistet werden müsse. Im allgemeinen Interesse sei es daher besser, wenn die Kosten auf die Communalsteuern geschlagen würden. Wenn die Wasserleitung vom Harze eingerichtet worden wäre, dann würde es nicht anders gekommen sein und wenn jetzt schon wieder befürchtet werde, daß man bald wieder am Ende der Leistungsfähigkeit der Werke angelangt sei, so sei auch zu befürchten, daß dieses Ende trotz der beabsichtigten Sparsamkeit bald eintreten werde. Der Herr Referent sage ja selbst, daß man unbekannten Verhältnissen gegenüberstehe; wer garantire also dafür, ob man nicht in 5 Jahren wieder in derselben Lage sei wie heute. Daß das Wasser hier billiger geliefert werde als in anderen Städten, möge ja sein; man dürfe aber die Anlagekosten von 240 000 M., die doch auch von der Bürgerschaft haben zusammengebracht werden müssen, nicht außer Acht lassen. Diese Gelder hätten können ebenfogat zu anderen Zwecken verwandt werden.

Herr Stadtrath Schöttler: Das vom Herrn Vorredner gegebene Citat in Bezug auf die Erkennung des Culturzustandes eines Volkes sei nicht ganz richtig; seines Wissens handle es sich dabei nicht um den Verbrauch von Wasser sondern von Seife. Er wolle aber das Citat gelten lassen, jedoch mit der Einschränkung, daß ein Unterschied gemacht werden müsse zwischen Wasserverbrauch und Wasserverschwendung, ob man den häuslichen Bedarf, wenn auch in vollem Maße, befriedige, oder ob man das Wasser in, er möchte sagen, übermüthiger Weise fließen lasse. Im November, wo die Hitze doch wahrlich nicht gedrückt habe, sei in Braunschweig mehr Wasser pro Tag und Kopf verbraucht, als in irgend einer anderen Stadt im Sommer verbraucht werden dürfe. Was wolle daraus werden, wenn das so fortgehe? Als Mit-

glied der Deputation für den Neubau der Wasserwerksanlagen könne er die nicht sehr erfreuliche Mittheilung machen, daß eine Nachberwilligung von 100000 M erforderlich werden werde, und wenn der bisherigen Wasservergeudung nicht Einhalt gethan werde, dann müsse man sich darauf gefaßt machen, daß im folgenden Jahre wieder 30 bis 40000 M für Anlage neuer Filter und weiterer Maschinen aufgewandt werden müßten. Er bitte dringend von einer kostenfreien Wasserlieferung abzusehen, weil sonst noch mehr als bisher die Verschwendung Platz greifen würde.

Herr Nieß: Bei Annahme des Rieke'schen Antrages würde, da die Communalsteuer je nach der Einschätzung im Verhältnisse von etwa 1 zu 5 steige, ein Theil der Einwohner sein Wasser für den Hausbedarf 5 mal so theuer bezahlen müssen als der andere. Auf welchem Gerechtigkeitsprincip ein derartiges Vorgehen beruhen solle, könne er sich nicht erklären. Was für Exempel die Zukunft für uns aufbewahrt habe, wisse man allerdings nicht, bezüglich der Wassermesser rechne man aber mit sehr bekannten Thatsachen, und damit man einen Wassermißbrauch, wie er thatsächlich bislang getrieben sei, in Zukunft nicht mehr zu befürchten habe, werde er gegen den Antrag des Herrn Rieke und für Einführung der Wassermesser stimmen.

Herrn Rieke's Antrag wird darauf abgelehnt.

Der Antrag der Herren Krahe und Blasius gelangt sodann zur Berathung.

Herr Krahe führt zur Motivirung Folgendes aus: In der Weise, wie bisher mit dem Wasser verfahren sei, könne es nicht weiter gehen; es müsse unbedingt eine schärfere Controle eingeführt werden, um der heillosen Wasservergeudung, der man sich stellenweise hingeeben habe, entgegenzutreten. Er sei principiell nicht gegen die Wassermesser; man dürfe aber nicht die ganze Einwohnerschaft controliren, da nicht alle das Verschwendungssystem anwendeten; man könne doch immer nur von Ausnahmen sprechen. Für jedes Haus Wassermesser einzuführen, würde große Unzuträglichkeiten und Weitläufigkeiten mit sich bringen. Er wolle nur darauf hinweisen, daß mit der Einführung der Wassermesser auch ein ganz erheblicher Rückgang in den Einnahmen in Aussicht stehe. Große Häuser, die bisher 120 — 140 M einbrachten, würden später kaum für 30 M Wasser gebrauchen. Er sehe also gar kein Heil in einer allgemeinen Einführung der Wassermesser.

Wenn er auch die vom Herrn Referenten gegebenen Zahlen als richtig anerkennen müsse, so scheine ihm doch, daß finanzielle Vortheile nicht zu erwarten seien. Eine weit bessere Einnahme würde man erzielen, wenn die Fabriken und gewerblichen Etablissements mit Wassermessern versehen würden und nach ihrem Wasserverbrauch bezahlten, die übrigen Häuser aber zu gewissen Procenten von der Grundsteuer herangezogen würden. Die allgemeine Einführung der Wassermesser würde Nachtheile in gesundheitlicher, in ethischer und moralischer Beziehung im Gefolge haben, und Prozesse zwischen Wirthen und Inquilinen würden kein Ende nehmen.

Sehe man schließlich ein, daß es ohne Wassermesser nicht gehe, dann könne man sie ja später immer noch einführen. Warum solle man es aber nicht erst so versuchen? Außerdem seien die Wassermesser noch nicht derartig beschaffen, daß man sich vollständig auf sie verlassen könne; die in den hiesigen Staatsgebäuden vorhandenen functionirten höchst mangelhaft. Redner bittet nochmals, den von Herrn Blasius und ihm eingebrachten Antrag anzunehmen. Dadurch werde man sicher eine Wassereinschränkung erreichen. Aber — *les extrêmes se touchent* — durch eine allgemeine Einführung der Wassermesser werde man das Gegentheil von dem erreichen, was angestrebt werde; Schmutz und Dreck würden an Stelle der bisher gewohnten Reinlichkeit treten. Er möchte nicht gern, daß der schöne alte Spruch am Altstadtmarkt-Brunnen:

„Des waters in vlot

„de stat in godes vrolich dot“

sich ins Gegentheil verkehrte.

Herr Wolff: Die Gründe des Herrn Vorredners seien in der Commission eingehend erwogen, sie seien aber nicht geeignet gewesen, den von der überwiegenden Majorität gefaßten Beschluß zu ändern. Wenn Herr Krahe, um damit gewissermaßen auf den Ausgang der ganzen Sache einzuwirken, anführe, daß die ihm bekannten Wassermesser mangelhaft seien, so müsse er (Redner) dem entgegenhalten, daß in dieser Beziehung seit einer Reihe von Jahren eminente Fortschritte gemacht seien. Die heutigen Wassermesser könnten, wie Herr Krahe in der Commission selbst zugestanden habe, nahezu als vollendet angesehen werden; daß die neuen Wassermesser überhaupt richtig functioniren, sei ja mit eine Hauptgrundlage der neuen Einrichtung. Bisher habe man in Braunschweig meist nur schlechtes Wasser gehabt, durch welches jeder Wassermesser binnen kurzer Zeit total verschlammmt werde. Da nun jetzt aber die Erzielung eines reinen, klaren und filtrirten Wassers als der ausgesprochene Zweck unserer neuen Einrichtung hingestellt sei, so werde damit jede Befürchtung, daß die Wassermesser ihren Zweck nicht erfüllen, hinfällig. Auch in gesundheitlicher Beziehung werde man entschieden bedeutende Vortheile erreichen; statt des bisherigen schmutzigen Wassers werde man ein reines Wasser bekommen, das jeder mit Appetit trinken könne.

Der finanzielle Gesichtspunkt möge wohl für den Anfang nicht gerade sehr günstig sein. Er gebe zu, daß eine Anzahl von Leuten in übertriebener Sparsamkeit ihren Wasserverbrauch einschränken würden; ob es aber in dieser Beziehung so weit gehen werde, daß Einem später dort, wo jetzt die größte Reinlichkeit herrsche, Schmutz und Dreck entgegenstarren werden, müsse er stark bezweifeln. Der Wasserverbrauch habe sich im Laufe der Jahre so sehr eingebürgert, daß selbst in den ärmsten Familien in dieser Beziehung jetzt andere Grundsätze herrschten, als früher; er sei deshalb fest überzeugt, daß das Wasser nach wie vor in gleicher Menge verbraucht werden werde.



Jedem Consumenten, auch dem kleinsten Hause, werde aber das Wasser durch das Regulativ in so reichlichem Maße zugebilligt, daß es zur Erhaltung der Reinlichkeit vollständig genüge. Weil man aber doch befürchtet habe, daß eine Einschränkung in mancher Beziehung stattfinden könnte, so sei in das Regulativ eine Art Sicherheitsventil in der Bestimmung bezüglich des Minimalverbrauchs eingeschoben. Dieser Minimalverbrauch sei nach jeder Richtung hin so bemessen worden, daß niemand daran Anstoß zu nehmen brauche. Die öffentliche Meinung sei in dieser Beziehung in höchst bedauerlicher Weise irre geleitet worden. Die Verbesserung, welche der neue Zustand mit sich bringe, indem er den meisten Hausbesitzern das Wasser weit billiger als bisher stellen werde, sei absichtlich verschwiegen oder verschleiert worden, und er sei fest überzeugt, daß, wenn die neue Einrichtung erst einmal eingeführt sei, diejenigen Leute, welche sich heute als Gegner der Sache zeigen, später beschämt zugestehen würden, daß alles weit besser gehe, als sie erwartet hätten. Wenn man im ersten Jahre auch wirklich weniger Einnahme haben werde als bisher, so werde sich dieselbe höchst wahrscheinlich doch so hoch belaufen, daß das Werk im Gange erhalten werden könne und kein Deficit entstehe, und mit der Zeit werde sich, wie nach den gemachten Erfahrungen mit Bestimmtheit zu erwarten sei, ein etwaiger kleiner finanzieller Ausfall des ersten oder der ersten Jahre ausgleichen.

Die Idee der Herren Krahe und Blasius, die Fabriken und gewerblichen Etablissements mit Wassermessern zu versehen, den Verbrauch des Wassers zu häuslichen Zwecken aber in ähnlicher Weise wie bisher nach dem Miethsätze zu veranlassen und dabei den Consumenten freie Verfügung über das Wasser zu lassen, habe zwei außerordentlich schwache Seiten. Einmal, wie solle es möglich gemacht werden, in denjenigen größeren Häusern, welche Gewerbebetriebe enthalten, den Wasserverbrauch des Gewerbes von dem lediglich häuslichen Bedarfe zu trennen? Pauschalsätze anzunehmen, werde sich als vollständig unmöglich herausstellen. Zwei Wasserleitungen anzulegen, würde aber doppelte Anlagekosten verursachen. Wer garantire auch dafür, daß das nach freiem Belieben in ungemessener Menge dem häuslichen Bedarfe zur Verfügung stehende Wasser nicht auch einmal in schwachen Augenblicken für den gewerblichen Gebrauch verwandt werde? Seines Erachtens könne sich die Stadt nicht auf den Standpunkt stellen, daß alle Bürger in dieser Beziehung Tugendhelden seien und nicht doch einmal Leute in Versuchung kämen, die Stadt nach dieser Richtung hin zu schädigen. Die andere schwache Seite sei folgende: Mit überzeugender Anschaulichkeit sei der Versammlung heute vorgeführt worden, daß eine wahre Wasserverschwendung, eine Wasservergeudung, ein Wassermißbrauch getrieben werde. Um eben diesem Uebelstande abzuhelpen, habe man sich entschlossen, mit dem bisherigen Principe zu brechen und Wassermesser einzuführen. Das Princip der Wassermesser sei die Grundlage zu unserer neuen Anlage gewesen, für welche eine Million ausgegeben sei. Dennoch werde von den Herren Antragstellern gewünscht, daß für häus-

liche Zwecke der bisherige Zustand, wonach mit dem Wasser nach Belieben geschaltet werden könne, beibehalten werde, allerdings müsse, wie sie hinzufügen, eine sorgfältige Controle geübt werden. Wie könne diese aber geübt werden? Doch nur durch die allerunangenehmsten Plackereien der Hausbesitzer. Jeder, der das Wasser nur zum häuslichen Bedarf verwende, werde in Zukunft dem ausgesetzt sein, daß zu jeder Zeit der städtische Controleur in sein Haus komme, um zu controliren, daß keine Verschwendung stattfinde. Es sei bekannt, daß Verschiedene ihre Wasserleitung Tag und Nacht laufen lassen; wenn der Nachbar dies höre, werde er möglicher Weise zum Denuncianten gegen seinen Nachbar, der Inquiline gegen seinen Mitinquilinen, kurz, es werde sich ein höchst unleidliches System der Controle und Angeberei herausbilden und trotzdem werde mit der größten Aufmerksamkeit nicht verhindert werden können, daß zeitweilig eine Wasservergeudung stattfinde. Alle Aufwendungen würden umsonst gewesen sein, da die vorgesehene Leistungsfähigkeit des Werkes den Anforderungen nicht genügen könne.

Wenn Herr Krahe besonders betont habe, daß beim Vorhandensein von Wassermessern es fortwährend zu Streitigkeiten zwischen Wirth und Inquilinen kommen würde, so wolle Redner zugeben, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei. Wie verhalte es sich denn aber in dieser Beziehung in vielen anderen Städten, wo die Wassermesser schon seit Jahren eingeführt seien? Haben sich die Leute denn dort nicht an den Zustand gewöhnen können? Man sehe ja vor keinem vollständigen Novum. Es sei offenkundige Thatsache, daß in anderen Städten die Leute schließlich sich zu vertragen gelernt haben. Er erinnere nur an Deutschlands Hauptstadt. Wie bei Einführung der neuen Währung, des neuen Gewichts und bei Aufgabe der Mahl- und Schlachtsteuer es immer Leute gegeben habe, die andere zu übervorthellen gesucht haben, so werde dies auch bei Einführung der Wassermesser der Fall sein, und es werde anfänglich, bis sich alles ausgeglichen habe, allerdings ohne Streitigkeiten nicht abgehen. In kleineren Häusern mit einem oder zwei Zapfhähnen werde es ruhig zugehen, da controlire der Eine den Anderen, und in Häusern mit größeren Wohnungen könnten ja für die Inquilinen besondere, kleine Wassermesser angebracht werden. Natürlich werde sich jeder erst an die neuen Verhältnisse gewöhnen und jeder das Seinige dazu beitragen müssen; wenn dies aber erst geschehen sei, dann würden auch die Zwistigkeiten aufhören. Dem in dieser Beziehung von Herrn Krahe vorgebrachten Einwande könne man also keinen besondern Werth beilegen. Redner bittet schließlich den Antrag Krahe-Blasius abzulehnen und, dem im Jahre 1882 angenommenen Standpunkte entsprechend, der Einführung der Wassermesser zuzustimmen.

Herr Günther schließt sich nunmehr dem Krahe-Blasius'schen Antrage an. Nicht bloß anfänglich, sondern noch lange nachher würden Streitigkeiten zwischen Wirth und Inquilinen stattfinden. Die Hausbesitzer würden darauf bedacht sein, den

engsten Wassermesser anzuschaffen, und besonders darauf achten, daß der Wasserbedarf sich nicht steigere, und der eine oder andere Inquilin nicht zu viel Wasser sich aneigne. Auf der anderen Seite müsse er jedoch zugestehen, daß eine große Anzahl Hausbesitzer später billigeres Wasser haben werde als jetzt. Der Wasserverschwendung könnte dadurch ein Ziel gesetzt werden, daß den Gewerben ordentlich auf die Finger gesehen werde; so werde z. B. in Brauereien viel Verschwendung mit dem Wasser getrieben. In gesundheitlicher Beziehung sei die allgemeine Einführung der Wassermesser zu verwerfen, denn selbstverständlich würden in kleineren Häusern, wie beispielsweise auf der Mauernstraße, dem Klinte, der Friesenstraße, die Spülungen und Abwaschungen nicht so häufig vorgenommen werden, wie jetzt.

Herr Blasius: In Dresden sei ziemlich genau dasselbe Reglement eingeführt, welches von Herrn Krahe und ihm in Vorschlag gebracht sei, und was dort gehe, werde auch wohl hier gehen. Daß im November ein übermäßiger Verbrauch an Wasser stattgefunden habe, sei ihm sehr begreiflich, denn von einer Controle sei ja in der letzteren Zeit überhaupt keine Rede gewesen. Man sollte scharf controliren und die Verschwender gehörig bestrafen. Schon bei der ersten Berathung dieser Sache im Jahre 1882 habe er davor gewarnt, das Princip der Wassermesser anzunehmen. Er befürchte, daß später eine übertriebene Sparsamkeit eintreten würde und das geschehe auf Kosten des allgemeinen Gesundheitszustandes der Stadt. Leute, die es machen können, werden nach wie vor Wasser zum Baden, für Fontainen u. s. w. gebrauchen, aber auf diese wenigen komme es nicht an; um den günstigen Gesundheitszustand einer Stadt zu halten, komme es auf die große Masse an, die auf engen Straßen, in kleinen Häusern, an engen Höfen wohne. Es komme viel darauf an, ob die Höfe und Canäle mehr oder weniger gereinigt und gespült würden. Die Canalisation sei bis jetzt noch nicht vorhanden; man müsse aber auf alle Weise Reinlichkeit in die kleinen Häuser zu bringen suchen, und dazu gebe es nur Wasser; man sollte den ärmeren Bewohner nicht zur übertriebenen Wasserersparniß veranlassen. Für den Antrag der Herren Burhard, Günther und Rieke habe er nicht gestimmt, weil mit Annahme desselben auch diejenigen mit hätten zahlen müssen, die überhaupt kein Wasser aus der städtischen Wasserleitung beziehen. Werde der von Herrn Krahe und ihm gestellte Antrag angenommen, dann könne man erst bei den gewerblichen Etablissements die so nöthigen Erfahrungen sammeln, was um so mehr erforderlich, als man, wie ja der Herr Referent auch hervorgehoben habe, unbekannten Verhältnissen entgegengehe. Er bitte diesen Antrag anzunehmen und nicht den ärmeren Leuten durch ein derartiges Regulativ den gewohnten Wasserverbrauch zu schmälern.

Herr Reuter hält es für erforderlich, zunächst seinen Standpunkt zur vorliegenden Frage zu präcisiren, da er allgemein als Vater des vorliegenden Regulativs angesehen werde, diese Vaterschaft aber entschieden ablehnen müsse. Sein Vorschlag sei der gewesen, welchen der Herr Referent bei der Besprechung der Deputations-Ber-

handlungen in erster Linie geschildert habe. Er habe denselben mit Bedauern aufgeben müssen, weil er die Ansicht der Deputation nicht zu widerlegen vermocht habe, daß man bei Annahme desselben in Bezug auf die Leistungsfähigkeit des neuen Werkes auf Schwierigkeiten stoßen und die Stadt bald in neue bedeutende Ausgaben stürzen würde. Im Auftrage der Deputation habe er dann allerdings ein Gutachten über den jetzt vorgeschlagenen Modus erstattet und es freue ihn, daß er unter den obwaltenden Umständen auch dem jetzt vorliegenden Regulative mit voller Ueberzeugung zustimmen könne.

Der Grundsatz, welcher jetzt zur Anwendung kommen solle, sei der, daß Jeder, der nach seinem Belieben an den Annehmlichkeiten der Wasserversorgung Theil nehme, je nach dem Umfange der ihm zur Verfügung gestellten Wassermenge, verpflichtet werde, eine bestimmte Menge Wasser zu verbrauchen. Das sei nothwendig, damit nicht durch übermäßige Sparsamkeit den Canälen die Unreinigkeiten zu wenig verdünnt zugeführt würden, damit das Werk nicht lediglich als Nothknecht benutzt werde und damit — falls ein Wassermesser nicht zeigen sollte — mindestens etwas für das entnommene Wasser gezahlt wird.

Es sei nun dieses Wasserminimum so festgestellt, daß der Consument genöthigt werde, **im Jahre** mindestens so viel Wasser zu verbrauchen oder doch zu bezahlen, wie er durch seine Zuleitung **in einem Tage** zu beziehen vermöge und nur bei sehr weiten Zuleitungen habe das Minimum etwas höher gegriffen werden müssen.

Daß in solcher Feststellung der Minimalmenge keine Unbilligkeit liege, ergebe sich, wenn man die muthmaßliche Vertheilung der Wassermesser berücksichtige; es würden erhalten:

|      |              |       |               |                |         |         |
|------|--------------|-------|---------------|----------------|---------|---------|
| 1075 | Consumenten, | 13 mm | Wassermesser, | Minimalausgabe | 9 Al =  | 9675 Al |
| 662  | »            | 20 »  | »             | »              | 20 » =  | 13240 » |
| 1151 | »            | 25 »  | »             | »              | 30 » =  | 34530 » |
| 329  | »            | 30 »  | »             | »              | 60 » =  | 19740 » |
| 175  | »            | 40 »  | »             | »              | 100 » = | 17500 » |
| 38   | »            | 50 »  | »             | »              | 150 » = | 5700 »  |

von 3430 Consumenten werde also verlangt, daß sie künftig mindestens für 100385 Al oder 10038500 cbm Wasser im Jahre verbrauchen sollen, während dieselben im Jahre 1884 zu den bisherigen Tariffätzen factisch 131 013 Al 40 S bezahlt, dagegen aber 3371 997 cbm Wasser verbraucht hätten.

Nach sorgfältigen statistischen Erhebungen betrage mit Ausschluß von Badeeinrichtungen, Closets, Equipagen u. der Wasserbedarf pro Kopf und Tag:

|                                           |                  |
|-------------------------------------------|------------------|
| zum Trinken, Kochen, Reinigen u. . . . .  | 20 bis 30 Liter  |
| zur Wäsche . . . . .                      | 10 » 15 »        |
| also zu gewöhnlichen häuslichen Zwecken . | 30 bis 45 Liter. |

Für beschränktere Verhältnisse seien demnach 30 Eiter (gleich 3 Eimern größter Sorte) pro Kopf und Tag eine vollständig ausreichende Wassermenge. Zu Anfang dieses Jahres waren hier 365 Grundstücke, welche bislang jährlich je 9 M für das Wasser bezahlten, angeschlossen, diese würden als Minimum auch künftig 9 M zu zahlen haben und dafür jährlich 90 cbm, täglich rund 250 Eiter Wasser beziehen können; wohnten in einem solchen sehr kleinen Hause 8 Personen, dann könnten die betr. 30 Eiter pro Kopf und Tag entnommen werden, ohne daß der Minimalbetrag überschritten würde, wohnten mehr Personen in demselben und fände eine Einschränkung des Wasserverbrauches nicht statt, dann würde für jeden Mehrbewohner jährlich rund eine Mark nachzahlen sein. In wenigen dieser Häuser wohnten übrigens mehr als 8 Personen.

Hieraus und aus dem genannten übrigen Minimalfällen werde man ersehen, daß das Bestreben dahin gegangen sei, einmal für die Unbemittelteren eine thunlichst geringe Ausgabe beizubehalten, dann aber auch die übrigen Fälle so zu greifen, daß niemand beeinträchtigt werden könne, da von niemandem verlangt werde, später mehr für Wasser zu bezahlen als bisher, im Gegentheil die meisten Consumenten mit geringeren Zahlungen abkommen würden; nur bei andauernder Wasserverschwendung werde erheblich mehr zu bezahlen sein als bisher.

Die von dem Herrn Referenten erwähnte dankenswerthe Zusammenstellung der Bestimmungen aller Regulative der mit Wasserleitung versehenen deutschen Städte, seitens der Stadt München, habe daselbst vor zwei Jahren zum Erlasse eines Regulatives geführt, welches auf denselben Grundsatz wie das hiesige aufgebaut sei, nämlich den, für größte Lieferungsbereitwilligkeit auf der einen, auf der anderen Seite eine Minimalabnahme zu fordern. Der Unterschied bestehe darin daß

|                      |   |   |                          |   |   |            |
|----------------------|---|---|--------------------------|---|---|------------|
| wo hier jährlich 9 M |   |   | dort vierteljährlich 9 M |   |   | 10 S       |
| »                    | » | » | 20                       | » | » | 22 » 80 »  |
| »                    | » | » | 30                       | » | » | 45 » 60 »  |
| »                    | » | » | 60                       | » | » | 114 » — »  |
| »                    | » | » | 100                      | » | » | 228 » 10 » |
| »                    | » | » | 150                      | » | » | 365 » — »  |

als Minimum gezahlt werden müsse. Dasselbe ist also in München 4 bis fast 10 Mal höher als hier. Was nußt unter diesen Umständen den Hausbesitzern in München der billige Preis von 5 S, den sie für das cbm Wasser zu zahlen haben, wenn das kleinste Haus neben 10 M Wassermesser-Miethe unter allen Umständen jährlich mindestens 36 M 40 S für Wasser bezahlen muß?

Durch die neuen Anlagen würden den Consumenten erhebliche Vortheile geboten, sie würden unausgeseht filtrirtes Wasser bekommen und dieses werde, weil ein vernünftiger Consum stattfindet, fast ohne Ausnahme bis in die obersten Stagen steigen.

Er könne denn auch die Versicherung geben, daß bereits sehr viele Consumenten ihre Freude darüber ausgedrückt hätten, daß sie endlich in die Lage kämen, keinen höheren Beitrag bezahlen zu müssen, als das von ihnen thatsächlich gebrauchte Wasser koste, und daß sie daneben nach jeder Richtung hin freie Verfügung über das Wasser erhielten.

Wenn man das vorliegende Regulativ mit denen anderer Städte vergleiche, dann dürfe man nicht, wie es geschehen sei, den einen oder anderen Paragraphen herausgreifen und sagen, dies ist da, jenes ist dort vortheilhafter für die Consumenten; damit gelange man selbstverständlich zu einem Regulative, welches einseitig lediglich dem Interesse der Consumenten diene. Das sei durchaus nicht der Zweck eines Wasserregulatives, der vielmehr darin bestehe, die Rechte und Pflichten auf beiden Seiten gewissenhaft abzuwägen und zu vertheilen. Dagegen könne man die aus den Regulativen sich ergebende Leistung und Gegenleistung in concreten Fällen vergleichen, was leider nicht geschehen sei. Der Herr Referent habe ja denn auch schlagend nachgewiesen, daß die von den Agitatoren gegen die Einführung von Wassermessern aufgestellten Behauptungen zum größten Theil in ihren Schlußfolgerungen sämmtlich vollständig unrichtig seien.

In Berlin betrug das zu zahlende Minimum bis zum Jahre 1883 pro Quartal 80 cbm à 30 S = 24 M. also im Jahre 96 M. Dieser Betrag mußte bezahlt werden, auch wenn man gar kein Wasser gebraucht hatte, ihn mußte das kleinste wie das größte Grundstück bezahlen. Das habe zu den größten Härten geführt und sei dann, vom Jahre 1884 an, dieser Minimalsatz auf 24 M., aber wiederum sowohl für große wie für kleinere Grundstücke ermäßigt worden, dazu komme noch die Wassermesser-Miethe. Dasjenige Wasser aber, welches über das Minimum hinaus verbraucht werde, koste 15 S pro cbm, während hier in Braunschweig überhaupt nur 10 S pro cbm gezahlt würden. — Hier sei man von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß das Werk keine ungemessene Einnahmequelle bilden solle, sondern daß etwaige Ueberschüsse dem Erneuerungs- und Reservefonds zu Gute kommen, und im Interesse des Werks und der Consumenten wieder verausgabt werden sollten. Es sei überhaupt unerfindlich, weshalb hier an die Wasserlieferung, wie behauptet sei, exorbitante Bedingungen geknüpft werden sollten, da solche durchaus nicht erforderlich. Das Werk sei verhältnißmäßig billig hergestellt, einen Theil der Kosten habe der Staat getragen, folglich müsse dasselbe billig arbeiten können, wenn aus den Erträgen nicht andere städtische Bedürfnisse befriedigt werden sollen. Sehr billig seien die Bedingungen der Wasserabgabe von Anfang an gewesen und bleiben dies auch nach Annahme des vorgelegten Regulatives.

Redner wendet sich nun den verschiedenen Anträgen zu. Viele Einwendungen seien bereits durch den Collegen Wolff erledigt, dessen Ausführungen er beitrete. Wenn von einer Wasserverschwendung seitens der Brauereien die Rede gewesen sei,

so müsse er dagegen einwenden, daß die Brauereien ihren Bedarf voll bezahlten; sie bezahlten 5% von der Maischsteuer, was annähernd auf je 100 Liter gebrautes Bier, dem Verbrauche von 500 Liter Wasser entspreche. Eine Brauerei hier zahle jährlich zwischen 3000 und 4000 M., wofür man allerdings das bedeutende Quantum von 30 000 resp. 40 000 cbm. Wasser beanspruchen könne. — Auf Dresden könne nicht Bezug genommen werden, denn dort beständen vollständig andere Verhältnisse. Wenn zwei dasselbe thun, so sei es im Erfolge noch nicht dasselbe. Man müsse stets die Selbstkosten und die lokalen Verhältnisse berücksichtigen. — Ferner sei hervorgehoben, daß man die Wasserverschwender bestrafen müsse. Dies sei auch jahrelang wenn möglich geschehen, man habe in verschiedenen Fällen die Betreffenden in Strafe genommen; da aber nichts dadurch erreicht sei, so habe man es seit 1882 aufgegeben, in den Häusern controliren zu lassen, wenigstens haben Denunciationen wegen Wasserverschwendung seitdem nicht mehr stattgefunden, es sei auch eben zu schwierig, jemandem eine Verschwendung nachzuweisen. — Mit dem Gase sei es früher ähnlich gewesen. Man habe auch anfänglich mangels richtiger Gasmesser die sehr theuern sog. Tariffammen eingeführt, was zur Folge hatte, daß die Consumenten verhältnißmäßig viel bezahlen mußten und die Gasanstalten dennoch auf keinen grünen Zweig kamen, weil die Tariffammen weit über die zu Grunde gelegte Zeit hinaus, oft selbst am Tage angezündet blieben. Durch allgemeine Einführung der Gasmesser sei damals beiden Theilen geholfen. Genau so werde es mit den Wassermessern gehen. — Es sei auch darauf hingewiesen, daß später die Abflüsse und Canäle nicht gehörig gereinigt werden würden, weil das Wasser zu theuer sei. Dagegen aber schüge gerade der geforderte Minimalverbrauch. Die Wasserverschwendung trage zur Spülung der Canäle herzlich wenig bei, sie bestehe meist darin, daß man die Hähne nach Gebrauch nicht vollständig schließe, auch wohl beschädigte Gummischeiben nicht auswechsle; die dann ausfließende Wassermenge sei zu einer Spülung bei weitem nicht groß genug, ergebe aber durch ihre Andauer einen erheblichen Wasserverlust, da schon der dünnste ununterbrochen ausfließende Wasserfaden im Jahre 90 cbm also für 9 M. Wasser erfordere, genug, um ein von 9 Personen bewohntes Haus, das ganze Jahr hindurch genügend mit Wasser zu versorgen. Die Wasserverschwendung werde — an vielen Stellen betrieben — ohne Nutzen zu schaffen, lediglich die Kosten der in das Auge gefaßten künftigen Desinfection der Canalwässer in erheblichem Maaße vermehren. Zu zweckentsprechender Spülung der Canäle sei für kurze Zeit eine große Menge Wasser und eine thunlichst große Durchflußgeschwindigkeit erforderlich, diese vorzunehmen werde man auch künftig im Stande sein, wenn die Verschwendung aufhöre. — In Aussicht gestellte Streitigkeiten bezüglich der Bezahlung des Wassers kämen übrigens auch jetzt zwischen Wirth und Miethern häufig vor; es vergehe kaum eine Woche, wo nicht jemand komme, um sich zu erkundigen, was er eigentlich zu bezahlen habe, und es stelle sich dann häufig heraus, daß ihm mehr abgefordert sei als der Tarif vorschreibe.

Uebrigens lasse sich künftig der Verbrauch jeder einzelnen Wohnung durch Anbringung eines kleinen Wassermessers genau feststellen.

Herr Krahe: Die Wassermesser können vollständig richtig construirt werden, aber der Gebrauch derselben bereite oft Schwierigkeiten und Weitläufigkeiten. Durch die kleinsten Unreinigkeiten, welche nun einmal, auch bei der besten Filtration, nicht ganz vermieden werden könnten, würden die Wassermesser zum Stillstehen gebracht; auch bilde sich leicht Rost und sie müßten reparirt werden. Bei Annahme seines Antrags würden 3 bis 5 Controleure angestellt werden müssen; wenn dann jemand erst einmal abgefaßt und bestraft worden sei, so spreche sich das aus, und er werde sich vor weiterer Wasserverschwendung und Uebergreifen hüten. Uebrigens könne man auch im Großen und Ganzen das Vertrauen zu unseren Mitbürgern haben, daß sie bei Befriedigung ihres Wasserbedarfs nicht in unreeller Weise verfahren würden, wie das Herr Wolff befürchte. Wenn in anderen mit Wassermessern versehenen Städten keine Streitigkeiten vorkämen, so habe das seinen Grund darin, daß dort die Wassermesser gleich mit Anlage des Wasserwerks eingeführt seien. Wäre man hier in gleicher Lage, dann würde er gegen die Wassermesser nichts einzuwenden haben. Was endlich die von Herrn Wolff erwähnte Spionage und das Denunciantenwesen anlange, so würde beides beim Vorhandensein von Wassermessern mehr Platz greifen, als wenn der Wasserverbrauch von behördlicher Seite gehörig controlirt würde.

Herr Stadtrath Schöttler schließt sich den Ausführungen des Herrn Reuter an. Daß jetzt stellenweise eine unverantwortliche Wasserverschwendung stattfindet, werde ja auch von den Herren Blasius und Krahe anerkannt; zur Auffindung der Schuldigen gebe es aber eben kein anderes Mittel als die Wassermesser. Bei Einführung einer Controle, wie sie Herr Krahe wünsche, müsse man die größten Widerwärtigkeiten befürchten, es würde zu heillosen Gehässigkeiten zwischen den Controleuren und dem Publikum und unter letzterem selbst kommen.

Wenn nun der Herr Referent von unbekannten Verhältnissen gesprochen habe, denen man entgegengehe, so könne sich das nur darauf beziehen, daß man noch Erfahrungen in Bezug auf die richtige Abschätzung der Preise und die verschiedenen Dimensionen der Wassermesser sammeln müsse. Die Einführung der Wassermesser dürfe nicht mehr aufgeschoben werden, damit der Wasserverschwendung endlich Einhalt geboten werden könne. Daß die Wassermesser eine zu große Sparsamkeit im Wasserverbrauch herbeiführen würden, glaube er nicht, weil niemand mehr für den Bedarf werde zu bezahlen brauchen als er bisher gethan habe und weil die in anderen Städten in dieser Beziehung gesammelten Erfahrungen nicht dafür sprechen. Auch in Magdeburg habe man, als die Wassermesser eingeführt seien, einen Minimalsatz gehabt. Die Wassermesser seien aber nicht etwa bei Anlage des Wasserwerks schon vorgerichtet, sondern erst lange Jahre nachher bei der Erweiterung des:



selben eingeführt worden. Der Wasserverbrauch sei aber nach wie vor derselbe geblieben. Durch das neue Regulativ würden niemandem besondere Lasten auferlegt und wenn man jetzt die Einführung von Wassermessern nicht beschliesse, dann werde man eine Unmasse von Schwierigkeiten und großen Ausgaben entgegengehen und er sei überzeugt, daß binnen Kurzem ein derartiger Beschluß doch werde gefaßt werden müssen. Im Interesse der Stadt und der gesammten Einwohnerschaft bitte er, sich für die Annahme von Wassermessern zu entscheiden.

Herr Schwarzenberg hält es für richtiger, wenn die Wassermesser zunächst nur in beschränkter Weise eingeführt werden, damit man über die Functionirung und praktische Anwendung derselben erst selbst Erfahrungen sammeln könne und nicht nach anderen Städten hinzusehen brauche. Auch über den Minimalsatz und über die Preise müsse erst die Zukunft das Passendste an die Hand geben. Er habe erst einen Antrag einbringen wollen, wonach die Wassermesser nur für gewerbliche Etablissements und Luxusanlagen und für alle neuen Zweigleitungen angewandt werden sollten. Die übrigen Commissionsmitglieder hätten ihm aber entgegengehalten, daß durch die jetzt herrschende Wasserverschwendung das Werk bald an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen sein würde, wenn man die Wassermesser nicht durchweg einführe. Er habe ein Correctiv gegen die Verschwendung theilweise in der Controle, theilweise in dem Umstande zu erblicken geglaubt, daß an Stelle des jetzt schmutzigen Wassers, welches man seiner Unverwendbarkeit wegen zum großen Theil ablaufen lassen müsse, reines treten werde, von dem jedes bißchen benutzt werden könne. Da aber seinem Antrage derjenige der Herren Blasius und Krahe in der Hauptsache entspreche, so werde er sich diesem anschließen. Für den gewöhnlichen Hausbedarf könne das Wasser vorläufig zu angemessenen Pauschalsätzen abgegeben werden und sollte die Verschwendung nicht aufhören, dann könnten, wie schon bemerkt, die Wassermesser immer noch eingeführt werden. Wo Gewerbe und Haushaltungen in ein und demselben Hause befriedigt werden müssen, da müßten selbstverständlich allemal Wassermesser angebracht werden, wodurch Uebergriffen mit Sicherheit vorgebeugt werden würde.

Referent hält eine Controle, wie sie Herr Krahe vorschlägt, nicht für durchführbar. Der Consum müsse aber eingeschränkt werden, weil die Leistungsfähigkeit des Werkes auf ein bestimmtes Maß beschränkt sei. Wenn er im Referat betont habe, daß man vor neuen Verhältnissen stehe, für welche man erst Erfahrungen sammeln müsse, so beziehe sich das, wie Herr Stadtrath Schöttler richtig ausgeführt habe, auf die gestellten Preise und die neueren Bestimmungen des Regulativs. Er halte nicht für empfehlenswerth, daß jetzt größere Concessionen gemacht und nachher Einschränkungen vorgenommen würden; es sei weit richtiger, gleich anfänglich etwas schärfer vorzugehen und später nachzulassen.

Herr Günther erwähnt den Kostenpunkt noch einmal. Es handle sich nicht nur um die ersten Anlagekosten zu 240 000 M, es würden auch späterhin noch größere Reparaturkosten von vielleicht 10 bis 20 000 M jährlich verausgabt werden müssen. Redner bittet dann den Herrn Referenten um Angabe derjenigen Städte, in welchen Wassermesser eingeführt sind.

Herr Wolff hebt nochmals hervor, daß ein großer Theil der Kosten gradezu weggeworfen sein würde, wenn nicht für eine Wasserersparniß gegenüber dem jetzigen Consum gesorgt würde. Es würden Verschlämmungen eintreten und würde es alsdann viel Kosten verursachen, den normalen Zustand wieder herbeizuführen. Die neuen Wassermesser seien, wie ihm inzwischen von Herrn Reuter versichert worden, in einer Weise construirt, daß sie selbst durch schmutziges Wasser in ihrer Functionirung nicht beeinträchtigt würden.

Nachdem Redner die von den Herren Blasius und Krahe für ihren Antrag angeführten Gründe zu widerlegen gesucht hat, bemerkt er Herrn Günther gegenüber, daß seitens der allerleistungsfähigsten Lieferanten Offerten vorlägen, wonach in den ersten 3 Jahren die Reparaturen auf Kosten der Lieferanten vorgenommen werden, in den folgenden 7 Jahren die Lieferanten die Reparaturen für 2 % und in den späteren 4 Jahren für 4 % der Anlagekosten ausführen. Nach Verlauf von 10 Jahren werde aber bereits soviel für den Reservefonds angesammelt sein, daß derselbe alle späteren Erneuerungen und Reparaturen zu decken im Stande sein werde. Redner bittet, den Antrag der Herren Krahe und Blasius, so gut derselbe auch gemeint sei, abzulehnen.

Herr Reiche empfiehlt, die Wassermesser nicht gleich obligatorisch einzuführen und jedem Consumenten zu überlassen, ob er sich dem alten oder dem neuen Regulative fügen wolle. Wenn das neue Regulativ wirklich soviel Vortheile mit sich bringe, wie wiederholt hervorgehoben sei, so würde sich Jeder binnen Jahresfrist diesem unterworfen haben. Durch ein derartiges Vorgehen würde auch noch erreicht werden, daß ein gewisses Mißtrauen, welches sich durch die heutige Vorlage den städtischen Behörden gegenüber bei vielen Consumenten eingeschlichen habe und welches in der Versammlung des Hausbesitzer- und Bürgervereins am 19. October so recht zum Ausdruck gebracht sei, zerstreut werden würde. Solchen Kundgebungen entgegen hier als Stadtverordneter zu stimmen, sei eine eigene Sache.

Der Herr Vorsitzende bemerkt hier, daß keiner der Herren sich durch diese Versammlung beeinflussen lassen dürfe; jeder habe nur nach seiner Ueberzeugung zu stimmen. Auf ihn habe die Versammlung auch nicht den Eindruck gemacht, daß er sich bei seiner heutigen Abstimmung durch das, was er dort vernommen habe, leiten lassen würde; die dort beliebte Art der Discussion und die dort gehörten Autoritäten hätten ihm nicht imponirt.

Herr Blasius: Es sei immer betont, den ärmeren Leuten werde genug Wasser für einen Minimalbeitrag gereicht werden. Nach hygienischen Anschauungen müssen

aber 150 Liter pro Kopf und Tag bei Anlage einer städtischen Wasserversorgungsanstalt zu Grunde gelegt werden; 31 Liter seien viel zu wenig. Wenn den Leuten in Zukunft nur der fünfte Theil des Wasserquantums gegeben werden solle, welches sie als Durchschnittsquantum bisher zu verbrauchen gewohnt gewesen, so könne das in sanitärer Beziehung die übelsten Folgen haben nicht bloß für die betreffenden Bewohner, sondern für die ganze Stadt, da ja Epidemien, die mit Vorliebe in den engeren ärmeren Stadttheilen auszubrechen pflegen, sich leicht auf die ganze Stadt verbreiten könnten.

Referent bemerkt, daß der Vorschlag des Herrn Reiche nicht ausführbar sei, weil sich dann jeder demjenigen Regulative zuwenden würde, welches ihm speciell den meisten Vortheil biete; das Wasserwerk würde aber unbedingt dabei zu kurz kommen. Das von Herrn Blasius in sanitärer Beziehung für nothwendig erachtete Wasserquantum würde selbst den heutigen Consum noch übertreffen.

Es ist inzwischen ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen, welcher angenommen wird.

Darauf folgen einige persönliche Bemerkungen der Herren Reuter und Riecke. Letzterer betont, daß die von Herrn Reiche erwähnte Versammlung in Bethmanns Hôtel insofern für ihn maßgebend sei, als dort die gesamte Bürgerschaft sich gegen die Einführung von Wassermessern erklärt habe. Wenn nun der Bürgerverein und der Grundbesitzerverein sich von Herrn Königsdorff haben »leithammeln« lassen, und nicht erkannt haben, daß die Interessen jenes Herrn nicht die ihrigen seien, so sei er (Redner) nicht schuld daran. Er sei aber der Ansicht, daß der Artikel des Herrn Königsdorff nicht in die Versammlung gehöre und daß demselben viel zu viel Ehre angethan worden sei.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch bemerkt hat, daß die Bürgerschaft ihr Votum nicht in jener Versammlung, sondern durch ihre Vertreter in der gegenwärtigen Versammlung abzugeben habe,

wird der Antrag Krahe-Blasius abgelehnt.

Man geht zur Special-Berathung des Regulativ-Entwurfs über, welcher nach der Magistratsvorlage folgendermaßen lautet:

### R e g u l a t i v

für die Abgabe von Wasser aus dem städtischen Wasserwerke zu Braunschweig.

### Allgemeine Bestimmung.

#### §. 1.

Das Wasser des städtischen Wasserwerks wird durch Zweigleitungen an die Besitzer von Privatgrundstücken unter der Bedingung abgegeben, daß der Verbrauch durch einen Wassermesser ermittelt wird.

Zu bestimmten vorübergehenden Zwecken kann Wasser ohne Anbringung eines Wassermessers abgegeben werden.

## Anschluß der Zweigleitungen an das Wasserwerk.

### §. 2.

Wer den Anschluß seines Grundstücks an das Wasserwerk und die Wasserlieferung aus demselben bewirken will, hat Solches auf dem Bureau des Wasserwerks unter Angabe der die Größe des Wassermessers bestimmenden Anzahl, Art und lichten Weite der Ausflußöffnungen, welche die Leitung im Innern des Grundstücks erhalten soll, anzumelden.

Die Anmeldung wird in ein Anmeldeformular eingetragen. Durch Unterzeichnung desselben gilt die Wasserlieferung für das laufende Jahr, und zwar vom ersten Tage des auf den Anschluß folgenden Monats, und auf das nächstfolgende Kalenderjahr als mit der Wirkung abgeschlossen, daß der Leitungsbefitzer nicht nur den Bestimmungen dieses Regulativs, sondern auch — vorbehaltlich des ihm nach dem letzten Abfage des §. 15 zustehenden Kündigungsrechts — denjenigen Veränderungen sich unterwirft, welche durch eine den städtischen Behörden jederzeit vorbehaltene Revision desselben oder durch sonstige neue Bestimmungen künftig herbeigeführt werden sollten.

Derartige Veränderungen werden Magistratsseitig durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt gemacht und sind alsdann für jeden Wasserconsumenten bindend.

### §. 3.

Der Wassermesser wird ab Seiten des Wasserwerks, und zwar zu unentgeltlicher Benützung für die Dauer des Vertragsverhältnisses, geliefert. Die Aufstellung des Messers, sowie die Verbindung der Zweigleitung mit dem öffentlichen Rohrstrange und die Herstellung derselben bis mindestens 1,5 m hinter dem Wassermesser wird ausschließlich durch das Wasserwerk für Rechnung des Grundstückbesizers bewirkt.

Alle Besonderheiten der Anlage, welche die Direction des Wasserwerks für nöthig erachtet, ist der Besizer zu befolgen verbunden. Namentlich steht der Direction das Recht zu, den Platz für den Wassermesser und, unter Berücksichtigung des Umfangs der anzuschließenden Leitung, die Weite des Einleitungsrohres und die dem entsprechende Größe des Wassermessers zu bestimmen.

Die zum Schutz des Wassermessers gegen Frost und äußere Beschädigungen erforderlichen Vorkehrungen hat der Besizer auf seine Rechnung und Gefahr zu treffen.

Vor dem Messer, innerhalb des Messergehäuses und bis zu einer Entfernung von weniger als 1,5 m hinter dem Gehäuse darf kein Abzweig von der Leitung angebracht werden. Kein Grundstück darf durch eine Abzweigung von der in einem anderen Grundstück vorhandenen Privatleitung mit Wasser versehen werden.

### §. 4.

Geht das angemeldete Grundstück in den Besitz eines Anderen über, ohne daß eine specielle schriftliche Anzeige bei der Direction des Wasserwerks erfolgt, so haftet der bisherige Inhaber so lange für Zahlung des Wassergeldes und Einhaltung der

sonstigen Verpflichtungen eines Consumenten, bis die Direction den Nachfolger an seiner Stelle angenommen hat. Für das Wassergeld haftet neben dem bisherigen Besitzer der Nachfolger von dem Zeitpunkte seines Eigenthums erworbes an.

### Wassergeld.

#### §. 5.

1. Der allgemeine Preis des Wassers beträgt für jeden Cubikmeter zehn Pfennige; es werden jedoch den Besitzern von vormaligen Piepenbrüder-Häusern die ersten 232 cbm ihres Jahresverbrauchs zu einem Pauschalpreise von 13 M 50 S berechnet.

Der geringste jährliche Wasserbedarf des Consumenten wird bei einer lichten Weite des Wassermessers

|              |         |
|--------------|---------|
| von 13 mm zu | 90 cbm  |
| » 20 » »     | 200 »   |
| » 25 » »     | 300 »   |
| » 30 » »     | 600 »   |
| » 40 » »     | 1000 »  |
| » 50 » »     | 1500 »  |
| » 80 » »     | 4000 »  |
| » 100 » »    | 7500 »  |
| » 125 » »    | 12000 » |
| » 150 » »    | 20000 » |

angenommen, und hat der Consument die hieraus für ihn sich ergebende geringste Wassermenge jedenfalls zu bezahlen, auch wenn er dieselbe innerhalb des Kalenderjahres nicht verbraucht.

2. Für Wasser, welches zu bestimmten vorübergehenden Zwecken abgegeben wird, insbesondere für Wasser, dessen Lieferung ohne Anbringung eines Messers erfolgt, sind besondere Preise zu entrichten, nämlich

a. für jedes Wasserquantum unter 6 Cubikmeter, welches aus einem Hydrant verabfolgt wird . . . . . 1 M 50 S;

b. bei größeren Quantitäten, welche in großen Gefäßen aufgefangen werden, worin sie gemessen werden können, für 1 Cubikmeter . . . . . 20 S;

(Das Wasser, welches Tags zuvor auf dem Bureau des Wasserwerkes bestellt werden muß, wird für die obigen Preise bis auf eine Entfernung von 30 Meter vom nächst belegenen Hydrant durch Schläuche geliefert; wird dasselbe auf eine größere Entfernung gewünscht und kann dem entsprochen werden, so tritt eine entsprechende Erhöhung des Preises ein; das Wasser muß stets in größeren Gefäßen ohne Unterbrechung aufgefangen werden.)

- c. für Wasser zu Bauzwecken, wenn für die Dauer der Bauzeit eine besondere Zuleitung hergestellt wird, 1 pro mille des aufzuwendenden Bau-  
capitals;
- d. für Wasser zur Besprengung von öffentlichen Anlagen für 1 Quadrat-  
meter Grundfläche 1  $\mathcal{S}$ .

#### §. 6.

Das Wassergeld für den festgestellten Mindestbedarf (§. 5 unter 1) wird alljährlich im Voraus, der Preis für die über diesen Mindestbedarf hinaus verbrauchte Wassermenge dagegen nach Jahreschluß gegen eine von der Direction des Wasserwerks unterzeichnete Quittung erhoben. Wird die Quittung nicht sofort eingelöst, so ist deren Betrag binnen 8 Tagen im Bureau des Wasserwerks einzuzahlen (vergl. §. 16 Abs. 3).

Rücksichtlich der im Laufe eines Kalenderjahres angeschlossenen Grundstücke wird der jährliche Mindestbedarf nach Verhältniß der bereits verflossenen Zeit des Anschlußjahres gekürzt.

#### §. 7.

Erheben sich Zweifel über die Richtigkeit der Angaben des Wassermessers, so wird derselbe mittelst eines dazu aufgestellten Meßapparates des Wasserwerks geprüft und darnach event. die Angabe des Wassermessers zur Ermittlung eines über den festgestellten Mindestbedarf etwa hinausgehenden Jahresverbrauchs berichtigt. Dem Ergebnisse dieser Prüfung hat sich sowohl der Consument wie das Wasserwerk zu unterwerfen. Ergiebt sich indeß nur eine Abweichung bis zu 5 % mehr oder weniger, so wird auf dieselbe keine Rücksicht genommen; beträgt die Abweichung mehr als 5 %, so wird der Wasserverbrauch, jedoch nur für die vorausgegangenen beiden Monate und bis zum Tage der Prüfung, nach dem Ergebnisse der letzteren berechnet.

Das Wasserwerk bewirkt die Prüfungen des Wassermessers unentgeltlich, mit Ausnahme derjenigen, welche auf Verlangen des Besitzers erfolgen und den richtigen Gang des Messers ergeben.

#### §. 8.

Wenn eine Leitung aus irgend welchem Grunde vorübergehend ohne Wassermesser in Benutzung gewesen ist, so wird für diesen Zeitraum, behuf Ermittlung eines über den Mindestbedarf etwa hinausgehenden Jahresverbrauchs, ein Pauschquantum berechnet, welches nach dem Verbräuche während der Zeit von der Wiedereinsetzung bis zur nächsten Aufnahme des Wassermesserstandes bestimmt wird.

#### §. 9.

Der Umstand, daß das Wasser nicht zur erwünschten Höhe gestiegen oder nicht in der erwarteten Menge und Reinheit geliefert oder eine zeitweise Unterbrechung der Wasserförderung eingetreten ist, berechtigt den Leitungsbesitzer nicht, Anspruch auf Ermäßigung des bedungenen Wassergeldes oder auf sonstigen Schadensersatz zu erheben.

## §. 10.

Beim Ausbruch eines Schadenfeuers ist jeder Besitzer einer Leitung verpflichtet, dieselbe den öffentlichen Löschanstalten auf Erfordern zur Verfügung zu stellen, auf Verlangen auch, bis das Feuer gelöscht ist, geschlossen zu halten.

Für den muthmaßlichen Verbrauch zum Zwecke der Löschung wird nachträglich eine entsprechende Vergütung alsdann gewährt, wenn und insoweit der wirkliche Jahresverbrauch des Besitzers den festgestellten Mindestbedarf übersteigt.

## Unterhaltung der Leitung.

## §. 11.

Die Zweigleitung, soweit dieselbe in der Straße liegt, wird Eigenthum des Wasserwerks; dasselbe übernimmt die Unterhaltung dieses Theiles der Leitung, wie auch des Wassermessers, des letzteren jedoch nur bezüglich der Reparatur solcher Schäden, die ohne Verschulden des Consumenten entstanden sind. — Die sonstigen Kosten der Unterhaltung der Zweigleitung trägt der Besitzer.

## §. 12.

Der Consument ist verpflichtet, den Beamten und Beauftragten des Wasserwerks jederzeit

- a. freien Zutritt zu denjenigen Räumlichkeiten zu verschaffen, in denen sich der Wassermesser oder Entnahmestellen von Wasser befinden;
- b. die Oeffnung eines Ausflusshahns der Leitung und die Entnahme von so viel Wasser zu gestatten, als erforderlich ist, um zu beobachten, ob der Messer in Thätigkeit ist;
- c. die Reinigung oder Umwechslung des Wassermessers zu gestatten.

## §. 13.

Eine Veränderung an dem vor dem Wassermesser befindlichen Theile der Zweigleitung, und bis zu einer Entfernung von weniger als 1,5 m hinter dem Gehäuse darf nur ab Seiten des Wasserwerks bewirkt werden; dem letzteren steht ferner ausschließlich das Recht zu, den Messer aus der Leitung zu nehmen.

## Einrichtung und Unterhaltung der Privatleitungen.

## §. 14.

Die Herstellung und Unterhaltung der Leitungsanlagen im Innern der Grundstücke (Privatleitungen) ist lediglich Sache des Consumenten; er kann dieselbe beschaffen lassen, von wem er will.

Auch das Wasserwerk selbst führt Privatleitungen aus, und wird auf dem Bureau des Wasserwerks über die Einheitspreise der Materialien und Arbeiten und die Gesamtkosten einer Anlage nähere Auskunft ertheilt. Rechnungen über derartige durch das Wasserwerk hergestellte Anlagen müssen spätestens 4 Wochen nach erfolgter Aufstellung bezahlt werden.

## Kündigung der Wasserentnahme; Schließung und Beseitigung der Leitung.

### §. 15.

Dem Consumenten steht das Recht zu, das Vertragsverhältniß wegen der Wasserentnahme bis zum 1. October desjenigen Jahres, für welches dasselbe eingegangen ist, zu kündigen; widrigenfalls eine stillschweigende Verlängerung für das nächste Calendarjahr eintritt.

Auch in solchen Fällen, in denen es sich nur um eine verminderte Benutzung derselben und in Folge dessen um Aufstellung eines anderen Wassermessers von geringerer Weite handelt, muß der bestehende Vertrag bis zum 1. October gekündigt und ein neuer für das folgende Calendarjahr vereinbart werden.

Bei Einführung von Aenderungen dieses Regulativs hat der Consument das Recht, entweder sich der Geltung derselben für ihn dadurch zu entziehen, daß er binnen 4 Wochen von dem Vertrage zurücktritt — in welchem Falle ihm der für den Mindestbedarf (§. 5) gezahlte Betrag für die noch übrige Zeit des Calendarjahres zurückerstattet wird — oder binnen gleicher Frist seinen Rücktritt vom Vertrage auf den Schluß des Calendarjahres anzumelden, in welchem Falle er sich den neuen Bestimmungen des Regulativs bis dahin unterwirft.

### §. 16.

Der Consument erkennt an, daß er, dem Wasserwerke gegenüber, für alle Uebertretungen der Bestimmungen dieses Regulativs verantwortlich ist, mögen dieselben von ihm selbst oder von einem Dritten ausgegangen sein; das Recht des Wasserwerks, auch gegen den Letzteren im Wege der Klage vorzugehen, bleibt vorbehalten.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Regulativs berechtigen die Direction des Wasserwerks zur Schließung der Zweigleitung.

Erfolgt die Bezahlung des Wassergeldes oder der Rechnungen des Wasserwerks über dessen Leistungen und Arbeiten zur Anlage und Unterhaltung der Zweigleitung (§§. 3 und 11) nicht innerhalb 8 Tagen nach deren Vorlegung, so kann die Leitung geschlossen werden. Eine gleiche Berechtigung bleibt der Direction gegen diejenigen Leitungsbesitzer vorbehalten, welche die Rechnungen über Privateinrichtungen (§. 14) nicht pünktlich bezahlen.

Eine Verpflichtung zum Schadenersatz wegen Abschlusses der Wasserzuführung in den vorstehenden Fällen trifft das Wasserwerk unter keinen Umständen.

### §. 17.

Sobald aus irgend einem der in §§. 15 und 16 angeführten Gründe die fernere Benutzung einer Privatwasserleitung aufhört, muß der Besitzer auf seine Kosten die Trennung derselben von dem öffentlichen Rohrstrange und die Herstellung der dabei etwa vorkommenden Beschädigungen bewirken lassen.



## Entscheidung von Streitigkeiten.

## §. 18.

Wenn zwischen der Direction des Wasserwerks und dem Consumenten über die Auslegung und Anwendung der Bestimmungen dieses Regulativs Meinungsverschiedenheiten entstehen, so entscheidet über dieselben endgültig, mit Ausschluß des Rechtsweges, die zur Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke niedergesetzte Deputation.

## Uebergangsbestimmungen.

## §. 19.

Für die zur Zeit des Erlasses dieses Regulativs bereits vorhandenen Zweigleitungen erfolgt nicht nur die Lieferung (§. 3), sondern auch die Aufstellung der Wassermesser für Rechnung des Wasserwerks.

## §. 20.

Dieses Regulativ tritt am 1. Januar 1886 für die alsdann mit Wassermessern bereits versehenen Zweigleitungen in Kraft. Für diejenigen bereits vorhandenen Leitungen dagegen, welche am 1. Januar 1886 mit Messer noch nicht versehen sein werden, erhält dasselbe, unter einstweiliger Fortdauer der Gültigkeit des Regulativs vom 23. September 1879, erst mit dem Anfange des auf die Einsetzung des Messers folgenden Monats Wirksamkeit, und zwar mit der Maßgabe, daß die Besitzer solcher Leitungen den in der Vorzeit vereinbarten Jahresbeitrag, vorbehaltlich der nachträglichen Ausgleichung durch Nachzahlung bezw. Rückvergütung nach Verhältniß der Zeit, beim Beginne des Jahres 1886 voll zu entrichten haben.

§§. 1 und 2 werden ohne Weiteres genehmigt.

Zu §. 3, welcher im 1. Absätze vorschreibt, daß die Aufstellung des Messers, sowie die Verbindung der Zweigleitung mit dem öffentlichen Rohrstrange und die Herstellung derselben bis mindestens 1,5 m hinter dem Wassermesser ausschließlich durch das Wasserwerk für Rechnung des Grundstücksbesizers bewirkt werden soll, beantragt Herr Till, diese Bestimmung so zu treffen, daß die Zweigleitung bis an das Trottoir oder bis auf 2 m Entfernung vom Grundstück auf Kosten des Wasserwerks gelegt werde. Die Hauptrohrleitung liege theilweise auf der einen, theilweise auf der anderen Seite und nicht in der Mitte der Straße, es würde also eine ungleiche Vertheilung der Kosten auf die betreffenden Grundbesizer entstehen.

Die Herren Reuter und Wolff sprechen gegen diesen Antrag, worauf derselbe von Herrn Till zurückgezogen wird.

§. 3 wird darauf gleichfalls ohne Aenderung genehmigt.

§. 4 beantragt die Commission folgendermaßen zu fassen:

»Geht das angemeldete Grundstück in den Besitz eines Andern über, so hat der bisherige Consument dieses der Direction des städtischen Wasserwerks schriftlich anzumelden und haftet nach geschehener Anzeige nur noch

für den Beitrag für das laufende Vierteljahr nach Ueberweisung des Grundstücks an den Besighnachfolger«.

Nach kurzen Bemerkungen seitens der Herren Riecke und Reuter wird diese Fassung angenommen.

§. 5 wird ohne Aenderung genehmigt.

Bei Berathung dieses §. macht Referent namens der Commission den Vorschlag, das Regulativ nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung zu genehmigen, daß in dem Regulativ für die Verwaltungsdeputation folgender Zusatzparagraph aufgenommen werde: »Die Verwaltungsdeputation der Gas- und Wasserwerke ist ermächtigt, unter besonderen Umständen Abweichungen vom Regulativ nicht allein bei neu abzuschließenden, sondern auch bei bereits bestehenden Verträgen zu bewilligen.«

Nach kurzen Bemerkungen der Herren Riecke und Reuter erklärt sich die Versammlung mit diesem Vorschlage einverstanden.

§. 6 beantragt die Commission mit der Modification zu genehmigen, daß in der 1. Reihe statt »alljährlich« »vierteljährlich« gesetzt werde.

Die Versammlung beschließt dem Commissionsantrage gemäß.

Die §§. 7 bis 11 werden ohne Aenderung acceptirt.

In §. 12 beantragt die Commission, in der vorletzten Reihe an Stelle von »Thätigkeit« zu setzen »Ordnung«.

Mit dieser Aenderung wird der §. genehmigt.

§§. 13 und 14 werden, wie vorgelegt, angenommen.

Zu §. 15 schlägt die Commission vor, im letzten Absätze an Stelle der Worte »für die noch übrige Zeit des Kalenderjahrs« zu sagen »für die noch übrige Zeit des laufenden Vierteljahrs«.

Der §. wird unter Berücksichtigung des Commissionsvorschlags genehmigt.

Die §§. 16 bis 19 werden ohne Abänderung angenommen.

Zu §. 20 beantragt die Commission, die Schlusßworte »beim Beginne des Jahres 1886 voll zu entrichten haben«, so zu fassen: »vom Beginne des Jahres 1886 an in vierteljährigen Raten zu entrichten haben«.

In dieser Form wird der §. genehmigt.

Sodann stellt die Commission den Antrag, dem Regulativ noch folgende Bestimmung als §. 21 hinzuzufügen: »Zum 1. Januar 1888 soll eine Revision dieses Statuts stattfinden.«

Auch diesem Antrage wird entsprochen.

Der Herr Referent kommt hiernach auf die vorhin von Herrn Günther gestellte Anfrage, die der Commission vorgelegenen Regulative anderer Städte betreffend, zurück. In 13 Städten seien die Wassermesser obligatorisch eingeführt. Redner erwähnt die Namen der Städte sowie die dort maßgebenden Bedingungen der Wasserabgabe.

Das Regulativ wird alsdann im Ganzen, wie es aus der Berathung hervorgegangen und unter der bei §. 5 erwähnten Voraussetzung, genehmigt.

Herr Nieß stellt darauf folgende Anfrage: Es sei ihm mitgetheilt worden, daß jedes Jahr bei Beginn der Campagne der Zuckerfabriken vor der Eisenbüttler Schleuse das Wasser durch große Schaumballen verunreinigt sei, als Zeichen des Eindringens der Fabrikabwässer in die Oker. Da nun behördlicher Seits so sehr darauf gehalten werde, daß nur chemisch-reines Wasser dem Okerflusse zugeführt werde, so erbitte er sich demnächst darüber Auskunft, ob nicht auch seitens der städtischen Verwaltung darauf gedrungen werden könne, daß diese der Stadt Kosten verursachende Verunreinigung für die Zukunft unterbleibe.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch bemerkt hat, daß auch in der Nähe des Bahnhofes derartige Flußverunreinigungen wahrzunehmen seien, und

II. auf Grund eines von Herrn Krahe namens der Baucommission erstatteten Berichts beschlossen ist, die mittelst Magistratschreibens vom 3. d. Mts. für die Wendensstraße zwischen der Fallerleberstraße und Boßtwete in Vorschlag gebrachte, auf dem vorgelegten Situationsplane mit a b bezeichnete Baulinie zu genehmigen,

wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wird der Erlaß von Abgaben aus Testamenten u. beschlossen und das Verzeichniß II über Steuerreklamationen aus dem Jahre 1885 den Vorschlägen der Commission gemäß genehmigt.

---

**1885.**  
~~~~~

(Fortsetzung der Beilage zu **N. 288** de 1885
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 11.
~~~~~

**Verhandlungen**  
der  
**Stadtverordneten zu Braunschweig.**  
Sitzung am 17. December 1885.

---

**Öffentlich:**

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- I. Abänderung des Statuts über die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke.
- II. Etat pro 1886.
- III. Verwilligung von Reparaturkosten für das Gaswerk.
- IV. Uebernahme von Kosten der Canalreinigung in der Schleißstraße.
- V. Vereinbarung mit Anliegern des Kreuzstraße über Terrainabtretungen.
- VI. Bauliche Veränderungen im Stadtparkgebäude.
- VII. Einrichtung einer animalen Lymphstation.
- VIII. Regulirung der Leonhards- und Bertramstraße.
- IX. Uebereinkunft wegen Benutzung von Terrain an der Ottmerbrücke.
- X. Belegung der Carl- und Limbeckerstraße mit Wasserrohren.
- XI. Ermäßigung des Preises für zu technischen u. Zwecken verwendetes Leuchtgas.

**Vertraulich:**

- Wahl von Schiedsmännern in Gemäßheit des Viehseuchengesetzes.  
Wahl eines Stadtverordneten als Mitglied der Armendirection.  
Wahl von Bezirksvorstehern und Armenpflegern.
- 

Entschuldigt die Herren Hollmann, Reiche und v. Seckendorff. Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Schöttler und Stadtrath Ketemeyer.

Nach Genehmigung des Protokolls **N. 10** vom 19. d. Mts., zu welchem zu bemerken ist, daß es in der Rede des Herrn Stadtrath Schöttler S. 130 Z. 4 v. o. nicht »30—40000 Mk« sondern »viele tausend Mark« heißen muß, und

I. nachdem auf Grund eines von Herrn Heymann namens der Statutencom-mission erstatteten Berichts dem Magistratschreiben vom 3. d. Mts. entsprechend beschlossen ist, **N. 6** des §. 11 des Regulativs für die Abgabe von Wasser aus dem städtischen Wasserwerke, welche lautet: »Der Competenz der Deputation unterliegt:

6, die Genehmigung von Verträgen über Lieferung von Gas und Wasser, welche eine Abweichung von den Tarifen enthalten« durch folgende Bestimmung: »6, die Entscheidung darüber, ob und inwieweit gegenüber einem bestimmten Gas- oder Wassercumsumenten unter besonderen Umständen aus Billigkeitsrücksichten eine Abweichung von den generellen Bestimmungen über die Abgabe von Gas und Wasser stattfinden solle« zu ersehen, wird

II. zur Berathung des Stadthaushaltsplans pro 1886 geschritten, welcher der Versammlung mittelst Magistratschreibens vom 26. v. Mts. zur Feststellung übersandt ist und jedem Stadtverordneten gedruckt vorliegt. Derselbe enthält:

- 1) den Hauptetat der Stadtcasse nebst den mit der letzteren durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden Nebenetats: der Realschule, der höheren Mädchenschule, des Lehrerinnen-Seminars, der Mädchenschule, der Bürgerschulen, der vormals Lüttge-Harder'sche Mädchenschule, der Turnhalle, für die Armenpflege, für die Begebetterung, des Gaswerks, des Wasserwerks und der Neustadtmühle,
- 2) den Hauptabschluß des Stadthaushalts, incl. der mit demselben in Verbindung stehenden Specialverwaltungen.

Dem Stadthaushaltsplan sind angehängt:

die selbstständigen Etats des Schlachthauses, der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde und des Kreisfonds.

Herr Wolff ist Referent in der Sache.

Der Etat wird seitenweise durchgenommen und bei der Berathung, wie in den Vorjahren, in der Weise verfahren, daß die Capitel, welche zu Ausstellungen keinen Anlaß geben, allemal stillschweigend als genehmigt angesehen werden.

Bezüglich des eisernen Vertriebsfonds zu 69500 M. bemerkt Referent, daß derselbe nach der Absicht des Magistrats theilweise zur Deckung der Kosten der von der Stadt zu übernehmenden Straßenreinigung mit verwandt werden solle, worüber der Versammlung demnächst noch eine besondere Vorlage zugehen werde.

Eine Beschlußfassung über den Einnahmeposten Cap. I Nr. 27, Zinsen von dem dem Stadterweiterungsfonds gemachten Darlehn von 70000 M. = 2800 M. wird einstweilen ausgesetzt, um erst an betreffender Stelle über den Neubauetat der Begebaukasse zu beschließen, den der Magistrat nicht mehr als selbstständigen Etat fortzuführen, sondern mit dem Extraordinarium durch Zuschuß resp. Ueberschuß in Verbindung zu bringen beabsichtigt.

Mit Rücksicht auf den anhaltend niedrigen Zinsfuß beantragt der Magistrat, daß die auf den Credit der Stadt gegen halbjährige Kündigung contrahirten Darlehen gekündigt werden, dafern und insoweit nicht die Gläubiger in eine Herabsetzung des

Zinsfußes auf  $3\frac{1}{2}$  % willigen sollten. Der Zinsposten *N.* 4 sub a 8 ist deshalb gegen das Vorjahr entsprechend ermäßigt worden.

Bei *Cap.* VI theilt Herr Oberbürgermeister Pockels auf Anregung des Herrn Referenten mit, daß seitens der Krankenhaus-Verwaltung auf die Nothwendigkeit der Errichtung eines neuen Krankenhauses hingewiesen sei, und daß man im Schoße der Armenverwaltung und auch seitens des Magistrats auf Erbauung eines selbstständigen neuen Krankenhauses bedacht genommen habe. Eine bezügliche Vorlage des Magistrats sei indeß, (entgegen der vom Herrn Referenten zum Ausdruck gebrachten Meinung der Commission) in nächster Zeit noch nicht zu erwarten.

In *Cap.* VII sind wiederum wie in den Vorjahren 600 *M.* zur Unterhaltung des Schützenwesens in Ausgabe gestellt.

Die Versammlung hat seiner Zeit den Magistrat ersucht, die Frage nach der rechtlichen Verpflichtung der Stadt zur Zahlung dieses Beitrages in Erwägung zu nehmen. Der Magistrat ist nun zwar außer Stande, die rechtliche Verpflichtung nachzuweisen, er hat aber doch geglaubt, diesen seit einer langen Reihe von Jahren gezahlten, verhältnismäßig nicht erheblichen Beitrag zur Unterstützung eines volksthümlichen Instituts nach wie vor einstellen zu sollen.

Herr Günther beantragt auf Grund seines im Juni c. eingebrachten Antrages, die gedachten 600 *M.* zu streichen.

Der Antrag wird nach einigen Bemerkungen des Herrn Heymann, welcher seiner Zeit Commissionsreferent in der Angelegenheit gewesen und der Ansicht ist, daß es sich empfehlen würde, jene 600 *M.* nicht ferner zu bewilligen, gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Auch ein Antrag des Herrn Kieße, den Zuschuß von 600 *M.* zu den Kosten der Sedanfeier zu streichen, findet die Zustimmung der Versammlung nicht.

Nach *Cap.* IX (Ortspolizei) *N.* 3 sollen für öffentliche Pissoirs 4800 *M.* aufgewandt werden.

Die Commission hat hierzu zwei Anträge zu stellen:

- 1) den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei Errichtung neuer Pissoirs auf die Herstellung von Zwischenwänden zwischen den einzelnen Ständen Bedacht nehmen, auch eine gleiche Einrichtung bei den bereits vorhandenen, für mehrere Personen eingerichteten Bedürfnisanstalten treffen zu lassen.
- 2) den Stadtmagistrat zu ersuchen, baldthunlichst auf die Errichtung eines neuen Pissoirs am Augustthore und auf Verbesserung und Erweiterung des Pissoirs am Petriothore Rücksicht zu nehmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die mehrstelligen öffentlichen Bedürfnisanstalten seien anfänglich zum größten Theil mit Zwischenwänden versehen gewesen, man habe sie aber wieder entfernt, weil sie fortwährend demolirt und reparaturbedürftig gewesen seien. Bei den neu zu errichtenden Pissoirs würden, soweit sie

achteckig construirt seien, die Zwischenwände auch wohl entbehrt werden können; auch in andern Städten, speciell in Berlin, seien die größeren Bedürfnisanstalten ohne Zwischenwände. Bei anders construirten Pissoirs empfehle es sich dagegen, derartige Wände anzubringen.

Referent hält den Grund, daß die Zwischenwände öfter reparirt werden müßten, nicht für wichtig genug, um eine Ablehnung des Commissionsantrags herbeizuführen. Man könne zu dem Publikum das Vertrauen haben, daß es sich immer mehr daran gewöhnen werde, öffentliche Einrichtungen zu respectiren und in Schutz zu nehmen; es werde also auch in dieser Beziehung mit der Zeit besser werden. Uebrigens seien die Reparaturkosten nicht gerade von Bedeutung.

Nachdem Herr Günther noch die Herstellung einer Bedürfnisanstalt auf dem Hagenmarkte empfohlen hat, werden beide Commissionsanträge angenommen.

Herr Günther bittet um Auskunft darüber, weshalb der Magistrat die städtischen Nachtwächter auf ihr Gesuch um Aufnahme in die Ortskrankencasse abschlägig beschieden habe.

Herr Overbürgermeister Pockels erwiedert hierauf, daß in Verbindung mit der der Versammlung demnächst zugehenden Vorlage wegen stadtseitiger Uebernahme der Straßenreinigungspflicht eine Umänderung des Nachtwachewesens in der Richtung geplant sei, daß die Wächter alsdann ständige Arbeiter der Stadt werden, die je nach den Umständen zur Tages- oder Nachtzeit im Dienste der Stadt beschäftigt werden. Demnächst könne also die angeregte Frage weiter verfolgt werden.

Herr Stadtrath Netemeyer bemerkt noch, daß die Nachtwächter nicht in die Gemeindefrankenversicherung aufgenommen seien, weil dieselben nicht als Gewerbetreibende angesehen werden könnten.

Pos. 6 in Cap. IX, wo für Straßenbeleuchtung 67 200 M eingestellt sind, veranlaßt den Herrn Referenten zu der Mittheilung, daß in kürzester Zeit eine Magistratevorlage wegen Errichtung von neuen Gaslaternen in verschiedenen Stadttheilen zu erwarten sei.

Ein Antrag des Herrn Günther, die unter 9 b desselben Capitels für den Director Reuter als Leiter des Besprengungswesens ausgeworfene Remuneration von 500 M zu streichen, wird ohne Debatte abgelehnt.

Bei Cap. X, Straßenbau, bemerkt Herr Overbürgermeister Pockels, daß nach einer Vereinbarung mit den betheiligten Behörden im nächsten Jahre größere Neupflasterungen nicht vorgenommen würden, damit im Jahre 1887 einheitlich eine Neupflasterung des Steinweges und Ritterbrunnens ausgeführt werden könne. Im kommenden Jahre werde nur der erweiterte Zugangsweg zwischen Schuhstraße und Kleine Burg gepflastert werden.

Herr Günther macht auf einige sehr schadhafte Stellen im Pflaster des Aders-  
hofs und des Südklinks aufmerksam, und hält eine Verbesserung jener Stellen für  
durchaus nothwendig, worauf

Herr Bürgermeister Rittmeyer erklärt, daß der betreffende Kreisbaumeister bereits  
eine Besserung der gedachten Pflasterstellen in Aussicht gestellt habe und nochmals  
an die Angelegenheit erinnert werden solle.

Referent ist der Ansicht, daß in Bezug auf das hiesige Straßenpflaster noch manches  
zu wünschen übrig bleibe; so sei namentlich das Pflaster der Scharnstraße in einem  
höchst mangelhaften Zustande.

Zu Cap. XI beantragt der Magistrat, zu beschließen, daß pro 1886 die Com-  
munalsteuer mit 10 Simplen ausgeschrieben werde; unter 2b sind hierfür 760000 M  
in Einnahme gestellt. Die Beschlußfassung bezüglich dieses Antrags wird einstweilen  
ausgesetzt.

Herr Rieke giebt den im Landtage vertretenen Herren anheim, bei der in  
Aussicht genommenen Revision der Städteordnung auf Herbeiführung einer gerechteren  
Progression der Steuersätze hinzuwirken.

Unter Berücksichtigung einiger geringfügigen Aenderungen, welche zur Beseitigung  
von Irrthümlichkeiten erforderlich waren und auf welche Referent im Verlaufe der  
Berathung besonders hingewiesen hat, und unter der Voraussetzung, daß der vorhin  
erwähnte Posten von 2800 M in der Einnahme des Cap. I gestrichen und der  
Antrag des Magistrats bezüglich der Steuererhebung angenommen wird, gestaltet sich  
die Wiederholung des ordentlichen Stadtcassenetats folgendermaßen:

### Einnahme: Ausgabe:

| Eiserner Betriebsfonds 69500 M |                                                   | 69500 M       |               |
|--------------------------------|---------------------------------------------------|---------------|---------------|
| Cap.                           | I. Cämmereivermögen . . . . .                     | 91005 M 10 S  | 185892 M 66 S |
| "                              | II. Kirchliche Zwecke . . . . .                   | — " — "       | 3469 " — "    |
| "                              | III. Unterrichtswesen . . . . .                   | — " — "       | 370402 " 50 " |
| "                              | IV. Kunst und Wissenschaft . . . . .              | — " — "       | 5874 " 90 "   |
| "                              | V. Armenpflege . . . . .                          | — " — "       | 139600 " — "  |
| "                              | VI. Medicinalwesen . . . . .                      | — " — "       | 1030 " — "    |
| "                              | VII. Vereinszwecke und Volksfeste . . . . .       | 616 " 67 "    | 2417 " 17 "   |
| "                              | VIII. Feuerlöschwesen . . . . .                   | 16825 " — "   | 49880 " — "   |
| "                              | IX. Ortspolizei . . . . .                         | 21068 " 12 "  | 158087 " 95 " |
| "                              | X. Straßenpolizei . . . . .                       | 1200 " — "    | 10220 " — "   |
| "                              | XI. Gemeindesteuer und sonstige Abgaben . . . . . | 786000 " — "  | 3680 " — "    |
| "                              | XII. Staatsbedürfnisse . . . . .                  | 95600 " — "   | 15898 " — "   |
| "                              | XIII. Stadtverwaltung . . . . .                   | 22225 " — "   | 135337 " 84 " |
| "                              | XIV. Insgemein . . . . .                          | 58860 " 11 "  | 12209 " 98 "  |
| Summa                          |                                                   | 1093400 M — S | 1093400 M — S |



Der außerordentliche Etat der Stadtcasse, welcher nunmehr zur Berathung kommt, giebt zu Ausstellungen keinen Anlaß; derselbe lautet in der Wiederholung:

|                                                                        | <b>Einnahme.</b> | <b>Ausgabe.</b> |
|------------------------------------------------------------------------|------------------|-----------------|
| Cap. I. Stammvermögen . . . . .                                        | 439492 M 42 S    | 5492 M 42 S     |
| „ II. Vorrathsvermögen und Vorschüsse . . . . .                        | 134443 „ 50 „    | — „ — „         |
| „ III. Grundstücke und Berechtigungen . . . . .                        | — „ — „          | 30257 „ 1 „     |
| „ IV. Ersatz auf außerordentliche Ausgaben<br>und für Bauten . . . . . | 693 „ 51 „       | 538880 „ — „    |
| „ V. Insgemein . . . . .                                               | — „ — „          | — „ — „         |
| Summa . . . . .                                                        | 574629 M 43 S    | 574629 M 43 S   |

Unter Cap. III. dieses Etats ist der Ankauf des an der Peterfilienstraße belegenen vormaligen Predigerhauses mit 25 000 M vorgesehen.

Auch diese Angelegenheit wird, wie alle Posten des außerordentlichen Etats, der Versammlung noch durch eine besondere Magistratsvorlage zur Berathung und Beschlußfassung vorstellt werden. Der Zweck des Ankaufs jenes Hauses ist, wie Referent erläuternd bemerkt, das Standesamt dorthin zu verlegen und an jener Stelle eine Straßenerweiterung vorzunehmen.

Man geht über zur Berathung der Special-Etats.

Herr Oberbürgermeister Pockels giebt an der betreffenden Stelle Auskunft darüber, weshalb bei der Gehilfslehrerin Graubner (unter g der Ausgabe des Etats der Bürgerschulcasse) nicht der regulativmäßige Honorarsatz von 30 M pro wöchentliche Stunde innegehalten ist. Gedachte Lehrerin sei schon lange vor dem im Jahre 1864 erfolgten Erlaß des zur Zeit in Kraft befindlichen Regulativs wegen Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen im Dienst gewesen, weshalb man den ursprünglich mit derselben vertragsmäßig vereinbarten Honorarsatz fortbestehen lassen habe. Um einem Mißverhältnisse vorzubeugen, würde die Stundenzahl (15) am zweckmäßigsten aus dem Etat zu streichen sein.

Im Etat der Bürgerschulcasse ist eine Erhöhung des Maximalgehalts der Schulinspectoren vorgesehen, wie solche beim Magistrat in der Sitzung am 10. Mai 1883 in Vorschlag gebracht ist.

Herr Rieke beantragt, die in Aussicht genommenen Gehaltsverbesserungen für jetzt zu streichen und den Magistrat zu ersuchen, erst Erhebungen darüber anzustellen, wieviel die Schulinspectoren an Remunerationen und Nebenverdiensten beziehen. Er sei durchaus nicht gegen eine Besserstellung der Lehrer im Allgemeinen, sondern sei im Gegentheil stets dafür eingetreten; man dürfe aber dabei nicht eine gewisse Klasse herausgreifen und Verhältnisse schaffen, bei denen gerade diejenigen, die das Lehramt auszuüben haben, sich zurückgesetzt fühlen müssen. — Ferner beantragt Redner, den Stadtmagistrat zu ersuchen, darauf Bedacht zu nehmen, daß der Unterschied zwischen der mittleren und unteren Bürgerschule aufgehoben werde. Von den Lehrern der unteren Bürgerschule würden dieselben Kenntnisse verlangt wie von denen der mitt-

leren und sämtliche Lehrer würden eine Beseitigung dieses Unterschiedes freudig begrüßen. Er sei für eine einheitliche Schule mit gleichen Schulgeldsätzen oder freiem Unterricht.

Herr Oberbürgermeister Pockels glaubt nicht, daß die Versammlung dem erstgedachten Antrage des Herrn Rieke Folge geben werde, weil sie sonst in Widerspruch mit sich selbst gerathen würde, indem der seiner Zeit aus der Mitte der Versammlung hervorgegangene Antrag auf Erhöhung des Maximalgehalts der Schulinspectoren trotz Widerspruchs des Magistrats angenommen sei. Nachdem eine wesentliche Veränderung in der Stellung der Schulinspectoren in Aussicht genommen sei, werde der Magistrat wahrscheinlich binnen Kurzem in der Lage sein, dem Beschlusse der Versammlung gemäß zu verfahren. Wenn Herr Rieke nun eine Enquête darüber angestellt zu sehen wünsche, welche Nebeneinnahmen die Schulinspectoren und Lehrer — denn letztere haben auch in gleichen Verhältnissen irgend welche Nebeneinnahmen — beziehen, dann müsse er den Herrn Antragsteller bitten, sich darüber zu äußern, wie er sich eine derartige Enquête denke. Die Lehrer seien einer Landesbehörde unterstellt, der Magistrat müsse also event. ersucht werden, an diese einen Antrag auf Anstellung einer Enquête zu richten. Was den zweiten Antrag des Herrn Rieke anlange, so habe man die Unterscheidung zwischen mittlerer und unterer Bürgerschule einfach aus Zweckmäßigkeitsrücksichten eingeführt; es habe dies seine naturgemäße, geschichtliche Entwicklung. Diejenigen Einwohner, die nicht im Stande seien, das höhere Schulgeld zu bezahlen, hätten das Recht und die Pflicht, ihre Kinder in eine Volksschule zu schicken und diese durch die Landesgesetzgebung eingerichtete Volksschule sei eben die untere Bürgerschule.

Herr Günther bemerkt, daß er das jetzige System entschieden verwerfen müsse, wie er denn auch den Grund, daß man nur deshalb zwei Kategorien von Bürgerschulen geschaffen habe, damit auch die Unbemittelteren in den Stand gesetzt würden, ihre Kinder zur Schule zu schicken, nicht als triftig anerkennen könne. Es würde sich ja alsdann nicht rechtfertigen lassen, daß man in den mittleren Bürgerschulen Schulgelberlasse gewährte, denn man könnte ja den betreffenden Eltern einfach bedeuten, daß sie ihre Kinder in die untere Bürgerschule schicken möchten, wenn sie das Schulgeld für die mittlere nicht erschwingen könnten. Das Richtige sei: nur eine Volksschule und freier Unterricht, was um so leichter gehe, als der Unterricht in der mittleren Bürgerschule nicht besser sei als in der unteren.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden beide Anträge des Herrn Rieke abgelehnt.

Bei Berathung des Etats der Armencaße äußert Herr Rieke, daß die Kinder des Waisenhauses, wie ihm aufgefallen sei, ein weit wohlteres Aussehen hätten, als diejenigen des Pflegehauses; letztere sähen wirklich sehr leidend aus, und er glaube

deshalb, daß die Verpflegung im Pflegehause eine unzulängliche sei. Redner führt solches näher aus.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s bestreitet entschieden, daß die Verpflegung im Pflegehause eine ungenügende sei, er wisse genau, daß die Kinder dort vollauf bekämen. Ein Vergleich zwischen den Kindern des Waisenhauses und denen des Pflegehauses bezüglich ihres Aussehens sei aber deshalb nicht zulässig, weil das Waisenhaus nur vollständig gesunde Kinder aufnehme, das Pflegehaus aber jedes Kind, ob krank oder gesund, aufnehmen müsse; man könne also nicht verlangen, daß die Kinder des Pflegehauses ebenso wohlgenährt aussehen sollten, wie die des Waisenhauses. Für die Verpflegung sei diesmal weniger als im Vorjahre ausgeworfen, weil man wegen der billigeren Preise für Korn, Kartoffeln, Vieh u. s. w. mit einer geringeren Summe auszukommen gedенke, nicht aber, weil man den Pfléglingen etwas entziehen wolle.

Herr R i e k e stellt darauf den Antrag, den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Verpflegung im Pflegehause zu verbessern. Er habe sich selbst davon überzeugt, daß den dortigen Pfléglingen, mit denen er zusammengetroffen, jahrelang morgens nichts weiter als Brot und Salz verabreicht sei, und eine solche Verpflegung könne nur als ungenügend bezeichnet werden.

Nachdem Herr Stadtrath K e t e m e y e r noch bemerkt hat, daß auch er die Verpflegung im Pflegehause für durchaus gut halte,

wird der R i e k e'sche Antrag abgelehnt.

Bei Berathung des Wegebauetats bemerkt R e f e r e n t, daß die technischen Vorarbeiten zur Anlage der Ringstraße zwischen der Hamburger- und Cellerstraße soweit würden gefördert werden, daß für Arealerwerb, Oker correction, Brückenbau und Straßenplanungs-Arbeiten im nächsten Jahre eine erste Rate von etwa 200 000 M erforderlich werden würde.

Auf eine Anfrage des Herrn H a l l e, wie es mit der Ausführung der Brücke zwischen der Ferdinand- und Sophienstraße und der Brücke hinter dem Hoftheater stehe,

entgegnet Herr Bürgermeister R i t t m e y e r, daß die städtische Bauverwaltung schon vor längerer Zeit aufgefordert sei, sich über die Kosten des nöthigen Terrain-erwerbs zur erstgedachten Brücke zu äußern, daß aber ein bezüglicher Bericht von derselben bislang noch nicht eingegangen sei. Es sei denn auch nicht thünlich gewesen, der Sache schon in diesem Jahre näher zu treten, weil die städtische Bauverwaltung durch Wege- und Brückenbauten schon so sehr in Anspruch genommen sei, daß es ihr nicht möglich gewesen sei, noch weitere derartige Arbeiten in Angriff zu nehmen. Die Brücke hinter dem Hoftheater sei allerdings mit in den Ortsbauplan aufgenommen, sie habe aber wieder gestrichen werden müssen, weil die Landesregierung

keine Geneigtheit gezeigt habe, dem Projecte näher zu treten. Es werde aber vielleicht später darauf zurückgekommen werden können.

Die Specialetats gestalten sich folgendermaßen:

Etat der städtischen Realschule: Einnahme 38 568,79 M., Ausgabe 67 868,79 M.

Zuschuß aus der Stadtcasse 29 300 M.

Etat der städtischen höheren Mädchenschule: Einnahme 27 032 M., Ausgabe 51 932 M.

Zuschuß aus der Stadtcasse 14 900 M.

Etat der städtischen Mädchenschule: Einnahme 27 858 M., Ausgabe 44 658 M.

Zuschuß aus der Stadtcasse 16 800 M.

Etat des Lehrerinnen-Seminars: Einnahme 1000 M., Ausgabe 5100 M.

Zuschüsse aus der Klosterreinertragscasse und aus der Stadtcasse je zur Hälfte 4100 M.

Etat der Bürgerschulcasse: Einnahme 106 202,82 M., Ausgabe 438 202,82 M.

Zuschüsse aus dem Kreisfonds, der Klosterreinertragscasse und der Stadtcasse 332 000 M.

Etat der Lüttge-Harder'schen Mädchenschule: Einnahme 9782,50 M., Ausgabe 12 660 M.

Zuschuß aus der Stadtcasse 2877,50 M.

Etat der städtischen Turnhalle: Einnahme 1940 M., Ausgabe 3290 M.

Zuschüsse aus der Stadtcasse und aus der Bürgerschulcasse 1350 M.

Etat der Armencasse: Einnahme 102 669,23 M., Ausgabe 253 669,23 M.

Zuschüsse aus dem Kreisfonds und der Stadtcasse 151 000 M.

Anhang zu diesem Etat (Arbeits- und Wirthschaftsrechnung des städtischen Pflege-, Armen- und Krankenhauses)

Einnahme 16 104,15 M., Ausgabe 85 450 M.

Zuschüsse aus der Armencasse 69 345,85 M.

Etat der Wegebaucasse: Unterhaltungsetat: Einnahme 23 400 M., Ausgabe 60 400 M.

Zuschuß aus dem Kreiscommunalfonds 37 000 M.

Neubauetat (Stadterweiterungsfonds): Einnahme 133 251 M., Ausgabe 363 851 M.

Zuschuß aus dem Extraordinarium der Stadtcasse 230 600 M.

Voranschlag für das städtische Gaswerk: Einnahme 554 988 M., Ausgabe 463 430,50 M.

Ueberschuß 91 557,50 M.

Voranschlag für das städtische Wasserwerk: Einnahme 182000 M., Ausgabe 183662 M.

Fehlsumme 1662 M.

Etat der Neustadtmühle: Einnahme 37850 M., Ausgabe 37700 M.

Ueberschuß 150 M.

Nachdem sämtliche Capitel des Stadthaushaltsetats durchberathen sind, wird zu den beiden Punkten zurückgegangen, über welche die Beschlussfassung einstweilen ausgesetzt war.

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der Neubauetat der Begebaukasse nicht mehr als selbstständiger Etat fortgeführt, sondern mit dem Extraordinarium durch Zuschuß resp. Ueberschuß in Verbindung gebracht werde, und wird demzufolge beschlossen,

den Posten in Capitel I pos. 27, Zinsen von dem dem Stadterweiterungsfonds gemachten Darlehn zu 2800 M., zu streichen und in Cap. XIV »Insgemein« wieder auszugleichen.

Ferner wird beschlossen, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß im nächsten Jahre die Communalsteuer wiederum mit 10 Simplen erhoben werde.

Der Hauptabschluß lautet nun, unter Berücksichtigung der vorgenommenen Aenderungen, folgendermaßen:

| Cap.                                                | Einnahme |    | Ausgabe |    | Ueberschuß |    | Fehlsumme |    |
|-----------------------------------------------------|----------|----|---------|----|------------|----|-----------|----|
|                                                     | M        | ℒ  | M       | ℒ  | M          | ℒ  | M         | ℒ  |
| I. Cämmereivermögen . . . . .                       | 91005    | 10 | 185892  | 66 | —          | —  | 94887     | 56 |
| II. Kirchenwesen . . . . .                          | —        | —  | 3469    | —  | —          | —  | 3469      | —  |
| III. Unterrichtswesen . . . . .                     | 256734   | 11 | 627136  | 61 | —          | —  | 370402    | 50 |
| IV. Kunst und Wissenschaft . . . . .                | —        | —  | 5874    | 90 | —          | —  | 5874      | 90 |
| V. Armenpflege . . . . .                            | 162269   | 23 | 301269  | 23 | —          | —  | 139000    | —  |
| VI. Medicinalwesen . . . . .                        | —        | —  | 1030    | —  | —          | —  | 1030      | —  |
| VII. Beruinswesen und Volksschule . . . . .         | 616      | 67 | 2417    | 17 | —          | —  | 1800      | 50 |
| VIII. Feuerlöschwesen . . . . .                     | 16825    | —  | 49880   | —  | —          | —  | 33055     | —  |
| IX. Ortspolizei . . . . .                           | 21068    | 12 | 158087  | 95 | —          | —  | 137019    | 83 |
| X. Straßenbau . . . . .                             | 61600    | —  | 70620   | —  | —          | —  | 9020      | —  |
| XI. Gemeindefeuer u. Staatsbedürfnisse . . . . .    | 786000   | —  | 3680    | —  | 782320     | —  | —         | —  |
| XII. Staatszuschüsse u. Staatsbedürfnisse . . . . . | 95600    | —  | 15898   | —  | 79702      | —  | —         | —  |
| XIII. Stadtverwaltung . . . . .                     | 22225    | —  | 135337  | 84 | —          | —  | 113012    | 84 |
| XIV. Insgemein . . . . .                            | 58860    | 11 | 12209   | 98 | 46650      | 13 | —         | —  |

Zusammen: 1572803 34 1572803 34 908672 13 908672 13

Unverändert angenommen wird sodann der Etat des Schlachtehauses mit 101 500 M in Einnahme und Ausgabe,

ferner der Etat der polizeilichen Abgabe für Hunde mit 18224 M 34 ℒ in Einnahme und Ausgabe.

Darauf wird der Etat des Kreiscommunalfonds mit einigen, namentlich durch die Convertirung verschiedener Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen von 4½ auf

4 % bedingten, Aenderungen genehmigt. Derselbe wird festgestellt in Einnahme und Ausgabe auf 265 354 M 31 S.

Nachrichtlich wird hier bemerkt, daß die sämmtlichen am Haushaltsungsplane vorgenommenen Aenderungen in dem heutigen Schreiben der Versammlung an den Stadtmagistrat speciell aufgeführt sind.

Schließlich wird der Stadthaushaltungsplan, wie er aus der Berathung hervorgegangen, im Ganzen genehmigt, auch wird ausdrücklich die Genehmigung der im Motivierungsschreiben enthaltenen Specialanträge ausgesprochen.

III. Zur Reparatur des vierten Gasbehälters auf dem städtischen Gaswerke ist dem Stadtmagistrate im vorigen Jahre ein Credit von 26 150 M eröffnet. In Folge besonderer Schwierigkeiten und unvorhergesehener Zwischenfälle hat die gedachte Summe um 4343 M 29 S überschritten werden müssen. Die Direction der Gas- und Wasserwerke hat diese Ueberschreitung in ihrem bezüglichlichen Schreiben an den Stadtmagistrat ausführlich motivirt. Letzterer beantragt nun unterm 26 v. Mts. die Ueberschreitung als gerechtfertigt anzuerkennen und danach den Gesamtbetrag von 30 493 M 29 S aus dem Erneuerungsfonds des Gaswerks zu bewilligen.

Auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Sievers berichtet, wird dem Magistratsantrage ohne Weiteres entsprochen.

Wie

IV. Herr Halle namens der Statutencommission referirt, haben zufolge Magistratschreibens vom 30. v. Mts. die von der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank im Einverständnisse mit den städtischen Behörden in der Kleinikstraße gelegten provisorischen Canäle wegen der langen Verzögerung der definitiven Canalisirung dieser Straße im Jahre 1883 aufgegraben und gereinigt werden müssen, wodurch 279 M Kosten entstanden sind, auch hat sich herausgestellt, daß gegenwärtig wiederum eine derartige Reinigung event. Ausgrabung stattfinden muß.

Der Magistrat, und mit ihm die Commission, beantragt die fraglichen 279 M, sowie die durch letztgedachte Arbeit erforderlich werdenden, vermuthlich nur geringfügigen, Kosten zu verwilligen.

Es wird dem Antrage gemäß beschlossen.

V. Der Vereinbarung, welche seiner Zeit bezüglich der Canalisation und Instandsetzung der Kreuzstraße mit der größten Mehrzahl der Anlieger getroffen ist, hatten sich der Knochenhauernermeister Dietrich, der Fabrikant Willies, der Schenk-wirth Brandes und die Erben des Gärtners Schliesiedt nicht angeschlossen. Nachdem nunmehr die Instandsetzung u. der fraglichen Straße ausgeführt und dabei auf Grund der §§. 7, 8 und 11 des Stadterweiterungsstatuts vom 1. Juli 1870 in der

Weise verfahren ist, daß die Kosten der Fahrbahn von der Stadt, die Kosten der Fußwege incl. Bordquader von den Eigenthümern der angrenzenden Grundstücke nach Maßgabe der Frontlänge ihrer Grundstücke an der Straße, die Kosten des unterirdischen Canals aber zur Hälfte von der Stadt, zur Hälfte von den Anliegern nach Verhältniß der Frontlänge ihrer Grundstücke an der Straße übernommen sind, haben sich die genannten vier Anlieger zu folgendem Abkommen bereit gefunden:

- 1) Die Forderung des Knochenhauermeisters Dietrich für zur Straße abgetretenes Terrain von 341 qm wird mit seiner Schuld von 676 M 1 S, den Beiträgen zur Straßeninstandsetzung, compensirt.
- 2) Der Fabrikant Willies hat die auf sein Grundstück entfallenden Straßenaufkosten zu 656 M 64 S zu zahlen, die seinem Grundstück zugelegten 172 qm werden demselben jedoch unentgeltlich abgetreten.
- 3) Die Schuld des Gastwirths Brandes an Beiträgen zur Straßeninstandsetzung von 457 M 58 S soll durch dessen Forderung für abgetretenes Terrain von 39 qm als ausgeglichen angesehen werden.
- 4) Die Schliesedtschen Erben erhalten für abgetretenes Terrain von 492 qm à qm 1.80 = 885 M 60 S, sie zahlen dagegen an Beiträgen zur Instandsetzung der Straße 716 M 10 S, erhalten mithin noch 169 M 50 S von der Stadt ausgezahlt.

Der Magistrat giebt unterm 28. v. Mts. und 14. d. Mts. anheim, diese Vereinbarungen zu genehmigen.

Auf Empfehlung des Commissionsreferenten, Herrn Krahe, wird dem Magistratsantrage entsprechend beschlossen.

#### Danach

VI. berichtet Herr Till für die Baucommission über die Magistratsvorlage vom 26. v. Mts., bauliche Anlagen in und an dem Wirthschaftsgebäude des Stadtparks betreffend.

Die Versammlung hat den Stadtmagistrat unterm 17. December c. ersucht, vor Inangriffnahme der beabsichtigten Betonirung der Kellerräume die Mängel der letzteren nochmals zu prüfen und eine neue Vorlage zu machen. Die Prüfung hat stattgefunden und hält nun der Magistrat die Herrichtung eines eingeschossigen, unterkellerten Anbaues einer Küche neben dem Treppenhause an der Hinterfront des Wirthschaftsgebäudes, wie aus den vorgelegten Plänen ersichtlich, für empfehlenswerth. Daneben wird die beabsichtigte Betonirung nicht zu umgehen sein. Die Kosten des fraglichen Anbaues sind auf 2200 M veranschlagt. Außerdem ist die Herstellung einer die Eingänge zu den Aborten verdeckenden Bretterplanke wünschenswerth, welche Baulichkeit einen Kostenaufwand von 350 M verursacht. Der Magistrat beantragt, die gedachten Summen von 2200 M und 350 M zu verwilligen.

Die Commission ist mit der Magistratsvorlage im Allgemeinen einverstanden, sie hält aber die projectirte Küche nicht für hinreichend geräumig und giebt deshalb anheim, die angeforderten Mittel unter der Voraussetzung zu bewilligen, daß die Küche, soweit thunlich, noch eine Vergrößerung erfahre. Der Stadtmagistrat hat bereits sein Einverständniß hierzu erklärt.

Es wird darauf dem Commissions- bezw. Magistratsantrage gemäß beschloffen.

VII. Ueber den selbstständigen Antrag des Herrn Blasius vom 2. Juli c.:

»die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, die Errichtung einer animalen Lymphanstalt in Verbindung mit dem Schlachthause nach dem Muster der Hamburger Staatsimpfanstalt in Erwägung zu ziehen und der Stadtverordnetenversammlung event. geeignete Vorschläge zu machen«

trägt Herr Lüders namens der Statutencommission Folgendes vor:

Im Jahre 1881 habe sich der Bürgerverein mit einem ähnlichen Antrage an den Stadtmagistrat gewandt. Dieser habe den Antrag zur gutachtlichen Aeußerung an das Herzogliche Ober-Sanitäts-Collegium gesandt, welches geantwortet habe, daß die Frage, ob es angemessen sei, die Impfung mit animaler Lymphe allgemein einzuführen, und inwieweit die dadurch erzielten Vortheile die damit verbundenen Schwierigkeiten decken würden, noch nicht recht klar gelegt sei. Der Magistrat habe deshalb dem Bürgerverein erwidert, daß er noch keine Veranlassung hätte, in der Sache, die er übrigens im Auge behalten werde, die Initiative zu ergreifen.

Nachdem Redner die hauptsächlichsten einschlägigen Bestimmungen der Reichsgesetzgebung erwähnt hat, bemerkt er ferner, daß nach Ansicht der Commission mehr ein Staats- als ein städtisches Interesse vorliege und auch der Herr Antragsteller für wünschenswerth erachtet habe, daß der Staat die Initiative ergreife, da die Stadt keine Veranlassung habe, besondere Opfer zu bringen. Auch sei nicht nöthig, daß die städtischen Behörden die Sache bei den betreffenden Landesorganen in Anregung brächten, da dieselbe zur Zeit beim Bundesrathe im besten Gange sei. Die Sachverständigen im Bundesrathe hätten sich dahin ausgesprochen, daß die Schwierigkeiten, welche der allgemeinen Einführung der Impfung mit Thierlymphe bislang entgegengestanden, neuerdings gehoben worden seien und die Impfung mit animaler Lymphe allmählig durchgeführt werden solle. Der Bundesrath werde demnächst die Landesregierungen ersuchen, die erforderlichen Anordnungen zu treffen. In der Commission sei constatirt worden, daß es seitens der städtischen Behörden nicht nöthig sei, die Sache weiter zu verfolgen. Der Herr Antragsteller habe sich dieser Ansicht angeschlossen und darauf seinen Antrag zurückgezogen, womit der Gegenstand einstweilen seine Erledigung gefunden habe.



Man geht über zu

VIII. der Magistratsvorlage vom 5. d. Mts., die Regulirung der Leonhard- und Bertramstraße betreffend; die zugehörigen Zeichnungen werden vom Referenten der Baucommission, Herrn Krahe, in Umlauf gesetzt.

Dem Ortsbauplane zufolge sind dem Grundstücke des Maurermeisters Heise 28 qm zuzulegen, wogegen 2 a 30 qm von demselben zur Straße abzutreten sind; der Maurermeister Lange hat von seinem Grundstücke 65 qm herzugeben, er erhält dagegen 3 qm zu Eigenthum überwiesen; von den Grundstücken des Lagermeisters Hille und der Firma Frey und Schurig sind 32 qm und resp. 18 qm zur Straße abzutreten. Der Magistrat hält, da der Grundwerth im Laufe der Zeit muthmaßlich steigen wird, für empfehlenswerth, das zur Straßenverbreiterung erforderliche Terrain schon jetzt zu erwerben, und ersucht die Versammlung im Einverständnisse mit dem Stadtbauamte, den mit den gedachten Grundeigenthümern getroffenen Vereinbarungen gemäß zu beschließen, daß das zur Bertramstraße abzutretende Terrain mit 12 M pro qm bezahlt, ein gleicher Preis für die dem Maurermeister Heise von der Leonhardstraße zu überlassende Fläche festgesetzt und letzterem der Pachtzins für während seines Baues benutztes Straßenterrain erlassen werde. Die Stadt wird danach eine Entschädigung von insgesammt 3768 M zu zahlen haben.

Die Commission befürwortet den Magistratsantrag, worauf derselbe genehmigt wird.

IX. Zufolge Magistratschreibens vom 7. d. Mts., über welches namens der Finanzcommission Herr Natalis referirt, hat der Particulier Bertram erklärt, von der ihm ertheilten Erlaubniß zur zeitweiligen Benutzung des unter und neben der Brücke an der Ottmerstraße belegenen Terrains keinen Gebrauch machen zu können. Dagegen ist der Architekt Tüll bereit, das fragliche Terrain unter den früher mit Bertram vereinbarten Bedingungen in Benutzung zu nehmen und dasselbe nach Anweisung der städtischen Bauverwaltung zu bepflanzen und zu unterhalten, wofern ihm zu den Anlagekosten seitens der Stadt eine Beihilfe von 100 M gezahlt werde. Ferner ist derselbe u. A. bereit, ein jährliches Recognitionsgeld von 4 M zu zahlen. Der Magistrat giebt nun anheim, die zeitweilige Benutzung des fraglichen Terrains seitens des Architekten Tüll unter den angedeuteten Bedingungen zu genehmigen,

welchem Antrage gemäß auf Empfehlung der Commission beschlossen wird.

Nachdem der Gegenstand, betreffend den Vertrag mit der Landesisenbahn-Gesellschaft wegen Uebernahme von Aktien, von der Tagesordnung abgesetzt ist, weil derselbe seitens der Commission noch nicht genügend vorberathen ist,

X. wird auf Grund eines Referats des Herrn Sievers beschlossen, dem Magistratschreiben vom 4. d. Mts. gemäß zur Belegung der Carlstraße und der

Limbeckerstraße mit Wasserröhren die anschlagsmäßig erforderlichen Kosten im Betrage von 694 M und bez. 812 M 60 S zu bewilligen.

### Endlich

XI. berichtet Herr Sievers über das Magistrats Schreiben vom 4. d. Mts., in welchem, einem Vorschlage der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke entsprechend, der Versammlung anheim gegeben wird, zu beschließen, daß das Gas zum Kochen und Heizen, sowie zum Betriebe von solchen Motoren, welche nicht zur Herstellung electrischen Lichtes dienen, vom 1. Januar 1886 an zu 15 S pro cbm geliefert werde.

Referent empfiehlt den Antrag namens der Finanzcommission, dabei hervorhebend, daß eine Preisermäßigung für die zur Herstellung des electrischen Lichts bestimmten Maschinen nicht der Concurrnz wegen nicht stattfinden solle, sondern weil das Gas zu diesen Maschinen zu einer Zeit gebraucht werde, wo das Gaswerk oftmals in Noth sei, die an dasselbe gestellten Anforderungen zu befriedigen. Es sei auch vom Director Reuter besonders ausgeführt worden, daß die Verwendung von Gas zu Kochzwecken eine verhältnißmäßig sehr billige, und in anderen Städten schon weit mehr als hier eingeführt sei. Dies habe seinen Grund darin, daß die jetzt vorhandenen Kochapparate nicht der Zusammensetzung unseres Gases entsprechend eingerichtet seien. Die Deputation habe es denn auch für wünschenswerth erachtet, daß dem Publikum Seitens des Herrn Reuter eine Aufklärung in dieser Beziehung gegeben werde.

Der Magistratsantrag wird genehmigt,

die öffentliche Sitzung sodann geschlossen.

In der nachfolgenden vertraulichen Sitzung wird die Wahl von Bezirksvorstehern und Armenpflegern vorgenommen, der Stadtverordnete Ramdohr wird wiederum in die Armentdirection gewählt, auch werden die in Gemäßheit des Viehseuchengesetzes erforderlichen Schiedsmänner, welche bisher diesen Posten bekleidet haben, wiedergewählt.

---

Man geht über zu

VIII. der Magistratsvorlage vom 5. d. Mts., die Regulirung der Leonhard- und Bertramstraße betreffend; die zugehörigen Zeichnungen werden vom Referenten der Baucommission, Herrn Krahe, in Umlauf gesetzt.

Dem Ortsbauplane zufolge sind dem Grundstücke des Maurermeisters Heise 28 qm zuzulegen, wogegen 2 a 30 qm von demselben zur Straße abzutreten sind; der Maurermeister Lange hat von seinem Grundstücke 65 qm herzugeben, er erhält dagegen 3 qm zu Eigenthum überwiesen; von den Grundstücken des Lagermeisters Hille und der Firma Frey und Schurig sind 32 qm und resp. 18 qm zur Straße abzutreten. Der Magistrat hält, da der Grundwerth im Laufe der Zeit muthmaßlich steigen wird, für empfehlenswerth, das zur Straßenverbreiterung erforderliche Terrain schon jetzt zu erwerben, und ersucht die Versammlung im Einverständnisse mit dem Stadtbauamte, den mit den gedachten Grundeigenthümern getroffenen Vereinbarungen gemäß zu beschließen, daß das zur Bertramstraße abzutretende Terrain mit 12 M pro qm bezahlt, ein gleicher Preis für die dem Maurermeister Heise von der Leonhardstraße zu überlassende Fläche festgesetzt und letzterem der Pachtzins für während seines Baues benutztes Straßenterrain erlassen werde. Die Stadt wird danach eine Entschädigung von insgesammt 3768 M zu zahlen haben.

Die Commission befürwortet den Magistratsantrag, worauf derselbe genehmigt wird.

IX. Zusage Magistratschreibens vom 7. d. Mts., über welches namens der Finanzcommission Herr Natalis referirt, hat der Particulier Bertram erklärt, von der ihm ertheilten Erlaubniß zur zeitweiligen Benutzung des unter und neben der Brücke an der Ottmerstraße belegenen Terrains keinen Gebrauch machen zu können. Dagegen ist der Architekt Tüll bereit, das fragliche Terrain unter den früher mit Bertram vereinbarten Bedingungen in Benutzung zu nehmen und dasselbe nach Anweisung der städtischen Bauverwaltung zu bepflanzen und zu unterhalten, wofern ihm zu den Anlagekosten seitens der Stadt eine Beihilfe von 100 M gezahlt werde. Ferner ist derselbe u. A. bereit, ein jährliches Recognitionsgeld von 4 M zu zahlen. Der Magistrat giebt nun anheim, die zeitweilige Benutzung des fraglichen Terrains seitens des Architekten Tüll unter den angedeuteten Bedingungen zu genehmigen, welchem Antrage gemäß auf Empfehlung der Commission beschlossen wird.

Nachdem der Gegenstand, betreffend den Vertrag mit der Landes-Eisenbahn-Gesellschaft wegen Uebernahme von Aktien, von der Tagesordnung abgesetzt ist, weil derselbe seitens der Commission noch nicht genügend vorberathen ist,

X. wird auf Grund eines Referats des Herrn Sievers beschlossen, dem Magistratschreiben vom 4. d. Mts. gemäß zur Belegung der Carlstraße und der

Limbeckerstraße mit Wasserröhren die anschlagsmäßig erforderlichen Kosten im Betrage von 694 M und bez. 812 M 60 S zu bewilligen.

### Endlich

XI. berichtet Herr Sievers über das Magistrats Schreiben vom 4. d. Mts., in welchem, einem Vorschlage der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke entsprechend, der Versammlung anheim gegeben wird, zu beschließen, daß das Gas zum Kochen und Heizen, sowie zum Betriebe von solchen Motoren, welche nicht zur Herstellung electrischen Lichtes dienen, vom 1. Januar 1886 an zu 15 S pro cbm geliefert werde.

Referent empfiehlt den Antrag namens der Finanzcommission, dabei hervorhebend, daß eine Preisermäßigung für die zur Herstellung des electrischen Lichts bestimmten Maschinen nicht der Concurrenz wegen nicht stattfinden solle, sondern weil das Gas zu diesen Maschinen zu einer Zeit gebraucht werde, wo das Gaswerk oftmals in Noth sei, die an dasselbe gestellten Anforderungen zu befriedigen. Es sei auch vom Director Reuter besonders ausgeführt worden, daß die Verwendung von Gas zu Kochzwecken eine verhältnißmäßig sehr billige, und in anderen Städten schon weit mehr als hier eingeführt sei. Dies habe seinen Grund darin, daß die jetzt vorhandenen Kochapparate nicht der Zusammensetzung unseres Gases entsprechend eingerichtet seien. Die Deputation habe es denn auch für wünschenswerth erachtet, daß dem Publikum Seitens des Herrn Reuter eine Aufklärung in dieser Beziehung gegeben werde.

Der Magistratsantrag wird genehmigt,

die öffentliche Sitzung sodann geschlossen.

In der nachfolgenden vertraulichen Sitzung wird die Wahl von Bezirksvorstehern und Armenpflegern vorgenommen, der Stadtverordnete Ramdohr wird wiederum in die Armendirection gewählt, auch werden die in Gemäßheit des Viehseuchengesetzes erforderlichen Schiedsmänner, welche bisher diesen Posten bekleidet haben, wiedergewählt.

---



